

Edition Moderne Postmoderne

MARTIN NONHOFF (Hg.)

Diskurs
radikale Demokratie
Hegemonie

Zum politischen Denken
von Ernesto Laclau
und Chantal Mouffe

[transcript]

Martin Nonhoff (Hg.)
Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie

MARTIN NONHOFF (Hg.)

Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie

Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe

[transcript]

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch den Fachinformationsdienst Philosophie.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Non-Commercial 4.0 Lizenz (BY-NC). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium ausschliesslich für nicht-kommerzielle Zwecke.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>)

Um Genehmigungen für die Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2007 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Martin Nonhoff (Hg.)**

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-89942-494-2

PDF-ISBN 978-3-8394-0494-2

<https://doi.org/10.14361/9783839404942>

Buchreihen-ISSN: 2702-900X

Buchreihen-eISSN: 2702-9018

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung	7
MARTIN NONHOFF	
Ideologie und Post-Marxismus	25
ERNESTO LACLAU	
Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft	41
CHANTAL MOUFFE	
Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft	55
ALEX DEMIROVIĆ	
Subversive Tropen. Zur politischen Bedeutsamkeit der Rhetorik bei Laclau und de Man	87
ANDREAS HETZEL	
Politik und ontologische Differenz. Zum „streng Philosophischen“ am Werk Ernesto Laclaus	103
OLIVER MARCHART	
Von der Herde zur Horde? Zum Verhältnis von Hegemonie- und Affektpolitik	123
URS STÄHELI	
Die Subjekte der radikalen Demokratie: Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulationen	139
STEFANIE WÖHL	
Was fordert die Hegemonietheorie? Zu den Möglichkeiten und Grenzen ihrer methodischen Umsetzung	159
JOHANNES ANGERMÜLLER	

Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse 173

MARTIN NONHOFF

**Kollektive Identität in der radikalen Demokratietheorie.
Die Wahlen zum Europäischen Parlament in österreichischen Medien** 195

CORNELIA BRUELL

**Hegemoniale Artikulation: Frankreichs „Nation“ als
leerer Signifikant** 223

DANIEL SCHULZ

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 245

Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung

MARTIN NONHOFF

Das Denken Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes, das, je nach der Betonung einzelner Aspekte, als Diskurs- oder als Hegemonietheorie oder auch als Theorie radikaler Demokratie rezipiert wird, kann als einer der einflussreichsten Beiträge zur politischen Theorie der Gegenwart gelten. Hier laufen wichtige Denklinien des 20. Jahrhunderts – insbesondere der Strukturalismus Saussures, die Hegemonietheorie Gramscis, die Psychoanalyse Freuds und Lacans sowie die Dekonstruktion Derridas – zusammen und werden zu einer Theorie des Sozialen und des Politischen verdichtet, die nicht länger auf geschlossene gesellschaftstheoretische Konzepte (etwa das *der* „Gesellschaft“) oder fixe Begründungsfiguren (etwa die Begründung sozialen Geschehens aus ökonomischen Notwendigkeiten) angewiesen ist. Die Basis bildet hierbei eine differenztheoretische, am strukturalistischen Verständnis von Sprache orientierte Konzeption des Sozialen, die allerdings von den Phantasien einer Schließbarkeit von Strukturen befreit ist. Stattdessen wird die antagonistische und machtförmige Natur des Sozialen – und damit dessen innere Brüchigkeit und Kontingenz – betont. Herrschaft im Sinne einer dauerhaft befriedeten sozialen Strukturierung muss demnach als Schimäre gelten. Längerfristig etablierbar sind Strukturierungen nur, wenn sich verschiedene gesellschaftlich-politische Kräfte unter einem gemeinsamen Ziel zusammenfinden. Doch solche Verbindungen sind fragil, immer nur vorläufig und letztlich nie objektiv gegeben: Soziale Strukturierung funktioniert somit ausschließlich im unruhigen Modus der Hegemonie. Die politische Verfasstheit, die das am ehesten anerkennt, ist die Demokratie, jedenfalls sofern sie eine *radikale* Demokratie ist, die sich sowohl ihrer eigenen Grundlosigkeit bewusst ist als auch der Notwendigkeit, angesichts dieser Grundlosigkeit im Zuge des politischen Kampfes immer aufs Neue um Gründungs- und Begründungsfiguren zu streiten.

Für den großen Einfluss des Denkens von Laclau und Mouffe gibt es zahlreiche Indizien, allen voran die große Zahl von theoretischen wie empirischen Stu-

dien, die durch Laclau und Mouffe angeregt wurden (vgl. z.B. Laclau 1994; Howarth u.a. 2000; Critchley/Marchart 2004), und die mittlerweile konstatablere Etablierung einer veritablen Schule, der *Essex School of Discourse Theory*. Auch im deutschsprachigen Raum gewinnt die Hegemonietheorie – dieses Etikett werde ich im Folgenden verwenden – zunehmend an Aufmerksamkeit. Zur frühen Rezeption hat maßgeblich ein von Oliver Marchart herausgegebener Sammelband beigetragen, der wichtige internationale Beiträge zum Denken von Ernesto Laclau versammelte (Marchart 1998). Seitdem liegen einige größere Studien vor, die an die Hegemonietheorie anschließen, insbesondere in der Soziologie und der Politikwissenschaft, aber auch darüber hinaus, z.B. in der Philosophie und der Humangeographie (vgl. z.B. Stäheli 2000; Brodocz 2003; Nonhoff 2006a; Glasze 2007). Der zunehmende Stellenwert in Deutschland zeigt sich aber ebenso darin, dass es vermehrt einführende Beiträge in verschiedenen Übersichtsbänden gibt (Stäheli 1999; Hetzel 2004; Jörke 2004) und dass nach *Hegemony and Socialist Strategy*, das als gemeinsames Hauptwerk von Laclau und Mouffe bereits zu Beginn der 1990er Jahre in deutscher Übersetzung vorgelegt wurde (Laclau/Mouffe 1991[1985]), in jüngerer Zeit auch einflussreiche Aufsätze und kürzere Monographien ins Deutsche übertragen wurden (Laclau 2002; Mouffe 2007). Im vorliegenden Band sind nun Beiträge versammelt, die einen Überblick über Forschungen geben, die im deutschsprachigen Raum an Laclau und Mouffe anschließen. Dabei geht es einerseits um die fortgesetzte theoretische Auseinandersetzung mit dem hegemonietheoretischen Denken, das selbst nicht statisch ist, sondern sich fortentwickelt (vgl. Laclau 2004; Laclau 2005; Mouffe 2005); und andererseits um methodische und empirische Anschlüsse, die, anschließend vor allem an die diskurs-theoretischen Überlegungen von Laclau und Mouffe, in der einen oder anderen Weise an einer bestimmten Form der politischen Diskursanalyse arbeiten, die man auch Hegemonieanalyse nennen kann. Ehe im Folgenden der Inhalt der einzelnen Beiträge kurz resümiert wird, möchte ich zunächst einen knappen Überblick über die Entwicklung einiger zentrale Aspekte des Denkens von Laclau und Mouffe geben.¹ Ich gehe dabei in drei Schritten vor, die an die eingangs genannten drei Theorie-Bezeichnungen bzw. an den dreiteiligen Titel dieses Bandes angelehnt sind: Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie.

Diskurs

Das Etikett der Diskurstheorie haben Laclau und Mouffe selbst offensiv reklamiert und so wundert es nicht, dass sie oft als Diskurstheoretiker rezipiert werden. Genau betrachtet ist ihr Entwurf allerdings nicht primär eine Diskurstheorie, sondern eine Sozialtheorie und eine Politische Theorie, die das Soziale im Modus

1 Ausführliche Übersichtsbeiträge gibt es genügend; vgl. neben den schon oben genannten einführenden Aufsätzen auch Torfing (1999) und Marchart (2002).

der Diskursivität verfasst sieht. Damit ist das Konzept des Diskurses gleichwohl von ganz zentraler Bedeutung. Mit ihrem Diskursverständnis schließen Laclau und Mouffe insbesondere an die strukturalistische Sprachwissenschaft Ferdinand de Saussures an, die die Bedeutung von sprachlichen Zeichen in ihrer Differenz zu anderen Zeichen begründet sah: Diskurse setzen sich zusammen aus Artikulationen, und Artikulationen sind zu verstehen als Relationierungen von Elementen, die im Zuge dieser Relationierung erst als differente, sinnhafte Elemente entstehen (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 105). Die soziale Wirklichkeit kann insofern als wesentlich diskursiv verstanden werden, als sie eine sinnhafte Wirklichkeit ist, in der sich die Bedeutung aller sinntragenden Einheiten erst in Relation und damit in Differenz zu anderen Einheiten etabliert. Somit sind Diskurse explizit *nicht* auf die Sphäre der Sprache begrenzt: Auch Objekte, Subjekte, Zustände oder Praktiken ergeben erst im sozialen Relationsgefüge einen je spezifischen Sinn und sind insofern diskursiv strukturiert. Die im Feld der foucaultschen Diskursanalyse gebräuchliche Unterscheidung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken entfällt damit (Laclau 1993).

Im Unterschied zum Strukturalismus Saussures gehen Laclau und Mouffe – insbesondere unter dem Einfluss des dekonstruktivistischen Denkens – nun jedoch nicht davon aus, dass Strukturen fixiert und geschlossen existieren können, was aber die Bedingung dafür wäre, dass sich objektive Bedeutungen der diskursiven Elemente einstellen können. Strukturierungen sind nie notwendigerweise gegeben, sie finden ihre Grenzen in der Kontingenz und in der Ereignishaftigkeit, die im Sozialen allgegenwärtig ist und auch damit zusammenhängt, dass Entscheidungen und Machteffekte grundsätzlich nicht vorhersehbar und determiniert sind. Dass damit dauerhafte diskursive wie gesellschaftliche Strukturen nicht möglich sind, bedeutet nun gerade nicht, dass es nicht dennoch kontinuierlich Bemühungen um Strukturierung gibt – diese werden allerdings letztlich nie erfolgreich sein. Diese Bemühungen kann man als „Diskurs“ oder auch als „Gesellschaft“ bezeichnen, in Unterscheidung vom Diskursiven und vom Sozialen. Die Räume des Diskursiven bzw. des Sozialen sind schier unendliche, differenzbasierte Verweisungsräume, geprägt von Bedeutungsüberschüssen einzelner Elemente. Erst die (stets vorübergehende) artikulatorische Verfestigung in Diskursen und Gesellschaften setzt die verschiedenen Elemente in eindeutigere Beziehungen und schreibt damit Bedeutungen genauer zu. Maßgeblich für diese Verfestigung sind insbesondere so genannte Knotenpunkte, um die herum sich diskursive wie soziale Formierungen ausbilden können (Laclau/Mouffe 1985: 112). Diese Teil-Fixierungen sind die Bedingung der Möglichkeit für Differenz und Sinnhaftigkeit (wäre alles fluid, gäbe es keine Anhaltspunkte für Differenz), doch sie lassen sich niemals endgültig und umfassend festschreiben. Für den Begriff der Gesellschaft bedeutet die diskursive Verfasstheit des Sozialen vor allem, dass es keinen Sinn ergibt, von *der* Gesellschaft in objektiver Weise zu sprechen (vgl. Laclau 1990: 89-92). Es existieren andauernde und andauernd scheiternde Prozesse der Ver-gesellschaftung und verschiedenste, fragile, einander häufig gegenseitig beein-

flussende gesellschaftliche Formierungen. Doch *die* Gesellschaft gibt es ebenso wenig wie *den* Diskurs (vgl. auch den Beitrag von Angermüller in diesem Band).

In jüngerer Zeit hat Ernesto Laclau die Terminologie des Diskurses um jene der Rhetorizität ergänzt (vgl. v.a. Laclau 2005, siehe auch den Beitrag in diesem Band). Damit betont er, dass Verknüpfungen zwischen verschiedenen – sprachlichen wie sozialen – Elementen in keiner Weise auf einem externen Grund oder einer Wesentlichkeit beruhen. Verweise zwischen Elementen sind vielmehr *katachrestischer* Natur, d.h. sie beruhen nie auf einer wörtlichen (oder objektiven), sondern stets auf einer figürlichen, mittelbaren Relation. Mit der Argumentationsfigur der Rhetorizität des Sozialen wird somit nochmals, in etwas anderem Vokabular, die grundsätzliche Nicht-Notwendigkeit diskursiver wie sozialer Arrangements betont.

Radikale Demokratie

Zu (vorübergehenden) objektiven Fixierungen im Raum des Diskursiven wie des Sozialen kann es nur dann kommen, wenn verschiedene diskursive Elemente als systematischer Zusammenhang von einem Außen abgegrenzt werden. Damit die Grenze zum Außen sich als wirkliche Grenze etablieren lässt, darf es keinerlei Kontinuität, d.h. keine normalen Differenzbeziehungen, zwischen dem Innen und dem Außen geben. Die Beziehung zwischen Innen und Außen ist damit keine objektive Beziehung; Laclau spricht vielmehr von der Grenze der Objektivität (vgl. den Beitrag in diesem Band). Eine solche undurchlässige Grenze ist niemals natürlich gegeben (sonst hätte man es mit einfachen Differenzen zu tun), sie lässt sich nur durch Ausschluss, d.h. antagonistisch etablieren (Laclau 1996: 37). Dem Ausgeschlossenen kommt dabei eine paradoxe Doppelfunktion zu: Zum einen wird es ausgeschlossen, weil seine Zugehörigkeit zum System dieses in Frage stellen würde, weil es die Identität des Systems konterkariert und beseitigt werden muss; zum anderen aber wird eben dieses System erst durch das Ausgeschlossene konstituiert (qua Abgrenzung). Wir haben es also mit einem konstitutiven Außen zu tun, das zugleich als Bedrohung des Systems erscheint. Dass die Existenz eines solchen, antagonistisch bestimmten, konstitutiven Außen die Bedingung der Möglichkeit jeder sozialen Formierung ist, ist nun aber gleichbedeutend mit der Aussage, dass dem Antagonismus selbst eine gesellschaftskonstituierende Funktion zukommt. Nur aufgrund des antagonistischen Bruchs mit ihrem Außen kann sich eine gesellschaftliche Ordnung etablieren; zugleich aber ist es eben dieser Bruch, der verunmöglicht (weil er ja etwas ausschließt), dass sich *die* Gesellschaft etabliert. Die antagonistisch bedingten Erschütterungen und Verschiebungen der gesellschaftlichen Sedimente beschreiben Laclau und Mouffe als die Rolle der Politik. Der aus dem Antagonismus fließenden Logik des Politischen kommt damit eine dynamische Funktion gegenüber der Ordnung des Sozialen zu.

Was hat das alles aber mit Demokratie, gar radikaler Demokratie zu tun? Ganz einfach: Radikale Demokratie ist die einzige politische Verfassung, die den Antagonismus produktiv integriert hat. Gesellschaftliche Ordnung gründet auf antagonistischem Ausschluss; der Ausschluss wiederum ist eine Folge von kontingenten Machtungleichheiten. Damit ist aber der Grund jeder gesellschaftlichen Ordnung kontingent, er ist, mit anderen Worten, ein Nicht-Grund. Demokratie als Volksherrschaft ist in dem Maß eine *radikale* Demokratie, wie sie ihre eigene Grundlosigkeit anerkennt, ja sie sogar zu ihrem Kernprinzip macht (vgl. auch die Beiträge von Hetzel und Marchart in diesem Band). Denn in ihrem Zentrum befindet sich ein leerer Ort: der leere Ort der Macht, um dessen Besetzung legitimerweise gestritten wird.² Damit kommt es einerseits zu einer Instituierung des Antagonismus, andererseits werden die Optionen der politischen Neugründung oder Neuorientierung verfügbar und legitim. Insbesondere Chantal Mouffe arbeitet seit den frühen 1990er Jahren an demokratietheoretischen Überlegungen, die die Tatsache des Antagonismus ernst zu nehmen suchen (vgl. Mouffe 1999, 2000, 2005). „Only by acknowledging the political in its antagonistic dimension“, schreibt Mouffe (2005: 14), „can we pose the central question for democratic politics.“ Demnach ist es ein Problem, wenn unter dem theoretischen Vorzeichen vieler liberaler Denkansätze Einheit und deliberativer Konsens, „beste“ Lösungen und Notwendigkeiten gepredigt werden, weil damit dem Antagonismus nicht Rechnung getragen wird. Stattdessen gelte es, den Antagonismus demokratisch zu zähmen, d.h. im Rahmen einer demokratischen Verfassung pointierte Alternativen und echte Gegnerschaften zu ermöglichen. Den politisch gezähmten Antagonismus, in dem aus Feinden Gegner geworden sind, die demokratische Grundregeln und -werte anerkennen, beschreibt Mouffe als „agonistischen Pluralismus“ und sieht als dessen wichtigste Konfliktlinie die Spaltung zwischen rechts und links (siehe auch ihren Beitrag in diesem Band). Kommt es nicht zu einer solchen agonistischen Einhegung des Antagonismus, so ihre Befürchtung, dann droht sich der Antagonismus stattdessen gewaltsam zu aktualisieren, auf der Basis essentialistischer – bspw. ethnisch oder religiös begründeter – Identitäten (vgl. Mouffe 2005: 5).

Hegemonie

Dem Topos der Hegemonie, prägend schon für das Denken Antonio Gramscis, wird von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe erneut ein zentraler Stellenwert eingeräumt. Da dauerhafte gesellschaftliche Formierungen und Herrschaftsverhältnisse aufgrund der Nicht-Fixierbarkeit des Sozialen und der Dynamik des Politischen nicht erreichbar sind, gilt der Kampf um eine hegemoniale Stabilisie-

2 Mit ihrem Argument zum leeren Ort der Macht lehnen sich Laclau/Mouffe (1985: 186/87) an eine Argumentation Claude Leforts an (vgl. Lefort 1990[1983]).

nung als der eigentliche Modus der Politik. Mit dem Begriff der Hegemonie wird damit der Umstand erfasst, dass zwar eine Vorherrschaft über etwaige Gegner erreicht und auch verteidigt werden kann, dass diese Vorherrschaft aber grundsätzlich prekär ist, weil sich sowohl die Gegner als auch die Verbündeten einer völligen Kontrolle entziehen. Die Auseinandersetzung mit Fragen der Hegemonie prägt das Werk von Laclau und Mouffe seit den 1980er Jahren, beeinflusst vor allem durch die Kritik an der Hegemonie des Neoliberalismus und die Skizzierung eines eigenen hegemonialen Projekts der neuen sozialen Bewegungen.

Ein wesentliches Anliegen ist dabei, das Funktionieren hegemonialer Praxis angemessen zu rekonstruieren. Drei Kernelemente dieser Praxis lassen sich ausmachen (vgl. z.B. Laclau 2005: 69). Erstens ist es von Bedeutung zu verstehen, dass ein hegemoniales Projekt nur erfolgreich sein kann, wenn es möglichst viele Akteure an sich bindet und damit zu einer machtvollen Formierung wird. Es ist also – in den Worten von Laclau und Mouffe – notwendig, dass es zur Artikulation von Äquivalenzbeziehungen zwischen den Forderungen unterschiedlicher Gruppen kommt, so dass eine „Äquivalenzkette“ entsteht (vgl. z.B. Laclau 2000: 55). Damit wird Äquivalenz als die zweite Logik der diskursiven Verknüpfung neben der Differenz eingeführt: Zwei Elemente können als unterschiedliche oder als miteinander Hand in Hand gehend artikuliert werden. Die Logiken von Differenz und Äquivalenz, die im unaufhörlichen diskursiven Spiel miteinander ringen, bilden zentrale Aspekte der Hegemonietheorie (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 127-134).³

Man muss nun aber danach fragen, unter welcher Bedingung unterschiedliche Forderungen verschiedener Gruppen als äquivalente Forderungen artikuliert werden können. Die Gemeinsamkeit ist keine positive Gemeinsamkeit, denn es handelt sich ja um differente Forderungen. Sie werden vielmehr durch eine negative Gemeinsamkeit zusammengebunden: durch ihre gemeinsame Opposition zu einem spezifischen „general crime“, wie es Ernesto Laclau einmal bezeichnet hat (Laclau 2000: 54). Dieses „general crime“ muss dabei keineswegs ein monolithischer Pol sein, sondern kann seinerseits aus mehreren Elementen, die ebenfalls als äquivalent artikuliert werden, zusammengesetzt werden. Idealtypisch kommt es also zur Ausbildung zweier, sich konfrontierender Äquivalenzketten und damit zu einer Aktualisierung des Antagonismus in einer je spezifischen Form: Dort das „general crime“, hier der Verbund von Positionen, die auf die Überwindung eben dieses Generalverbrechens zielen. Die damit erfolgende antagonistische Zweiteilung des diskursiv-sozialen Raums bildet das zweite Kernelement der hegemonialen Praxis. Die antagonistische Grenze ist allerdings keine objektiv gegebene: Denn erstens unterliegt sie der Perspektivität, d.h. von unterschiedlichen Punkten im sozialen Raum aus betrachtet kann es unterschiedliche antagonistische Grenzen geben. Zweitens werden damit stets mehrere Antagonismen innerhalb eines sozialen Gefüges denkbar, und so gibt es auch Elemente, die sich

3 Vgl. den Beitrag von Nonhoff in diesem Band für eine ausführlichere Typologie diskursiver Beziehungen.

nicht eindeutig einer bestimmten Seite eines bestimmten Antagonismus zuordnen lassen. Diese Elemente destabilisieren – vergleichbar flottierenden Signifikanten – antagonistische Grenzziehungen (vgl. Laclau 2005: 129-138).

Das dritte wichtige Element besteht schließlich in der Repräsentation der Forderungen, die auf die Überwindung des „general crime“ ausgerichtet sind, durch einen Signifikanten bzw. eine zentral werdende Forderung. Dieser Signifikant ist einerseits ein Partikulum, eine differentes Element wie jedes andere. Andererseits aber verkörpert er in einer Art paradoxem Kurzschluss zugleich das spezifische Allgemeine der betreffenden Formierung von gesellschaftlichen Forderungen (und der fordernden Subjekte) bzw., in den Worten Laclaus (in diesem Band: 31), die „unmögliche Fülle der Gemeinschaft“. Von einem paradoxen Kurzschluss muss man dabei sprechen, weil das Allgemeine unter den Bedingungen eines Signifikationssystems, das auf der Differenz verschiedener Partikula beruht, nicht repräsentiert werden *kann*, weil es aber zugleich durch ein Partikulum, einen einzelnen Signifikanten, repräsentiert *wird*. Damit unterläuft dieser Signifikant die differenzbasierte Funktion der Signifikation selbst. Er vollzieht eine unmögliche Signifikation, weshalb er auch als *leerer Signifikant* bezeichnet wird (Laclau 1996: 36-46; vgl. auch Nonhoff 2001). Die Repräsentation des Allgemeinen durch einen leeren Signifikanten ist ein wesentliches Kennzeichen eines jeden hegemonialen Projekts und jeder ausgereiften Hegemonie.⁴ Welcher Signifikant bzw. welche Forderung diese Repräsentationsfunktion übernimmt, lässt sich a priori nicht feststellen. Die Erhebung zum leeren Signifikanten beruht damit auf einem „radikalen Investment“, das nicht rational, sondern allein affektiv begründet werden kann (vgl. Laclau 2005: 110-117).⁵

Eine wesentliche Bedingung für die Ausformung hegemonialer Projekte besteht darin, dass unterschiedliche Forderungen von der Position aus, an die sie gerichtet werden, nicht erfüllt werden. Denn nur so kann es überhaupt zur Äquivalenzierung der Forderungen *ex negativo* kommen. Je mehr dieser Forderungen jedoch gesondert erfüllt werden, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer hegemonialen Bewegung (vgl. Laclau 2005: 125-128). Wenn sich tatsächlich Äquivalenzketten zwischen verschiedenen Forderungen ausbilden können, so ist damit allerdings noch nichts über deren Reichweite gesagt. Laclau und Mouffe unterscheiden zwei verschiedene Kontexte der Hegemonie: Demokratie und Populismus. In Demokratien existieren verschiedene politische Arenen nebeneinander und in jeder dieser Arenen kann es zu – begrenzten – hegemonialen Auseinandersetzungen kommen. Beispielsweise kann es politische Kämpfe um die rich-

4 Vgl. zur Unterscheidung von hegemonialem Projekt und ausgereifter Hegemonie Nonhoff (2006a: 138-141). Nicht jede hegemoniale Praxis führt zu einer ausgereiften Hegemonie. Es sind auch Situationen denkbar, in denen sich unterschiedliche hegemoniale Projekte konfrontieren, ohne dass sich eines davon durchsetzt; ein Beispiel hierfür ist der Kampf um *Humanities*-Curricula an den amerikanischen Colleges (vgl. Nonhoff 2006b).

5 Siehe hierzu auch die Beiträge von Laclau und Stäheli in diesem Band.

tige Wirtschaftsordnung (vgl. Nonhoff 2006a) oder um Geschlechtergerechtigkeit geben, ohne dass diese Kämpfe notwendigerweise miteinander verbunden werden. Im Unterschied hierzu entwickelt sich in populistischen Szenarien ein hegemonialer Kampf, der viele Arenen miteinander verknüpft, so dass sich ein Antagonismus von annähernd „gesamtgesellschaftlicher“⁶ Dimension einstellt, in welchem „das System“ oder „die Macht“ von „dem Volk“ herausgefordert wird. Dieser populäre Mechanismus operiert im Prinzip natürlich auch in den vielen Arenen der Demokratie, nur wesentlich kleinteiliger und vielschichtiger. Um die für nötig erachteten großen Veränderungen angesichts der Hegemonie des Neoliberalismus zu bewerkstelligen, ist es nach Ernesto Laclaus Ansicht für die Linke unerlässlich, aus ihrer Perspektive an der Konstruktion eines „Volks“ auf der „gesamtgesellschaftlichen“ Ebene zu arbeiten (Laclau 2006). Damit wird nochmals deutlich, dass Hegemonien (wie die des Neoliberalismus) stets gegnerische hegemoniale Projekte ermöglichen und provozieren. Keine hegemoniale Ordnung kann also jemals dauerhaft instituiert sein.

Übersicht über den Band

Den Auftakt des folgenden Bandes bilden zwei jüngere Beiträge von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, die hier in übersetzter Fassung erscheinen. Beide Aufsätze stellen die jüngere Theorieentwicklung der beiden Autoren in knapper Form dar und bilden einen guten Startpunkt für die Auseinandersetzung mit dem hegemonietheoretischen Denken. Der Beitrag von *Ernesto Laclau* fasst zusammen, wie sich die Hegemonietheorie aus ihrer Kritik des Marxismus heraus entwickelte. Im Zentrum stehen dabei die Erläuterung des nicht-objektivistischen Verständnisses des Antagonismus und die Beschreibung des „Terrains“, das Antagonismen ermöglicht. Dabei werden zuerst die Konzepte des Diskurses, des leeren Signifikanten, des Nominalismus und des radikalen Investments erläutert. Anschließend führt Laclau nochmals seine Kritik am Marxismus und dessen ökonomistischem Notwendigkeitsdenken aus. Die Vorstellung einer Logik – sei es eine ökonomische oder eine andere –, die hinter unserem Rücken Gesellschaften gestaltet, ist demnach abzulehnen. Stattdessen ist es allein die Politik – d.h. die „Welt kontingenter Artikulationen“ (36) –, aus der gesellschaftliche Formationen und gesellschaftlicher Wandel resultieren. Der Aufsatz von *Chantal Mouffe* setzt sich mit der Frage nach der guten gesellschaftlichen Ordnung auseinander. Er fasst Mouffes Liberalismus- und Kosmopolitismuskritik zusammen und skizziert den Gegenentwurf einer demokratischen, agonistisch-pluralistischen Gesellschaft, in deren Zentrum der Streit zwischen klar konturierten Alter-

6 Dieser Begriff ist unter der Berücksichtigung der obigen Ausführungen zur Unmöglichkeit *der* Gesellschaft vorsichtig zu lesen.

nativen entlang des Rechts-Links-Bruchs steht. Der Aufsatz endet mit Überlegungen zur föderalen Organisation einer solchen Ordnung.

Die an Laclau und Mouffe anschließenden Beiträge setzen sich einerseits mit verschiedenen Aspekten der Hegemonietheorie kritisch auseinander, andererseits zeigen sie einige methodische und empirische Anschlussmöglichkeiten auf. Zunächst folgen vier Aufsätze – von Alex Demirović, Andreas Hetzel, Oliver Marchart und Urs Stäheli – mit deutlichem Theoriefokus. In den Beiträgen von Stefanie Wöhl, Johannes Angermüller, Martin Nonhoff, Cornelia Bruell und Daniel Schulz wird die Theorierekonstruktion oder -kritik in unterschiedlicher Gewichtung verknüpft mit methodischen Überlegungen zur Möglichkeit von Diskurs- oder Inhaltsanalysen und mit entsprechenden empirischen Untersuchungen.

Alex Demirović unterzieht die Hegemonietheorie, die er von einer Vielzahl von Paradoxien durchzogen sieht, einer vielschichtigen und weitreichenden Kritik. Zu den Paradoxien rechnet er unter anderem, dass die radikale Offenheit des Sozialen in der Notwendigkeit eines Ausschlusses mündet (wobei zudem die Frage danach nicht gestellt würde, welche Ausschlüsse legitim seien und welche nicht), dass die Zurückweisung jedes ersten Grundes eine Ontologie eines Ersten – der Doppellogik von Äquivalenz und Differenz einerseits und der Politik andererseits – zurückbringt und dass bei aller Separierung des Diskursiven von diskursexternen Kausalitäten eben diese – ökonomischen, politischen oder kulturellen – Kausalitäten immer wieder zur Erklärung der diskursiven Entwicklung herangezogen werden. Während er die verschiedenen Paradoxien herausarbeitet, verfolgt Demirović allen voran eine Linie der Kritik an den Entwürfen Chantal Mouffes und insbesondere Ernesto Laclaus: Das Theoriemodell der hegemonialen Logik mit all seinen Untertheoremen befindet sich auf einem übersteigerten Niveau der Abstraktheit und Universalisierung, es erfasst in seinem theoretischen Kern nicht hinreichend die vielfältige Praxis, die sich wandelnden soziologischen Faktoren und die Historizität des politischen Geschehens. Daher tauchen all diese Aspekte Gespenstern gleich im Theoriegebäude auf, ihr Status und ihre Begründung bleiben unklar, oft erscheinen sie als bloß äußerliche Größen. Die mangelnde Fundierung in Geschichte und sozialer Praxis erweist sich nach Demirović ganz besonders bei der Funktion des Gesellschaftsbegriffs: Zwar wird diese im Denken Laclaus und Mouffes als unabschließbar und als in sich gebrochen verstanden, weil sie im Antagonismus gründet. Dies ist nach Ansicht Demirovićs durchaus ein Vorteil gegenüber dem immer noch verbreiteten Containermodell von Gesellschaft. Zugleich entgehe der Hegemonietheorie aber, was Marx bereits erkannt habe, dass nämlich „Gesellschaft“ selbst ein historischer Modus des Zusammenlebens ist, der dem bürgerlichen Denken entspringt, dass sie mithin kein allgemeiner menschlicher Daseinsmodus sei. Die soziale Formation „Gesellschaft“ ist demnach ein „historisch kontingentes Projekt“ (80), das allerdings zur Disposition gestellt werden muss. Denn Gesellschaft bedeutet, wie Laclau und Mouffe selbst detailliert ausführen, dass den Einzelnen eine Orientierung an der Universalität abverlangt wird. Erfolgt diese Orientierung aber nicht, so wird das

nach Demirović immer „das Opfer der Einzelnen mit sich führen, die sich dem Allgemeinen nicht fügen“ (81). Somit stellt die Verkenntung der Kontingenz der Gesellschaft ein wesentliches Problem des Ansatzes von Laclau und Mouffe dar, weil sie auch bedeutet, dass keine Möglichkeit ihrer Überwindung gedacht wird.

Der Beitrag von *Andreas Hetzel* setzt sich mit dem Bezug zur Tradition der Rhetorik auseinander, der das laclausche Werk in den jüngeren Jahren zunehmend geprägt hat. Dabei grenzt Hetzel unter Rückgriff auf die Antike zunächst die Rhetorik von der Philosophie ab: Während die Philosophie stets nach dem Grund der Dinge sucht und diesen letztlich in der kosmischen Ordnung findet, kennt die Rhetorik nur die Praxis des *logos*, jenseits derer es nichts gibt. Das hat auch eine hohe politische Relevanz: Wo die Philosophie das Wesen der besten – der Ordnung des Kosmos entsprechenden – politischen Ordnung zu ergründen sucht, sieht die Rhetorik die Möglichkeit der Politik gerade in der Abwesenheit eines kosmischen Fundaments gegeben. Die Demokratie ist damit *die* rhetorische Verfassung schlechthin, weil in ihr die Kontingenz ihrer Fundierung offen liegt. Hetzel arbeitet anschließend heraus, wie die radikale Demokratietheorie von Laclau und Mouffe in der Linie des rhetorischen Denkens steht, insbesondere weil das Soziale grundsätzlich als tropologisches und katachrestisch strukturiertes Feld konzipiert wird, in dem die Uneigentlichkeit von sozialen Positionen und Identitäten analog zur Nicht-Fixierbarkeit sprachlicher Bedeutung funktioniert und Reduktionen auf *ein* Wesen oder *eine* Bedeutung verunmöglicht. Gesellschaft lässt sich eben gerade nicht auf Einheitlichkeit zurückführen, sondern ist wesentlich konflikthaft. Die von Laclau vorgenommene rhetorische Lektüre des Sozialen und der Politik vergleicht Hetzel abschließend mit einem ähnlichen Unterfangen, der rhetorischen Ideologiekritik Paul de Mans. Das Problem dieses Entwurfs liegt darin, dass er die Tropen selbst ontologisiert und im sozialen Geschehen tatsächlich ein tropologisches Geschehen sieht, wohingegen Laclau die Tropen selbst tropologisch verwendet: Klassen sind keine Metaphern, sie sind *wie* Metaphern. Für Hetzel besteht damit der entscheidende Fortschritt gegenüber de Man darin, dass Laclau die Gesellschaft zwar als rhetorisch verfasst begreift, sie aber nicht auf die Rhetorik reduziert.

Auch der Beitrag von *Oliver Marchart* setzt bei der philosophieskeptischen Haltung an, die Laclau immer wieder zum Ausdruck bringt. Doch anders als Andreas Hetzel sieht Marchart im laclauschen Werk – das Philosophie, Sprachwissenschaft und Politik miteinander artikuliert – einen Überschuss des „streng Philosophischen“. Der Grund hierfür liegt im von Heidegger entlehnten Motiv der ontologischen Differenz, die für alle Zentralkategorien von Laclaus Werk prägend ist. Die Differenz zwischen dem Ontologischen und dem Ontischen ist nicht die einfache Differenz eines fortgesetzten Raums der Repräsentation, sie ist eine Differenz-als-Differenz, ein radikaler Bruch. Damit steht das Ontische zum Ontologischen auch nicht im Verhältnis von Inhalt zu Form. Der ontologische Grund ist im Ontischen vielmehr nur als abwesender anwesend, der Bezug wird nicht im Zuge einer Spiegelung, sondern durch eine Investition hergestellt. Die

Bedeutung der ontologischen Differenz im laclauschen Denken zeigt Marchart zunächst am wiederkehrenden Einsatz des Wortes „radikal“, etwa in der „radikalen Kontingenz“. Das radikal Kontingente ermöglicht qua Differenz das Notwendige, grenzt es aber zugleich ein. Kontingenz und Notwendigkeit stehen also in einem Spiel der gegenseitigen Subversion, so dass leicht die Wahrnehmung einer verschwommenen Grenze zwischen beiden entsteht. Doch die ontologische Differenz zwischen beiden ist selbst nicht kontingent: „Der Sinn des Prädikats ‚radikal‘ in ‚radikale Kontingenz‘ findet sich in der Tatsache, dass Kontingenz (in ihrem Spiel mit Notwendigkeit) nie vollständig durch irgendeine Objektivität oder Systematizität ausgelöscht werden kann, weshalb sie selbst den Charakter der Notwendigkeit annimmt“ (109). Das Verhältnis vom Ontischen zum Ontologischen ist mithin das eines Systems zum es umgebenden „Nichts“, das es zugleich ermöglicht und unmöglich macht, weil das Nichts auch im System insiziert. Abschließend weist Marchart auf die hohe politische Bedeutung der ontologischen Differenz hin: Denn das politische Spiel der Hegemonie, in deren Zentrum, wie oben dargestellt, die Universalisierung des Partikularen steht, funktioniert nur vor dem Hintergrund der ontologischen Differenz, die das Partikulare und das Universale in letzter Konsequenz füreinander unverfügbar hält. Hier sieht Marchart allerdings noch Ergänzungsbedarf gegenüber der laclauschen Terminologie, weil beide, sowohl das Universale als auch das Partikulare, in ihren zahlreichen Mischverhältnissen letztlich ontische Kategorien sind. Demgegenüber führt er die Kategorien des Absoluten und des Singulären als ontologische Kategorien ein: Das rein Absolute und das rein Singuläre sind selbst nur „Gespenster unmöglicher Grenzfälle“ (117), ermöglichen als solche aber erst das Spiel zwischen Universalem und Partikularem. Während die ontologischen Reinformen Bedingungen der Möglichkeit des ontischen Geschehens sind, können sie doch ontisch nie realisiert werden. Politische Versuche der erzwungenen Realisierung des Absoluten wie des Singulären sind daher als totale Schließungen zu bekämpfen. Dies ist dem Poststrukturalismus mit Blick auf das Absolute durchaus von Beginn an bewusst. Dass aber auch die Vereinseitigung des Singulären eine ebenso unzulässige Schließung bedeutet, muss die Gegenwartstheorie, die die Singularität oft geradezu zelebriert, nach Marchart noch erkennen. Es ist gerade die Betonung des unaufhörlichen Spiels zwischen Universalem und Partikularem, die demnach die Stärke der politischen Philosophie Laclaus ausmacht.

Im Mittelpunkt des Beitrags von *Urs Stäheli* steht die Auseinandersetzung mit einem zentralen Aspekt von Ernesto Laclaus *On Populist Reason* (Laclau 2005): der Einbindung des Affekts in die Hegemonietheorie. Laclaus Entwurf einer Populismustheorie in *On Populist Reason* beginnt mit einer Rekonstruktion der Massenpsychologie – insbesondere der Schriften von Gustave Le Bon und Gabriel Tarde – und ihrer kritischen Rezeption durch Sigmund Freud. Die Entwicklung von der Massenpsychologie zur Psychoanalyse wird dabei von Laclau als Fortschrittsnarrativ entworfen, weil erst Freud zwei wichtige Dinge erkenne und zusammenbringe: die hohe Bedeutung des Führers für die Integration der

Masse (als Horde) und die Art der Beziehung zwischen Geführten und Führer (als Identifikation mit dem Ich-Ideal). Stäheli zeigt nun, dass schon bei Tarde, den Laclau hinsichtlich der Bedeutung des Führers als wichtigen Vorgänger Freuds ausmacht, keineswegs ein Modell des Sozialen vorherrscht, das über Integration (etwa durch einen Führer) funktioniere. Vielmehr ist es die Vielzahl dezentraler Nachahmungsereignisse und -ströme, die das Soziale entstehen lässt. Diese Kritik der Tarde-Lektüre Laclaus verstärkt Stäheli dann zu einer grundlegenden Kritik des Hegemoniemodells von Laclau und Mouffe, die sich zu sehr auf die „Identifikation mit einer zentralen Instanz“ (131) konzentrierte – etwa im Modell des leeren Signifikanten – und dabei übersehe, dass es auch einen lateralen Modus der Sozialität und der Identifikation unterschiedlicher Elemente untereinander gebe, die die Vermittlung durch den Führer (oder ein ähnliches zentrales Element) nicht brauche. Diese Form der Sozialität beruht nach Stäheli nicht auf einer symbolischen Vermittlung, sondern auf gemeinsamer (oft körperlicher) Erfahrung und Nähe, die nicht narrativierbar ist. Sie beruht, mit anderen Worten, auf Affekten. Zwar führe auch Laclau in *On Populist Reason* den Affekt als wichtige analytische Kategorie ein, doch bliebe er dort letztlich völlig der formalen Hegemoniefunktion untergeordnet und füge dieser nichts Neues hinzu. Dem hält Stäheli entgegen, dass die korporeale und nähorientierte Lesart der Affekte es einerseits erlaube, das Materielle angemessen zu berücksichtigen, das im symbolischen Modell Laclaus nur von sekundärer Bedeutung sei. Andererseits kann man „die Fähigkeit, zu affizieren und affiziert zu werden“ (134) als Grund für die gesteigerte Anschlussfähigkeit diskursiven Geschehens lesen und so das Signifikationsgeschehen selbst besser erklären: Leere Signifikanten setzen demnach „affektive Dynamiken frei, die zu einer Vervielfältigung und Erhöhung möglicher Anschlüsse führen“ (135).

Stefanie Wöhl widmet sich zwei Aspekten, denen bei der Rezeption des Denkens von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau oft zu wenig Aufmerksamkeit zukommt: Sie stellt einerseits die feministische Variante der Hegemonietheorie von Chantal Mouffe in den Vordergrund und befasst sich in diesem Zusammenhang andererseits mit den Möglichkeiten einer anti-hegemonialen Praxis. Ein wichtiger Teil von Chantal Mouffes Schriften liefert Beiträge zum anti-essentialistischen Feminismus; anti-essentialistisch deshalb, weil Mouffe dem politischen Handeln das Fundament eines vorgängigen Handlungssubjekts entzieht. Das gilt gerade auch für das Subjekt „Frau“ im feministischen Kampf, dessen Identität sich nach Mouffe erst im Lauf des Handelns einstellt und mit diesem Handeln auch ständigen Änderungen unterliegt. Grund dafür ist die Beweglichkeit des politisch-gesellschaftlichen Raums, der unterschiedliche Artikulationen zwischen Subjektpositionen und verschiedene Formierungen von Äquivalenzketten erlaubt. Dabei kommt jedoch nach Wöhl ein Moment zu kurz: die gegenseitigen Ausschlüsse zwischen verschiedenen Subjektpositionen, die einer gemeinsamen Artikulation Grenzen setzen. Dies gilt insbesondere dann, wenn es um gegenhegemoniale Bewegungen geht, die sich einem einflussreichen institutionell-staatlich

abgesicherten Block gegenübersehen, der seinerseits Ausschlüsse verfestigt. Als Beispiel hierfür diskutiert Wöhl die Politik des Gender Mainstreaming, die zwar einerseits aus dem feministischen Denken hervorgegangen ist und auch Anknüpfungen für zahlreiche feministische Artikulationen bietet, andererseits aber im Zuge der EU-Politik so aufgeladen wurde, dass sie bestimmte Grenzziehungen reproduziert, allen voran die zwischen Hetero- und Homosexualität und zwischen sozialen Ungleichheitslagen. Die mouffesche Theorie der (gegen-)hegemonialen Artikulation greift hier nach Wöhl zu kurz, weil sie weder die Identitätsformierung *vor* dem hegemonialen Prozess bedenkt noch erkennt, wie groß die Widerstände sein können, die für gegenhegemoniale Artikulationen aus institutionellen Strukturen resultieren.

Johannes Angermüller nähert sich dem Denken Laclaus aus diskursanalytischer Perspektive und setzt sich dabei insbesondere mit einem Aspekt der jüngeren Theorieentwicklung auseinander: der Konzipierung der kleinsten artikulatorischen bzw. diskursiven Einheit als Forderung. Angermüller arbeitet zunächst heraus, wie die Hegemonietheorie an die Stelle der Gesellschaft das Feld des Sozialen setzt, das zugleich strukturiert und durch Praxis bewegt ist. Im Unterschied zu strukturalen Modellen ist die Objektivität des Sozialen jedoch konstitutiv beschränkt, zum einen weil sich durch das Soziale und als dessen „interne“ Grenze der Spalt des Antagonismus zieht, zum anderen weil das soziale und hegemoniale Geschehen Kontingenz unterliegt. Laclaus und Mouffes Theoretisierung der Gesellschaft als Großgefüge ist also essentialismuskritisch akzentuiert: Sie greifen auf das saussuresche Modell der Identitätsbildung qua Differenz zurück, verweigern sich aber der Vorstellung, dass diese Identitätsbildung jemals in einem geschlossenen System abgeschlossen und damit gegeben sein könnte. Während Angermüller die von Laclau/Mouffe vorgenommene konstitutive Dislozierung der Struktur des Sozialen zustimmend rekonstruiert, sieht er ein Problem in der Konzeptionierung der kleinsten Einheit, aus der sich diese Struktur zusammenfügt: der Forderung. Diese ist nach Angermüller keineswegs so transparent und unmittelbar verständlich, wie Laclau anzunehmen scheint. Vielmehr lässt sich aus dem Blickwinkel der pragmatisch orientierten Diskursanalyse feststellen, dass sich auch in vermeintlich klaren Forderungen stets verschiedene Bedeutungsebenen und Sprecherperspektiven überlagern, so dass „komplexe interpretative Dilemmata“ (165) entstehen, die man nicht durch den einfachen Verweis auf einen gemeinten Inhalt auflösen kann. Angermüller skizziert dann sein diskursanalytisch-äußerungstheoretisches Modell und zeigt die Problematik eines von scheinbarer Evidenz gekennzeichneten Forderungsverständnisses anhand der beispielhaften Diskursanalyse einer Forderung des Grünen-Politikers Oswald Metzger auf. Hier wird deutlich, dass Diskurse nie in ihrer Gänze gegeben sind, sondern stets nur perspektivisch; und diese Perspektivität affiziert jede mögliche Forderung.

Der Fokus des Beitrags von *Martin Nonhoff* liegt auf der Erkundung einer an die Hegemonietheorie anschließenden, diskursanalytischen Methodologie. Dabei

wird in einem ersten Schritt erörtert, welcher Art die Einheiten sind, aus denen sich hegemoniale Diskurse zusammensetzen, und welche Typen von Relationen sich zwischen diesen Einheiten konstatieren lassen. Ausgerüstet mit einer Typologie von fünf Relationstypen (Repräsentation, Differenz, Äquivalenz, Kontrarität, Superdifferenz) und einem an Laclau angelehnten Verständnis der kleinsten Einheit als Forderung untersucht Nonhoff anschließend das politisch-diskursive Feld in seiner Grundstruktur und kommt zu dem Ergebnis, dass man Diskurse dann als politische Diskurse bezeichnen kann, wenn in ihnen das Allgemeine konflikthaft verhandelt wird. Wenn sich dabei eine Version des Allgemeinen durchsetzt, dann stets in vorläufiger und nie hinreichender Weise, d.h. nicht im Modus absoluter Herrschaft, sondern in jenem der Hegemonie. Ein hegemoniales Projekt kann dabei als umso erfolgreicher gelten, je höher sein Verbreitungsgrad und seine diskursive Wahrnehmbarkeit sind. Abhängig ist dies beides vom quantitativen wie qualitativen Grad, in dem eine hegemoniale Formierung Individuen und vor allem Gruppen zu subjektivieren vermag. Nach dieser bereits auf die Diskursanalyse zugeschnittenen Rekonstruktion der Hegemonietheorie etabliert Nonhoff als „Scharnier“ zwischen Theorie und empirischer Analyse ein Konzept der hegemonialen Strategie, die er als bestimmte Form des Arrangierens der vorher eingeführten diskursiven Beziehungen begreift. Zentral sind dabei die Ausformung von Äquivalenzketten, die Zweiteilung des diskursiven Raums und die Repräsentation des hegemonial agierenden Lagers durch einen leeren Signifikanten. Abschließend wird mit der Analyse eines Textes von Alfred Müller-Armack, der im Kontext des wirtschaftspolitischen Diskurses der deutschen Nachkriegszeit steht, die hegemoniale Praxis um den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ nachgezeichnet.

Auch *Cornelia Bruell* nähert sich dem Denken von Laclau und Mouffe mit dem Ziel der empirischen Analyse. Im Unterschied zu den vorher genannten diskursanalytischen Beiträgen verknüpft Bruell die Hegemonietheorie mit einer Kombination von qualitativer und quantitativer Inhaltsanalyse. Auf methodischer Ebene arbeitet sie heraus, dass zwar Äquivalenzbeziehungen im Diskurs bestehen, dass aber weit bedeutender so genannte „Simultanzen“ sind, d.h. die parallele Thematisierung bestimmter Aspekte, ohne dass dabei zwangsläufig eine enge (etwa: kausale) Verbindung zwischen beiden hergestellt wird. Entsprechend lässt sich die vorgenommene Untersuchung als „Simultananalyse“ beschreiben. Diese Analyse wird angeleitet durch die Frage, ob sich auf der Ebene des (zeitungs-)öffentlichen Diskurses so etwas wie eine europäische Identität entwickelt. Dabei gilt Bruell eine Identität dann als gut etabliert, wenn in einem gesellschaftlichen Zusammenhang vergleichbare Knotenpunkte eingerichtet werden und ähnliche antagonistische Fronten entstehen. Unter der Annahme, dass sich Aspekte einer solchen Identität schon auf den verschiedenen nationalen Ebenen anzeigen müssten, untersucht Bruell in vier österreichischen Zeitungen die Diskussionen um die Europawahl des Jahres 2004, und zwar nach den Konjunkturen von Themenkomplexen und Subthemen sowie nach feststellbaren Simultanzen

zwischen Themen und Subthemen. Im Ergebnis stellt Bruell fest, dass man von der Existenz einer europäischen Identität – jedenfalls auf der nationalen, österreichischen Ebene – kaum sprechen kann, und dass auch deren Entwicklung in der Zukunft unwahrscheinlich erscheint.

Abgeschlossen wird der Band mit dem Beitrag von *Daniel Schulz*, der in einer empirischen Studie mit Hilfe des theoretisch-analytischen Instrumentariums der Hegemonietheorie untersucht, wie sich in Frankreich zwischen der Revolution von 1789 und dem Ende des 19. Jahrhunderts „die Nation [...] dauerhaft als hegemoniale Ordnungssymbolik“ (227) herausbildete. Als Korpus seiner Diskursanalyse dienen ihm verschiedene politische Wörterbücher und Enzyklopädien. Im Unterschied zu allgemeinen Wörterbüchern erweisen sich die politischen Wörterbücher als besonders hilfreich für eine Analyse des hegemonialen Geschehens, weil sie stets aus einer politischen Perspektive geschrieben sind und so konstitutiv bestimmte politische Subjektpositionen einbringen. Die Nation entwickelt sich, wie Schulz herausarbeitet, im Lauf der Untersuchungsperiode zwar durchaus zum leeren Signifikanten des französischen Gemeinwesens. Sie wird von immer mehr politischen Kräften vereinnahmt, bleibt dabei aber letztlich inhaltlich umstritten.

Der vorliegende Band ist das Ergebnis des Workshops *Discourse, Democracy, Hegemony: Résumé and Future Prospects of the Political Theory of Ernesto Laclau and Chantal Mouffe*, der am 9. und 10. Dezember 2005 am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen stattgefunden hat. Als Herausgeber möchte ich allen Personen und Institutionen danken, die zum Gelingen des Workshops wie des Bandes beigetragen haben. Allen voran gilt mein Dank Ernesto Laclau und Chantal Mouffe dafür, dass sie die Teilnahme am Bremer Workshop einrichten konnten und mir ihre Texte für diesen Band überlassen haben. Ebenso möchte ich allen anderen WorkshopteilnehmerInnen und AutorInnen für ihre Mitwirkung herzlich danken. Für ihre finanzielle Förderung danke ich der Universität Bremen, für seine ideelle Unterstützung dem Frankfurter Arbeitskreis für Politische Theorie & Philosophie und für seine Hilfe bei der Planung insbesondere Frank Nullmeier. Bei der Durchführung des Workshops haben mich das Bremer Zentrum für Sozialpolitik, Johannes Angermüller, Eva Herschinger, Achim Hurlmann, Eike Holsten und ganz besonders unermüdlich Jessica Haase unterstützt; bei der Herausgabe des Bandes waren mir Lina Jakobs, Hanna Naoumis, Tanja Pritzlaff und Christine Stangl eine sehr große Hilfe. Ihnen allen möchte ich meinen besonderen Dank aussprechen.

Literaturverzeichnis

- Brodocz, André (2003): *Die symbolische Dimension der Verfassung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Critchley, Simon; Marchart, Oliver (Hg.) (2004): *Laclau. A Critical Reader*. London, New York: Routledge.
- Glasze, Georg (2007): Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden (in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8/2). Download unter: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-07/07-2-14-d.htm> (abgerufen am 21. September 2007).
- Hetzel, Andreas (2004): „Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie“, in: Oliver Flügel; Reinhard Heil; Andreas Hetzel (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 185-210.
- Howarth, David; Norval, Aletta J.; Stavrakakis, Yannis (Hg.) (2000): *Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change*. Manchester, New York: Manchester UP.
- Jörke, Dirk (2004): „Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe“, in: Oliver Flügel; Reinhard Heil; Andreas Hetzel (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 164-184.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on The Revolution of Our Time*. London, New York: Verso.
- (1993): „Discourse“, in: Robert E. Goodin; Philip Pettit (Hg.): *A Companion to Contemporary Philosophy*. Oxford/Cambridge, Mass: Blackwell Publishers, 431-437.
- (Hg.) (1994): *The Making of Political Identities*. London, New York: Verso.
- (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- (2000): „Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics“, in: Judith Butler; Ernesto Laclau; Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso, 44-89.
- (2002): *Emancipation und Differenz*. Wien: Turia + Kant.
- (2004): „Glimpsing the Future“, in: Simon Critchley; Oliver Marchart (Hg.): *Laclau. A Critical Reader*. London, New York: Routledge, 279-328.
- (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- (2006): „Why Constructing a People Is the Main Task of Radical Politics“, *Critical Inquiry* 32: 646-680.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- (1991[1985]): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Lefort, Claude (1990[1983]): „Die Frage der Demokratie“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 281-297.
- Marchart, Oliver (Hg.) (1998): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien: Turia + Kant.
- (2002): „Gesellschaft ohne Grund: Laclaus politische Theorie des Post-Fundationalismus“, in: Ernesto Laclau: *Emancipation und Differenz*. Wien: Turia + Kant, 7-18.

- Mouffe, Chantal (1999): *The Challenge of Carl Schmitt*. London: Verso.
- (2000): *The Democratic Paradox*. London: Verso.
- (2005): *On the Political*. London, New York: Routledge.
- (2007): *Über das Politische*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nonhoff, Martin (2001): „Soziale Marktwirtschaft – ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus“, in: Johannes Angermüller; Katharina Bunzmann; Martin Nonhoff (Hg.): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Argument, 193-208.
- (2006a): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt ‚Soziale Marktwirtschaft‘*. Bielefeld: Transcript.
- (2006b): „Politische Ideengeschichte und politische Hegemonie – Anmerkungen zum ‚Battle of the Books‘ an den amerikanischen Colleges“, in: Harald Bluhm; Jürgen Gebhardt (Hg.): *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik*. Baden-Baden: Nomos, 223-242.
- Stäheli, Urs (1999): „Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe“, in: André Brodocz; Gary S. Schaal (Hg.): *Politische Theorien der Gegenwart*. Opladen: Leske + Budrich, 143-166.
- (2000): *Sinnzusammenbrüche. Eine dekonstruktive Lektüre von Niklas Luhmanns Systemtheorie*. Weilerswist: Velbrück.
- Torfig, Jacob (1999): *New Theories of Discourse: Laclau, Mouffe and Žižek*. Oxford, Malden: Blackwell.

Ideologie und Post-Marxismus¹

ERNESTO LACLAU

Ich wurde gebeten, den theoretischen Ansatz, den ich im Lauf der vergangenen zwanzig Jahre in verschiedenen Publikationen entwickelt habe, im Überblick darzustellen. Wenn ich nun im Folgenden den Versuch hierzu unternehme, so tue ich das mit dem Ziel, die Hauptkategorien der Diskurstheorie, wie sie von mir und einer Reihe anderer Wissenschaftler konzipiert wurde, möglichst systematisch miteinander zu artikulieren. Der Ertrag dieses Essays liegt also eher in der globalen Architektur dieser Artikulation als in den Einzelthesen, aus denen sich diese Architektur zusammensetzt.

Den Ausgangspunkt unserer Überlegungen bildete eine Ambiguität im marxistischen Geschichtsverständnis, die zwar oft dargelegt worden war, mit der man sich aber nach unserer Auffassung nicht so systematisch auseinandergesetzt hatte, wie sie es verdient gehabt hätte, und zwar die folgende: Geschichte war für Marx zuallererst ein vollkommen objektiver Prozess, der beherrscht wird vom Widerspruch zwischen sukzessiven Systemen von Produktionsverhältnissen, die die Gesellschaft organisieren, und der Entwicklung der Produktivkräfte. Den Inbegriff dieser objektivistischen Sichtweise bildet das ‚Vorwort‘ der *Kritik der Politischen Ökonomie*, wo gesellschaftliche Antagonismen eine eindeutig zweit-rangige Rolle spielen – als verzerrte Spiegelung einer zugrunde liegenden Notwendigkeitslogik. Andererseits aber behauptete der Marxismus, die Geschichte der Menschheit sei eine Geschichte der Klassenkämpfe gewesen, um eine berühmte Formulierung aus dem *Manifest* zu zitieren. Ich kam mehr und mehr zu der Überzeugung, dass es unmöglich ist, diese beiden Sichtweisen miteinander zu vereinbaren, und dass die so genannte ‚Krise des Marxismus‘ zu einem Großteil aus dieser Unmöglichkeit resultierte. Die objektivistische Sichtweise war ab

1 Dieser Beitrag ist im Original erschienen als: Ernesto Laclau (2006): „Ideology and post-Marxism“, *Journal of Political Ideologies* 11/2: 103-114. Der Herausgeber dankt Ernesto Laclau für die Überlassung des Textes und dem Verlag Taylor & Francis für die Genehmigung des Wiederabdrucks in deutscher Übersetzung.

den 1970er Jahren vollends diskreditiert. Die Arbeitswerttheorie, auf die sie gründete, erwies sich als von allerlei theoretischen Ungereimtheiten geplagt; die zentrale Voraussage, dass sich die Gesellschaftsstruktur immer weiter vereinfachen würde, wurde uneingeschränkt widerlegt; und die Komplexität gesellschaftlicher wie politischer Identitäten in der globalisierten Welt ließ Zweifel an einer engen, ‚klassenbasierten‘ Perspektive aufkommen.

Was ist aber mit der zweiten Sichtweise, die der rigiden Vorstellung gesellschaftlicher Beziehungen die Zentralität gesellschaftlicher Antagonismen – in Marx' Begriffen: den ‚Klassenkampf‘ – entgegenstellte? Obwohl die „Klassen“-Begrenztheit dieser Sichtweise sicher in Frage gestellt werden konnte, hatte doch die Bedeutung des antagonistischen Moments keineswegs an Relevanz verloren. Man musste, soviel war sicher, ein neues Bewusstsein dafür gewinnen, was die antagonistische Relation ausmacht; insbesondere war diese Relation auf eine Weise zu denken, die sie nicht just an jenen Orten fixierte, welche ihr durch die objektivistische Konzeption zugewiesen worden waren. Das war der Ausgangspunkt unseres Post-Marxismus.

Wie also ist die antagonistische Relation zu verstehen? Für die objektivistische Konzeption war dies eine völlig zweitrangige Frage, weil sich die Logik der Geschichte zwar *durch* die Antagonismen *hindurch entfaltete*, von ihnen aber nicht *konstituiert* wurde. Wenn Antagonismen jedoch als erst-konstitutiv für das soziale Gewebe begriffen werden, dann wird die Bestimmung ihres ontologischen Status zur zentralen theoretischen Aufgabe. In *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau/Mouffe 1991[1985]) begannen wir mit dem Verweis auf die Unterscheidung Kants zwischen Realrepugnanz und Widerspruch, waren jedoch der Ansicht, dass beide nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Antagonismen zu erfassen. Widersprüche bestehen, wie Kant ausführte, allein zwischen Begriffen. Deshalb konnte auch eine idealistische Philosophie wie die Hegels, die das Wirkliche auf Begriffe reduziert, Antagonismen als Widersprüche begreifen. Aber dies ist, wie die italienische Della-Volpe-Schule aufgezeigt hat, nicht kompatibel mit einer materialistischen Philosophie wie dem Marxismus, der von einer nicht-geistigen Verfassung des Wirklichen ausgeht. Obwohl wir mit den Della-Volpianern in dieser Hinsicht übereinstimmten, konnten wir ihrer zweiten These, wonach gesellschaftliche Antagonismen als Realrepugnanz zu verstehen seien, nicht folgen, und zwar aus dem einfachen Grund, dass Realrepugnanz nicht im Geringsten antagonistisch sind. Es ist nichts antagonistisch am Zusammenstoß zweier Steine. Wenn nun jedoch weder Widerspruch noch Realrepugnanz das erfassen können, was Antagonismen ausmacht, wie sollten wir letztere dann denken?

Hier nahm unser Ansatz eine radikale Wende. Während Widerspruch und Realrepugnanz objektive Relationen sind – zwischen begrifflichen Objekten im ersten Fall, zwischen realen Objekten im zweiten –, sind Antagonismen unseres Erachtens keine objektiven Relationen, sondern ein Art der Relation, in der sich die Grenzen jeder Objektivitätskonstituierung anzeigen. Weshalb ist das so? Aus ih-

rem je eigenen Blickwinkel ist für beide antagonistischen Kräfte ihr jeweiliger Gegner keine objektive Präsenz. Letzterer stellt somit auch nicht die eigene Identität (die der antagonistischen Kraft) als volle Identität her, sondern ganz im Gegenteil: Er repräsentiert das, was das Erlangen einer solchen Fülle unmöglich macht. Sofern wir die Perspektive der beiden antagonistischen Kräfte beibehalten, bedeutet dies auch, dass das Moment des Aufeinanderpralls – das alles andere als objektiv ist – anzeigt, dass Gesellschaften niemals einen Zustand völliger Objektivität erreichen können. Nur vom Standpunkt eines selbst objektiven Beobachters ließen sich Antagonismen als objektiv begreifen; dieser würde in ihnen den Ausdruck einer tiefer liegenden Objektivität sehen, die dem Bewusstsein der beiden konfligierenden Kräfte entgeht. Die hegelsche ‚List der Vernunft‘ übernimmt diese Aufgabe. Doch genau dieser Versuchung müssen wir widerstehen, wenn wir Antagonismen als *konstitutiv*, und nicht als *abgeleitet* betrachten wollen.

Das Verständnis des Antagonismus als *Grenze* der Objektivität ist jedoch nur ein Ausgangspunkt. In Verbindung mit dem Begriff der ‚Grenze‘ stellt sich sofort eine Reihe von Fragen. Auf einige möchte ich nun hinweisen. Beginnen wir damit, wie man sich die Grenze genau vorzustellen hat. Wenn das, was sich jenseits der Grenze befindet, derselben Art ist wie das, was sich diesseits befindet, hätten wir es nur mit einer Scheingrenze zu tun, die nichts anderes als eine interne Differenzierung innerhalb eines durchgehenden Raums der Repräsentation wäre. Eine *tatsächliche* Grenze sollte diesen Raum daher unterbrechen, sie sollte ihm gegenüber radikal *heterogen* sein. Wir haben daher den Begriff der ‚Heterogenität‘ eingeführt, der jedoch nicht selbsterklärend ist. Um zu verstehen, was dieser Begriff tatsächlich impliziert, muss man sich ihm über eine Reihe von Schritten annähern. Wir könnten mit einer transzendentalen Frage beginnen: Wie muss eine Entität verfasst sein, damit ihre Grenzen wirklich heterogen sind, damit sie also gleichbedeutend sind mit einer radikalen Unterbrechung des Raums der Repräsentation? Es gibt eine Bedingung für eine solche Unterbrechung: Der Spalt, der mit ihr einhergeht, darf keiner zwischen regionalen Feldern der Repräsentation sein – deren Ausdifferenzierung vollständig repräsentierbar bliebe. Vielmehr musste es sich um ein Aporie handeln, die im Innern des Repräsentationsprinzips als solchem angelegt ist. Diese Bedingung schließt bereits eine Reihe möglicher Kandidaten für das Paradigma des grundlegenden ontologischen Terrains aus. Alle Vorstellungen der Grenze, die diese auf *positive* Differenzen gründen, sind natürlich mit der Idee einer radikalen Grenze nicht kompatibel (positive Differenzen setzen einen gemeinsamen Grund voraus, auf dem sie sich konstituieren, können also nicht erfassen, was eine *radikale* Grenze ist). Aber aus demselben Grund sollten auch dialektische Widersprüche ausgeschlossen werden: Da die Voraussetzung jedes dialektischen Widerspruchs (A – nicht A) darin besteht, dass man in ‚A‘ alles hat, was für den Übergang in ‚nicht A‘ erforderlich ist, muss die Dialektik einen einzigen, durchgehenden Raum der Repräsentation postulieren, in dem dieser Übergang stattfinden kann. Heterogenität in dem radikalen Sinn, von dem wir ausgehen, ist weder mit Dialektik (basierend auf Wider-

spruch) noch mit einfachem Gegensatz (basierend auf Kontrarität) kompatibel. Damit erreichen wir erneut unsere obige Schlussfolgerung: Weder Widerspruch noch Realrepu gnanz lassen sich mit dem Begriff der Grenze verbinden, wie ihn der auf radikaler Heterogenität basierende Antagonismus erforderlich macht. Benötigt wird ein ontologisches Terrain, auf dem das Scheitern, das in der Repräsentierbarkeit angelegt ist (das im Antagonismus gegenwärtige Moment des Aufeinanderpralls, das sich, wie ausgeführt, einer unmittelbaren Repräsentation entzieht), selbst repräsentierbar wird, wenn auch nur als Spur des Nicht-Repräsentierbaren im Repräsentierbaren (wie im Fall von Kants Noumenon: ein Gegenstand, der sich durch die Unmöglichkeit einer adäquaten Darstellung anzeigt).

Die transzendentalen Bedingungen des Terrains, in das die Vorstellung des Antagonismus – verstanden als Grenze der Objektivität – eingeschrieben werden kann, sollen nun genauer aufgeführt werden: Die erste und wichtigste Bedingung ist, dass das, was innerhalb eines solchen Terrains einschreibbar ist, über das Feld der objektiven Relationen hinausgehen muss (sonst wären wir auf die ausschließliche Alternative von Realrepu gnanz und dialektischem Widerspruch festgelegt). Zweitens sollte in das Terrain nicht nur das eingeschrieben werden können, was repräsentierbar ist, sondern auch die ultimative, in ihrem Innern angelegte Unmöglichkeit der Repräsentierbarkeit selbst (sonst hätten wir das Feld der Objektivität nicht transzendiert). Drittens können die ‚Entitäten‘, die um die Grenze der Objektivität herum konstruiert werden, nicht *begrifflich* fassbar sein (nochmals: wenn sie es wären, wären sie positive Objekte). Viertens: Welche Art von Vorrang auch immer eine Entität gegenüber anderen genießt, es kann keiner sein, der schon in der Hierarchie eines genau angebbaren Differenzuniversums angelegt wäre (weil ein solches notwendigerweise objektive Relationen voraussetzt und nicht die nicht-relationalen Relationen, die wir suchen). Die erste Bedingung wird mit Hilfe des Begriffs des *Diskurses* erfüllt; die zweite durch jenen des *leeren Signifikanten*; die dritte dadurch, dass der *Name* als Basis des Dings konzipiert wird; die vierte durch die Konzeptionen der *Unebenheit* und des *radikalen Investments*, die sich am deutlichsten in der lacanschen Begrifflichkeit des Objekts klein *a* und in der Logik der Hegemonie – die beide letztlich identisch sind – wiederfinden. Nun will ich die um diese vier Bedingungen angelegte Argumentation zusammenfassen.

Wie ist eine nicht-relationale Relation zu verstehen? Als eine, die nicht in das Feld der Objektivität eingeschrieben werden kann, eben genau deshalb, weil es ihre Funktion ist, dieses Feld zu untergraben; oder, was dasselbe ist, als eine, die die Gegebenheit von Entitäten destabilisiert. Das Aufeinanderprallen zweier gesellschaftlicher Kräfte würde, blieben wir im Bereich ihrer physischen Materialität, völlig in das Feld des ontisch Gegebenen gehören. Das heißt, dass die Negation der Fülle des Seins, die aus dem Antagonismus resultiert, zwar in diesem Feld zum Ausdruck kommt, aber in etwas besteht, das darüber hinausgeht. Die Gegenwart des antagonistischen Anderen hindert mich daran, ganz ich selbst zu sein. Notwendig ist also ein ontologisches Terrain, innerhalb dessen diese aus

dem Antagonismus resultierende Distanz zu mir selbst eingeschrieben werden kann. Dieses Terrain haben wir *Diskurs* genannt und dabei mehrfach klar gemacht, dass Diskurs nicht auf Sprache und Schrift begrenzt ist, sondern alle Signifikationsysteme umfasst. In diesem Sinne ist er gleichbedeutend mit dem gesellschaftlichen Leben. Die wittgensteinsche Konzeption des Sprachspiels, die sowohl die Worte als auch die mit ihnen verbundenen Handlungen umfasst, ähnelt dem, was wir unter ‚Diskurs‘ verstehen. Unser Projekt unterscheidet sich jedoch von dem Wittgensteins insofern, als wir versuchen, die ontologischen Implikationen linguistischer Kategorien – wie z.B. ‚Signifikant/Signifikat‘ oder ‚Paradigma/Syntagma‘ – zu erkunden, die damit aufhören, bloß regionale Kategorien einer eng verstandenen Linguistik zu sein. In mancher Hinsicht könnte man sagen, dass für die Suche nach dem Terrain, auf dem die aus antagonistischen Relationen resultierende Subversion von Identität repräsentiert werden kann, die Rhetorik das privilegierte Untersuchungsfeld sein müsste; denn die Rhetorik besteht eben genau darin, in Folge der tropologischen Bewegung Distanz zur wörtlichen Bedeutung herzustellen. Die Rhetorik ist unzweifelhaft von großer Bedeutung, doch wir sollten dieser Feststellung die wichtige Ergänzung hinzufügen, dass Rhetorizität keine literarische Ausschmückung darstellt, die der Sprache äußerlich wäre; vielmehr ist sie im Innern des linguistischen Prozesses verankert. In einem maßgeblichen Beitrag hat etwa Roman Jakobson Metapher und Metonymie mit dem paradigmatischen bzw. dem syntagmatischen Pol der Sprache assoziiert (auf Grundlage der Beziehungen der Substitution und der Kombination). Diese Sichtweise ist entscheidend für unseren Versuch, das diskursive Terrain als das ontologisch vorrangige darzustellen.

Dieser erste Schritt in Richtung einer diskursiv-rhetorischen Ontologie ist notwendig, aber noch nicht ausreichend. Wenn wir beim jetzt Erreichten verharren, hätten wir einfach eine dialektische oder eine positivistische Ontologie durch eine semiotische ersetzt, aber dieser Wechsel hätte uns hinsichtlich der Erklärung antagonistischer Relationen noch nicht weit vorangebracht. Nach Saussure ist Sprache ein System von Differenzen, und letztere sind im Zusammenhang genauso objektiv wie die Relationen des Widerspruchs und der Realrepuganz, die wir bereits verworfen hatten. Für unseren Zweck müssen wir noch etwas ergänzen. Folgt man Cicero, so müssen wir auf figürliche Sprache deshalb zurückgreifen, weil es in der Welt mehr zu benennende Objekte gibt, als wir Worte zur Verfügung haben. Natürlich ist das aus seiner Perspektive ein empirischer Mangel. Aber wenn man zeigen könnte, dass es schon in der Struktur der Signifikation etwas in der Art einer *konstitutiven* Unmöglichkeit gäbe, wenn die essentielle Bedingung von Signifikation die Gegenwart von etwas wäre, das nicht signifiziert werden kann, dann wären wir der Lösung unseres Rätsels einen Schritt näher gekommen (der antagonistische Aufeinanderprall, der nicht unmittelbar als objektives Moment repräsentiert werden kann, könnte vielleicht auf andere Weise signifiziert werden, wenn es in der Sprache andere Modi der Signifikation als die direkte, objektive Repräsentation gäbe).

Das Arsenal der Rhetorik kennt einen Modus der Signifikation, der die Komplementarität von wörtlich und figürlich beseitigt. Es handelt sich dabei um die *Katachrese* (ein figürlicher Ausdruck, dem kein wörtlicher entspricht). Mittelbarkeit ist für die katachrestische Signifikation konstitutiv. Aus Gründen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, kann man annehmen, dass es sich bei der Katachrese nicht um eine spezifische Trope handelt, sondern dass sie in allen Tropen vorhanden ist und die Rhetorizität als solche auszeichnet. Wörtlich wären dann einfach jene Ausdrücke, die die Spuren der eigenen Rhetorizität verbergen; folglich wäre Rhetorizität für Sprache konstitutiv.

Das ist so, weil sich – aus Gründen, die ich an anderer Stelle ausgeführt habe² – kein Signifikationssystem anders als durch katachrestische Verschiebungen schließen lässt. Das vollständige Argument findet sich in jenem Aufsatz und ich werde es hier nicht wiederholen, sondern nur die logischen Schritte aufzählen. Es sind die folgenden: (1) Da Sprache – und allgemeiner, jedes Signifikationssystem – wesentlich differentiell funktioniert, bildet ihre Schließung die Bedingung dafür, dass überhaupt Signifikation möglich ist. (2) Jede Schließung erfordert jedoch die Einrichtung von Grenzen, und keine Grenze kann gezogen werden, ohne zugleich das, was sich jenseits befindet, zu setzen. (3) Weil aber das System ein System *aller* Differenzen ist, kann das, was sich jenseits der Grenze befindet, nur von der Art eines Exkludierten sein. (4) Exklusion operiert allerdings auf widersprüchliche Weise: Sie macht auf der einen Seite das System der Differenzen als Totalität erst möglich; doch auf der anderen Seite sind die Differenzen nicht mehr einfach nur Differenzen, sondern gegenüber dem ausgeschlossenen Element miteinander äquivalent. Weil sich diese Spannung logisch nicht vermeiden lässt, ist die Totalität ein Gegenstand, der zugleich unmöglich und notwendig ist. Unmöglich: insofern die Spannung zwischen Äquivalenz und Differenz unüberwindbar ist, gibt es kein Objekt, das dieser Totalität unmittelbar entspricht. Notwendig: ohne ein solches Objekt gäbe es überhaupt keine Signifikation. (5) Folgerung: Das unmögliche Objekt muss repräsentiert werden, jedoch wäre diese Repräsentation *wesentlich* verzerrt und figürlich. Hier betritt die Katachrese die Bühne. Als Mittel der verzerrten Kommunikation stehen nur die partikularen Differenzen zur Verfügung. Daher muss eine dieser Differenzen die unmögliche Totalität verkörpern – ohne dabei allerdings aufzuhören, ein Partikulum zu sein. Aus einem bestimmten Blickwinkel betrachtet, haben wir es hierbei mit der Produktion eines *leeren Signifikanten* zu tun: Dieser signifiziert eine Totalität, die tatsächlich unmöglich ist. Von einem anderen Blickwinkel aus handelt es sich um eine hegemoniale Operation (bzw. die Konstruktion eines Herrens signifikanten im lacanschen Sinne): eine bestimmte Partikularität transformiert ihren eigenen Körper in die Repräsentation einer inkommensurablen Totalität.

2 Vgl. hierzu meinen Aufsatz „Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?“ (Laclau 2002).

Wir verfügen jetzt über alle Elemente, die für eine Definition der antagonistischen Relation erforderlich sind. Das Moment des antagonistischen Aufeinanderpralls kann nicht direkt repräsentiert werden, aber es kann dennoch signifiziert – bzw., wenn man so will, positiviert – werden durch die Produktion eines leeren Signifikanten (oder vielmehr von zwei leeren Signifikanten: einen auf jeder Seite der antagonistischen Grenze). Das zur eigenen Identität gehörende Lager lässt sich aufgrund der Präsenz der antagonistischen Kraft nicht um die eigene ontische Partikularität schließen; und so muss es sich einerseits durch eine Äquivalenzkette zwischen den eingeschlossenen Inhalten signifizieren und andererseits durch die Produktion eines leeren Signifikanten, der kein Signifikat hat, weil er die unmögliche Fülle der Gemeinschaft repräsentiert. Und auch das, was jede der beiden Kräfte, die sich im Konflikt befinden, auf der anderen Seite der antagonistischen Grenze wahrnimmt, ist nicht ein rein ontischer Inhalt; denn dieser Inhalt dient ebenfalls nur der Repräsentation von etwas, das es nicht ist: der Anti-Gemeinschaft. Dass die ontischen Repräsentationsmittel somit lückenhaft funktionieren, birgt eine Vielzahl politischer Konsequenzen, von denen die wichtigste die essentielle Instabilität der Äquivalenzkette ist: Kein leerer Signifikant kann völlig kontrollieren, welche Verbindungen Teil der Kette sind. Wir können nun klar erkennen, wie die Grenze der Objektivität, die der antagonistische Aufeinanderprall darstellt, signifiziert werden kann. Jede solche Repräsentation wird mit einer ständigen katachrestischen Bewegung einhergehen. Obwohl es keine direkte, objektive Repräsentation des Aufeinanderpralls gibt, zeigt er sich doch in der Subversion des Feldes der Objektivität. Wir sind nicht weit von der lacanschen Vorstellung der Subversion des Symbolischen durch das Reale entfernt.

Es gibt noch zwei weitere transzendente Bedingungen, die die antagonistische Beziehung erfüllen muss, um theoretisch Sinn zu ergeben. Die erste berührt die Frage nach dem theoretischen Status des leeren Signifikanten. Die Antwort auf diese Frage wäre normalerweise recht einfach: Wir haben es mit einem Begriff zu tun. Würde hier nach der Stellung des Konzepts „leerer Signifikant“ innerhalb einer Theoriestructur gefragt, gäbe es keinen Zweifel, dass wir (gleich welche konkrete Stellung es letztlich auch wäre) eine Entität begrifflicher Natur meinen würden. Aber es geht nicht um diese Frage, sondern um die Beziehung eines leeren Signifikanten zu den Objekten, die unter seiner Bezeichnung gruppiert werden. Wir wissen, dass jede begriffliche Gruppierung als *Unterordnung* verstanden werden müsste. Der Begriff drückt etwas aus, was in jedem Fall seiner Verwendung ohne Änderung reproduziert wird. Ein Begriff kann nur ein allgemeiner sein, und seine Konkretisierungen müssen notwendigerweise etwas reproduzieren, was sie alle gemeinsam haben, einen harten positiven Kern jenseits ihrer partikularen Variationen. Aber was geschieht, wenn dieser gemeinsame Kern fehlt, wenn die Basis einer Äquivalenzbeziehung nicht in einer positiven Eigenschaft besteht, die verschiedenen individuellen gesellschaftlichen Forderungen zugrunde liegt, sondern in ihrer gemeinsamen Opposition zu etwas, durch das sie alle negiert werden? Hier erreichen wir den Kern der antagonistischen

Beziehung: Die Komponenten jedes antagonistischen Pols werden nicht durch ein geteiltes positives Merkmal geeint (in einem solchen Fall hätten wir es mit einer rein objektiven Einheit zu tun), sondern weil sie alle in Opposition zu einer Kraft stehen, mit der sie sich konfrontiert sehen. Somit kann der leere Signifikant – der Ausdruck, der das Ensemble dieser Komponenten zusammenführt – kein Begriff sein, weil die Relation zwischen ihm und den anderen Elementen, die durch ihn in neuer Weise angeordnet werden, keine Unterordnung *begrifflicher* Art ist. Wie wir wissen, ist es für die begriffliche Unterordnung (wofür Kants bestimmendes Urteil in typischer Weise steht) wesentlich, dass die Regel den Fällen ihrer Anwendung vorausgehen muss. Doch die Unterordnung einer Vielzahl von äquivalenziellen Verknüpfungen unter einen leeren Signifikanten kann wegen der Heterogenität dieser Verknüpfungen, deren einziges gemeinsames Merkmal negativer Art ist, kein begrifflicher Vorgang sein. Wenn aber die Verbindung eines leeren Signifikanten zu den durch ihn vertretenen Elementen nicht begrifflicher Art ist, welcher Art ist sie dann?

Von der Art eines *Namens*. Hier muss ich kurz erläutern, worin ich den Unterschied zwischen einer nominalen und einer begrifflichen Ordnung sehe. Die entscheidende Frage ist: Wie verweisen Namen auf Objekte? In meinem Buch *On Populist Reason* (Laclau 2005) habe ich diese Frage aufgenommen und argumentiert, dass die beiden wichtigsten Ansätze – Deskriptivismus und Anti-Deskriptivismus – dort unterschiedliche Wege einschlagen, wo es um den zentralen Punkt geht, ob das Verweisen mit begrifflicher Vermittlung einhergeht. Die klassische deskriptivistische Position – in ihren unterschiedlichen Formulierungen von John Stuart Mill bis Bertrand Russell – geht davon aus, dass jede Objektreferenz begrifflicher Vermittlung bedarf. Jeder Name wird mit einem Set deskriptiver Merkmale assoziiert, so dass ich diesen Namen anwende, wenn ich in der Welt ein Objekt finde, welches diese Merkmale aufweist. Wir befinden uns also völlig im Bereich der kantischen bestimmenden Urteilskraft: Ohne die deskriptiven Merkmale, die als Regel für die Zuschreibung eines Namens zu einem Objekt fungieren, wäre diese Zuschreibung gänzlich willkürlich. Die zweite Sichtweise ist der anti-deskriptivistische Ansatz, der mit den Arbeiten von Saul Kripke und seinen Schülern verbunden wird: Hier gibt es keine begriffliche Vermittlung; das Benennen ist eine Taufe ohne das Fundament einer allgemeinen Regel. Man muss es nicht eigens sagen, dass unsere Ansicht, die sich eindeutig von der Vorstellung einer begrifflichen Unterordnung entfernt, klar im anti-deskriptivistischen Lager zu verorten ist – allerdings mit einem Vorbehalt: Wenn auch die Taufe beinhaltet, dass einem Objekt ohne jede begriffliche Vermittlung ein Name zugeschrieben wird, so bleibt doch weiterhin das Problem, ob die Einheit des Objekts *gegeben* ist, so dass mit dem Namen nur etwas abgenickt wird, was schon vor dem Prozess des Benennens erreicht war; oder ob es sich stattdessen so verhält, dass die Einheit des Objekts aus dem Akt des Benennens folgt. Alles, was wir über ‚leere Signifikanten‘ gesagt haben, deutet schon darauf hin, dass unseres Erachtens allein die zweite Variante zutreffend ist. Um es in lacanscher

Diktion zu sagen: Die Einheit des Objekts ist nur der retroaktive Effekt des Benennens. Die Erklärung hierfür ist einfach: Wenn die verschiedenen Komponenten, die ein Objekt näher bestimmen, bereits vor dem Akt des Benennens wesentliche Merkmale gemeinsam hätten, dann wäre der Akt des Benennens nur der begrifflichen Vermittlung nachgeordnet. Aber wenn diese Merkmale heterogen und folglich radikal kontingent sind, kann die Einheit des Objekts nirgends anders herrühren als vom Akt des Benennens. Das erklärt unsere These, dass *der Name das Ding begründet*. Und es zeigt auch, weshalb die Art der Einheit, die ein leerer Signifikant im diskursiven Terrain herstellt, nicht mit begrifflicher Unterordnung erklärt werden kann.

Noch ein weiteres Strukturelement unseres Ansatzes muss hervorgehoben werden. Bislang haben wir gezeigt, wie das Reale symbolische Muster untergräbt, wie die Grenze der Objektivität dieses Muster beeinflusst, so dass es innerlich verzerrt wird. Entscheidend für diese Verzerrung ist die Produktion leerer Signifikanten. Diese verfügen – und das ist eine ihrer Schlüsseigenschaften – über einen Strahlungseffekt, der über alle strukturell determinierbaren Orte hinausreicht. Das bedeutet, dass das, was man in die leeren Signifikanten investiert, nicht strukturell vorgegeben sein kann, denn sonst wäre dieses Investment vollends objektiv und der disruptive Effekt der leeren Signifikanten wäre verloren. Aus diesem Grund sprechen wir von *radikalem Investment*. Es ist ‚radikal‘, weil es zur Gänze von außen kommt, und es ist ein ‚Investment‘ – fast im finanziellen Sinn –, weil man ein Strukturelement mit einem Wert versieht, der nicht aus seinem Platz in der Struktur hervorgeht. Daher liegen auch alle Versuche, ein Strukturelement gegenüber anderen zu privilegieren – etwa im Fall der berühmten „Bestimmung in letzter Instanz“ durch die Ökonomie –, völlig falsch. Eine solche Bestimmung könnte nur ein objektiver Effekt sein und sie könnte die Begrenzung der Objektivität, die aus der antagonistischen Präsenz resultiert, nicht erklären.

Doch welcher Art ist dann ein Investment, das wirklich radikal ist? Nach unserer Auffassung kann es nur *affektiver* Art sein. Diese Behauptung erfordert jedoch eine vorsorgliche Warnung. Es wäre falsch anzunehmen, Signifikation sei der Seite der Objektivität zugeordnet, wohingegen das affektive Investment eine Größe wäre, die dem Signifikationsprozess völlig fremd ist. Dies wäre, wie ich an anderer Stelle gezeigt habe (Laclau 2004), eine fehlerhafte Unterteilung. Denn erstens ist Signifikation auf Affekt angewiesen, insofern als der paradigmatische Pol der Sprache – den Saussure in aufschlussreicher Weise ‚assoziativ‘ nannte – Substitutionen erforderlich macht, die nur vermittels individueller Erfahrung möglich sind; und zweitens ist Affekt keine Größe, die vollkommen außerhalb der Signifikation konstituiert wird, sondern existiert nur im Zuge der differentiellen Kathexis einer Signifikantenkette. Hier habe ich versucht, die Logik der Hegemonie mit der des Objekts klein *a* der lacanschen Theorie zu verknüpfen, und zwar insbesondere mit der Lesart der lacanschen Theorie, wie sie in den Arbeiten von Joan Copjec vorgenommen wird (Copjec 2002). Nach Lacan dient die Sub-

limierung dazu, ein Objekt zur Würde des Dings zu erheben (des freudschen Dings natürlich). Das bedeutet, dass ein bestimmtes partielles Objekt aufhört, eine Partialität innerhalb einer Totalität zu sein – damit wäre sie auf ein bloßes Moment einer globalen Struktur reduziert –, und stattdessen zur Partialität wird, die die Totalität *ist*. Das ist allerdings genau die Rolle, die wir dem ‚leeren Signifikanten‘ bei der Konstituierung hegemonialer Formierungen zugeschrieben haben. Somit sind die Logik des Objekts klein *a* und die der Hegemonie nicht einfach homolog: Sie sind identisch, denn beide zeigen, wie strukturelle Effekte möglich sind, ohne dass sie jedoch strukturell determiniert sind. Die Konsequenzen dieser letzten Behauptung vollends zu verstehen, ist von hoher Bedeutung. Eine hundertprozentige Übereinstimmung von struktureller Determination und strukturellen Effekten könnte es nur geben, wenn die Struktur eine *causa sui* wäre; sie müsste dafür, mit anderen Worten, eine Art spinozaische Eternität sein. Und genau das wird von all jenen Theorien vorausgesetzt, die die Produktionsweise zum *fundamentum inconcussum* des Sozialen gemacht haben. Sobald wir aber diese Selbstdetermination durch die Präsenz eines heterogenen Anderen unterlaufen – wie im Fall des Antagonismus – wird der Zusammenhang zwischen strukturellen Effekten und struktureller Determination tendenziell aufgebrochen; damit ist zugleich gesagt, dass letztere ein Machtssystem darstellt, das wie jede Macht gegenüber etwas ihm bzw. ihr Äußerlichen zum Einsatz kommt. Mit anderen Worten: Sobald man nicht länger von der Selbstdetermination ausgeht, hat jede strukturelle Konfiguration Existenzbedingungen, die nicht schon an sich gegeben sind. Im Falle von Produktionsweisen bedeutet das, dass sie, da sie als Existenzbedingungen nicht das Resultat einer wie auch immer gearteten Determination in letzter Instanz sind, Teil eines artikulierten Ganzen sind, das sie mitkonstituieren. Aus diesem Grund muss das Konzept der ‚Produktionsweise‘ durch das der ‚hegemonialen Formierung‘ ersetzt werden.

An diesem Punkt können wir uns wieder der Frage nach dem Übergang vom Marxismus zum Post-Marxismus zuwenden. Der Ausgangspunkt war, dass die zwei Annahmen, die das Feld des klassischen Marxismus aufspannen, letztlich inkompatibel sind: einerseits die Annahme, dass die Geschichte zusammengehalten würde durch den Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den verschiedenen Systemen von Produktionsverhältnissen – ein Geschehen, in dessen Zentrum Gesetze historischer Notwendigkeit stehen; und andererseits die Idee der entscheidenden Bedeutung des Klassenkampfes, die wenigstens potenziell die Möglichkeit kontingenter Ergebnisse eröffnete. Wenn die widersprüchliche Natur dieser beiden Annahmen lange Zeit verborgen geblieben ist, so geschah das aufgrund der Art, in der sie im marxistischen Diskurs artikuliert wurden. Die objektivistische Komponente war dominant und begrenzte die volle Ausdehnung jener Logik, die implizit im Begriff des gesellschaftlichen

Antagonismus angelegt war. Man muss nur an die Rolle denken, die die Kategorie der ‚historischen Notwendigkeit‘ im Marxismus der Zweiten Internationale spielte, um zu erkennen, welche Begrenzung sie der politischen Kreativität und Vorstellungskraft auferlegte. Sobald jedoch der Glaube an die historische Notwendigkeit geschwächt war, brachen die Dämme, die die marxistischen Dogmen darstellten, an allen Stellen. Man muss jedoch darauf hinweisen, dass es sich dabei nicht um einen Kollaps handelte, sondern vielmehr ein geordnetes Überschwappen: Sobald es nicht mehr durch die Annahme einer objektiv begründeten Grenze eingeengt war, entwickelte sich ganz einfach das Potenzial, das in der zentralen Stellung des Klassenkampfes als Motor des historischen Wandels angelegt war. Die Bewegung vom Marxismus zum Post-Marxismus ist zu einem großen Teil die Geschichte dieses Übergangs.

Es ist vielleicht paradox, dass das erste Opfer dieses Übergangs eben jener zentrale Begriff war, der ihn möglich gemacht hatte: der ‚Klassenkampf‘. Weshalb? Der Grund liegt in der Heterogenität, die wir im Innern der Konzeption des gesellschaftlichen Antagonismus ausgemacht hatten. Wenn sich Antagonismus auf dialektische Weise erklären ließe (A – nicht A), gäbe es kein Problem: Sowohl der Aufeinanderprall als auch die Akteure des Aufeinanderpralls würden im selben Moment determiniert. Aber es wurde bereits erklärt, weshalb das Konzept des dialektischen Übergangs nicht in der Lage ist zu erklären, was bei einer antagonistischen Konfrontation geschieht. Wenn man jedoch die Heterogenität, die wir im Herzen der antagonistischen Relation vorgefunden haben, annimmt, wenn die beiden Pole dieser Relation nicht demselben Raum der Repräsentation angehören, dann gibt es auch keine Möglichkeit mehr, die Wurzeln von Kämpfen in einer partikularen sozialen Kategorie wie der der Klasse zu verorten.

Wir wollen die wirklichen Dimensionen einer heterogenen Relation betrachten. Wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, scheidet die Möglichkeit, das Moment der radikalen Heterogenität in einem dialektischen Übergang zu finden, aus. Sehen wir uns beispielsweise die Vorstellung an, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse seien inhärent antagonistisch. Im Rahmen einer dialektischen Konzeption, die Antagonismus auf Widerspruch reduziert, bestünde die erste Aufgabe darin, ein homogenes Terrain zu finden, auf welchem sich der Widerspruch entwickeln kann. Um das zu tun, muss man aber sowohl den Kapitalisten als auch den Arbeiter darauf reduzieren, eine ökonomische Kategorie zu sein: Käufer bzw. Verkäufer von Arbeitskraft. Dann ließe sich folgern, dass die Beziehung zwischen beiden intrinsisch antagonistisch ist, weil der Kapitalist dem Arbeiter Mehrwert entzieht. Aber diese Folgerung ist unzulässig. Die Beziehung wird nur zu einer antagonistischen, wenn der Arbeiter der Abschöpfung des Mehrwerts *Widerstand* entgegensetzt – aber man kann die Kategorie ‚Verkäufer von Arbeitskraft‘ solange analysieren, wie man will, und wird dennoch nicht in der Lage sein, von ihr die Kategorie ‚Widerstand‘ logisch abzuleiten. Dieselbe Reduktion des Kapitalisten und des Arbeiters auf ökonomische Kategorien, die für die Konstruktion eines homogenen Raums der dialektischen Vermittlung er-

forderlich ist, verunmöglicht es also zugleich, das spezifisch antagonistische Moment der Relation zwischen beiden zu denken. Warum aber kann ein Antagonismus zwischen Arbeitern und Kapitalisten bestehen? Wegen der Art und Weise, in der der Arbeiter *aufserhalb* der Produktionsverhältnisse konstituiert wird (die Tatsache, dass er oder sie unterhalb eines bestimmten Lohnniveaus kein anständiges Leben leben kann etc.). Aber wenn das der Fall ist, dann ist der Konflikt nicht *in* den Produktionsverhältnissen angelegt, sondern *zwischen* den Produktionsverhältnissen und der Art und Weise, in der gesellschaftliche Akteure außerhalb dieser Verhältnisse konstituiert werden. Die Schlussfolgerung ist klar: Die zwei Räume der Repräsentation (jener des Arbeiters und jener des Kapitalisten) sind radikal heterogen, wodurch das Terrain, auf dem eine dialektische Vermittlung möglich gewesen wäre, zerstört ist.

Hieraus folgen unmittelbare Konsequenzen. Sobald wir geschlossen haben, dass Antagonismen heterogene Räume symbolischer Repräsentation voraussetzen, die nicht dialektisch vermittelt sind, gibt es keinen Grund mehr dafür anzunehmen, dass die privilegierten Punkte einer antagonistischen Konfrontation in den Produktionsverhältnissen zu finden sind. Die kapitalistische Entwicklung kreierte viele andere Orte des Konflikts: ökologische Krisen, Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen ökonomischen Sektoren, imperialistische Ausbeutung etc. Folglich gibt es aber viele Subjekte des ‚anti-kapitalistischen Kampfes‘, sie können nicht auf eine so einfache Kategorie wie die der ‚Klasse‘ reduziert werden. Es wird eine Pluralität der Kämpfe geben. Die Zahl der Kämpfe in unserer Gesellschaft nimmt zu, je mehr wir in die globalisierte Ära eintreten, aber es handelt sich dabei immer weniger um ‚Klassen‘-Kämpfe. Man könnte natürlich – wie Marx im 19. Jahrhundert – argumentieren, dass es in kapitalistischen Gesellschaften eine Tendenz zur Vereinfachung der sozialen Struktur gebe, mit der Folge, dass wir uns einer Situation annähern, in der es zu einem letzten Showdown der Geschichte käme, einer einfachen Konfrontation zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Selbst ein kurzer Blick auf die Gegenwartsgesellschaften genügt jedoch, um diesen Einwand ohne viel Aufhebens beiseite zu wischen.

Unsere Analyse hat zur Konsequenz, vom Primat der Politik bei der Strukturierung sozialer Räume auszugehen. Es stellt sich nicht länger die Frage nach irgendwelchen infrastrukturellen Logiken, die hinter unserem Rücken die Zukunft unserer Gesellschaften determinieren. Zwar ist richtig, dass das *Politische* – die Welt kontingenter Artikulationen – durch das *Soziale* – das Feld sedimentierter sozialer Praktiken – begrenzt wird, aber die sozialen Automatismen des Letzteren legen die Strukturierung unserer Gesellschaften immer weniger fest. Auch in diesem Bereich sind die Effekte der Globalisierung deutlich sichtbar.

Eine zweite Konsequenz besteht darin, dass politische Akteure in gewissem Umfang *immer populare*³ Akteure sein werden. Als ‚Volk‘ verstehen wir einen

3 Anmerkung des Übersetzers: Das englische Wort „popular“ wird im Allgemeinen als „populär“ ins Deutsche übertragen. Das verfehlt mit Blick auf die Laclau'sche Theo-

kollektiven Akteur, der infolge einer äquivalenziellen Re-Aggregation einer Vielzahl von Forderungen um einen Knotenpunkt oder leeren Signifikanten entsteht. Die Konstituierung populärer Akteure wird auf zwei Arten begrenzt. Die erste Begrenzung steht in Verbindung zur Sektoralisierung gesellschaftlicher Forderungen. Aus der Heterogenität, die in Bezug auf gesellschaftliche Antagonismen besteht, können – außer in Perioden organischer Krisen – niemals unbegrenzte Äquivalenzketten entstehen. Eine Forderung kann sich daher stets nur in begrenzter Weise ‚populistisch‘ einschreiben, wobei die Grenzen konjunkturellem Wandel unterliegen. Es gibt also eine Spannung zwischen der Fähigkeit einer Gruppe, in andere Sektoren hegemonial hinein zu agieren, und ihrer objektiven Verortung innerhalb eines Systems von Beziehungen, das der hegemonialen Öffnung Grenzen auferlegt. Beispielsweise kann eine Gewerkschaft als Sammelpunkt für eine Reihe von gesellschaftlichen Forderungen fungieren, aber die Tatsache, dass sie innerhalb eines genau gegebenen Rahmens die Interessen von Arbeitnehmern verteidigen muss, kann ihre hegemonialen Ambitionen einschränken. Die ganze gramscianische Dialektik zwischen ‚korporativer‘ und ‚hegemonialer‘ Klasse stellt diese Spannung am besten dar. (Wenn wir nun von strukturellen Begrenzungen sprechen, die aus einem bestimmten Rahmen resultieren, kehren wir damit nicht zur ‚objektivistischen‘ Infrastruktur zurück, die wir oben kritisiert hatten. Wir behaupten nicht, dass diese strukturellen Begrenzungen das Fundament der Geschichte seien und dass ihre Widersprüche den Verlauf der Geschichte erklären könnten, sondern dass jeder gesellschaftliche Zustand daraus resultiert, dass ein symbolischer Rahmen und ein heterogenes Anderes, welches diesen Rahmen in Frage stellt, zusammenwirken.)

Bislang haben wir uns mit den Möglichkeiten und Hindernissen einer gegen das System gerichteten Mobilisierung befasst. Die zweite Konsequenz unserer Ausführungen berührt nun die Gegenbewegung, die Reaktion derjenigen, die an der Macht sind, gegen die antagonistische Mobilisierung. Ganz allgemein kann diese Politik in einer Formel zusammengefasst werden: die Demobilisierung des Underdogs. Die antipolitische Handlungsweise *par excellence* besteht in der Bewerkstelligung eines Zustandes, in welchem alle Interessen korporativ inkludiert werden, was die Formierung eines ‚Volkes‘ verhindert. Die saint-simonsche Formulierung „von der Regierung von Personen zur Verwaltung von Sachen“ bringt diese Tendenz schön zum Ausdruck. In meinem Buch über den Populismus habe ich ausgeführt, dass die Regierung von Mexiko unter der Herrschaft der PRI hinsichtlich der Aufnahme einzelner Forderungen relativ flexibel war. Was aber nicht toleriert wurde, war das, was *el paquete* (das Paket) genannt wurde – das

rie aber den Kern der Sache, da „populär“ eher eine Nähe zu „bekannt“, „volksnah“ oder „volkstümlich“ hat, während das englische „popular“ in diesem Zusammenhang eher so etwas wie „volksbezogen“ meint. Die Übersetzung „populär“ wähle ich in Anlehnung an die deutsche Übersetzung von Gramscis „popolare“, das als unmittelbarer Kontext von Laclaus „popular“ gelten kann. Eine ausführliche Begründung für diese Übersetzung im Gramsci-Text gibt Bochmann (1991: 20).

heißt ein umfassendes Set von als äquivalent artikulierten Forderungen, das eine größere politische Wende impliziert hätte. Es gibt allerdings auch einen Populismus von der Position der Macht aus, und zwar dann, wenn für ein größeres Unterfangen, das drastische Änderungen im Institutionensystem mit sich bringt, eine populäre Mobilisierung notwendig ist.

Wir können uns nun ein letztes Mal der Geschichte des Marxismus zuwenden, um zu begreifen, wie das ‚institutionalistische‘ und das ‚populistische‘ Moment miteinander kombiniert und so zwiespältige politische Effekte produziert wurden. Zunächst war der Marxismus der Inbegriff der Weigerung, populistische Neuordnungen welcher Art auch immer zu unterstützen. Die revolutionäre Perspektive konnte dennoch aufrechterhalten werden, weil man, indem man sich auf die Verteidigung der Interessen der Arbeiter konzentrierte und den Rest den ‚Gesetzen der historischen Notwendigkeit‘ überließ, letztlich die große Masse der Bevölkerung repräsentieren würde, sobald der Prozess der Proletarisierung weit genug fortgeschritten wäre. Die Kombination des illusorischen Charakters dieser prophezeienden Politik und der tatsächlichen Politik, die dadurch ermöglicht wurde – die Verteidigung der Standesinteressen der Arbeiter –, hatte eine lähmende Wirkung. Die Position der Gewerkschaften war weit davon entfernt, eine Art ‚freies Territorium‘ zu sein. Vielmehr war sie Teil des institutionellen Systems in den jeweiligen Ländern, mit der Konsequenz, dass dann, als diese bedroht waren (wie 1914), die ‚nationale‘ Solidarität wichtiger wurde als die Ideologie der ‚Klasse‘. Mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und dem Entstehen der Komintern zeigte sich die Schwäche eines reinen ‚Klassismus‘ noch deutlicher: Die Zickzack-Oszillation zwischen ultralinkem Abenteuerum und opportunistischer Anpassung an den Status quo wurde zum Kennzeichen kommunistischer Politik. Die ‚Bolschewisierung‘ der kommunistischen Parteien in den 1920er Jahren besiegelte die Festlegung auf eine im Wesentlichen anti-hegemoniale Orientierung. Nur in den wenigen Fällen, in denen die stalinistische Kontrolle nachließ und einige kommunistische Bewegungen in der Lage waren, sich in Knotenpunkte eines größeren nationalen und populären kollektiven Willens zu verwandeln, gab es ein anderes Ergebnis als eine desaströse Niederlage. Maos Langer Marsch und Titos Partisanenkrieg waren vielleicht die beiden wichtigsten Siegeserfahrungen; beide beruhten auf der Konstruktion breiter populärer Identitäten und machten die Beschränkungen einer reinen ‚Klassenkampfstrategie‘ deutlich. Gramscis Theoretisierung, die ihr Zentrum in den Begriffen der ‚Hegemonie‘ und des ‚kollektiven Willens‘ hatte, war der Hauptausdruck einer Alternativstrategie, die allerdings nur wenige Anhänger fand.

Ein letzter Punkt ist noch offen. Was ist mit der ‚Ideologie‘, die im Titel dieses Beitrags auftaucht? Im Terrain des Marxismus gab es zwei Konzeptionen der Ideologie, und beide sollten meines Erachtens verworfen werden. Die erste Kon-

zeption war die des ‚falschen Bewusstseins‘; die zweite die der Ideologie als notwendige Dimension jeder gesellschaftlichen Formation. Die erste Option ist verknüpft mit der Möglichkeit eines ‚wahren‘ Bewusstseins einer mit sich versöhnten Menschheit – und in manchen Versionen ist Ideologie das Gegenteil von Wissenschaft. Der Essentialismus dieser Sichtweise ist heute völlig diskreditiert. Die zweite Option hingegen besitzt deshalb keine Attraktivität für gegenwärtige Theorieentwürfe, weil sie zu sehr in Verbindung zu der Vorstellung einer naturalistischen Infrastruktur steht, die sich im Denken der Menschen in der Form verzerrter Ideen widerspiegelt. Ich zögere jedoch, den Begriff der Ideologie gänzlich aufzugeben. Ich denke, er kann beibehalten werden, aber nur, wenn man seiner Bedeutung einen bestimmten Dreh gibt. Wie wir oben gesehen haben, hat jede prekäre Stabilisierung von Bedeutung etwas wesentlich Katachrestisches. Jede ‚Schließung‘ ist notwendig tropologisch. Das bedeutet, dass diejenigen diskursiven Formen, die innerhalb eines bestimmten Kontexts den Horizont der insgesamt möglichen Repräsentation konstruieren, die also die Grenzen des ‚Sagbaren‘ etablieren, notwendig figurativ sein werden. Sie sind, in den Worten Hans Blumenbergs, ‚absolute Metaphern‘, ein gigantisches *als ob*. Diese Operation des Schließens würde ich weiterhin *ideologisch* nennen, was in meinem Vokabular, wie nun klar sein sollte, in keiner Weise eine pejorative Konnotation hat.

Übersetzung: Martin Nonhoff

Literaturverzeichnis

- Bochmann, Klaus (1991): „Editorische Vorbemerkung“. In: Antonio Gramsci: *Gefängnishefte*. Band 1. Hamburg: Argument, 15-20.
- Copjec, Joan (2002): *Imagine there's no woman*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Laclau, Ernesto (2002): „Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?“. In: ders.: *Emanzipation und Differenz*. Wien: Turia + Kant, 65-78.
- (2004): „Glimpsing the Future“. In: Simon Critchley und Oliver Marchart (Hrsg.): *Laclau. A Critical Reader*. London, New York: Routledge, 279-328.
- (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1991[1985]): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.

Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft¹

CHANTAL MOUFFE

Was ist eine „gute Gesellschaft“? Ist sie befriedet und harmonisch, eine Gesellschaft, in der grundlegende Meinungsverschiedenheiten überwunden sind und wo sich mit Blick auf die Interpretation der gemeinsamen Werte ein überlappender Konsens gebildet hat? Oder ist es eine Gesellschaft mit einer vibrierenden öffentlichen Sphäre, in der viele konfligierende Ansichten zum Ausdruck gebracht werden können und wo es die Möglichkeit gibt, zwischen legitimen Alternativen zu wählen? Ich möchte im Folgenden diese zweite Ansicht vertreten, weil ich – im Gegensatz zur heute weit verbreiteten Auffassung – davon überzeugt bin, dass es ein Fehler ist zu glauben, dass es in einer „guten Gesellschaft“ keine Antagonismen mehr gibt und dass das konfliktorientierte Politikmodell dort obsolet geworden ist.

Das zentrale Argument dieses Beitrags lautet, dass die gegenwärtig vorherrschende Art der Demokratietheorie uns die Bedeutung des Dissenses für die demokratische Gesellschaft übersehen lässt. Ihr gelingt es nicht, die unterschiedlichen Formen von Antagonismen, die in unserer globalisierten Welt nach dem kalten Krieg entstanden sind, zu erfassen und sich eine demokratische Politik vorzustellen, die diese Antagonismen berücksichtigt. Daher halte ich es für erforderlich, ein neues Modell zu entwickeln, das ich als „agonistischen Pluralismus“ bezeichnen möchte. Zu diesem Modell werde ich im Folgenden einige Überlegungen anstellen.

1 Dieser Beitrag ist im Original erschienen als: Chantal Mouffe (2004): „Pluralism, Dissensus, and Democratic Citizenship“, in: Fred Inglis; Wilfred Carr (Hg.): *Education and the Good Society*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 42-54. Der Herausgeber dankt Chantal Mouffe für die Überlassung des Textes und dem Palgrave Macmillan Verlag für die Genehmigung des Wiederabdrucks in deutscher Übersetzung.

Die Mängel des vorherrschenden Modells

Demokratische Gesellschaften sehen sich heute einer Herausforderung gegenüber, für die sie nur schlecht vorbereitet sind. Der Kollaps des Kommunismus hat in keiner Weise einen ruhigen Übergang zur pluralistischen Demokratie ermöglicht; stattdessen war er der Auftakt für eine Explosion ethnischer, religiöser und nationalistischer Konflikte, die sich die meisten Liberalen nicht erklären können. Nach ihrer Ansicht gehören Antagonismen zu einem lang vergangenen Zeitalter, in eine Zeit, in der leidenschaftliche Gefühle noch nicht durch den „doux commerce“ eliminiert und durch die Dominanz rationaler Interessen und die Generalisierung „post-konventioneller“ Identitäten abgelöst worden waren. Daher rührt die Schwierigkeit vieler liberaler Denker, die gegenwärtige starke Zunahme von Partikularismen und die erneute Entstehung vermeintlich „archaischer“ Antagonismen zu verstehen.

Es wäre ein Fehler anzunehmen, dabei handele es sich um ein vorübergehendes Problem, das mit dem Fortschritt empirischer Forschung überwunden werden könne. Vielmehr lässt sich argumentieren, dass das mangelnde Gegenwartsverständnis des in der liberalen Demokratietheorie vorherrschenden Ansatzes in der Grundstruktur seines Denkens begründet liegt. Auf dem Fundament von Rationalismus, Individualismus und abstraktem Universalismus muss dieser Theorietyp gegenüber der Natur des Politischen und der Unauslöschlichkeit des Antagonismus blind bleiben. Sicherlich findet der Begriff „politisch“ zunehmend auch Eingang in die liberale Philosophie, doch dabei wird die Domäne des Politischen stets aus einem individualistischen oder einem rationalistischen Blickwinkel betrachtet und so entweder auf Ökonomie oder auf Ethik reduziert. Folglich kann sich weder ein Verständnis für die Dynamik der Konstitution kollektiver Subjekte herausbilden noch für die entscheidende Rolle, die Leidenschaft und Antagonismus in diesem Zusammenhang spielen. Hierin liegt die Erklärung für die Unfähigkeit der meisten Liberalen, angemessene Antworten auf die Probleme der Gegenwart zu geben.

Im liberalen Szenario werden politische Akteure als rationale Individuen betrachtet, die nur in ihrem Eigeninteresse handeln – bestenfalls eingeschränkt durch Moralität. Das von den Leidenschaften gesäuberte Reich der Politik wird als Feld konkurrierender Interessen konzipiert. Weil er die Gegebenheit des Antagonismus grundsätzlich leugnet, kann auch die Dynamik von dessen möglichen Erscheinungsformen von einem derartigen Ansatz nicht erfasst werden. Und so verwundert es nicht, dass liberale Theoretiker dann, wenn sie mit eben dem Antagonismus, den sie verneinen, konfrontiert werden, nur noch von der Wiederkehr des „Archaischen“ sprechen können.

Diese Form des Rationalismus war schon immer ein Hindernis auf dem Weg zu einem besseren Verständnis der Natur des Politischen in seiner antagonistischen Dimension, doch heute sind seine Mängel so offensichtlich wie wohl nie zuvor: Die tiefgreifenden Transformationen, die gegenwärtig in Folge der Glo-

balisierung stattfinden, erfordern ein adäquates Verständnis davon, wie kollektive politische Identitäten konstruiert werden und in welchen Formen sich Antagonismen entwickeln können, und zwar im Rahmen einer Vielzahl von sozialen Beziehungen. Denn – und das ist ein Punkt von entscheidender Bedeutung – das Politische hat keinen spezifischen, fixierten Ort innerhalb der Gesellschaft, sondern alle sozialen Beziehungen können zum Ort politischer Antagonismen werden.

Macht und Antagonismus

Worum es also wirklich geht, ist die Notwendigkeit, die Dimension der Macht und des Antagonismus anzuerkennen und ihre Unauslöschlichkeit zu akzeptieren. Indem das dominante Modell demokratischer Politik die Verfügbarkeit einer öffentlichen Sphäre postuliert, in der die Faktoren der Macht und des Antagonismus ausgelöscht und ein rationaler Konsens hergestellt wäre, verneint es diese Dimension und ihre entscheidende Rolle für die Formierung kollektiver Identitäten.

Im Gegensatz hierzu stehen die Fragen von Macht und Antagonismus mitten im Zentrum des Ansatzes, den ich hier vertreten möchte und dessen theoretische Grundlagen in *Hegemony and Socialist Strategy* ausgeführt wurden (vgl. Laclau/Mouffe 1985). In diesem Buch haben wir versucht, sowohl aus der Unauslöschlichkeit von Macht und Antagonismus als auch aus der Tatsache, dass es Emanzipation niemals völlig, sondern immer nur zum Teil geben kann, die Konsequenzen für eine radikale Konzeption der Demokratie zu ziehen. Dabei kann die demokratische Gesellschaft nicht länger als eine Gesellschaft vergegenwärtigt werden, in welcher der Traum perfekter Harmonie und Transparenz erfüllt wäre. Ihr demokratischer Charakter kann nur darin bestehen, dass kein partikularer sozialer Akteur mehr für sich selbst die Repräsentation der Totalität oder die Hoheit über die Gesellschaftsgrundlagen in Anspruch nehmen kann. Die zentrale These von *Hegemony and Socialist Strategy* ist, dass soziale Objektivität durch Machthandeln konstituiert wird. Dies impliziert, dass jede soziale Objektivität letztlich politisch ist und dass sie Spuren des Ausschlusses, der ihre Konstituierung bestimmt, in sich trägt. Als ‚Hegemonie‘ bezeichnen wir genau jenen Punkt, an dem Objektivität und Macht zusammenfließen.

Diese Form der Problemstellung deutet an, dass Macht nicht als externe Relation zwischen zwei präkonstituierten Identitäten verstanden werden sollte; vielmehr ist sie es, die die Identitäten erst konstituiert. Politische Praxis in einer demokratischen Gesellschaft besteht somit nicht in der Verteidigung der Rechte von im Voraus bestehenden Identitäten, sondern darin, diese Identitäten in einem prekären Terrain, das stets Verwerfungen ausgesetzt ist, hervorzubringen. Der von mir vertretene Ansatz geht mit einer Verschiebung der traditionell angenommenen Beziehungen zwischen Demokratie und Macht einher. So ist beispielsweise im Rahmen der Habermas’schen Vision einer „deliberativen Demokratie“ eine Gesellschaft um so demokratischer, je weniger die sozialen Bezie-

lungen durch Macht konstituiert werden. Aber wenn wir akzeptieren, dass es die Machtbeziehungen selbst sind, die das Soziale konstituieren, dann ist die Hauptfrage demokratischer Politik nicht länger, wie man Macht eliminieren kann, sondern wie man Formen der Macht schaffen kann, die mit demokratischen Werten vereinbar sind. Das Spezifische unseres Projektes einer „radikalen und pluralen Demokratie“, welches wir in *Hegemony and Socialist Strategy* skizziert haben, besteht darin, die Existenz von Machtbeziehungen und der Notwendigkeit, sie zu reformieren, anzuerkennen, aber zugleich die Illusion zu verwerfen, dass wir uns jemals völlig von der Macht befreien könnten.

Eine weitere besondere Eigenschaft unseres Ansatzes betrifft die Frage der De-Universalisierung politischer Subjekte. In diesem Zusammenhang bemühen wir uns, jede Form von Essentialismus hinter uns zu lassen: einerseits jenen Essentialismus, der die Grundkategorien der modernen Soziologie und des liberalen Denkens weitgehend durchdringt, wonach jede soziale Identität im historischen Prozess der Entfaltung des Seins vollkommen definiert würde; aber andererseits auch dessen diametrales Gegenüber: eine bestimmte Form extremer, postmoderner Fragmentierung des Sozialen, die den Fragmenten auch jede Art relationaler Identität verweigert. Indem sie ausschließlich Heterogenität und Inkommensurabilität betont, hindert uns die letztgenannte Ansicht zu erkennen, wie bestimmte Differenzen als Unterwerfungsbeziehungen konstruiert werden – und genau deshalb sollte radikaldemokratische Politik ihr entgegentreten.

Das ‚agonistische‘ Modell der Demokratie

Die Konsequenzen der eben erwähnten Thesen für demokratische Politik sind beträchtlich. Sie eröffnen uns das theoretische Terrain, das notwendig ist, um ein alternatives Modell der Demokratie zu entwerfen, eines, das für die Aufgaben, denen wir gegenüberstehen, besser geeignet ist – ich habe es als ‚agonistischen Pluralismus‘ bezeichnet (vgl. Mouffe 2000: chapter 4).

Um zu verdeutlichen, worauf diese alternative Perspektive beruht, unterscheide ich zwischen ‚dem Politischen‘ und ‚Politik‘. Mit dem Begriff des ‚Politischen‘ verweise ich auf die Dimension des Antagonismus, die in jeder menschlichen Gesellschaft angelegt ist, wobei Antagonismen jedoch in verschiedensten sozialen Beziehungen auftauchen und viele unterschiedliche Formen annehmen können. ‚Politik‘ hingegen bezeichnet das Ensemble aus Praktiken, Diskursen und Institutionen, die das menschliche Zusammenleben in einem Umfeld zu organisieren suchen, das stets potenziell konfliktuell ist, weil es von der Dimension des ‚Politischen‘ affiziert ist. Mit anderen Worten: Politik strebt nach der Errichtung von Ordnung.

Nur wenn wir die Dimension des ‚Politischen‘ anerkennen und begreifen, dass ‚Politik‘ darin besteht, Feindseligkeit zu domestizieren und den potenziellen Antagonismus, der die menschlichen Beziehungen durchdringt, zu entschärfen,

können wir die Frage stellen, die für demokratische Politik fundamental ist. Diese Frage lautet entgegen der Annahme der Rationalisten nicht, wie man einen rationalen Konsens ohne jede Exklusion herstellen kann (ein derartiger Konsens ist genau betrachtet eine Unmöglichkeit). Politik zielt vielmehr auf die Schaffung von Einheit im Kontext von Konflikt und Diversität; sie hat immer mit der Schaffung eines ‚wir‘ durch die Bestimmung der ‚anderen‘ zu tun. Das Novum der demokratischen Politik besteht nun nicht darin, dass sie diese Trennung zwischen einem ‚wir‘ und einem ‚die anderen‘ beseitigt, sondern vielmehr darin, dass diese Trennung auf eine neuartige Art und Weise instituiert wird. Die entscheidende Frage ist also, wie sich die Unterscheidung von ‚wir‘ und ‚die anderen‘ so einrichten lässt, dass sie mit der pluralistischen Demokratie kompatibel ist.

Dies setzt voraus, dass der ‚andere‘ im Reich der Politik nicht als ein Feind betrachtet wird, den es zu zerstören gilt, sondern als ein ‚Gegner‘, d.h. als jemand, dessen Ideen wir bekämpfen, dessen Recht, seine Ideen zu verteidigen, wir aber nicht in Frage stellen. Die Kategorie des Gegners löscht allerdings den Antagonismus nicht aus, und sie sollte von der liberalen Vorstellung des Wettbewerbers, mit der sie manchmal in eins gesetzt wird, unterschieden werden. Ein Gegner ist ein legitimer Feind, ein Feind, der wie wir den ethisch-politischen Prinzipien der Demokratie verhaftet ist. Aber weil wir weder durch Deliberation noch durch rationale Diskussion eine Einigung über die Bedeutung oder die Implementierung dieser Prinzipien erreichen können, bleibt stets ein antagonistisches Element in unserer Beziehung zum Gegner. Wenn man die Auffassung des Gegners übernimmt, ist das eine radikale Änderung der politischen Identität, die eher einer Konversion als einem rationalen Überzeugungswandel gleicht.² Gewiss sind Kompromisse möglich, sie sind Teil der Politik. Aber sie sollten als vorübergehende Ruhepausen angesichts einer fortdauernden Konfrontation betrachtet werden.

Man muss also zwei Typen politischer Relationen unterscheiden: eine des *Antagonismus* zwischen Feinden und eine des *Agonismus* zwischen Gegnern. Man könnte sagen, dass das Ziel demokratischer Politik darin liegt, Antagonismen in Agonismen zu verwandeln. Dies hat wichtige Konsequenzen dafür, wie wir uns Politik vergegenwärtigen. Im Gegensatz zum Modell der ‚deliberativen Demokratie‘ beharrt das von mir vertretene Modell des ‚agonistischen Pluralismus‘ darauf, dass die erste Aufgabe demokratischer Politik nicht darin besteht, politische Leidenschaft auszuschalten oder sie in die Sphäre des Privaten zu verdrängen, um einen rationalen Konsens zu ermöglichen. Vielmehr kommt es darauf an, eben diese Leidenschaft(en) so zu mobilisieren, dass sie demokratische Institutionen und Prozesse befördern. Agonistische Konfrontation gefährdet Demokratie in keiner Weise; sie ist – ganz im Gegenteil – die grundlegende Bedingung der Demokratie.

2 Ganz ähnlich wie Thomas Kuhn (1976) argumentiert hat, dass die Unterstützung eines neuen wissenschaftlichen Paradigmas einer Art Konversion gleicht.

Es ist daher eine entscheidende Grundlage demokratischer Politik, dass wir die Vorstellung zurückweisen, es könne jemals so etwas wie die freie und uneingeschränkte öffentliche Deliberation aller Angelegenheiten von gemeinschaftlichem Interesse geben. Wenn wir aber akzeptieren, dass Konsens stets nur als vorübergehendes Resultat einer vorläufigen Hegemonie existiert, als eine Stabilisierung von Macht, die immer auch eine Form von Exklusion mit sich bringt, dann können wir die Gestalt der öffentlich-demokratischen Sphäre neu konzipieren. Die Spezifität der modernen Demokratie liegt in der Anerkennung und Legitimierung des Konflikts sowie in der Weigerung, ihn durch die Setzung einer autoritären Ordnung zu unterbinden. Die symbolische Repräsentation der Gesellschaft als organischer Körper ist charakteristisch für den holistischen Modus sozialer Organisation; indem die Demokratie aber mit dieser Form der Repräsentation bricht, eröffnet sie Räume dafür, konfligierende Interessen und Werte zum Ausdruck zu bringen. Sicherlich erfordert die pluralistische Demokratie auch ein bestimmtes Maß an Konsens, aber dieser Konsens betrifft ausschließlich ihre konstitutiven ethisch-politischen Prinzipien. Weil jedoch diese Prinzipien nur in zahlreichen unterschiedlichen und gegensätzlichen Interpretationen Bestand haben können, wird ein solcher Konsens stets ein ‚konfliktiver Konsens‘ sein müssen. Daher muss es in einer pluralistischen Demokratie stets Raum für Dissens und für die Institutionen, in welchen sich dieser Dissens manifestieren kann, geben. Ihr Überleben hängt davon ab, dass sich kollektive Identitäten um klar voneinander geschiedene Positionen ausbilden können, und dass es die Möglichkeit gibt, zwischen echten Alternativen zu wählen. Wenn man der Spieltheorie einen Begriff entleihe, dann könnte man sich pluralistische Politik als eine Art ‚mixed-game‘ vorstellen, d.h. als teils durch Zusammenarbeit und teils durch Konflikt geprägtes, aber keineswegs als ausschließlich kooperatives Spiel, wie es den meisten liberalen Theoretikern vorschwebt. Wenn die agonistische Dynamik des pluralistischen Systems eingeschränkt wird, weil es keine oder nicht in ausreichendem Maß demokratische Identitäten gibt, mit denen man sich identifizieren kann, besteht das Risiko, dass sich stattdessen Auseinandersetzungen vervielfachen, deren Gegenstand essentialistische Identitäten und nicht verhandelbare moralische Werte sind.

Die Politikverdrossenheit, die wir gegenwärtig in vielen liberal-demokratischen Gesellschaften wahrnehmen, rührt meines Erachtens von der Tatsache her, dass die politische Öffentlichkeit zunehmend irrelevant wird. Infolge der unwidersprochenen Hegemonie des Neoliberalismus sind Ethik und Moral an die Stelle der Politik getreten, wobei das Leitmotiv im Bedürfnis nach Konsens, traditionellen Werten und einem „Engagement für die gute Sache“ besteht. Begleitet wird dies in vielen Ländern durch eine wachsende Dominanz der judikativen Macht, denn politische Entscheidungen werden immer stärker betrachtet, als seien sie nur technischer Natur und als sollten sie daher besser durch vermeintlich unparteiische Richter und Technokraten gelöst werden. Weil eine öffentliche, politische und demokratische Sphäre fehlt, in der es zu agonaler Konfrontation kommen

könnte, wird somit immer häufiger das Rechtssystem in Verantwortung genommen, wenn es darum geht, menschliche Koexistenz zu organisieren und gesellschaftliche Beziehungen zu regulieren. Angesichts der zunehmenden Unmöglichkeit, die Probleme der Gesellschaft als politische Probleme zu begreifen, ist es das Recht, von dem man erwartet, Lösungen für alle Arten von Konflikten zu haben.

Es gibt unzweifelhaft eine Verbindung zwischen dem vorherrschenden Trend in der liberalen politischen Theorie, die dazu neigt, Politik mit Moral zu verwechseln, und dem gegenwärtigen Rückzug des Politischen. Man kann die heutige Situation letztlich sogar als das Resultat einer Entwicklungstendenz sehen, die dem Wesenskern des Liberalismus eingeschrieben ist. Weil er nicht in der Lage ist, wirklich politisch zu denken, muss er sich immer auf ein anderes Terrain weiter bewegen: auf das ökonomische, das moralische oder das rechtliche. Sehr deutlich wird dies etwa im Werk von John Rawls, der als bestes Beispiel für das, was er als „freie Ausübung öffentlicher Vernunft“ bezeichnet, den Supreme Court nennt, in dem er geradezu das Modell demokratischer Deliberation sieht. Ein weiteres Beispiel für diesen Trend findet man bei Ronald Dworkin: Er spricht in vielen seiner Aufsätze von der Vorrangigkeit einer unabhängigen Justiz, die die Auslegung der politischen Moral der Gesellschaft übernimmt. Folgt man Dworkin, so sollten die grundlegenden Fragen politischer Gemeinschaften in Bereichen wie Arbeit, Erziehung, Zensur, Vereinigungsfreiheit etc. am besten durch Richter gelöst werden, vorausgesetzt, dass sie die Verfassung unter Bezug auf das Prinzip der politischen Gleichheit auslegen. Von der politischen Arena bleibt dabei kaum etwas übrig.

Sogar Pragmatisten, die, wie etwa Richard Rorty, den rationalistischen Ansatz einer weitreichenden und wichtigen Kritik unterziehen, scheitern daran, eine adäquate Alternative zu skizzieren. Bei Rorty ist das Problem, dass auch er, allerdings anders als die genannten liberalen Autoren, letztlich den Konsens privilegiert und damit die Dimension des Politischen nicht erkennt. Gewiss ist der Konsens, der ihm vorschwebt, einer, der durch das Überzeugen in Verbindung mit der „Erziehung des Herzens“ erreicht wird. Nichtsdestotrotz glaubt auch Rorty an die Möglichkeit eines umfassenden Konsenses.

Jede derartige Privilegierung des Konsenses steht meines Erachtens im Gegensatz zur Demokratie, weil damit tendenziell abweichende Stimmen zum Schweigen gebracht werden. Und deshalb glaube ich, dass ein Ansatz, der verdeutlicht, dass Konsens ohne Exklusion eine Unmöglichkeit darstellt, von grundlegender Bedeutung für demokratische Politik ist. Solch ein agonistischer Ansatz zwingt uns, den Konflikt in der und um die Demokratie lebendig zu erhalten, indem er uns vor der Illusion warnt, dass die vollkommene Demokratie jemals realisiert werden könnte. Er erkennt an, dass es in der Natur des Konflikts liegt, Grenzen zu ziehen, und statt zu versuchen, diese Grenzen mit Rationalität oder Moral zu verschleiern, ist er sich dessen bewusst, dass sie verschiedene Exklusionsformen verkörpern. Der agonistische Ansatz weiß um die Tatsache, dass Differenz einerseits die Bedingung der Möglichkeit darstellt, Einheit und Totalität

zu konstituieren, und dass sie andererseits deren essentielle Grenze bildet. Deshalb kann er dazu beitragen, der in demokratischen Gesellschaften allgegenwärtigen Versuchung, eigene Grenzen zu naturalisieren und eigene Identitäten zu essentialisieren, entgegenzusteuern. Er wäre daher sehr viel mehr als das Modell der deliberativen Demokratie offen für die Vielfalt der Stimmen, die es in einer pluralistischen Gesellschaft gibt, und für die Machtstruktur, die ein derartiges Netzwerk von Differenzen stets auch bedeutet. Dank der Erkenntnis, dass Identitäten aus einer Vielzahl von Elementen bestehen, ist solch ein Ansatz besser in der Lage, sich eine Form von Identität vorzustellen, die mit Alterität umgehen kann, die die Porosität ihrer eigenen Grenze anerkennt und die sich dem Außen, das die Bedingung der Möglichkeit ihrer selbst ist, öffnet. Weil er akzeptiert, dass allein Hybridität uns als separate Entitäten hervorbringt, kann er dazu beitragen, jenes Gewaltpotenzial zu entschärfen, das jede Konstruktion kollektiver Identitäten begleitet, und so die Bedingungen für einen wahrhaft ‚agonistischen Pluralismus‘ schaffen. Solch ein Pluralismus fußt auf der Anerkennung der Vielheit im Selbst und der gegensätzlichen Positionen, die mit dieser Vielheit einhergehen. Seine Akzeptanz des Anderen besteht nicht nur darin, Differenzen zu tolerieren, sondern darin, ihnen Ehre zu bezeigen, weil er anerkennt, dass sich ohne Alterität keine Identität je ihrer selbst vergewissern könnte. Es geht also um einen Pluralismus, der Diversität und Dissens aufwertet und nicht versucht, eine öffentliche Sphäre zu errichten, aus der sie verbannt wären. Denn dieser Pluralismus erkennt, dass ohne Diversität und Dissens eine Demokratie mit lebendiger Streitkultur nicht möglich ist.

Ein neues linkes Projekt

Sich die moderne Demokratie als eine Form des agonistischen Pluralismus vorzustellen, hat äußerst bedeutsame Konsequenzen für die Politik. Sobald man sich vergegenwärtigt, dass die Spezifik der pluralistischen Demokratie genau in dieser Art agonistischer Konfrontation liegt, versteht man auch, warum es in dieser Demokratie notwendig ist, dass sich kollektive Identitäten um klar voneinander abgegrenzte Positionen herum bilden, und warum sie von der Möglichkeit abhängt, zwischen wirklichen Alternativen zu wählen. Genau hierin liegt auch die Funktion der Rechts-Links-Unterscheidung. Die Opposition von Links und Rechts zeigt den Weg auf, in dem sich legitimer Konflikt eine Form gibt und institutionalisiert. Wenn dieser Rahmen nicht gegeben oder geschwächt ist, dann wird der Transformationsprozess vom Antagonismus in den Agonismus behindert, was schlimme Folgen für die Demokratie haben kann. Daher sollte man auch Diskursen über das „Ende der Politik“ oder über die Notwendigkeit, Links und Rechts auf einem „dritten Weg“ hinter sich zu lassen, Widerstand entgegenzusetzen. Das Verschwimmen der Grenze zwischen Rechts und Links, dessen Zeugen wir in den westlichen Gesellschaften werden, wird allzu häufig als Zeichen von Fort-

schritt und Reife präsentiert. Nach meiner Auffassung manifestiert sich hier jedoch das Schwächerwerden der politischen, öffentlichen Sphäre. Auch der wachsende Erfolg populistischer Rechtsparteien liegt hier begründet. Wenn die politischen Leidenschaften nicht länger von den demokratischen Parteien mobilisiert werden können, weil sie den „Konsens im Zentrum“ privilegieren, werden diese Leidenschaften andere Ventile finden: in verschiedenen fundamentalistischen Bewegungen, die sich um partikularistische Forderungen oder um nicht verhandelbare moralische Streitgegenstände bilden, oder in populistischen Anti-Establishment-Parteien. Es ist offensichtlich, dass der Mangel an dynamischem demokratischem Leben mit echtem Streit zwischen diversen demokratisch-politischen Identitäten den Grund dafür bildet, dass andere Formen der Identifikation aufleben, seien sie ethnischer, religiöser oder nationalistischer Natur. Dies sollte uns zu verstehen geben, dass man die Rechts-Links-Unterscheidung nicht aufgeben darf, sondern dass sie neu formuliert werden muss. Ich trete nicht für die Reaktivierung ihrer traditionellen Bedeutung ein, sondern für eine Definition, die auch die neuen Formen des Antagonismus berücksichtigt. Denn es wäre ein Fehler anzunehmen, dass Rechts und Links in essentialistischer Weise mit bestimmten Signifikanten – etwa mit „Klasse“ – verknüpft wären, und dass sie daher mit der Entstehung neuer Kämpfe obsolet würden. Insofern sie dem antagonistischen Ringen Dynamik verleihen, sollten diese vielmehr als Kategorien begriffen werden, die den Kern demokratischer Politik ausmachen.

Es ist heute dringend notwendig, für die Politik wieder eine zentrale Rolle zu erlangen, und deshalb brauchen wir neue politische Grenzen, die in der Lage sind, der Demokratie wirkliche Impulse zu geben. Die neue Grenzziehung muss es ermöglichen, eine Vielzahl demokratischer Forderungen miteinander zu verknüpfen. Entscheidend für die demokratische Politik wird jedoch zweifelsohne sein, ob es gelingt, eine Alternative zum Neoliberalismus zu formulieren. Denn die Tatsache, dass die neoliberale Hegemonie im Moment so unangefochten ist, liefert die Erklärung dafür, dass die Linke nicht in der Lage ist, ein glaubhaftes Alternativprojekt zu formulieren, welches die Grundlage für die Herstellung einer Äquivalenzkette zwischen einem breiten Spektrum demokratischer Forderungen bilden könnte. Wir sehen uns einem „Es-gibt-keine-Alternative-Dogma“ gegenüber, welches üblicherweise mit der Globalisierung begründet wird. Zum Beispiel wird gegen redistributive Politik sozialdemokratischer Art gerne das Argument in Anschlag gebracht, dass die Lage der öffentlichen Finanzen in einer Welt, in der Wähler keine Steuern zahlen wollen und wo globale Märkte keine Abweichung von der neoliberalen Orthodoxie zulassen, zwangsläufig angespannt sei. Dieses Argument nimmt allerdings das ideologische Terrain, das aus Jahren neoliberaler Hegemonie resultiert, für bare Münze und verwandelt einen kontingenten Zustand in historische Notwendigkeit. Wie in vielen anderen Fällen wird auch hier das Mantra der Globalisierung gebetsmühlenartig wiederholt, um dadurch den Status quo zu rechtfertigen und die Macht der großen internationalen Konzerne zu stärken.

Solange die Globalisierung ausschließlich als Folge der elektronischen und datentechnischen Revolution dargestellt wird, bleibt ihre politische Dimension außen vor und sie erscheint als Schicksal, in das wir alle uns fügen müssen. Genau an diesem Punkt sollte unsere Kritik einsetzen. André Gorz (1997) hat diesbezüglich argumentiert, dass der Prozess der Globalisierung nicht so sehr als notwendige Konsequenz einer technologischen Revolution zu begreifen sei. Vielmehr sollte man in ihm die strategische Antwort des Kapitals – die zugleich eine durch und durch politische Antwort ist – auf die Krise der Regierbarkeit in den 1970er Jahren sehen. Nach Gorz' Ansicht führte die Krise des fordistischen Entwicklungsmodells dazu, dass die Interessen des Kapitals und der Nationalstaaten auseinander liefen. Der Raum der Politik wurde von jenem der Ökonomie zunehmend abgetrennt. Sicherlich spielten für die Globalisierung neue Technologien eine entscheidende Rolle. Aber damit diese technologische Revolution implementiert werden konnte, war eine tiefgreifende Transformation der Machtbeziehungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen sowie zwischen den Konzernen und dem Staat notwendig. Entscheidend war die politische Veränderung. Im Ergebnis haben die Konzerne heute eine Art extraterritorialen Status. Sie haben es geschafft, sich von der politischen Macht zu emanzipieren und erscheinen selbst als wahrer Ort der Souveränität.

Indem er die Machtstrategien aufdeckt, die hinter dem Globalisierungsprozess stehen, eröffnet uns Gorz' Ansatz die Sicht auf eine mögliche Gegenstrategie. Es ist offensichtlich zwecklos, sich der Globalisierung schlichtweg zu widersetzen oder ihr im rein nationalen Kontext Widerstand entgegenzubringen. Erfolgreicher Widerstand gegen den Neo-Liberalismus ist nur möglich, wenn man der Macht des transnationalen Kapitals eine andere Globalisierung entgegensetzt, die auf einem alternativen politischen Projekt beruht. Solch eine Alternative zu entwerfen ist heute die drängendste Aufgabe für die Linke. Das ist die Bedingung für die Wiederbelebung der öffentlich-demokratischen Sphäre, die für das agonistische Modell erforderlich ist.

Die Alternative zum Neoliberalismus kann nicht darin bestehen, einfach zum keynesianisch-sozialdemokratischen Modell mit all seinen Schwächen zurückzukehren. Der Kampf um Gleichheit, der den Kern der Sozialdemokratie bildete, muss in einer umfassenderen Weise gedacht werden, damit er die Vielfalt von sozialen Beziehungen in den Blick bekommt, in denen Ungleichheit existiert und problematisiert werden muss. Denn die Schwächen der traditionellen Sozialdemokratie beruhten nicht zuletzt auf ihrem mangelnden Verständnis von Unterdrückungsformen, die nicht ausschließlich ökonomischer Natur waren. Daher war auch das Auftreten der neuen sozialen Bewegungen ein entscheidendes Moment der Krise des sozialdemokratischen Modells. In vielen Ländern nutzte die Rechte diese Krise zu ihrem Vorteil und war in der Lage, Unterstützung für den neoliberalen Rückbau des Wohlfahrtsstaats zu mobilisieren. Heute brauchen wir eine Art „post-sozialdemokratische“ Politik, allerdings unter der Voraussetzung, dass sie nicht letztlich hinter die Sozialdemokratie in ein prä-sozialdemokratisches, libe-

rales Modell zurückfällt. Doch es ist genau diese Rückwärtsbewegung, die häufig hinter der Politik steht, die als „dritter Weg“ verfochten wird.

Auf welcher Ebene soll demokratische Selbstregierung stattfinden?

Eine letzte Frage stellt sich noch, wenn wir heutzutage versuchen, die Bedingungen der guten Gesellschaft zu umreißen: jene nach der angemessenen Ebene demokratischer Selbstregierung. Wir erkennen klar und deutlich, dass es eine Reihe politischer Angelegenheiten gibt, die nicht auf der Ebene des Nationalstaats bearbeitet werden können, sondern nur in einem größeren Kontext. Und so ist denn auch die so genannte Krise des Nationalstaats einer der meist diskutierten Gegenstände der Gegenwart. Gewiss wird diese Krise durch die Verfechter des neoliberalen Globalisierungsmodells immer wieder gerne überzeichnet, weil sie ein Interesse daran haben, den Nationalstaat mit seinen Regulierungen als obsolet darzustellen und die Barrieren gegen den freien Kapitalfluss abzubauen. Aber es gibt auch jene, die, obwohl sie dem Neoliberalismus durchaus kritisch gegenüberstehen, ebenso den Untergang des Nationalstaats ankündigen, diese Ankündigung jedoch mit der Forderung nach der Entwicklung einer „kosmopolitischen Demokratie“ und einer „kosmopolitischen Staatsbürgerschaft“ verbinden.

Was letztere übersehen ist, dass demokratisches Regieren abgegrenzte Einheiten voraussetzt, in denen Volkssouveränität ausgeübt werden kann. Die Vorstellung einer kosmopolitischen Staatsbürgerschaft, die sich ausschließlich auf die abstrakte Idee der Menschheit gründet und die für den ganzen Planeten Geltung hat, ist eine gefährliche Illusion. Demokratie ist undenkbar ohne die Idee eines „Demos“, keine demokratische Selbstregierung kann ohne solch ein Demos funktionieren. Das heißt allerdings nicht, dass der Nationalstaat die einzige Form ist, in der sich ein Demos konstituiert, und dass wir erst gar nicht versuchen sollten, andere Arten von abgegrenzten Einheiten zu denken. Es erscheint mir geradezu offensichtlich, dass der Prozess der Globalisierung die Bedingungen der Ausübung demokratischer Staatsbürgerschaft beeinflusst und dass man daher nicht zwanghaft am Nationalstaat als einzig mögliche Hülle der Demokratie festhalten sollte.

Es gibt gute Gründe für eine Koexistenz größerer und kleinerer Einheiten demokratischen Entscheidens, je nachdem welche Probleme zu lösen und welche Arten von Entscheidungen zu treffen sind. Wenn wir die Globalisierung weniger als die Schaffung eines riesigen homogenen Raums betrachten (eine solche Vorstellung wäre definitiv unzutreffend!), sondern vielmehr davon ausgehen, dass sie im Modus der multiplen Regionalisierung voranschreitet, als eine neue Form der Artikulation zwischen dem Lokalen und dem Globalen, dann werden wir besser erfassen können, welche Form des politischen Zusammenschlusses die Ausübung der Demokratie auf mehreren Ebenen sicherstellen kann. Besonders

vielsprechend erscheinen mir in diesem Kontext verschiedene Versuche zur Formulierung eines neuen, den heutigen Bedingungen angemessenen Föderalismus. Einige in diese Richtung gehende Vorschläge wurden etwa von Massimo Cacciari gemacht, dem früheren Bürgermeister von Venedig. Cacciari (1999) argumentiert, dass heute eine kopernikanische Revolution vonnöten sei, die den zentralistisch-autoritär-bürokratischen Apparat des traditionellen Nationalstaats radikal dekonstruiere. Er führt aus, dass der moderne Staat infolge zweier Entwicklungen – einer mikronationalen und einer supranationalen – zerrissen wird: Zum einen kommt der Staat durch regionalistische oder tribalistische Bewegungen von innen unter Druck, zum anderen wird er von außen durch die Stärkung supranationaler Institutionen und die zunehmende Macht des Weltfinanzsystems und der internationalen Konzerne geschwächt. Nach Cacciari's Ansicht ist Föderalismus die Antwort auf diese Situation, ein Föderalismus, welcher die besondere Identität der verschiedenen Regionen und Städte anerkennt. Die Anerkennung der Besonderheit zielt dabei nicht darauf ab, die Räume zu separieren, sondern ganz im Gegenteil darauf, die Bedingungen einer Autonomie herzustellen, die auf der Basis von zahlreichen Relationen und Austausch zwischen diesen Regionen und Städten entworfen und organisiert würde. Es geht, wie er ausführt, um das Konzept eines Föderalismus, der Solidarität und Wettbewerb miteinander verbindet, um Föderalismus als eine Form von Autonomie, die in konfliktiv integrierten Systemen ausgeübt wird. Entscheidend ist dabei die Erkenntnis, dass Autonomie letztlich die Fähigkeit bedeutet, ein komplexes Netzwerk von Beziehungen zu knüpfen, die Fähigkeit, die eigenen Ressourcen innerhalb eines internationalen Kontexts zu entwickeln, der zunehmend schwierig, kompetitiv und dynamisch wird. Ein derartiger Föderalismus wäre gegründet auf dem Vermögen von Personen, Gruppen und Regionen zu verstehen, dass ihr Wert im Reichtum ihrer Beziehungen liegt, im Kontakt mit den anderen. Anstelle eines „Föderalismus von oben“, der Macht und Ressourcen an die unteren Ebenen verteilt, wäre dies ein „Föderalismus von unten“, mit der Struktur einer Pyramide, bei der Legitimität und Macht von den unteren Ebenen nach oben fließen. Angewandt auf die Europäische Union würde dies freilich das exakte Gegenteil des zentralistisch-föderalen Modells bedeuten, dessen Implementierung heute die Debatten beherrscht. Cacciari betont die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie so zu strukturieren, dass die Peripherie – und nicht das Zentrum – der Motor aller Initiativen und Entscheidungen ist. Ein solchermaßen föderales Europa würde daher sehr viel mehr durch die Dynamik seiner diversen Regionen und Städte in Bewegung gehalten als durch die Mitgliedsstaaten. Es würde die Fähigkeit zur Selbstregierung der Regionen mit der Förderung von Austausch und Solidarität verbinden.

Wenn die Globalisierung auf das Überstülpen eines einzigen, homogenisierenden Gesellschaftsmodells hinausläuft, wird dies zweifelsohne alle möglichen Formen „tribaler“ Reaktionen hervorrufen. Wenn wir diese Konsequenzen eindämmen wollen, dann erscheint es mir dringend erforderlich, Formen des Zu-

sammenschlusses zu denken, in denen Pluralismus gedeihen kann und die Partizipationsmöglichkeiten des Volkes (*capacities for popular participation*) verstärkt werden sollten. Aus diesem Grund finde ich Cacciari's föderale Vision sehr anregend. Indem sie uns gestattet, eine neue Form der Solidarität zu denken, die auf der Anerkennung von Interdependenz beruht, könnte sie sich zur zentralen Idee entwickeln, um die herum sich demokratische Kräfte in einer Weise organisieren können, die dem agonalen Kampf, für den ich eintrete, sicher Leben einhauchen wird. Im Vergleich zu den antipolitischen Illusionen einer kosmopolitischen *World Governance* und zur sterilen, dem Untergang geweihten Fixiertheit auf den Nationalstaat bietet uns die Wiederentdeckung und Reformulierung des föderalistischen Ideals entscheidende Einsichten für die Untersuchung der Frage, wie im 21. Jahrhundert eine gute Gesellschaft aussehen könnte.

Übersetzung: Martin Nonhoff

Literaturverzeichnis

- Cacciari, Massimo (1999): „Pour un nouveau fédéralisme“, *Krisis (Paris)* 22: 105-110.
- Gorz, André (1997): *Misères du présent, Richesse du possible*. Paris: Galilée.
- Kuhn, Thomas (1976): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Mouffe, Chantal (2000): *The Democratic Paradox*. London: Verso.

Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft¹

ALEX DEMIROVIĆ

1. Einleitung

Was bedeutet es, wenn eine Gesellschaft über sich selbst als eine Gesellschaft spricht? Es ist keineswegs bedeutungslos, ob dies der Fall ist und in welcher Weise es geschieht. In den Jahrzehnten nach dem Nationalsozialismus gab es in der westdeutschen Soziologie noch große Streitigkeiten über diese Frage. Die Vertreter der Kritischen Theorie traten seinerzeit als die einzigen dafür ein, den Begriff der Gesellschaft als einen Begriff der Soziologie zu verwenden, um die sozialen Verhältnisse als einen in sich vermittelten Zusammenhang, eine Totalität erkennbar zu machen, die zu kritisieren sei, weil sie sich als verselbstständigte Objektivität gegen die Individuen richte. Ihnen wurde vorgehalten, damit in Metaphysik und Totalitarismus zu verfallen. Metaphysik deswegen, weil Gesellschaft sich empirisch nicht nachweisen lässt; Totalitarismus, weil ein solcher Begriff der Gesellschaft die Vorstellung nährt, es sei möglich, auf die Gesamtheit der sozialen Beziehungen zuzugreifen und diese zu gestalten. Dieser Streit ist lange vorbei. Heute wird der Begriff der Gesellschaft beinahe zu selbstverständlich verwendet und hat dabei seine kritische Bedeutung weitgehend verloren. Aus dem Blickwinkel der Systemtheorie besteht die moderne Gesellschaft aus Kommunikationen, die sich zu autopoietischen Funktionssystemen ausdifferenzieren. Die Gesellschaft ist sich selbst in ihrer Gesamtheit nicht erreichbar und steht der Kritik nicht zur Disposition. Für die Demokratie ist dies folgenreich, da sie, begrenzt auf den Bereich des politischen Systems, auf die anderen Bereiche des sozialen Zusammenlebens nicht mehr einwirken kann. Sie operieren von vornherein auf dem Niveau der Weltgesellschaft, jüngste Veränderungen, als Globalisierung beschrieben, stellen keine Herausforderung dar. Es verhält sich allerdings anders, wenn unter Gesellschaft eine nationalstaatlich organisierte Gesellschaft

1 Für Hinweise und kritische Anmerkungen danke ich Martin Nonhoff.

verstanden wird. In diesem Fall ist Gesellschaft der territorial-staatliche Rahmen für ein Bündel von empirischen sozialen Verhältnissen: die Bevölkerung, die Familien, die Arbeitsbeziehungen, die Interaktionen etc. Gesellschaft wird als Container gedacht, in dem sich eine Vielzahl von sozialen Beziehungen versammeln, die mal mehr, mal weniger in Zusammenhang treten. Das Modell des nationalen Containers wird jedoch auch in Frage gestellt, denn in einer Vielzahl von Hinsichten sind die sozialen Verhältnisse global verflochten. Ein national begrenzter Begriff von Gesellschaft erweist sich als anachronistisch, aber ein Begriff der Gesellschaft als komplex vermittelter Zusammenhang steht auch nicht in Aussicht. Für die Demokratie ist folgenreich, dass der Volkssouverän über sein Vertretungsorgan und die Gesetze die sich entgrenzenden globalen Prozesse kaum noch zu regulieren vermag. Die Konstellation wirft mehrere Fragen auf: Warum und in welcher Weise wird von Gesellschaft gesprochen? Ist Gesellschaft eine Totalität oder bezeichnet sie eine gewisse Häufung von kontingenten Kommunikationen und Interaktionen? In welcher Weise ist der Begriff der Gesellschaft mit den Begriffen der Politik und der Demokratie verbunden? In welcher Weise kann Gesellschaft zum Gegenstand der Kritik werden? Um diese Fragen zu vertiefen, wird im Folgenden die Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe diskutiert. Von ihnen als eine Theorie des Politischen angelegt, erweist sich ihre Analyse der diskursiven Prozesse als anregender Ausgangspunkt für die Möglichkeit der Rückgewinnung eines kritischen Begriffs der Gesellschaft als Totalität jenseits metaphysischer Letztbegründungen – eines Begriffs von Gesellschaft, der zudem seine Stärke darin hat, dass er intern mit dem Begriff der Politik und der Demokratie verbunden ist.

2. Gegen die Metaphysik erster sozialer Ursachen

Bereits in seinen frühen Studien zum Populismus hat Ernesto Laclau paradigmatische Annahmen zur Erklärung von sozialem Protest kritisiert; unter dem Eindruck der sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre wurden diese Überlegungen in der gemeinsamen Arbeit mit Chantal Mouffe weiter ausgearbeitet. Der Einwand richtet sich dagegen, eine Protestbewegung durch eine externe Ursache zu erklären: die Anti-Atomkraftbewegung durch Kernkraftwerke, Friedensbewegung durch Hochrüstung, die rechtsradikalen Proteste durch Arbeitslosigkeit oder die zunehmende Streiklust in Südafrika durch den Ausschluss der Lohnarbeitenden vom Wachstum der Wirtschaft, durch zu geringe Lohnanpassungen an die Teuerung von Lebensmitteln und Transport, durch zu hohe Gehälter von Führungskräften – so die Neue Zürcher Zeitung vom 15.8.2007. Die Zahl solcher genetischen Elemente von Protest ließe sich vervielfachen. So könnten das höhere Bildungsniveau, die Auflösung der Familie, neue jugendkulturelle Moden, universalistisches Moralniveau oder staatliche Repression in den Kranz von Ursachen integriert werden. Doch erklären sie nicht hinreichend, warum die

einen protestieren und die anderen nicht, warum dieselben Tatsachen zu einem Zeitpunkt mobilisierend wirken, zu einem anderen nicht. Sie erklären nicht, warum die Akteure selbst diesen Verhältnissen oftmals die Bedeutung von Notwendigkeit und Differenz geben: Die Arbeitenden arbeiten lange und zu geringen Löhnen, die Manager tragen die Verantwortung und müssen als Leistungsträger angemessen bezahlt werden. In solchen Fällen anerkennen die Gruppen ihre soziale Ungleichheit, die eine ordnet sich der anderen unter – und kann trotzdem das Selbstverständnis haben, sich auf gleicher Augenhöhe mit der anderen zu befinden, weil die soziale Ungleichheit als ein differentielles Verhältnis im sozialen Raum begriffen wird. Während üblicherweise mit der Aufzählung solcher Ursachenketten nur die Bedingungen erklärt werden, die „Antagonismen möglich machen“, wollen Laclau und Mouffe (1991: 179) die Antagonismen selbst erklären. „Unser zentrales Problem besteht darin, die diskursiven Bedingungen für das Auftauchen einer kollektiven Handlung ausfindig zu machen, die gegen Ungleichheiten kämpft [...] Bedingungen zu identifizieren, in denen ein Unterordnungsverhältnis zu einem Unterdrückungsverhältnis wird und sich dadurch zum Ort eines Antagonismus konstituiert“ (Laclau/Mouffe 1991: 212).

Dieser Erklärungsanspruch richtet sich kritisch insbesondere gegen eine lange Tradition im Marxismus, zielt aber zugleich darauf ab, das sozialistisch-demokratische Projekt angemessen fortsetzen zu können. Als entscheidenden Fehler jener Tradition betrachten Laclau und Mouffe die Rückführung der politischen Identität protestierender ArbeiterInnen – deren Subjektpositionen – auf ein positives und einheitliches Grundprinzip: Einer externen Notwendigkeit, dem Produktionsverhältnis, sollte auch eine bestimmte politische Identität und ein entsprechendes Handeln entsprechen. Gegenüber dieser Erwartung waren die Theoretiker der Arbeiterbewegung immer wieder damit konfrontiert, dass Proteste von unerwarteten Akteuren getragen wurden, zu einem überraschenden Zeitpunkt stattfanden und von einer unvorhergesehenen Konfliktualität (Forderungen, Radikalität des Protests) gekennzeichnet waren, die einer Erklärung durch die Logik des Kapitalverhältnisses widerstanden. Zwar gab es eine Linie in der marxistischen Theorietradition, die dieser Kontingenz Rechnung zu tragen versuchte. Dazu dienten Begriffe wie Spontaneität bei Luxemburg, Mythos bei Sorel oder Hegemonie bei Gramsci – Laclau und Mouffe hätten auch noch die rätedemokratischen und antiautoritären Traditionen berücksichtigen können, die von der Neuen Linken seit den 1960er Jahren wieder aufgegriffen wurden. Immer aber gab es mächtige Tendenzen, das epistemologische Modell einer ersten Erklärung auch politisch durchzusetzen. Orthodoxe Theoretiker wie Kautsky deuteten die Kontingenz und Vielfalt der Kämpfe als Spaltungserscheinungen der Arbeiterklasse, die im Verlauf der Kämpfe überwunden werden würden aufgrund der Tendenz des Kapitalismus zur allgemeinen Proletarisierung. Diese einheitliche Subjektposition, die die Arbeiterklasse aufgrund mangelnden Klassenbewusstseins noch nicht einnehmen konnte, wurde von der sozialdemokratischen Partei und der von ihr vertretenen Theorie antizipierend schon repräsentiert. Für die

Linke erwies sich dieser „essentialistische Apriorismus“ (Laclau/Mouffe 1991: 241) als ein Hemmnis sowohl der Erkenntnis als auch der demokratischen und sozialistischen Politik. Denn unterstellt wurde, dass am Ende alle ArbeiterInnen seien und die Arbeiterklasse a priori der privilegierte Akteur für die soziale Veränderung sei (Klassismus); dass mit der Ausdehnung des Staates entscheidende Veränderungen bewirkt werden könnten, weil sich alle Probleme innerhalb eines einheitlichen politischen Raums stellten und lösen ließen (Etatismus); und dass von einer bestimmten ökonomischen Strategie eine Kontinuität eindeutiger politischer Effekte ausgehe und deswegen auch privilegierte Punkte und Momente des Bruches bestimmbar seien (Ökonomismus) (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 243).

Letztlich, so deuten die beiden Autoren an, gingen diese Fehler auf Marx zurück, der den Jakobinismus fortgesetzt habe. Die Französische Revolution sei das letzte Moment einer Politikform gewesen, in der die Teilung des Gesellschaftlichen in zwei antagonistische Lager, nämlich Volk gegen Ancien régime noch produktiv und eine „ursprüngliche und unveränderliche Tatsache vor jeder hegemonialen Konstruktion“ war (Laclau/Mouffe 1991: 209). Marx habe versucht, die Erfahrung der Französischen Revolution, nämlich die primäre Tatsache der Teilung der Gesellschaft in zwei Lager noch einmal als Konfrontation zwischen zwei Klassen zu denken. Doch seit der Französischen Revolution sei die Trennungslinie, von der aus sich der Antagonismus in Form von zwei gegensätzlichen Äquivalenzsystemen bilden konnte (Volk, Nation, Menschenrechte, allgemeines Gesetz, Gleichheit vs. König, Tyrannei, Privilegien, Missstände, Stände), immer zerbrechlicher geworden. Politik ohne Hegemonie gab es nun nicht mehr, Klassenkampf konnte die antagonistische Polarisierung als solche nicht erzeugen, weil es aufgrund einer zunehmenden Pluralisierung der politischen Räume keinen einzigen und einheitlichen Moment des Bruches mehr gab, der in der Lage wäre, die „Totalität des Gesellschaftskörpers in zwei antagonistische Lager zu teilen und sich automatisch als eine Demarkationslinie in der politischen Sphäre zu reproduzieren“ (Laclau/Mouffe 1991: 210). Nach der Französischen Revolution musste Politik die Form der Hegemonie annehmen, die bestrebt ist, aus den verschiedenen sozialen Sektoren und den verschiedenen Kämpfen ein „Volk“ zu konstituieren. Die Rückführung aller gesellschaftlichen Probleme auf solche der Klasse, die Abgrenzung der ArbeiterInnen entlang der Klassenlinie musste sich als großer Fehler erweisen. Denn in der Folge verzichtete die Arbeiterschaft darauf, um den Signifikanten des ‚Volkes‘ herum einen umfassenden emanzipatorischen Antagonismus zu konstruieren und die demokratische Gesellschaft zu konstituieren. Damit waren die Isolation der Klasse und langfristige Niederlagen vorgezeichnet.

Laclau und Mouffe erläutern die Veränderungen, auf die Marx ihrer Ansicht nach nicht angemessen reagierte, auf zwei Ebenen, soziologisch und demokratietheoretisch. Soziologisch argumentieren sie modernisierungstheoretisch an vielen Stellen ihres gemeinsamen Buches und in weiteren Texten dahingehend, dass nach der Französischen Revolution die „Industriegesellschaften“ (Laclau/Mouffe 1991: 210) komplexer wurden und sich pluralisierten: Das Soziale wird

kontingent und unbestimmt, die Zahl der Signifikate nimmt zu, die politischen Räume und Antagonismen vervielfältigen sich, die sozialen Kämpfe fließen nicht zusammen, die gesellschaftlichen Bereiche gewinnen an Autonomie.

Der andere Aspekt ist der der demokratischen Revolution. Damit meinen die Autoren, dass mit der Französischen Revolution Freiheit und Gleichheit als neue Matrix des sozialen Imaginären durchgesetzt wurden. Die Logik der Äquivalenz – durch die zwei unterschiedliche Elemente hinsichtlich eines ausgeschlossenen Dritten als etwas Identisches gesetzt werden: also die Vielzahl einzelner Interessen als Volk gegen den König – wird in ein grundlegendes Instrument der Produktion des Sozialen verwandelt. Im Kampf gegen das Ancien Régime bildete sich die historisch neue und demokratische Subjektposition der absoluten Macht des Volkes als „fundamentaler Knotenpunkt in der Konstruktion des Politischen“ (Laclau/Mouffe 1991: 214). Das Volk ist ein leerer Signifikant, der es erlaubt, verschiedene als illegitim empfundene Ungleichheiten äquivalent zu setzen und gemeinsam einen Antagonismus gegen jenes Régime zu bilden (vgl. ebd. und Laclau 2002: 65-78; Laclau 2005: 93-100; Nonhoff 2006: 124-129). Ist dieser diskursive Knotenpunkt des egalitären Imaginären einmal installiert, gibt es einen Deutungshorizont, in dem sich im weiteren historischen Verlauf widerständige Subjektpositionen bilden können. Gleichheit und Freiheit werden auf immer größere Bereiche ausgedehnt: Im Bereich der Ökonomie entstehen sozialistische Subjektpositionen, Frauen entwickeln feministische Subjektpositionen im Kampf um Gleichberechtigung. Kämpfe, die im 19. Jahrhundert von radikalen Arbeitern gegen die kapitalistische Produktionsweise geführt wurden, halten Laclau und Mouffe für anachronistisch, wenn nicht reaktionär, weil sie nicht nach der Logik der Äquivalenzbildung organisiert waren. Es handelte sich bei diesen Kämpfen um Widerstände gegen die Zerstörung erworbener Kompetenzen und Identitäten und deswegen um eine Ablehnung der neuen Produktionsverhältnisse. Demgegenüber habe die Arbeiterklasse, die tatsächlich Produkt des Kapitalismus sei, immer weniger versucht, die kapitalistische Produktionsweise anzuzweifeln, und sich auf die Transformation der Verhältnisse in der Produktion konzentriert (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 216-17). Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten wurde als Ergebnis zweier legitimer differentieller Positionen gesehen – also als zwei gesellschaftliche Identitäten, die sich wechselseitig in ihrer jeweiligen Identität anerkennen. Laclau und Mouffe argumentieren also, dass die radikalen ArbeiterInnenkämpfe unzeitgemäß seien, weil sie nicht auf einem bestimmten historischen Niveau der Industriegesellschaften stattfanden, das durch die Logik der Äquivalenz gekennzeichnet ist.

3. Diskurs – Totalität – Gesellschaft

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zufolge lässt sich seit zweihundert Jahren eine zunehmende Vielzahl von nicht aufeinander reduzierbaren politischen Kon-

flikten und Interessen feststellen. Die Konflikte, die Interessen und Identitäten stehen in keinem linearen Entsprechungsverhältnis zu einer einzigen äußeren Ursache, vielmehr überkreuzen, verlagern und verdichten sich Forderungen, politische Praktiken und Identitäten. In diesem Prozess überdeterminieren sich diese Identitäten, die Konflikte, die Ziele, die Radikalität – was bedeutet, dass sie niemals mehr zum Zustand einer ursprünglichen, authentischen Identität zurückkehren würden, die es nicht gibt und nie gab. Schon Rosa Luxemburg hatte eine solche Dynamik sich wechselseitig verstärkender, aber logisch nicht miteinander zusammenhängender Forderungen und sozialer Bewegungen während der russischen Revolution von 1905 beobachtet. Die Autoren fassen als Luxemburgs theoretisches Problem zusammen: „Im repressiven Kontext des zaristischen Staates konnte keine noch so sehr auf Einzelforderungen ausgerichtete Bewegung auf sich selbst beschränkt bleiben: Sie wurde unvermeidlich in ein Beispiel und ein Symbol des Widerstandes transformiert und schürte und erzeugte somit andere Bewegungen. Diese tauchten an vorher unvorstellbaren Punkten auf, dehnten sich aus und verallgemeinerten sich in unvorhersehbaren Formen, so dass sie jenseits der Regulierungs- und Organisierungsfähigkeit jedweder politischer oder gewerkschaftlicher Führung waren“ (Laclau/Mouffe 1991: 41; vgl. Laclau 2002: 72). Rosa Luxemburg gelange bis zu der Einsicht, dass es unmöglich sei, den buchstäblichen Sinn jedes isolierten Kampfes zu fixieren, weil die Buchstäblichkeit jedes dieser Kämpfe von einer Vielzahl von Bedeutungen überflutet werde (Laclau/Mouffe 1991: 44). Die Grenze von Luxemburgs Überlegung liege dort, wo sie versuche, die Streuung und Vielfalt dieser Kämpfe doch wieder auf die Einheit eines Kampfes zwischen Klassen zu reduzieren. Im Prinzip soll es sich Rosa Luxemburg zufolge um fragmentierte Kämpfe handeln, in den Kämpfen werde aber nichts anderes als die Einheit der proletarischen Klasse hergestellt, diese Einheit sei auch die Grundlage des Kampfes selbst. Mit einer solchen These wird aber die Dynamik des Politischen, das Sprunghafte, Kontingente, die Überdetermination der vielfältigen Kämpfe, die Verschiebung der Identitäten übergangen. Es kommt nicht zum Verständnis gerade dieser Verschiebung der Bedeutung von Themen, Akteuren, Konflikten in den Konflikten und durch die Konflikte selbst. Eben dies kann und soll die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe leisten. Das ist jedoch nicht möglich, ohne eine Reihe von neuen Konzepten zu entwickeln.

Die Theoriebildung von Laclau und Mouffe ist also von dem Anspruch motiviert, die Logik der Kämpfe von sozialen Bewegungen zu begreifen. Sie wenden sich gegen die Vorstellung, die Bewegungen seien auf Ursachen, auf äußere Notwendigkeiten zurückführbar, die den Akteuren aufgrund falschen Bewusstseins selbst verschlossen seien, mit Ausnahme derjenigen, die kraft der wahren Theorie die Oberfläche der Erscheinungen zu durchdringen und die wesentlichen Gesetzmäßigkeiten zu erkennen wüssten. Die Kämpfe für höhere Löhne und niedrigere Arbeitszeiten, gegen Rassismus, Sexismus oder Umweltzerstörung, für den Erhalt eines Gebäudes oder eines öffentlichen Gutes oder die Forderung

nach einem Denkmal – alle diese Kämpfe lassen sich nicht aufeinander reduzieren, sie finden ihre Einheit nicht in einer sozialstrukturellen Wesensbestimmung oder in objektiven Verhältnissen, die diesen Kämpfen den Charakter der Notwendigkeit gäben und erklären würden, warum sie stattfinden. Alle Versuche, dennoch eine solche externe einheitliche Ursache zu finden, enden damit, dass beiläufig und unbegründet auf Kontingenz (also Spontaneität, Emotionen) zurückgegriffen wird. Gerade dieser Sprung von objektiven kausalen Erklärungen zu einer Praxis des Widerstands aber wird damit nicht erklärt (vgl. Laclau 2005: 84). Die Kritik an der Theorie des falschen Bewusstseins richtet sich grundsätzlich gegen die Unterscheidung zwischen einerseits Strukturen, objektiven Faktoren, Materialitäten und andererseits Bewusstsein, Sprache, Geist, Ideologie, Deutungsmustern, charakterologischen oder habituellen Merkmalen, wie sie in zahlreichen sozialwissenschaftlichen Ansätzen zu finden ist. In solchen Fällen würde die kausaltheoretische Erklärung auch noch subjektive Bedingungen des Antagonismus umfassen. Aber der Sprung zum Antagonismus bliebe immer noch ungeklärt. Aus der Sicht von Laclau und Mouffe muss die Analyse sich von vornherein auf der Ebene ansiedeln, auf der sich die Einheit der Akteure und ihr Antagonismus bilden und die Kämpfe stattfinden. Das ist der Diskurs.

Diskurs wird von Laclau und Mouffe (1991: 155; vgl. Laclau 2005: 68-69; Nonhoff 2006: 32-42) als eine strukturierte Totalität verstanden, die aus einer artikulativen Praxis hervorgeht. Damit ist eine Praxis gemeint, die eine Beziehung zwischen zwei Elementen so etabliert, dass ihre Identität in und durch die Artikulation modifiziert wird. Die differentiellen Positionen innerhalb eines Diskurses, die das Ergebnis der Artikulation sind, werden als Momente bezeichnet. Elemente existieren nicht vor oder außerhalb des relationalen Zusammenhangs, sondern werden durch ihn konstituiert. Deswegen sind Relation und Objektivität synonym. Diese knappen definitorischen Bemerkungen zielen auf eine strikte Deontologisierung des Sozialen. So ist eine wesentliche Folgerung, dass der Diskurs als ein System von Differenzen verstanden werden muss, denn jedes Element (eine Handlung, ein Gegenstand, eine Eigenschaft, ein Individuum) erlangt seine Identität allein durch Differenz von anderen Bedeutungselementen. Der Diskurs umfasst und durchzieht also die gesamte materielle Dichte von Institutionen, Praxen oder Dingen. Alles, was als Moment eine bedeutende, differentielle Position markiert, ist Moment eines Diskurses. Dies hat als weitere Folge, dass der Diskurs nicht aus Bedeutungen für ein Bewusstsein besteht, umgekehrt ist Bewusstsein, ist subjektive Identität selbst ein signifikantes Moment innerhalb eines Diskurses, eine Subjektposition. Diskurse sind demnach immer intern mit sich identifizierenden Subjekten verbunden; der Diskurs erzeugt die besondere Bedeutungsdifferenz ‚subjektive Identität‘, die das Subjekt als Subjekt gerade dieses Diskurses konstituiert. Die subjektiven Identitäten bleiben nicht stabil. Denn in dem Maße, wie Diskurse überdeterminiert werden, also einzelne Bedeutungselemente oder ganze Differenzsysteme in anderen Diskursen artikuliert werden, ändert sich damit jeweils auch die subjektive Identität.

Wenn es keine außerhalb der Kämpfe liegende letzte sozialstrukturelle Ursache gibt, die die Einheit der jeweiligen sozialen Bewegungen und die Identität der Akteure erklären könnte, dann können Einheit und Identität nur als Ergebnis der Aktivität dieser Bewegungen und ihrer Kämpfe selbst verstanden werden. Es muss demnach ein anderer Begriff von Notwendigkeit entwickelt werden. Gesellschaft ist nicht die fundierende Totalität eines logischen Vermittlungszusammenhangs, der jedem Phänomen seinen präzisen Platz zuweist, sondern das immer wieder scheiternde Ergebnis solcher Bewegungen, sich mit ihren Lebensformen als das Ganze zu setzen, während es doch gleichzeitig Anderes in einen Bereich des Undenkbaren verweist. Der Diskursbegriff erlaubt es, Notwendigkeit nicht mehr länger nach einem externen intelligiblen Prinzip zu denken, sondern von einem System differentieller Positionen her. Jedes einzelne Moment des Diskurses gewinnt seine Identität nur durch seine spezifische Differenz innerhalb des Diskurses. Damit entsteht eine in sich geschlossene und völlig konstituierte Totalität. Jedes der Momente dieser Totalität ist notwendig und bringt das Ganze der Totalität zum Ausdruck. Aber es ist keine natürliche, externe, sondern eine relationale Notwendigkeit (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 156, 166). Die diskursive Totalität existiert niemals als einfach gegebene und abgegrenzte Positivität, denn der Übergang von den Elementen zu den Momenten ist niemals abgeschlossen. Das Ganze einer Totalität ist grundsätzlich nicht in der Lage, alle Relationen zu realisieren. Da jede Identität aber nur relational konstituiert ist, kann keine Identität jemals vollkommen konstituiert werden. Die Totalität bleibt grundsätzlich unvollständig. „Totalität wird nun zum Namen eines Horizonts, nicht eines Grundes“ (Laclau 2002: 148; vgl. auch Laclau/Mouffe 1991: 248). Elemente sind flottierende Signifikanten, die niemals vollständig in einer diskursiven Kette artikuliert werden können, sondern den Bedeutungszusammenhang eines Diskurses mit einer Vielfalt von Bedeutungen überborden. Die Polysemie der Signifikanten desartikuliert jede diskursive Struktur. Die Notwendigkeit, die sich mit ihr und in ihr konstituiert, beschränkt die Kontingenz also immer nur partiell. Obwohl Bedeutungen niemals endgültig fixiert werden und die Totalität immer kontingent bleibt, so muss es eben doch auch zu temporären Bedeutungsfixierungen, zu Totalität kommen, da sich ansonsten Diskurse gar nicht konstituieren würden. „Jedweder Diskurs konstituiert sich als Versuch, das Feld der Diskursivität zu beherrschen, das Feld der Differenzen aufzuhalten, ein Zentrum zu konstruieren“ (Laclau/Mouffe 1991: 164). Es bilden sich Knotenpunkte, privilegierte Signifikanten, die die Bedeutung einer Signifikantenkette fixieren – andernfalls handelte es sich um einen psychotischen Diskurs, der sich selbst nicht als mit sich identisch erkennen würde (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 164). Signifikanten können sich zu einem Diskurs nur totalisieren, indem sie füreinander notwendig werden. Sie bilden eine Totalität durch die Abgrenzung, durch den Ausschluss von etwas, das als ein Außen konstituiert wird. Allein dadurch setzen sie sich identisch mit etwas Gemeinsamen. Dieses Gemeinsame ist also nicht das Ergebnis eines Abstraktionsvorgangs, der alle Besonderheiten verwirft, bis ein von allen geteiltes

positives Merkmal gefunden ist. Die Differenzen bleiben erhalten. Das Gemeinsame entsteht dadurch, dass sie gegenüber etwas ausgeschlossenen Dritten äquivalent werden, das nicht selbst wiederum eine Differenz ist, die als eine weitere Differenz zur Totalität selbst gehören würde. Es entsteht mit dieser Totalität ein Bruch, ein neuer Raum. Doch diese Totalität ist eine scheiternde Totalität. Sie bewegt sich immer in der Spannung zwischen den Differenzen und der Äquivalenz. Es gelingt ihr nie, sich als volle Totalität zu konstituieren, denn dann müsste sie alle Differenzen absorbieren, könnte sich aber nicht mehr als Totalität bezeichnen. Dies ist nur möglich mittels Äquivalenz und Ausschluss: „But equivalence is precisely what subverts difference, so that all identity is constructed within this tension between the differential and equivalential logics“ (Laclau 2005: 70). Aber umgekehrt gilt das Gleiche: Differenzen subvertieren Äquivalenz. Denn als charakteristisch für die Moderne gilt Laclau und Mouffe zufolge, dass sich die Differenzen und die Äquivalenzsysteme vervielfältigen. Es wird mithin schwieriger, ein Äquivalenzsystem, also eine soziale und subjektive Identität, auf Dauer zu stellen. Soziale Identitäten werden zum Schnittpunkt für eine Vielzahl von artikulatorischen Praxen, selbst ganze Äquivalenzsysteme werden ihrerseits zu Differenzen. Dadurch wird jede soziale Identität überdeterminiert, artikulierend und artikuliert (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 197-198).

Soziale Praxis ist artikulatorisch, sie verbindet flottierende Elemente zu Momenten eines Diskurses und hält damit das Spiel der Signifikanten für eine gewisse Zeit an, ohne den polysemischen Bedeutungsprozess wirklich endgültig fixieren zu können. Das Ergebnis dieser Fixierung ist Gesellschaft. „Die Gesellschaft kann niemals mit sich selbst identisch sein, da jeder Knotenpunkt in einer ihn überflutenden Intertextualität konstituiert ist. Die Praxis der Artikulation besteht deshalb in der Konstruktion von Knotenpunkten, die Bedeutung teilweise fixieren. Der partielle Charakter dieser Fixierung geht aus der Offenheit des Sozialen hervor, die ihrerseits wieder ein Resultat der beständigen Überflutung eines jeden Diskurses durch die Unendlichkeit des Feldes der Diskursivität ist“ (Laclau/Mouffe 1991: 165). Gesellschaft ist diesem Verständnis zufolge keine zugrundeliegende notwendige Einheit, die jedem Element seine differentielle Position und damit seine Bedeutung zuweisen würde; sie ist keine genähte Totalität, „kein gültiges Objekt des Diskurses“ (Laclau/Mouffe 1991: 162). Gesellschaft ist ein Totalisierungsprojekt, sie wird in einem hegemonialen Prozess der Artikulation von diskursiven Elementen als ein Bedeutungshorizont fixiert. Sie ist eine Totalisierung, die bestimmte Subjektpositionen konstituiert bzw. einer von ihnen die Hegemonie über andere gibt. Der Raum, in dem dies geschieht, ist das Soziale. Doch das Soziale selbst wird dort konstituiert, wo sich weder die totale Interiorität von artikulierten Momenten fixieren kann noch eine totale Exteriorität bloß mit sich identischer diskursiver Elemente denkbar ist. Das Soziale ist der Raum der Spannung zwischen der Logik der Differenz und der Logik der Äquivalenz.

Aus dem Blickwinkel einer kritischen Theorie der Gesellschaft stellen diese Überlegungen eine fruchtbare Anregung dar. Denn es wird damit darauf ver-

zichtet, Gesellschaft als ein Erstes zu begreifen. Gesellschaft selbst kann als Resultat und Effekt einer konkreten konstitutiven Praxis begriffen werden; sie ist von vornherein ein sinnhafter, also durch Praxis und Subjekte vermittelter Zusammenhang. Der Diskurs und die spezifische Totalisierungspraxis konstituieren ein Immanenzfeld, in dem sich Gesellschaft als ein notwendiger Zusammenhang bildet, der Gegenstände, Subjekte und Handeln umfasst, denen er in ihren differentiellen Relationen eine spezifische Identität verleiht. Gesellschaft ist universell, insofern sie den Horizont jedes Sinns darstellt, und gleichzeitig ist sie partikular, weil immer nur ein temporäres Projekt – sie hat deswegen eine Art gespenstischer Gegenständlichkeit und einen eigenartigen epistemologischen Status. Sie ist kein Erstes, sondern selbst konstituiert. Obwohl in sich notwendig, bleibt sie kontingent, weil sie nur ein Versuch ist, den Fluss von Bedeutungsspielen anzuhalten. Foucaults Überlegung zum Wahnsinn verallgemeinernd, ließe sich sagen, dass das soziale Verhältnis Gesellschaft nicht existiert, aber dennoch etwas sei (Foucault 2004: 177). Mit Marx zu sprechen, ist sie ein Fetisch.

Trotz der wichtigen Einsichten, die der diskurstheoretische Ansatz zum Begriff der Gesellschaft beiträgt, stellt sich eine Reihe von Problemen. Laclau und Mouffe wollen mit ihren Analysen Begriffe zum Verständnis gesellschaftlicher Prozesse beitragen. Diese Begriffe bewegen sich auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau der Semio-Logik von Diskursen. Wie selbstverständlich werden die Begriffe der Differenz und Äquivalenz mit den Begriffen des Sozialen und der Gesellschaft verbunden, doch wird gerade nicht erklärt oder begründet, wie von der Ebene des Diskurses im allgemeinen zu den Begriffen der Gesellschaft und des Sozialen zurückzufinden ist. Unklar bleibt, ob Gesellschaft ein Anwendungsfall für die Logik der Diskurse ist oder ob der Begriff des Diskurses den der Gesellschaft von vornherein impliziert. Es ist nicht selbstevident, warum das, was sich aufgrund einer hegemonialen Artikulation zu einer diskursiven Regelmäßigkeit, zu einer gleichzeitig notwendigen und kontingenten Totalität verdichtet, die Bedeutung von Gesellschaft annimmt. Die semiologische Begründung bleibt unbefriedigend. Für die Semiologie geht es um das Verhältnis von Zeichen, also Signifikanten und Signifikaten. Die Signifikanten stellen Werte innerhalb eines synchronen Systems dar, das als Diskurs begriffen wird. Doch aus dem Zeichensystem ergibt sich nicht, dass der Diskurs als solcher die Bedeutung von Gesellschaft annimmt. Der Diskurs als ein System von Relationen ist nach innen durch Notwendigkeit, nicht durch Kontingenz, also Geschichte, gekennzeichnet. Soll dieser Diskurs, der das Ergebnis einer hegemonialen artikulatorischen Praxis ist, als Gesellschaft begriffen werden, dann ist das nur möglich, weil das von Laclau und Mouffe so gesetzt wird: „But if we maintain the relational character of any identity and if, at the same time, we renounce the fixation of those identities in a system, *then the social must* be identified with the infinite play of differences“ (Laclau 1990: 90; Herv. AD). Die logische Schlussfolgerung des „*then the social...*“ wird nicht begründet, sondern gesetzt. Diskurs gilt als prinzipiell, logisch mit den Begriffen des Sozialen verbunden. Das Gleiche gilt für Gesellschaft:

„And insofar as the social is impossible without some fixation of meaning, without the discourse of closure, the ideological must be seen as constitutive of the social. The *social only exists* as the vain attempt to institute that impossible object: society“ (Laclau 1990: 92; Herv. AD). Das Diskursive ist „das Ensemble der Phänomene gesellschaftlicher Sinnproduktion, das eine Gesellschaft als solche begründet“ (Laclau 1981: 176). Gesellschaft gibt es demnach immer und so lange, wie es Diskurs gibt. Damit aber wird Gesellschaft selbst zu einem universalistischen Begriff, denn er ist logisch im Begriff des Diskurses enthalten und stellt eine substantielle Notwendigkeit dar.² Damit kommt es zu einer Verkehrung: Wohl erweist sich die Notwendigkeit von gesellschaftlichen Zwangsgesetzen im Licht einer Argumentation als Irrtum, derzufolge Gesellschaft eine kontingente Fixierung von Knotenpunkten darstellt (vgl. Marchart 2007: 108), gleichzeitig jedoch wird der Begriff der Gesellschaft selbst ein logischer und notwendiger Begriff des Diskurses. Um ihn als einen historischen und kontingenten Begriff – also einen Begriff ohne universalistischen und logisch notwendigen Anspruch – zu verstehen, müsste er in einem strengen Sinn das Ergebnis einer kontingenten diskursiven Praxis sein; es müsste gefragt werden, unter welchen Umständen und aufgrund welcher Praxis das besondere Verhältnis Gesellschaft konstituiert wird. Der logische und universalistische Charakter der Gesellschaft geht selbst wieder auf die Logik von Differenz und Äquivalenz zurück. Letztlich reduzieren sich viele Analysen von Laclau und Mouffe auf die Darlegung dieser Grundbegrifflichkeit. Immer neuen Problemlagen wird damit begegnet, dass sie formalistisch aus der Logik der Differenz und der Äquivalenz abgeleitet werden. Damit geraten diese Begriffe selbst in die Position eines Ersten.³

Was für den Begriff der Gesellschaft gilt, lässt sich in ähnlicher Weise für den Begriff des Subjekts sagen. Diskurs meint keine besondere Ebene, es geht nicht um Geistiges, um das Bewusstsein eines Subjekts, das den Diskurs konstituiert oder vereinheitlicht. Das Subjekt ist ein Moment des Diskurses und wird darin als Subjektposition bestimmt. Daraus folgt, dass jede Totalität, jede Gesellschaft ein sinnhafter Zusammenhang ist, in dem sich auch Subjekte als handelnde Akteure konstituieren (vgl. Stäheli 2001: 198-199). Deswegen kann die Diskurstheorie versuchen, gesellschaftliche Prozesse und Konflikte vollständig in Begriffen der Subjektposition, der Identität und der Auseinandersetzungen um Identitäten verstehbar zu machen. Jede Totalisierung kommt der Totalisierung einer subjektiven Identität gleich. Die Subversion einer sozialen Identität stellt eine

2 Es geht demnach in Laclaus Konzeption der Diskursanalyse nicht um die konkreten historischen Formen der Bedeutungsproduktion des Effekts von Gesellschaft. Mit Marx zu sprechen, wäre bei Laclau und Mouffe das Diskursive vergleichbar der Arbeit bei den klassischen Ökonomen eine verständige Abstraktion ohne nähere Erklärungskraft, hätte aber auch auf dieser Abstraktionsstufe eine bestimmte Konsequenz.

3 Zunächst handelt es sich um ein epistemologisch Erstes. Da aber der Diskurs als die gesamte Materialität umfassend und durchziehend aufgefasst wird und die Äquivalenz die Logik der Produktion des Sozialen ist, haben diese Begriffe durchaus auch einen ontologischen Aussagewert.

Subversion und Überdeterminierung von Subjekten dar. Allerdings handelt es sich auch bei dieser Überlegung um eine Setzung. Wird üblicherweise Laclau und Mouffe vorgeworfen, dass sie aufgrund ihres Diskursbegriffs diskursive und nicht-diskursive, materielle Praxis, Subjekt und Objekt nicht unterscheiden können (vgl. Laclau/Mouffe 1990: 105-112), geht mein Einwand, ohne dass er hier breiter entfaltet werden könnte, in eine andere, sogar gegenteilige Richtung: dass sie nämlich den hegemonialen Vorgang, wie sozialen Verhältnissen eine Bedeutung gegeben wird, den Prozess der Herstellung der Einheit von Subjekt und Objekt in einem historischen Block als Ergebnis von Hegemonie nicht denken können. Allein die unbegründete Annahme, dass subjektive Identität als spezifischer Sinn in den Diskursen enthalten ist, erlaubt ihnen, die Dichotomie von objektivem Feld und Diskurs, von gegenständlicher Wirklichkeit und Subjekt für überwunden auszugeben. Doch aus dem relationalen Charakter von Signifikanten, die durch Differentialität Bedeutung erzeugen, ergibt sich nicht, dass damit auch subjektive Identität, oder genauer: die Bedeutung von subjektiver Identität gesetzt ist – und ebensowenig, dass es sich um Bedeutungen für jemanden handelt, der oder die sich nun als ein Subjekt mit einer bestimmten Identität weiß. Laclau und Mouffe können die Einheit von Subjekt und Objekt aber nur deswegen unterstellen, weil sie, wenn sie von Diskurs sprechen, sich eine Evidenz der spontanen Hermeneutik des Alltagsverstands zunutze machen, derzufolge Diskurse mit Bedeutungen verbunden sind, die von Subjekten außerhalb der Diskurse wahrgenommen, entziffert und sinnhaft verstanden werden können. Es ist sicherlich richtig, dass in den Diskursen eine Subjektposition erzeugt wird, doch damit ist noch nichts darüber gesagt, dass es sprechende Individuen gibt, die diese Bedeutung ‚verstehen‘ und auf bestimmte Weise Subjekte mit einer Identität sind. Diese Einheit von interner Subjektposition, Verstehen und Individuum wird hergestellt. Dabei kann es unter herrschaftlichen Bedingungen zu hegemonialen Auseinandersetzungen um die spezifische Herstellung der Einheit von menschlicher Praxis und gegenständlicher Welt kommen.⁴ Die konkrete Sinnproduktion wird nicht analysiert, vielmehr wird mit dem Begriff des Diskurses die Einheit nur abstrakt und logisch gesetzt. Die Folge ist, dass Laclau und Mouffe trotz ihrer Ansprüche mit großer Selbstverständlichkeit immer wieder in die Dualismen von Subjekt und Objekt, Denken und Wirklichkeit zurückfallen.

Sie wollen Gesellschaft allein logisch und nach der Logik des Diskurses denken und müssen doch immer wieder auf historisierende, manchmal kapitalismustheoretische, manchmal modernisierungstheoretische Argumente zurückgreifen. Die Entwicklung der Logik des Diskurses selbst wird nicht diskurstheoretisch dargelegt, sondern ebenfalls durch Rückgriff auf soziologische Bedingungen. „Genau deshalb wird die hegemoniale Form von Politik erst zu Beginn der

4 Diese nicht im Diskurs unterstellte, sondern durch Praxis hergestellte Einheit wird von Gramsci als historischer Block, von Foucault als Diskurs, als Berührungsfläche der Ordnungen der Wörter und der Dinge, von Latour als Hybridität begriffen.

Moderne dominant, wenn die Reproduktion der verschiedenen sozialen Bereiche unter sich permanent verändernden Bedingungen stattfindet, die beständig die Konstruktion neuer Differenzsysteme erfordern“ (Laclau/Mouffe 1991: 197). Hier wird in einer externalistischen, nicht-diskursiven Perspektive über objektive Bedingungen der Reproduktion sozialer Bereiche gesprochen, die zur Herausbildung von mehr und neuen Differenzsystemen beitragen. Allerdings wird begrifflich nicht erläutert, in welcher Weise in der Logik des Diskurses die Unterscheidung von Moderne und Vormoderne zu verstehen ist, denn in allen Fällen handelt es sich um die Logik der Differenz und der Äquivalenz. Es finden sich zahlreiche solche Stellen, an denen Laclau und Mouffe auf Entwicklungen der Industriegesellschaft und Transformationen der sozialen Verhältnisse in der Weise Bezug nehmen, dass sie etwas kausal Erklärendes über die Logik der Diskurse sagen: Es handelt sich um soziale Entwicklungen (Arbeitsprozesse, Staatsform, Auflösung der Familie und Mangel an sozialer Integration), die neue Probleme verursachen, eine neue soziale Konfliktualität schaffen und neue Formen radikaler Subjektivität im Widerstand gegen Kommodifizierung, Bürokratisierung und Homogenisierung des sozialen Lebens erzeugen (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 218-227, 234). Doch gerade diese sozialen Prozesse sind selbst nicht ausdrücklich Gegenstand der Theoriebildung, vielmehr wird auf ein eher triviales modernisierungstheoretisches oder kapitalismustheoretisches Deutungsschema zurückgegriffen (vgl. Demirović 1990), das sich durchaus im Horizont reflektierterer Widerspiegelungstheorien bewegt und ohne zu zögern die Unterscheidung zwischen materiellen Entwicklungen und Diskurs als ein Ebene des Sozialen vornimmt: „The centrality we give to the category of ‚discourse‘ derives from our attempt to emphasize the purely historical and contingent character of the being of objects. This is not a fortuitous discovery which could have been made at any point in time; it is, rather, deeply rooted in the history of modern capitalism [...] It is only in the contemporary world, when technological change and the dislocating rhythm of capitalist transformation constantly alter the discursive sequences which construct the reality of objects, that the merely historical character of being becomes fully visible“ (Laclau/Mouffe 1990: 119). Das verträgt sich nicht mit ihrem Ansatz, der die Analyse objektiver Gegebenheiten durch eine Analyse von diskursiv erzeugten Antagonismen ersetzen will. Gerade an solchen Punkten, an denen auf sozialhistorische Entwicklungen zurückgegriffen wird, wird deutlich, dass es nicht möglich ist, beide Ebenen voneinander zu trennen. Doch der Diskurstheorie gelingt es nicht, die Einheit wirklich begrifflich zu fassen. Die ausgegrenzte vordiskursive Wirklichkeit kehrt auf eher krude Weise in den Erklärungszusammenhängen wieder, während gerade das, was kritisierte Autoren wie Marx, Gramsci oder Foucault interessiert hat, der Zusammenhang zwischen objektiven sozialen Prozessen und Diskursen, nicht näher untersucht wird.

Dieser unreflektiert erklärende Rückgriff auf die gesellschaftliche Entwicklung bringt schließlich auch die Theorie des falschen Bewusstseins wieder ins Spiel, die Laclau und Mouffe ausdrücklich verwerfen. Sie kritisieren die klassi-

sche Ideologiekritik, derzufolge die Akteure den historischen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung verkennen und deswegen von der Partei und den Intellektuellen über ihr objektives Interesse im Namen einer überhistorischen Entwicklungstendenz belehrt werden müssen. Gerade die paradigmatischen Unterstellungen, die Akteure müssten über eine eigentliche Identität aufgeklärt werden und ihre konkreten Kämpfe seien lediglich Abweichungen, sind ein wesentlicher Kritikpunkt von Laclaus und Mouffes Ansatz. Doch sie verwenden dieses Argument durchaus selbst, wenn sie – wie oben gezeigt – Marx und einem Teil der Arbeiterbewegung vorwerfen, mit einem falschen, dem objektiven Stand der Industriegesellschaft nicht entsprechenden Selbstverständnis zu handeln. Laclau zieht daraus die Konsequenz und ersetzt die klassische durch eine dekonstruktive Ideologiekritik. Sie kritisiert nicht mehr die Verkennung einer positiven und essentiellen Objektivität, sondern die Verkennung des Vorgangs der Fixierung, Naturalisierung und Essentialisierung, durch die sich Bedeutungsprozesse zu Gegenständen verwandeln. Die ideologische Verkennung selbst aber gehöre konstitutiv zur Gesellschaft, die Subjekte müssten eine Identität ausbilden, Bedeutungen naturalisieren und das Soziale essentialisieren, andernfalls würde sich Gesellschaft gar nicht konstituieren können. „The ideological would consist of those discursive forms through which a society tries to institute itself as such on the basis of closure, of the fixation of meaning, of the non-recognition of the infinite play of difference“ (Laclau 1990: 92). Man muss allerdings sagen, dass es sich bei dieser Überlegung um keine originelle Einsicht handelt, denn gerade die Annahme, Ideologie sei ein Vorgang der Verdinglichung und Naturalisierung und als solche konstitutiv für Gesellschaft, ist eine der zentralen Überlegungen des westlichen Marxismus von Lukács bis Adorno gewesen. Die ganze Problematik der Verdinglichung und Naturalisierung, des falschen Bewusstseins und der Verkennung einer objektiven Welt und struktureller Interessen hat aber schließlich zur Herausbildung der Ideologietheorie und der Diskursanalyse im Anschluss an Althusser und Foucault geführt (vgl. Demirović 1995). Da Laclau und Mouffe gerade daran anknüpfen, ist diese Verkehrung, die sich in ihrer Theorie vollzieht, um so verblüffender.

Es gibt in den bislang dargelegten Überlegungen von Laclau und Mouffe eine dritte Setzung, die problematisch ist. Gesellschaft wird in einem Prozess der Artikulation von diskursiven Elementen als ein Bedeutungshorizont fixiert. Die Totalisierung ist das Ergebnis von Hegemonie; in diesem hegemonialen Prozess werden Knotenpunkte fixiert: also Gesellschaft oder Bereiche wie Politik und Ökonomie. Ganz wie in der aristotelischen Tradition wird dieses Handeln als politisches Handeln und Gründung von Gesellschaft betrachtet. Allerdings ist nicht ersichtlich, warum diese Praxis der Artikulation als Politik bezeichnet wird. Laclau (2002: 148) spricht von der Politik als einer „Ontologie des Sozialen“, es sei Politik, die soziale Verhältnisse organisiert (Butler/Laclau 1998: 245); in einem früheren Text charakterisierte er diese konstituierende Praxis als eine „Poetik der Politik“ (Laclau 1988: 57). In der praxisphilosophischen Tradition von Marx

über Gramsci bis Adorno und Althusser könnte auch von Praxis gesprochen werden. In der praxisphilosophischen Tradition wurde Praxis einmal auf Arbeit, ein anderes Mal auf Moral reduziert – und nicht selten ein konstituierendes Subjekt unterstellt. Um diese Reduktion zu vermeiden, greifen Laclau und Mouffe auf das Politische zurück. Politik kommt somit bei Laclau zweimal vor, einmal als konstituierendes und einmal als konstituiertes Handeln. Im einen Fall wird Politik als diskursive Artikulation verstanden, die das Soziale selbst konstituiert; im anderen Fall ist sie eine spezifische und konkrete Handlungsweise innerhalb der Logik des Sozialen. Dies führt zu einer Äquivokation, denn nun erscheint die konkrete politische Praxis in einem sozialen Konflikt als konstituierende Praxis. Politik wird so wenig wie Gesellschaft als eine historische, eine konkrete Praxis begreifbar. Auch in diesem Punkt fällt die Theorie Laclaus auf die Metaphysik eines Ersten zurück. Zwar wird auf diese Weise denkbar, dass es nicht nur eine Gesellschaft gibt, und Gesellschaft sich zudem durch Praxis immerzu ändert. Der Preis dafür ist, dass der Begriff des Politischen enthistorisiert wird. Für eine Theorie, die so entschieden auf jeden Essentialismus und jede Letztbegründung verzichten will, ist es unangemessen, das Politische als eine universelle und überhistorische Kategorie konstituierenden Handelns zu unterstellen und sie nicht selbst noch im Prozess der selbstkonstitutiven Praxis des Gemeinwesens als eine bestimmte Form des Handelns zu bestimmen. Auch hier fehlt der historische Index.

4. Äquivalenz und Antagonismus

Das entscheidende Problem für alle Ansätze der kritischen Theorie der Gesellschaft ist, dass sie nicht einfach nur eine Positivität der Gesellschaft und ihrer Identität mit sich selbst unterstellen können. Vielmehr soll der Gesellschaft und ihren einzelnen Bereichen eine Tendenz des Negativen innewohnen, die die Dinge und die Verhältnisse von innen her zu etwas anderem treiben. Dieses Negative wird als Widerspruch oder Antagonismus bezeichnet. Aus Laclaus und Mouffes Sicht wurde dieses Problem in der marxistischen Theorietradition nicht gelöst. Sie sei – wie oben angesprochen – von einem falschen historischen Bewusstsein geprägt gewesen, unangemessen der realen soziologischen und demokratischen Entwicklung seit Ende des 18. Jahrhunderts. Es soll ihr nicht gelungen sein, die Dynamik von Antagonismen und hegemonialer Politik als konstitutive Merkmale der modernen Gesellschaft auszuarbeiten. Im Zentrum des Ansatzes von Laclau und Mouffe steht gerade dieser Anspruch, einen Begriff von moderner Gesellschaft zu entwickeln, die ihrem Prinzip nach antagonistisch ist. Sie wollen erklären, wie Protest, in welcher Weise soziale Bewegungen, der schnelle Wechsel der Themen und Antagonismen, das Verschmelzen und die Auflösung von Forderungen und Identitäten zustande kommen und wie diese Prozesse Gesellschaft konstituieren.

Der Diskurs kennt zunächst keine Gegensätze und Widersprüche, sondern nur positive Identitäten, die in der Totalität eine Differenz markieren, also die

Momente, die sich in ihrer Relation wechselseitig als notwendig bedingen. Eine Negation ist darin nicht zu erkennen. Sie muss und soll aus der Logik des Diskurses erklärt werden. Laclau und Mouffe zufolge sind soziale Bewegungen hegemoniale Bestrebungen, eine Gesellschaft und Identität zu totalisieren. Damit sind sie für die bestehende Form der hegemonialen Artikulation von Bedeutungen eine Bedrohung, ein Antagonismus. Begrifflich wird der Antagonismus vom logischen Widerspruch und von der Realopposition unterschieden. In der sozialen Wirklichkeit gibt es Widersprüche in dem Sinne, dass sie selbst positive Fakten sind, aber diese logischen Widersprüche bilden nicht notwendigerweise einen Antagonismus (so können Menschen logisch Widersprüchliches miteinander vereinbaren: Physiker sein und an Gott glauben). Im Fall des logischen Widerspruchs gibt es nur die Positivität A, die durch die logische Unmöglichkeit Nicht-A verneint wird. Auch der reale Gegensatz (z.B. zwischen zwei zusammenstoßenden Fahrzeugen) berührt die Identität der Dinge nicht, ist nicht charakteristisch für ihr Verhältnis, sondern das Ergebnis zweier positiver Kausalketten (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 179-180). Erst im Fall des Antagonismus besteht ein sich wechselseitig durchdringendes Verhältnis: eine Identität wird durch das ‚Andere‘ daran gehindert, sich zu totalisieren. „Die Präsenz des ‚Anderen‘ hindert mich daran, gänzlich Ich selbst zu sein. Das Verhältnis entsteht nicht aus vollen Totalitäten, sondern aus der Unmöglichkeit ihrer Konstitution [...] Gerade weil der Bauer kein Bauer sein kann, [existiert] ein Antagonismus gegenüber dem Grundbesitzer, der ihn von seinem Land vertreibt. Insofern es einen Antagonismus gibt, kann ich für mich selbst keine vollständige Präsenz sein. Aber auch die Kraft, die mich antagonisiert, ist keine solche Präsenz: Ihr objektives Sein ist ein Symbol meines Nicht-Seins und wird auf diese Art und Weise von einer Pluralität von Bedeutungen überflutet, die verhindern, dass es als volle Positivität fixiert wird“ (Laclau/Mouffe 1991: 181). Der Antagonismus liegt also weder im Bereich der Gegenstände noch ist er logisch (wie der Widerspruch); er ist kein positives internes Moment der Gesellschaft, denn dann wäre er nur eine weitere Differenz und könnte absorbiert werden. Vielmehr markiert der Antagonismus die Grenze der Signifikantenkette, also eines Systems von relationalen Differenzen selbst, er ist als „Negation einer gegebenen Ordnung ganz einfach die Grenze dieser Ordnung“ (Laclau/Mouffe 1991: 182). Der Antagonismus existiert deswegen nicht innerhalb, sondern an der Grenze der Gesellschaft und konstituiert ihre Unmöglichkeit, sich vollständig zu konstituieren. Doch die Grenze der Signifikantenkette markiert kein positives Jenseits der Differenzen, das es nicht geben kann, weil es dann wiederum nur eine Differenz wäre, sondern muss diese Signifikantenkette selbst durchziehen.

Dies wird durch den Begriff der Äquivalenz erklärt. Bedeutungen sind im Verhältnis zueinander differentiell. Es gibt in diesem Fall keine Negation. Doch es gibt eine Negation dort, wo die Bedeutungskette an die Grenze der Bedeutungen stößt. Dadurch werden die Differenzen im Verhältnis zu einem Außen äquivalent, denn sie bedeuten alle dasselbe: einen Diskurs oder eine Identität, der sich

unterscheidet. Der Diskurs konstituiert sich also nur durch ein Außen, durch das er verneint wird und durch das seine differentiellen Momente gespalten werden. Diese Bedeutungsmomente sind differentiell, gleichzeitig muss jedes von ihnen aber auch äquivalent sein, um zu dem Diskurs zu gehören. In dem Maße, wie sich ein Diskurs nach außen schließt, um nach innen Bedeutung erzeugen zu können, müssen die Zeichen sich von ihrem buchstäblichen Sinn ablösen. Die äquivalentielle Funktion, „die eine abwesende Fülle repräsentiert, welche sich im Zusammenbruch aller differentiellen Identitäten zeigt, kann keinen eigenen Signifikanten besitzen“ (Laclau 2002: 73). Denn ein solcher Signifikant wäre dann nur wieder eine weitere Differenz und nicht das Ergebnis des „Zusammenbruchs aller differentiellen Identitäten“ (Laclau 2002: 73). Die Zeichen werden durch Äquivalenzbildung also der Tendenz nach zu leeren Signifikanten, ihre Differenz tritt zurück, sie alle drücken nur noch den Antagonismus gegen etwas aus, was sie nicht sind. Die Identität ist rein negativ: „Wir sollten bemerken, dass hier nicht ein als Positivität definierter Pol einem negativen Pol gegenübersteht: da alle differentiellen Bestimmungen des einen Poles sich durch ihre negativ-äquivalentielle Referenz auf den anderen Pol aufgelöst haben, zeigt ein jeder von ihnen ausschließlich das, was er nicht ist“ (Laclau/Mouffe 1991: 185). Es geht also nicht darum, etwas zu sein und dadurch etwas anderes nicht zu sein; vielmehr wird durch Äquivalenz der Negativität als solcher eine reale Existenz gegeben. Die Doppelbelastung durch Haushalt und Beruf bei Frauen, die Verteilung der Arbeiten im Haushalt zu Lasten der Frauen, sexuelle Übergriffe der Männer, dominantes Redeverhalten der Männer, sexistische Werbung, heterosexistische Normen – alle diese differentiellen Momente können zu einem antipatriarchalen Diskurs homogenisiert werden, der eine Vielzahl von Bedeutungselementen metaphorisiert, ihres buchstäblichen Sinns entleert, indem er sie äquivalent setzt durch den Antagonismus zum Außen des männlichen Geschlechts, das seinerseits jeder wörtlichen Bedeutung entkleidet wird und ganz einfach nur Negativität symbolisiert. Der Diskurs wird immer antagonistischer, je mehr Bedeutungselemente er in die Äquivalenzkette aufnimmt und je leerer die Signifikanten werden, also nicht mehr allein Differenz von anderen Signifikanten, sondern nur noch Äquivalenz bedeuten und sich als identisch gegen ein äußeres Negatives abgrenzen (vgl. Laclau 1981: 179-180; Laclau 2002: 72-73). Laclau und Mouffe können auf diese Weise präzise erklären, warum Begriffe wie Nation, Demokratie, Kapitalismus, Sozialismus, die Linke, die Rechte zu einem bestimmten Zeitpunkt enorm angereichert mit Inhalt sind, identitätsstiftend und mobilisierend wirken, während sie zu anderen Zeiten als nichtssagend und bedeutungslos empfunden werden. Rationalistisch an ihrem Ansatz ist, dass sie das allein als Ergebnis von Strategien von Akteuren verstehen, die die Logik der Äquivalenz oder der Differenz ins Spiel setzen, aber selbst wiederum nicht organisch mit Konflikten auf anderen Ebenen der Gesellschaft verbinden können, weil es ihrem Begriff von Diskurs zufolge solche anderen Ebenen nicht gibt.

Der Antagonismus bildet sich, indem sich ein Signifikant von seinen relationalen Bedeutungen ablöst, ein leerer Signifikant wird und die Äquivalenz eines Diskurses im Gegensatz zum Ausgeschlossenen symbolisiert. Diese Funktion kann jeder Signifikant einer Signifikantenkette übernehmen, es gibt keine inhaltliche Festlegung (vgl. Stäheli 2001: 207). Tatsächlich ändern sich empirisch die Themen, Akteure und die Protestformen in einem mehr oder weniger schnellen Rhythmus. Damit ändern sich die Identitäten; das, was als antagonistisch gilt, verschiebt sich. So kann die Bildung der ‚Neuen Linken‘ in Westdeutschland seit Mitte der 1950er Jahre als eine sich über Jahre hinweg ziehende symbolische Arbeit an der Konstruktion einer Äquivalenzkette verstanden werden, die solche Bedeutungselemente wie die Kritik an der beschwiegene faschistischen Vergangenheit Deutschlands, am fortgesetzten Antisemitismus, die Kritik am autoritären Notstandsstaat, die Forderungen nach mehr Bildung, einer freien Sexualmoral, nach einer antiautoritären Erziehung, nach mehr Demokratie, avantgardistische Kunst und Film, Antiimperialismus, die Kritische Theorie oder Sozialismus zu einem Diskurs artikulierte, der zu seinem Höhepunkt die Identität einer Neuen Linken konstruierte (vgl. Demirović 1999: 856-910). Diese Bedeutungselemente konnten sich aufgrund von Äquivalenzbildung einander metaphorisch ersetzen. Die ganze Kette konnte von vielen ihrer Momente symbolisiert werden, keines konnte sich eindeutig als universeller Signifikant durchsetzen, damit kam auch kein eindeutiger Antagonismus zustande. Durch eine Serie von Des- und Reartikulationen zerfiel diese Kette in eine Vielzahl von losen, flottierenden Signifikanten. Dies führt zur Auflösung jeder Evidenz der früheren Kette und des Identität stiftenden Antagonismus. Allenfalls einzelne Elemente wurden im Rückblick noch als Identitätsmerkmale anerkannt. War schon dieser Bewegungskreislauf der 1960er Jahre durch mehrere Antagonismen gekennzeichnet, so gilt dies erst recht für die folgenden Jahrzehnte. Offensichtlich ist nicht jeder Signifikant gleich gut dazu geeignet, die universelle Rolle des leeren Signifikanten zu spielen. Es sind, so legen Laclau und Mouffe nahe, eher Begriffe wie Gleichheit, Freiheit, Volk, Demokratie. Laclau stellt fest, dass nicht jede Stellung in der Gesellschaft, jeder Kampf in der gleichen Weise in der Lage ist, seine Inhalte in einen Knotenpunkt zu transformieren, anders gesagt: hegemonial zu werden und eine Totalität, also Gesellschaft zu konstruieren. Manche Punkte würden eine hohe Machtkonzentration zustande bringen. „Es geht nicht darum, der Logik differentieller struktureller Stellungen die historische Effektivität abzusprechen, sondern eher darum, ihnen als einem Ganzen den Charakter einer Basis abzusprechen, welche aus sich heraus die Bewegungsgesetze der Gesellschaft festlegt“ (Laclau 2002: 74). Damit stellt sich die Frage, ob es nicht zur hegemonialen Aktivität gehört, die Dauer eines Diskurses und einer subjektiven Identität aufrechtzuerhalten. Themen, Akteure und Aktionsmuster mögen wechseln. Aber es lassen sich auch zyklische Prozesse beobachten, in denen sie in veränderter Form wiederkehren, also Probleme wie Lohnarbeitsverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Umweltzerstörung, Krieg und Frieden, Demokratie. Marx spricht in die-

sem Zusammenhang von einer Vielzahl von Oszillationen, die einen „idealen Durchschnitt“ bilden, der sich über lange Zeiträume hinweg durch und in diesen Prozessen reproduziert und allein das ist, was die bürgerliche Gesellschaft charakterisiert. Es sind gerade diese Regelmäßigkeiten, die die Basis bilden, weil sich Akteure aus dem Korridor der Durchschnittsbildung nicht herausbewegen. Indirekt findet sich dieser Gesichtspunkt auch bei Laclau und Mouffe. Wie oben schon angesprochen, argumentieren sie, dass die sozialen Bewegungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden, weil sie sich auf das neue demokratische Imaginäre beziehen können, also einen Anspruch auf Gleichheit, der nach der Logik der Äquivalenz auf immer mehr Bereiche in den fortgeschritten Industriegesellschaften ausgedehnt wird. Was sie am Begriff der Klasse stört ist, dass er eine Reihe ganz unterschiedlicher Kämpfe auf der Ebene der Produktionsverhältnisse artikuliert, aber mit einem Diskurs verbunden ist, der auf dem privilegierten Status der Klassen beruht (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 219). Doch auch ihr Konzept des demokratischen Imaginären legt einen solchen privilegierten Status nahe, wenn es der permanent gewordene Horizont sein soll, in dem subjektive Identitäten ihre bisherige differentielle Unterordnung als Unterdrückung erfahren und beginnen, das System von Differenzen in eines von Äquivalenzen umzugruppieren (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 220). Das demokratische Imaginäre hat damit den Status eines stabilen Knotenpunkts erhalten, der selbst nicht mehr durch eine hegemoniale Aktivität erhalten, durch keine Kämpfe mehr verschoben wird. Dieses demokratische Imaginäre und die kapitalistische Industriegesellschaft bleiben sich äußerlich, denn die Reproduktion des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs vollzieht sich nicht durch Antagonismen hindurch. Indem sich die Akteure auf das einmal konstituierte demokratische Imaginäre berufen, beziehen sie sich auf einen Maßstab von Gleichheit und Freiheit, der durch ihre Kämpfe gar nicht mehr berührt wird. Allenfalls wird die Komplexität der kapitalistischen Industriegesellschaften immer noch größer, weil sich die Differenzen vermehren und die Zahl der politischen Räume größer wird. Weder die Industriegesellschaft noch ihre Komplexität werden jedoch als ein Projekt der Totalisierung begriffen. Wäre das der Fall, müsste erörtert werden, welchen Antagonisten das demokratische Imaginäre selbst als Äquivalent konstruiert, was also das ausgeschlossene Negative der demokratischen Industriegesellschaft ist. Demgegenüber erhebt die kritische Theorie der Gesellschaft von Marx über Adorno bis zur Regulationstheorie den Anspruch, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion selbst noch mit einem Begriff des Antagonismus zu erklären (vgl. Demirović 2003). Der Antagonismus hat im Fall dieser Theorien keinen universellen Status, der aus der Logik des Diskurses abgeleitet wird, er ist deswegen auch kein der Gesellschaft äußerlicher, an den Grenzen der artikulierten Totalität angesiedelter Antagonismus. Gesellschaft bildet sich als Bewegungsform für den Antagonismus: eine Identität, die nicht mit sich identisch werden kann.

Die Frage, die sich aus den dargestellten Überlegungen ergibt, ist, was überhaupt zum Antagonismus werden kann. Der Diskurs ist so definiert, dass er die

gesamte Dichte der Materialität durchzieht. Daraus müsste folgen, dass die Reihenfolge: Nagelschere, Frosch, Hammer, Tannenbaum, Bilderrahmen, Tau, Treppe einen Diskurs bilden könnten. Foucault (1971: 17-18) gibt die entsprechenden Hinweise auf uns absurd erscheinende klassifikatorische Zusammenhänge, die in bestimmten Diskursen tatsächlich Sinn machen. Wären sie ein Diskurs, dann wären sie auch mit einem Antagonismus verbunden. Dass es dazu nicht kommt, hat einen besonderen Grund. Wie oben schon angesprochen, legen Laclau und Mouffe ihre Beispiele so an, dass immer schon Individuen im Spiel sind, die an komplexen Bedeutungsprozessen teilnehmen: der ‚Bauer kann aufgrund des ihn vertreibenden Großgrundbesitzers kein Bauer sein‘, ‚ich kann für mich keine vollständige Präsenz erlangen‘ (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 180; vgl. auch Stäheli 2001: 198-199). Laclau und Mouffe unterstellen mit ihrem Begriff des Diskurses ein Moment von subjektiver Identität und verbinden dies auch mit besonderen identitätstheoretischen Annahmen. Diese kommen in der Formulierung zum Ausdruck, dass eine Identität zu ihrer vollen Präsenz gelangen will, das aber nicht erreichen kann und deswegen ein Antagonismus entsteht. Auch diese Überlegung ist nicht unproblematisch. Aus dem Blickwinkel der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe übernimmt der Grundbesitzer, der den Bauern vertreibt, eine durchaus plausible positive Rolle. Denn indem er dessen Identität verneint, erfüllt er eine antimetaphysische Aufgabe, die in der Logik des Diskurses liegt: Der Bauer gelangt aufgrund des Grundbesitzers nicht zur vollen Präsenz, wenn es nicht an diesem läge, müsste es jemand anderes tun. Da Antagonismusbildung ohnehin stattfinden muss, führt dies am Ende zu der moralphilosophischen Frage danach, welche Antagonismen gut, welche schlecht sind. Identitätstheoretisch stellt sich zudem das Problem, warum der Bauer überhaupt die volle Identität erlangen wollen sollte. Wenn er ein durch die Texte von Laclau und Mouffe aufgeklärter Bauer wäre, würde er das für wenig sinnvoll halten, denn er würde wissen, dass das Verlangen nach der vollen Identität illusorisch wäre und einer problematischen metaphysischen Haltung entspräche. Wenn er jedoch nicht die volle Präsenz erlangen will, bildet sich auch kein Antagonismus – aber ohne Antagonismus keine Äquivalenz und keine Gesellschaft. Es stellt sich demnach die Frage nach der Notwendigkeit der Identität und danach, ob volle Identität überhaupt ein Ziel der Hegemonie sein kann, wenn sie ohnehin nicht möglich ist (vgl. Butler 2000: 12-13).

a) Notwendigkeit: Laclau hat auf dieses Problem reagiert und die aus der Logik des Diskurses resultierende Wahlfreiheit unmöglich gemacht, indem er auf materielle Bedingungen zurückgreift. Es handelt sich um „social demands“ wie Wohnen, Schulversorgung, Wasser, Gesundheit. Als isolierte werden diese „demands“ als demokratisch bezeichnet. Wenn sie befriedigt werden, bleibt es einfach bei der Differenz verschiedener Bedürfnisse. Werden sie von einem institutionellen System oder einer Macht nicht befriedigt, stellen sich zwischen diesen „unfulfilled social demands“ äquivalentielle Relationen her (vgl. Laclau 2005: 73, 86). In diesem Fall treibt also ein materieller Bedarf dazu, die volle Präsenz zu erlangen.

b) Identität als Ziel: Es stellt sich das Problem, ob es um die Herstellung der Anerkennung einer Identität geht oder eher darum, die Identität zu überwinden. Laclau und Mouffe zufolge will der Bauer die Identität als Bauer erlangen. Dies wird durch das Bedarfs-Argument unterstützt, denn erst indem jemand Bauer ist, kann er damit rechnen, sein Bedürfnis zu erfüllen. Insofern tendiert der Ansatz von Laclau und Mouffe zu Identitätspolitik. Allerdings gibt es dagegen erhebliche Vorbehalte. So argumentierte Marx immer zugunsten der Überwindung der proletarischen Identität. In der feministischen Diskussion gibt es Tendenzen, die weniger die Frau zur Geltung bringen als den binären Geschlechtercode auflösen wollen. In der Kritik am Rassismus geht es um die Überwindung rassifizierter Subjektpositionen. In allen diesen Fällen gibt es aber die Schwierigkeit, dass die Überwindung der für problematisch gehaltenen Identität durch eine Aufwertung und Anerkennung dieser Identitäten hindurchgehen muss, weil allein dadurch überhaupt erst bestimmte Kämpfe geführt werden können: die Rechte der Lohnarbeitenden, der Frauen, der Lesben und Schwulen, der Schwarzen, der Juden etc. Es wird also für eine Identität eingetreten, die aus einer kritischen Sicht selbst zur Disposition stehen und keineswegs als eine letzte und positive Identität gedacht werden soll. Das Scheitern der vollen Präsenz des Subjekts, seine Hybridität wird zum Ausgangspunkt der Infragestellung der Verhältnisse, unter denen es überhaupt in seiner Dialektik konstituiert wird.

Das Problem der vollen Identität des Subjekts stellt sich auch auf dem Niveau des Diskurses. Im obigen Beispiel wird der Signifikant ‚Bauer‘ zum Ausgangspunkt einer Äquivalenzbildung und eines Antagonismus. Der Antagonismus wird hier aus dem Blickwinkel des Bauern thematisiert. In der Logik des Diskurses könnte jedoch ein Antagonismus ebenso aus dem Blickwinkel des Grundbesitzers konstruiert werden. Auch dieser kann versucht sein, die Differenzen seiner Bauern und Untergebenen in eine Äquivalenzkette umzugruppieren. Auf diese Weise entstehen eine in der Tendenz kaum noch überschaubare Vielzahl von sich überkreuzenden Versuchen zur Bildung von Äquivalenzketten und eine radikale Vieldeutigkeit des Sozialen. Das Soziale lässt sich nicht mehr in zwei eindeutige Lager spalten, es gibt viele ‚Gesellschaften‘. Entsprechend gibt es auch keinen einmaligen hegemonialen Knotenpunkt. „Hegemonie ist ganz einfach ein politischer Typus von Beziehung, eine Form, wenn man so will, von Politik, aber keine bestimmbar Stelle innerhalb einer Topographie des Gesellschaftlichen. In einer gegebenen Gesellschaftsformation kann es eine Vielzahl hegemonialer Knotenpunkte geben“ (Laclau/Mouffe 1991: 198). Diese Überlegung entwertet den Begriff der Hegemonie, da es sinnlos ist, von einer Vielzahl von Hegemonien zu sprechen.⁵ Ohne dass dies ontologisch aufgefasst werden müsste, bedeutet Hegemonie den Prozess der Herstellung der Einheit von ‚Gesellschaft‘ unter den

5 Es hat deswegen verschiedene Versuche gegeben, den Begriff der Hegemonie zu erweitern und mit dem Begriff des hegemonialen Projekts die Stufen in den Blick zu nehmen, die der Prozess der Totalisierung und Äquivalenzbildung durchläuft (vgl. Jessop 1990: 196-219; Nonhoff 2006: 140).

Bedingungen antagonistischer Interessenlagen. Die Frage stellt sich, welcher Schwellenwert erreicht sein muss, um von einem Knotenpunkt, einem mächtigen Knotenpunkt, gar von der Totalisierung der Gesellschaft zu sprechen. Laclau und Mouffe legen nahe, dass Gesellschaft ein Projekt, eine Totalisierung ist; demnach gäbe es eine Vielzahl von Gesellschaften. Eher spricht vieles dafür, dass moderne Gesellschaft der gelungene Versuch einer sozialen Gruppe, des modernen Bürgertums, ist, seine eigenen Existenzgrundlagen auf Dauer zu stellen und den Raum zu schaffen für eine Vielzahl von sich überkreuzenden Versuchen, sich durch Politik zu totalisieren und allgemein zu setzen.

Die Vervielfältigung von Äquivalenzketten und Antagonismen hat neben dem theoretischen Aspekt auch einen politischen und moralischen Aspekt. Laclau und Mouffe wollen zu einem pluralen und demokratischen Selbstverständnis der Linken beitragen. Sozialismus und die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die die „Quelle zahlreicher Unterordnungsverhältnisse“ seien, sind ein selbstverständlicher Bestandteil ihrer Theorie (Laclau/Mouffe 1991: 243). Dies verlangt eine starke Äquivalenzbildung, in der ‚das Kapital‘ oder ‚die Bourgeoisie‘ zum Antagonisten werden, der ein absolutes Hindernis für alle Ausgebeuteten darstellt. Aber wieweit darf die Äquivalenzbildung im Rahmen eines pluralen und demokratischen Selbstverständnisses der Linken gehen? Herrschaftstheoretisch argumentierend vertritt Laclau die Ansicht, dass der demokratische Diskurs ein System von Differenzen darstellt, in dem Identitäten als Differenzen nebeneinander stehen: Arme und Reiche, Unternehmensverbände und Gewerkschaften. Dieses System von Differenzen wird durch Äquivalenzbildung in einem hegemonialen Diskurs so lange umgruppiert, bis es zu einem Gegensatz von Herrschenden und Beherrschten und zum populistischen Bruch kommt. Charakteristisch für bürgerliche Hegemonie im Europa des 19. Jahrhunderts sei gewesen, dass die Antagonismen resorbiert werden und das System von Äquivalenzen in ein System von Differenzen umgewandelt wird (vgl. Laclau 1981: 181-182; Laclau 2005: 93). Bemerkenswert an dieser Überlegung wie an anderen Beispielen ist, dass Laclau hier ohne zu zögern sowohl herrschafts- als auch klassentheoretisch argumentiert: Dem Bürgertum wird eine bestimmte Diskurstaktik, die des Übergewichts der differentiellen über die äquivalentielle Logik, und daraus hervorgehend Hegemonie zugerechnet. Entsprechend herrschaftskritisch lässt sich also sagen, dass Äquivalenzbildung auf der Seite emanzipatorischer Prozesse steht, weil Subalterne ein Interesse daran haben müssen, demokratische ‚demands‘ derart zu artikulieren, dass es zu Äquivalenz und damit zu einem populistischen Bruch kommt. Demokratietheoretisch stellt sich Laclau und Mouffe derselbe theoretische Sachverhalt allerdings anders dar. Äquivalenz und Differenz gehören beide zur Logik des Diskurses. Plurale Äquivalenzketten sind das Merkmal demokratischer Kämpfe, denn diese bestehen darin, die Äquivalenzkette auszudehnen: also Antirassismus, Antisexismus und Antikapitalismus miteinander zu artikulieren. Nur auf dieser Grundlage werden Kämpfe wirklich demokratisch, da sie den Respekt vor den Gleichheitsrechten aller un-

tergeordneten Gruppen implizieren, also vor deren Differenz und Autonomie. Herstellung von Äquivalenz gilt Laclau und Mouffe (1991: 249-250) demnach als starkes normatives Merkmal für Demokratie. Gleichzeitig aber ist damit die Tendenz verbunden, die Autonomie unterschiedlicher politischer Räume aufzulösen, diese durch hegemoniale Artikulation zu vereinheitlichen und damit den offenen Charakter des Sozialen zu verneinen (Laclau/Mouffe 1991: 254). Jede hegemoniale Äquivalenzbildung tendiert also zum Totalitarismus. Aber auch Differenz und Autonomie können zu Totalitarismus führen, denn um die differentielle Besonderheit jedes lokalen Kampfes zu bewahren, muss dieser in ein absolutes Prinzip der Identität transformiert werden. Die Reihe von Kämpfen bildet ein System abgegrenzter Differenzen mit essentialisierten Identitäten. Diese Überlegung ändert in der Konsequenz die Bedeutung des Begriffs der hegemonialen Praxis grundlegend. Die Artikulation einer Äquivalentenkette ist demokratisch. Es darf jedoch nicht mehr zu einer derartigen Artikulation kommen, die tatsächlich alle politischen Räume äquivalent macht, um in aller Entschiedenheit einen Antagonismus zu konstruieren und ein Problem zu lösen; vielmehr müssen auch die Autonomie und Freiheit der einzelnen, differentiellen Kämpfe respektiert werden. Äquivalenz oder Differenz dürfen nicht bis zum äußersten getrieben werden. Die Akteure müssen sich immer wieder moderieren, ihre politischen Leidenschaften zügeln, sich gleichsam in der Schwebe zwischen Äquivalenz und Differenz halten. Damit können sie aber gerade die Äquivalenzkette nicht mehr konstruieren, die notwendig wäre, um zu einem populistischen Bruch, konkreter: zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, des Sexismus, des Rassismus zu gelangen. Für eine solche Situation des Zusammenbruchs aller Bedeutungen bieten Laclau und Mouffe keinerlei Konzepte außer dem vage bleibenden Begriff der Demokratie an. Der zentralen demokratietheoretischen Frage nach der Koordination verschiedener sozialer Interessenlagen wird nicht nachgegangen. Die Begriffe von Äquivalenz und Differenz bieten dafür auch keine Möglichkeit.

Der Versuch, den demokratischen Prozess als eine Art Gleichgewicht zwischen beidem, der Logik der Äquivalenz und der der Differenz zu bestimmen, reicht zur Bestimmung nicht hin. a) In der Logik des Diskurses kann sowohl der Bauer als auch der Grundbesitzer eine Äquivalenzkette bilden. In beiden Fällen wird ein Negatives konstruiert, das die eigene volle Identität verhindert. Damit ist aber noch nicht entschieden, welcher der Antagonismen moralisch richtig oder falsch ist. Das gleiche würde für jede andere Äquivalenzkette gelten. b) Wenn eine Äquivalenzkette konstruiert wird, geschieht dies durch den Ausschluss eines Antagonisten, der das Negative, die Nicht-Existenz des Diskurses symbolisiert. Aufgrund der Logik von Differenz und Äquivalenz findet also notwendigerweise und konstitutiv immer ein Ausschluss statt. Butler stellt die Frage, ob dies nicht bedeute, „dass wir alle Ausschließungsarten als legitim akzeptieren“ oder aber in die Situation kommen, besondere Ausschließungen zu rechtfertigen (vgl. Butler/Laclau 1998: 240). Aber gleich, ob sich der Ausschluss rechtfertigen lässt, ob es

sich um eine gute oder schlechte Äquivalenz und Ausschließung handelt, so wird das negative Ausgeschlossene Ausgangspunkt einer neuen Äquivalenzbildung, eines neuen Konflikts, einer neuen gefährlichen Tendenz hin zum Totalitarismus. So wird es immer weitergehen, weil all dies zur Universalie des Diskurses gehört. Dass sie unversehens mit diesen Fragen konfrontiert sind, ergibt sich aus dem Formalismus der Analyse von Laclau und Mouffe, der seine Stärken dort hat, wo er auf ontologische, metaphysische Argumentationslinien in linken Diskussionen hinweist. Ihre Argumente bedürfen der Reartikulation in einer komplexen kritischen Theorie der Gesellschaft, die letztere nicht als Universalie hinnimmt, sondern als ein konkretes hegemoniales Projekt unter bestimmten historischen Bedingungen begreift.

5. Dialektik der Emanzipation: die überwundene Totalität

Als Ergebnis der kritischen Erörterung der Überlegungen von Laclau und Mouffe lässt sich eine Reihe von Paradoxien feststellen: Das Projekt einer radikalen Offenheit des Sozialen mündet in der Notwendigkeit des Ausschlusses; die Zurückweisung eines ersten Grundes bringt die Ontologie eines Ersten zurück; das Denken der Einheit von Materiellem und Symbolischem zerfällt in klassische Dualismen; die antagonistische Gesellschaft gerinnt zu einer nach innen geschlossenen Totalität; Gesellschaft, eine bloß kontingente hegemoniale Konstruktion, erweist sich plötzlich als universell; was als Diskurs universell gelten soll, bedarf einer trivialen soziologisierenden Modernisierungstheorie; die Verweigerung des Diskurses gegenüber kausalen Erklärungen führt am Ende zur Rückkehr kausaler Erklärungen durch Ökonomie, Politik und Kultur; die Verwerfung der Theorie des falschen Bewusstseins korrigiert sich anhand der unhinterfragten Einsicht, dass Gesellschaft zu ihrer Konstitution die ideologische Verknüpfung benötige; subjektive Identität, die eine vom Diskurs konstruierte Position ist, kehrt als Begehren der Subjekte nach voller Identität wieder; das Spiel der Differenzen verkehrt sich in die Homogenität des Äquivalenten. Alle diese Paradoxien stellen sich nicht ein, weil Laclau und Mouffe unsorgfältig gedacht und argumentiert hätten – im Gegenteil ist nicht zuletzt eine der Paradoxien, dass sie, die die Kontingenz ins Zentrum ihrer Überlegungen stellen, das Soziale selbst ganz strikt logisch zu begreifen versuchen. Alle diese Verkehungen stellen sich wie durch einen Diskursautomatismus aufgerufen ein. Laclau und Mouffe affirmieren den Ausschluss, die Notwendigkeit, die Logik der Gesellschaft im Namen der Kämpfe der sozialen Bewegungen seit '68, die – folgt man Foucault – aus einem Lebensgefühl entstanden, das radikal dem Einschluss und Ausschluss, der Verfügung über Menschen und der gesellschaftlichen Ordnung und Normalität, kurz, der Macht entgegenstand: „Man wollte nicht mehr regiert werden“ (Foucault 1980: 102). Sie nehmen die Dynamik dieser paradoxen Verkehungen

nicht als Hinweis auf ein sachliches Problem ernst, indem sie diese selbst noch einmal zum Gegenstand der Theorie machten; es fehlt ihrer Theorie, obwohl sie sich so sehr mit Fragen des Widerspruchs und Antagonismus befasst, jene supplementierende Dialektik, die es ihnen erlaubte, diese Paradoxien zu erklären und sich mit diesen gegen sie und ihre Zwanghaftigkeit zu wenden. Solche sich aus der Logik des Arguments ergebenden Verkehrungen dürften gerade nicht affirmiert und als ein Letztes der Denkbewegung hingenommen werden, sondern wären selbst als ein Stachel zu begreifen, der dazu anreizte, auch noch jene Gesellschaft zu dekonstruieren, die aus der Freiheit Notwendigkeit und aus Vergesellschaftung Ausschluss werden lässt. Wenn ihrem Begriff nach die moderne Gesellschaft sich nur als ausschließende Totalität konstituieren kann, dann gibt dies den Anlass, Gesellschaft selbst als eine Form der Regierung zu befragen, die sich seit dem 17. und 18. Jahrhundert herausgebildet hat. Gerade diese Logik des Gesellschaftlichen wird von Marx und Adorno in den Blick genommen, wenn sie in kritischer Absicht erklären wollen, warum die gesellschaftlichen Begriffe diesen Paradoxien unterworfen sind. Von Laclau und Mouffe aus lässt sich Marx in gewisser Weise neu erschließen und erkennen, dass sich in seinen Schriften eine bedeutungs- und hegemonietheoretische Analyse politischer und ökonomischer Prozesse findet (vgl. Demirović 1998) – was von Laclau (2000: 44-46) allerdings nur knapp und unzulänglich gewürdigt wird. Umgekehrt wird allerdings auch deutlich, dass Marx eine aus der Dynamik von Äquivalenz, Totalisierung und Antagonismus hervorgehende Gesellschaft, anders als Laclau und Mouffe, zum Gegenstand von Kritik macht.

In seinen frühen Schriften hat sich Marx mehrfach zur Dynamik der Französischen Revolution geäußert. In diesen Analysen beschreibt Marx den Prozess der Verschiebung und Verdichtung von Protesten und Forderungen als einen symbolischen Vorgang. Eine Klasse wird mit ihren besonderen Forderungen „allgemeiner Repräsentant“ aller anderen Klassen, die nach Emanzipation streben, und erhebt in deren Namen den Anspruch auf Herrschaft. Sehr deutlich entfaltet er die Logik des Antagonismus in einer die Überlegung von Laclau vorwegnehmenden Weise. „Damit die Revolution eines Volkes und die Emanzipation einer besonderen Klasse der bürgerlichen Gesellschaft zusammenfallen, damit ein Stand für den Stand der ganzen Gesellschaft gelte, dazu müssen umgekehrt alle Mängel der Gesellschaft in einer andern Klasse konzentriert, dazu muss ein bestimmter Stand der Stand des allgemeinen Anstoßes, die Inkorporation der allgemeinen Schranke sein, dazu muss eine besondere soziale Sphäre für das notorische Verbrechen der ganzen Sozietät gelten, so dass die Befreiung von dieser Sphäre als die allgemeine Selbstbefreiung erscheint“ (Marx 1972: 388). Im revolutionären Prozess steht aber gerade in Frage, ob die eine Klasse mit ihren besonderen Zielen tatsächlich das Befreiungsinteresse aller anderen sozialen Klassen repräsentiert. Deswegen besteht die Dynamik der Revolution aus einer Vielzahl sich überholender Antagonismen. Die Verdichtung vieler partikularer Interessen in einem besonderen Interesse wird wieder aufgelöst. Dieses Interesse

spielt nicht mehr die Rolle eines Symbols, in dem sich alle wiedererkennen. Das, was gerade eben noch als allgemein galt, erweist sich als partikular. Es kommt zu Verschiebungen hin zu anderen Interessen und Forderungen, die ihrerseits mehrere Interessenlagen verdichten. „Die Rolle des Emanzipators geht also der Reihe nach in dramatischer Bewegung an die verschiedenen Klassen des französischen Volkes über, bis sie endlich bei der Klasse anlangt, welche die soziale Freiheit nicht mehr unter der Voraussetzung gewisser, außerhalb des Menschen liegender und doch von der menschlichen Gesellschaft geschaffener Bedingungen verwirklicht, sondern vielmehr alle Bedingungen der menschlichen Existenz unter der Voraussetzung der sozialen Freiheit organisiert“ (Marx 1972: 390). In diesem Prozess bildet und entwertet sich jede politische Identität und Forderung und erweist sich als partikular, jeder Anspruch auf Universalität wird durch die praktische Kritik von besonderen sozialen Gruppen oder Klassen bezweifelt, die in ihren Kämpfen feststellen, dass doch nicht in ihrem Namen gesprochen wurde. Weil dies das Schicksal aller solcher Universalitätsansprüche ist, weil keine der Gruppen als partikulare für alle und im Namen aller sprechen kann, gibt es Marx zufolge nur eine Lösung für das Problem: die Dynamik selbst des politischen Prozesses, in dem eine besondere Identität als allgemeine gilt, um sich im Weiteren doch wieder nur als besondere zu erweisen, muss zur Disposition gestellt werden. Dabei handelt es sich um eine letzte Universalität: „die Form der Unterdrückung und Schließung an sich“ (Laclau 2002: 59). Doch nimmt auch dieses universelle Ziel der Überwindung der Bedingung der Möglichkeit von Herrschaft als solcher – nämlich überhaupt im Namen anderer sprechen zu können – erneut die Gestalt einer partikularen Gruppe an: eine „Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt“ (Marx 1972: 390). Das Besondere dieser Klasse ist, dass sie Klasse und nicht mehr Klasse ist, dass sie nicht mehr so tut, als hätten ihre Mitglieder ein substantiell gleiches Interesse und eine einheitliche, positive Identität; sie will nur noch die Auflösung ihrer Identität und all der Voraussetzungen, unter denen diese sich überhaupt herausbildet: „Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat“ (Marx 1972: 390). Marx wird von diesem Punkt aus den Begriff der Gesellschaft kritisch verwenden und das Projekt emanzipierter sozialer Verhältnisse zwischen Menschen als Assoziation freier Individuen charakterisieren. Gesellschaft ist aus diesem Blickwinkel ein historisch kontingentes Projekt, das von partikularen Gruppen verfolgt wird, die sich jeweils als allgemeine konstituieren und den Anspruch erheben, im Namen aller die Gesellschaft zu regieren. Das konstituiert Politik, denn Politik ist der Prozess, in dem sich eine soziale Gruppe als allgemeine setzt. Trotz der Übereinstimmung in der Art der Analyse des gesellschaftlich-politischen Prozesses ist der Unterschied zwischen Marx und Laclau deutlich: Da nur partikulare Akteure das Universelle aktualisieren können, ist für Laclau die einzige Möglichkeit, eine Gesellschaft zu emanzipieren die, den Konflikt zwischen

dem Universellen und dem Partikularen auf Dauer zu stellen und immer wieder von neuem auszutragen. Anders als Marx glaubt Laclau nicht, dass das Paradoxon des Universellen, das sich immer im Partikularen artikulieren muss, lösbar sei. Da das Universelle immer eine partikulare Gestalt annimmt, wird es von einem Partikularen zum nächsten weiter wandern. Andernfalls müsste ein partikulärer Körper gefunden werden, „der der wahre Körper des Universellen wäre. Aber in diesem Fall hätte das Universelle seinen notwendigen Ort gefunden, und Demokratie wäre unmöglich. Wenn Demokratie möglich ist, dann weil das Universelle keinen notwendigen Körper und keinen notwendigen Inhalt besitzt; stattdessen wetteifern verschiedene Gruppen miteinander, um ihren Partikularismen eine Funktion universeller Repräsentation zu geben“ (Laclau 2002: 64). Laclau bewertet also gerade das als positiv, was Marx kritisiert, nämlich eine Logik, die die immer neue Ersetzung einer Universalität durch eine andere verlangt, die ihrerseits wieder bestritten wird, die Festlegung einer Identität, die durch eine andere abgelöst wird. Marx kritisiert dies nicht, weil er den Prozess zugunsten einer universell gesetzten Gruppe, die ohne innere Vermittlung versöhnt wäre, anhalten will – was aus der Perspektive Laclaus und Mouffes dem Totalitarismus gleichkäme. Vielmehr geht es ihm um den quasi-naturgesetzlichen Charakter des Vorgangs selbst, der die Grundlage für die fortwährende Präsenz der totalitären Möglichkeit konstituiert und die Individuen an eine bestimmte Identität fesselt. Gesellschaft als historische Form muss zur Disposition gestellt werden, weil sie Universalität verlangt und damit immer auch die Unversöhnlichkeit mit dem Partikularen. Der Konflikt aber zwischen der Universalität und dem Partikularen, der die Demokratie ist, wird immer das Opfer der Einzelnen mit sich führen, die sich dem Allgemeinen nicht fügen. Die Gesellschaft stellt eine Universalie des Zusammenlebens dar, die gerade die Dynamik freisetzt, die Laclau und Mouffe so prägnant beschreiben. Sie wollen die mit der Universalie Gesellschaft verbundenen Folgen minimieren, indem sie darauf hinweisen, dass die Gesellschaft eine partielle und pragmatische, temporalisierte und immerfort scheiternde Universalität ist: Die Gesellschaft ist zwar in sich universell, total und notwendig, aber es gibt neben- und nacheinander so viele Gesellschaften, dass die Subjekte sich ständig in immer anderen von ihnen bewegen; sie sind niemals in eine einzige Identität eingeschlossen, sondern wechseln ständig zwischen ihnen, ohne jemals auf eine letzte und authentische Identität reduziert werden zu können. Dieses Maß an Freiheit eines offenen Raums des Sozialen stellt vor die zweifelhafte Alternative: entweder der Freiheit wegen sich dem zwanghaften Wechsel zwischen den konstituierten Sinnwelten zu überlassen oder sich durch Verharren der immer drohenden Gefahr des inhärenten Totalitarismus auszuliefern. Zudem, was wäre mit all denen, die an den Rändern aller dieser Totalisierungsprojekte liegen geblieben, ausgeschlossen und ohne die Möglichkeiten, ihrerseits noch einmal einen Antagonismus zu bilden oder einen Antagonisten zu konstruieren?

Aufgrund der kritischen Überlegung von Marx verallgemeinert sich die Frage, wie die Dynamik von Äquivalenz und Totalisierung zu erklären ist, über den

politischen, revolutionären Prozess hinaus auf die Logik der Gesellschaft. Der Prozess der kapitalistischen Vergesellschaftung ermöglicht – wenn man im Anschluss an Laclau und Mouffe Gesellschaft als ein Projekt der Artikulation von Signifikanten zu einer Totalität auffasst – viele nebeneinander bestehende Gesellschaften, die eine Kette von Differenzen bilden. Doch werden diese ihrerseits durch die Bildung von Äquivalenzen zu der einen Gesellschaft homogenisiert. Die Äquivalente finden ihrerseits ein Äquivalent im Tauschwert, der in der Warenform des gesellschaftlichen Reichtums enthalten ist. Damit werden die unterschiedlichsten, wenn auch nicht alle Beiträge zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung in ein wertförmiges Verhältnis zueinander gesetzt, durch die sie als Ergebnis der Verausgabung gleicher, unterschiedsloser menschlicher Arbeit erscheinen. Laclau und Mouffe (1991: 184) wollen den Begriff des Äquivalents radikaler verstanden wissen als Marx, weil bei ihm das Äquivalent sich nur auf die Nicht-Stofflichkeit von abstrakt menschlicher Arbeit als Werts substanz, nicht aber auf den Gebrauchswert bezieht. Stellt er damit im Verhältnis zum Tauschwert immer noch eine Differenz dar, so wollen Laclau und Mouffe darauf hinaus, dass alle differentiellen Merkmale eines Gegenstands äquivalent werden. Das ist allerdings ein schwaches Argument, denn Marx könnte das ohne Weiteres einräumen.⁶ Doch geht es ihm um etwas anderes. Sein Gesichtspunkt ist, dass die Äquivalenzbildung durch abstrakt menschliche Arbeit eine relativ dauerhafte Praxis geworden ist. Zwar mag es viele differentielle Gesellschaften geben, die sich im sozialen Raum verteilen, aber sie können nicht umhin, ein arbeitsteiliges Verhältnis einzugehen, das die Form des Marktes annimmt. Die private Produktion für den Markt schafft statistische Regelmäßigkeiten: Proportionen von Arbeitskräften und Qualifikationen, Hochschulbesuchern, Nutzern von Fitnessstudios oder ICE. Die idealen Durchschnitte bilden sich auf der Grundlage eines allgemeinen Äquivalents, das schließlich die Form des Geldes annimmt. Marx thematisiert also eine historisch spezifische Regelmäßigkeit in der Wiederkehr einer bestimmten Äquivalenz. Er vertritt offensichtlich die These, dass ein besonderes Äquivalent ein dauerhafter Knotenpunkt wird, der die Kette der Signifikanten immer wieder von neuem artikuliert und überdeterminiert.

6 Es könnte argumentiert werden, dass Gebrauchswerte zunächst einmal wie Signifikanten aufgrund diskreter Merkmale differentielle Momente in der Totalität der Signifikanten sind. Durch Äquivalenzbildung werden sie gespalten, neben ihren Gebrauchswert tritt durch Entleerung von dieser konkreten Funktion der Tauschwert. Das schließt beliebige andere Äquivalenzbildungen nicht aus. So wurde in der Kritischen Theorie überlegt, ob Waren allein aufgrund ihres Tauschwertes und des darauf gestützten ostentativen Konsums eine Äquivalenzkette erzeugen, die um den Antagonismus der leeren Signifikanten arm vs. reich zentriert ist, oder – wie Marcuse und Offe nahegelegt haben – als Gebrauchswerte eine Bedürfnislogik freisetzen, die etwas Subversives hat, weil sie die Äquivalenz des Warentauschs in Differenz überführt. Differenz hat hierbei allerdings einen anderen ethischen Index und wird positiver gedeutet als bei Laclau und Mouffe.

Der Äquivalententausch setzt aber nicht nur viele Totalisierungen in Beziehung. Vielmehr trägt der Begriff des Äquivalententauschs auch zu einer meta-theoretischen Erklärung der Notwendigkeit von Totalität und Gesellschaft und der damit verbundenen Paradoxien bei. Ein kritischer Begriff von Gesellschaft, so ließe sich Laclau mit Adorno radikalisieren, überschreite die Trivialität des Satzes, dass in der Totalität alles mit allem notwendig zusammenhängt. „Die schlechte Abstraktheit jenes Satzes ist nicht sowohl dünnes Denkprodukt wie schlechter Grundbestand der Gesellschaft an sich: der des Tausches in der modernen Gesellschaft“ (Adorno 1972: 14). Adorno betont, an diesem Punkt ähnlich argumentierend wie Laclau und Mouffe, dass Totalität nicht ontologisiert werden dürfe, dass sie kein ansichseiendes Erstes sei (vgl. Adorno 1972: 321). Als funktioneller Zusammenhang gewinnt Gesellschaft Notwendigkeit, aber ihr Umfang bleibt begrenzt: Sie beschließe nicht alle anderen sozialen Gebilde unter sich. Gesellschaft ist also weniger als das soziale Ganze, und doch hat sie eine verhängnisvolle Dynamik. Denn der die Gesellschaft konstituierende Tauschwert zieht immer mehr Differenzen in die Äquivalenz hinein. „Die Abstraktheit des Tauschwertes geht vor aller besonderen sozialen Schichtung mit der Herrschaft des Allgemeinen über das Besondere, der Gesellschaft über ihre Zwangsmitglieder zusammen [...] Der totale Zusammenhang hat die Gestalt, dass alle dem Tauschgesetz sich unterwerfen müssen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen“ (Adorno 1972: 13-14). Nach Laclau konstituiert sich Gesellschaft im Prozess der Äquivalenzbildung durch ein antagonistisches Außen. Dieses Außen ist Horkheimers und Adornos Analyse zufolge Natur. „Menschen müssen Menschen zwingen, die Natur zu zwingen, sonst zwingt die Natur die Menschen. Das ist der Begriff der Gesellschaft. Unsere spezifische Aufgabe ist es, ihn präzise in seiner Bedingtheit zu erkennen [...] Kritik der Soziologie ist die des totalen Gesellschaftsbegriffs, dem seit Hegel alle verfallen sind“ (Horkheimer 1996: 31). Gesellschaft totalisiert sich im Antagonismus zur Natur. Dieser Antagonismus nimmt viele Formen an: Tier, Rasse, Geschlecht, Tradition, Unkultiviert- und Ungebildetheit, Gefährlichkeit von Individuen und Klassen. Doch die Natur holt die Gesellschaft im Inneren selbst wieder ein, nämlich in der Art und Weise, wie alles in ihr wie mit unveränderbarer Notwendigkeit, Gesetz wirkt, dem sich alle anpassen müssen: Kontingenz hat Notwendigkeit, Freiheit hat Zwang bewirkt. Deswegen, so wäre gegen Laclau und Mouffe einzuwenden, vollzieht sich der Antagonismus in der Gesellschaft selbst – zwischen denen, die andere zwingen, die Natur zu zwingen, und denen, die sich nicht weiter zwingen lassen wollen, bloß Natur, Notwendigkeit, Identität zu sein. Das Medium des Vergesellschaftungsprozesses seien die Antagonismen selbst, „welche die Gesellschaft gleichzeitig zerreißen. Im gesellschaftlichen Tauschverhältnis als solchem wird der Antagonismus gesetzt und reproduziert“ (Adorno 1972: 14-15). Die Notwendigkeit im Innern der Totalität wird als Zwanghaftigkeit erkennbar, als Ergebnis von Praxis, die sich im Namen des Überlebens der Gesellschaft gegen die Einzelnen richtet und doch dem partikularen Interesse dient, dem es seit langem gelingt,

sich als Gesellschaft zu konstituieren und diese zu regieren. Doch einmal, so Adorno (1972: 19) solle sich „der Bann der Gesellschaft“ lösen, also diese Form einer Praxis, die den Antagonismus des Allgemeinen als das Überleben aller und des Partikularen herrschender Interessen zu lösen verspricht, indem sie ihn auf Dauer stellt. Totalität ist entsprechend keine hinzunehmende, sondern eine kritische Kategorie. „Eine befreite Menschheit wäre länger nicht Totalität“ (Adorno 1972: 292).

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1972): *Soziologische Schriften 1*, in: ders.: Ges. Schriften, Bd. 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2000): „Restaging the Universal: Hegemony and the Limits of Formalism“, in: Judith Butler; Ernesto Laclau; and Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality*. London, New York: Verso, 11-43.
- Butler, Judith; Laclau, Ernesto (1998): „Verwendung der Gleichheit. Eine Diskussion via e-mail“, in: Oliver Marchart (Hg.): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien: Turia+Kant, 238-253.
- Demirović, Alex (1990): „Der Staat als Wissenspraxis. Hegemonietheoretische Überlegungen zur intellektuellen Produktion von Politik und Staat“, in: *kultuRRévolution* 22: 23-27.
- Demirović, Alex (1995): „Westlicher Marxismus und das Problem der ideologischen Herrschaft“, in: Helmut Kramer (Hg.): *Politische Theorie und Ideengeschichte im Gespräch*. Wien: Wiener Universitätsverlag, 43-55.
- Demirović, Alex (1998): „Die Materialität des Sinns. Zur politischen Ökonomie des Zeichens bei Marx“, in: Michael Heinrich; Dirk Messner (Hg.): *Globalisierung und Perspektiven linker Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 37-53.
- Demirović, Alex (1999): *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Demirović, Alex (2003): „Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. Gesellschaftstheoretische Rückfragen an die Regulationstheorie“, in: Ulrich Brand; Werner Raza (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 43-57.
- Foucault, Michel (1971): *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1980): „Gespräch mit Ducio Trombadori“, in: ders., *Schriften, Bd. 4*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 51-119.
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max (1996): „Brief an Adorno, 8. Mai 1949“, in: ders.: *Ges. Schriften, Bd. 18: Briefwechsel 1949-1973*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*. University Park, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus*. Berlin: Argument.

- Laclau, Ernesto (1988): „Die Politik als Konstruktion des Udenkbaren“, in: *kultuRRe-
volution* 17/18 (Diskurs – Macht – Hegemonie): 54-57.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto (2000): „Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Con-
stitution of Political Logics“, in: Judith Butler, Ernesto Laclau, and Slavoj Žižek:
Contingency, Hegemony, Universality. London-New York: Verso, 44-89.
- Laclau, Ernesto (2002): *Emanzipation und Differenz*. Wien: Turia+Kant.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1990): „Post-Marxism without Apologies“, in: Ernesto
Laclau: *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London, New York: Ver-
so, 96-132.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur
Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Marchart, Oliver (2007): „Eine demokratische Gegenhegemonie – Zur neo-gramsciani-
schen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe“, in: Sonja Buckel; Andreas Fi-
scher-Lescano (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Po-
litik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos, 105-120.
- Marx, Karl (1972): „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, in:
Marx-Engels-Werke. Berlin: Dietz, 378-391.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale
Marktwirtschaft«*. Bielefeld: transcript.
- Stäheli, Urs (2001): „Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chan-
tal Mouffe“, in: André Brodocz; Gary S. Schaal (Hg.): *Politische Theorien der
Gegenwart II*. Wiesbaden: VS, 193-223

Subversive Tropen. Zur politischen Bedeutsamkeit der Rhetorik bei Laclau und de Man

ANDREAS HETZEL

Bereits in der antiken rhetorischen Tradition finden sich Ansätze zu einem radikaldemokratischen Ethos: zu einer rückhaltlosen Positivierung der demokratischen Auseinandersetzung. Eine demokratische Staatsform, so etwa der römische Rhetoriker Tacitus, liegt dann und nur dann vor, wenn „*omnia omnes poterant*“, wenn alle alles vermögen (Tac. Dial. 40, 3). Diese Formulierung impliziert einerseits, dass im politischen Prozess alles – und das betrifft auch vermeintliche Möglichkeitsbedingungen und Institutionalisierungsformen der Demokratie – zur Disposition gestellt werden kann. Andererseits besagt diese Formel, dass aus dem Prozess der Entscheidungsfindung niemand ausgegrenzt werden darf: Alle entscheiden hier über alle relevanten Angelegenheiten. Seine historische Verwirklichung findet dieses demokratische Ethos am ehesten im Athen der Jahre 461 bis 404 v. Chr. In der Altphilologie und Alten Geschichte unserer Tage hat sich für diesen Zeitraum inzwischen die Bezeichnung „Athenian Radical Democracy“ (vgl. Roberts 1998) etabliert.

Das Politikverständnis der klassischen Rhetorik unterscheidet sich strikt von demjenigen der antiken und neuzeitlichen Philosophie (vgl. hierzu ausführlicher Hetzel 2006). Während deren Vertreter die Aufgabe der Politik seit Platon in der Steuerung und Herstellung von Gesellschaft durch Experten sehen, die über ein exceptionelles theoretisches Wissen verfügen, das der *praxis* in einem transzendentalen Sinne vorausgeht, begreifen die antiken Rhetoriker das Politische als Medium einer sich über agonale Reden vollziehenden Selbstinstitutionierung der Gesellschaft. Aus der Sicht Platons und der ihm folgenden politischen Philosophie kontrolliert der Politiker die Polis von außen; für die Rhetoriker Gorgias und Isokrates fällt die Polis demgegenüber als Praxis und fortwährendes Gespräch mit dem Politischen zusammen. Beide Traditionen politischen Denkens unterscheiden sich darüber hinaus durch einen unterschiedlichen Universalismus. Während die Philosophie einen substantiellen Universalismus zu begründen sucht, der die

Gemeinsamkeit aller Menschen an ihrer Verwiesenheit auf fundierende Prinzipien (Ideen, Werte, Normen) festmacht, artikuliert die Rhetorik einen negativen Universalismus (vgl. Hetzel 2007), welcher gerade die Abwesenheit aller fundierenden Prinzipien, die radikale wechselseitige Entzogenheit, als das alle Menschen vereinigende Band betrachtet. Der negative Universalismus macht den demokratischen *agon* sowohl notwendig wie möglich. *Praxis* ist der Name dafür, dass sich nichts in der Welt absolut zu setzen vermag. Politik bezieht sich für den „rhetorischen“ Aristoteles „nur auf solche Dinge, welche sich allem Anschein nach auf zweierlei Weise verhalten können: Denn über das, was nicht anders sein, werden oder sich verhalten kann, beratschlagt niemand“ (Arist. Rhet. 1357a).¹

Dem negativen Universalismus der Rhetorik korrespondiert eine negativistische Theorie der Sprache, die diese weniger als Abbild der Welt, als Ausdruck einer mentalen Sprecherintention oder Umsetzung einer sozialen Regel interpretiert, denn als in sich selbst gründende Performanz, die Welt und Subjekt daran hindert, miteinander und mit sich identisch zu werden. Sprache gilt der Rhetorik als *peithous demiourgos*, als „großer Bewirker“, der von keiner Instanz aus kontrolliert zu werden vermag (vgl. Hetzel 2003). Politik bedient sich der Sprache nicht von außen, sondern vollzieht sich im Medium agonaler öffentlicher Reden. Anders als die philosophische Politik, die nach einem imaginären Nullpunkt sucht, von dem aus sich Gesellschaft rational konstruieren lässt, begreift sich die rhetorisch interpretierte Politik als Teil eines unhintergehbaren Handgemenges, eines Gefüges konfligierender Kräfte, dass sich weniger von außen „steuern“ als von innen verschieben und umartikulieren lässt. Als Einsatzpunkt der Taktiken einer solchen Verschiebung gilt der *kairos*, der günstige Augenblick, den es zu nutzen gilt, der sich allerdings niemals intentional herbeiführen lässt.

Zeitgenössische Theorien einer radikalen Demokratie (vgl. Norval 2001), wie sie etwa von Jacques Rancière, Jacques Derrida, Chantal Mouffe und Ernesto Laclau vertreten werden, sind stark von der rhetorischen Tradition beeinflusst, auf die sie sich immer wieder explizit beziehen. Insbesondere die von der rhetorischen Tradition ausgearbeitete negativistische Theorie der Sprache berührt sich an vielen Punkten mit dem Diskursbegriff von Laclau und Mouffe (vgl. hierzu Hetzel 2004) sowie mit der Derridaschen Dekonstruktion. Ein eigenständiger, politisch motivierter Zugriff auf die Rhetorik findet sich darüber hinaus auch im Werk des Literaturtheoretikers Paul de Man, der die von der Rhetorik betonte Figurativität der Sprache auf ihre politischen Implikationen befragt.

Mein Beitrag gliedert sich in drei Abschnitte. Zunächst gehe ich kurz auf den Akosmismus der antiken Rhetorik ein, der den ideengeschichtlichen Hintergrund der Positionen von de Man und Laclau bildet (2). Der dritte Abschnitt rekonstruiert Spuren rhetorischen Sprachdenkens im radikaldemokratischen Diskurs

1 Nichts wiederholt Aristoteles in seiner Rhetorik so häufig wie die Tatsache, dass sich unsere Praxis und unser Beratschlagen nur auf das beziehen, „was sich anders verhalten kann“ (Arist. Rhet. 1094b, 1104a, 1107a, 1109b, 1112a, 1139a, 1139b, 1140a/b, 1141a, 1141b).

Laclaus (3). Ein vierter Abschnitt befasst sich mit Paul de Mans negativistischer Sprachtheorie. Laclau selbst bezeichnet de Man als wichtigen Ideengeber seines eigenen Denkens. Gleichwohl werden die Negativität der Sprache und das Politische von beiden Autoren in unterschiedlicher Weise aufeinander bezogen (4).

2. Rhetorischer Akosmismus

Philosophie und Rhetorik sind auf verschiedene Modelle von Politik bezogen. Den Rhetorikern gilt die endliche, kontingente und zerrissene menschliche Praxis als unhintergebar; sie begreifen die politische Philosophie von daher als erste Philosophie. Für Platon bildet die Sphäre des Politischen demgegenüber nur eine vorläufige, mangelhafte und unvollständige Welt, die sich darüber hinaus nicht in sich selbst zu stabilisieren vermag. Die Philosophie sieht ihre Aufgabe darin, die menschliche Praxis zunächst auf eine transzendente Sphäre ewiger Geltungen hin zu überschreiten, um sie in einem zweiten Schritt in dieser Sphäre zu begründen. Sie betreibt eine Politik der Fundierung und Stillstellung des Politischen in einem überzeitlichen *kosmos*.

Platons Philosophie verankert die menschliche Praxis in einer zeitlosen Ordnung, die sich am ehesten als *kosmos* beschreiben lässt: als geordnete, in sich geschlossene und harmonische Welt. In dieser Welt lassen sich alle Bestandteile sowohl logisch als auch genealogisch auf höchste Prinzipien zurückführen, die Platon „Ideen“ nennt. Diese werden wiederum von einem Gott stabilisiert, der in einer Art kosmologischer Synthesis die Einheit des Weltganzen garantiert. Der „Gott ist einfach und wahr und verwandelt sich weder selbst noch hintergeht er andere“; er offenbart sich „weder in Erscheinungen noch in Reden“ (Plat. Pol. II 382e), sondern bleibt ganz bei sich. Er gibt allenfalls seine Identität an die Ideen und die diesen Ideen entsprechende Welt im Rahmen einer Emanation weiter, wobei sich diese Identität in den äußeren Regionen des Seins nach und nach abschwächt. Die Aufgabe der Philosophie besteht darin, diese Bewegung umzukehren, alles periphere Sein wieder auf die Identität des Zentrums zurückzuführen.

Weite Teile der antiken Rhetorik artikulieren demgegenüber eine explizit akosmistische Position. Deutlich wird das besonders in der Rede des Gorgias über das Nichtsein. Diese Rede verleiht einem Gedanken Ausdruck, der für die gesamte rhetorische Tradition maßgeblich werden sollte: Der *logos* vermag sich nicht durch einen Rekurs auf eine letzte, ihm vorgängige Weltordnung zu begründen und zu legitimieren, sondern nur aus seinem eigenen Vollzug. Die Rede über das Nichtsein kann insofern auch nicht als heimliche Metaphysik oder Fundamentalontologie der Rhetorik begriffen werden. Die Rhetorik ruht auf keinem theoretischen Fundament, sondern auf einem praktisch-politischen, welches das Bildfeld einer Fundierung nicht zulässt. Gleichwohl zieht sich ausgehend von der Schrift des Gorgias ein akosmistischer Geist durch die rhetorische Tradition, und sei es nur in Form einer Skepsis gegenüber begründungslogischen Fragen.

Diese im Original verlorene, durch eine längere Zusammenfassung des Sextus Empiricus bekannt gewordene Rede etabliert „drei Punkte der Reihe nach“: „1) daß nichts ist; 2) daß, wenn es ist, es dem Menschen nicht erfaßbar ist; 3) daß, wenn es erfaßbar ist, man es wenigstens nicht aussprechen und den Mitmenschen mitteilen könnte“ (Gorgias 2003: 63). Eine ausführlichere Interpretation der Rede habe ich an anderer Stelle vorgelegt (vgl. Hetzel 2006). Hier möchte ich mich nur auf den dritten Punkt konzentrieren: die Unmöglichkeit der sprachlichen Mitteilung von etwas. Gorgias behandelt diesen Punkt im dritten Teil der Rede. Man sollte hier nicht vorschnell davon ausgehen, dass Gorgias, wie häufig unterstellt, eine prinzipielle Unmöglichkeit der Kommunikation postuliert. Gorgias erläutert seinen Punkt vielmehr wie folgt:

Womit wir nämlich etwas anzeigen, ist die Rede. Die Rede ist aber nicht das Zugrundeliegende und Seiende [*logos de ouk esti ta hypokeimena kai onta*]. Also zeigen wir nicht das Seiende unseren Mitmenschen an, sondern eine Rede [*logon*], die etwas anderes ist als das Zugrundeliegende (Gorgias 2003: 73).

Dieses Argument ist so einfach wie bestechend. Wenn wir sprechen, sagen wir nie das Seiende selbst aus, sondern immer nur Worte. Ein Seiendes ließe sich als Seiendes prinzipiell nicht sagen. Die Worte bilden eine eigene Welt, die auf ein eigenes *kriterion* verweist. Jeder Versuch, das Seiende selbst zu sagen, würde wiederum nur neue Worte produzieren, die uns immer weiter von der Präsenz dieses Seienden entfernen. Das Seiende erscheint Gorgias in letzter Konsequenz als ein Effekt der Worte: Die Rede

setzt sich aus den von außen auf uns zufallenden Dingen, d. i. aus dem Wahrnehmbaren, zusammen. Aufgrund des Kontaktes mit dem Saft entsteht in uns die diese Qualität behauptende Rede, und aus dem Widerfahrnis der Farbe die die Farbe behauptende Rede. Wenn aber das der Fall ist, ist die Rede nicht Darstellung des Äußeren, sondern das Äußere wird zur Darstellung der Rede (Gorgias 2003: 73).

Nicht die Worte bezeichnen die Dinge, sondern die Dinge bezeichnen die Worte und werden somit selbst zu Zeichen. Das Sein entzieht sich hinter dem Horizont des *logos*, der selbst zum einzig möglichen, aber niemals geschlossenen *kosmos* wird. Wir haben keine Möglichkeit, unsere Sprache in einer vorgängigen Ordnung des Seins zu verankern. Außerhalb der Rede gibt es buchstäblich nichts. Die Rede ist insofern auch nicht in gleichem Sinne gegeben, wie das Seiende (*ontos*) oder Vorliegende (*hypokeimenos*) der Philosophie und des Common Sense:

Und es ist nicht möglich zu sagen, daß auf welche Weise das Sichtbare und Hörbare vorliegt, so auch die Rede, so daß es möglich wäre, aus dem Zugrundeliegenden und Seienden das Zugrundeliegende und Seiende mitzuteilen. Wenn die Rede nämlich auch vorliege [...], unterscheide sie sich von den übrigen zugrundeliegenden Dingen (Gorgias 2003: 73).

Die Rede (*logos*) liegt deshalb nicht im gleichen Sinne vor wie alles übrige, weil wir immer schon in der Rede sind; sie ist kein Objekt, kein Gegenstand. Die Rede über das Nichtsein dient also nicht zuletzt der Befreiung des *logos*, der Freisetzung der Rede.

Da aus der Perspektive der antiken Rhetorik kein Standpunkt jenseits des *logos* möglich ist, bleibt dieser selbst als Ganzer undurchschaubar und damit notwendig unvollständig. Die Rhetorik kann sich zum *logos* nicht wie eine Metasprache verhalten. Selbst vollständig sprachlich verfasst, erschließt sie das Feld der Sprache von innen, mit deren eigenen Mitteln. Der *logos* lässt sich nicht in gleicher Weise verobjektivieren wie ein Sein. Im Gegensatz zur Philosophie verankert die Rhetorik das menschliche Sprechen und Handeln nicht in den ewigen Gesetzen des Seins oder in einem *kosmos*, sondern macht die Möglichkeit des Sprechens und Handelns umgekehrt gerade von der Brüchigkeit eines jeden *kosmos* abhängig. Sprechen und Handeln gründen in dieser Perspektive buchstäblich im Nichts. Erst vor dem Hintergrund seiner akosmistischen Position ist es Gorgias möglich, die überzeugende Kraft der Rede zu verstehen, einem Versuch, dem er sich in seiner Helena-Rede widmet. Wirksamkeit entfalten kann die Rede nur, weil sie nicht festgestellt ist, weil sie eher mit einem Mangel als mit einem Sein korrespondiert. In den Worten Žižeks:

Die Tatsache, daß der Mensch ein ‚Sprachwesen‘ ist, bedeutet, daß er sozusagen konstitutiv ‚aus der Bahn geraten‘ ist, durch einen irreduziblen Riß, einen strukturellen Mangel an Gleichgewicht gekennzeichnet ist, den das Symbolgebäude in der Folge vergeblich zu beheben versucht (Žižek 1992: 55).

Ein Satz sagt erst dann etwas, wenn er nicht einfach ein ihm vorausgehendes Sein abbildet, sondern über dieses Sein hinausgeht, von ihm abweicht. Bedeutsam ist etwas nur in Bezug auf seine praktische Relevanz zur Entscheidungsfindung. Diese praktische Relevanz ergibt sich gerade aus den Differenzen von Wort und Sache. Rhetorisch relevant werden Sachverhalte nur dann, wenn sie strittig sind. Etwas kann nur dann etwas bedeuten, wenn es noch nicht alles bedeutet, wenn es Fragen offen lässt.

3. Rhetorische Motive im Diskurs der radikalen Demokratie

Der Akosmismus der rhetorisch-sophistischen Tradition berührt sich nicht einfach nur mit einer Praxis radikaler Demokratie, sondern ist nur von dieser Praxis her zu verstehen. Akosmismus und Demokratie implizieren sich wechselseitig, ohne dass hier von einem Verhältnis der Begründung gesprochen werden könnte. Der Akosmismus bildet gerade kein (negatives) kosmologisches Fundament, auf dem die Politik ruhen würde. Er steht für die Abwesenheit aller letzten Funda-

mente, die eine demokratische Politik als solche allererst möglich macht. Aus der Sicht von Laclau „the only democratic society is one which permanently shows the contingency of its own foundations“ (Laclau 2000: 86). Es verwundert insofern nicht, dass zeitgenössische Ansätze einer radikalen Demokratie wieder explizit an den rhetorischen Akosmismus anknüpfen.

Die ausführlichsten Anknüpfungen an die rhetorische Tradition im radikal-demokratische Diskurs finden sich bei Laclau und Mouffe, die sich an entscheidenden Stellen ihrer Theorie auf zumindest drei klassisch-rhetorische Denkfiguren beziehen. Zunächst erläutern sie das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus als *synekdochische* Beziehung (a); zum zweiten verwenden sie zur Beschreibung demokratischer Auseinandersetzungen und hegemonialer Konflikte das Konzept eines „leeren Signifikanten“, welches als Übersetzung der rhetorischen *katachresis* in strukturalistische oder poststrukturalistische Begriffe gelesen werden kann (b); drittens verstehen sie das Soziale ganz allgemein als *tropologisches* Feld sich widerstrebender Kräfte (c).

(a) Der Diskurs der radikalen Demokratie kann deshalb als „radikal“ gelten, weil er keine transzendentalen Bedingungen der Möglichkeit von Demokratie zulässt, die nicht selbst wiederum im demokratischen Disput zur Disposition gestellt werden könnten. Die Frage nach der Demokratie kann hier immer nur aus der demokratischen Auseinandersetzung heraus beantwortet werden. Radikale Demokratie ist nicht in universalen Normen, Prinzipien oder Werten verwurzelt, die ihren Ort außerhalb der Demokratie selbst hätten. Radikale Demokratie bedeutet, dass es keine *radix* der Demokratie gibt. In dieser Hinsicht hat der Diskurs der radikalen Demokratie große Gemeinsamkeiten mit dem rhetorischen Akosmismus. Demokratie und Sprache legitimieren sich jeweils nur über die Abwesenheit aller fundamentalen Legitimationen. Um noch einen Schritt weiter zu gehen: Demokratie und Sprache existieren im strengen Sinne gar nicht. Es gibt nur je besondere Menschen, die in konkreten Situationen konkrete Worte an andere Menschen richten und dabei konkrete Effekte erzielen. Demokratie und Sprache sind immer situiert und verkörpert. Vor diesem Hintergrund wäre es angemessener, von Demokratisierungseffekten und Redeereignissen zu sprechen als von so etwas wie Demokratie und Sprache an sich. Sprechen und Handeln verweisen auf den un verfügbaren *kairos* (vgl. Hetzel 2003: 244-245), die Gunst der Situation und der Stunde, die als das eigentliche Subjekt des Redens und Handelns gelten kann.

Keine Rede kann im Namen einer universellen Instanz, etwa im Namen *des* Volkes, geführt werden. Einen Gedanken *de* Mans aufgreifend, unterscheidet Laclau eine „metaphorische“, auf die Identifikation einer partikularen Position mit *dem* Volk setzende Linie der Demokratieggeschichte, von einer „metonymischen“, die sich der Unmöglichkeit einer solchen Identifikation bewusst ist und die Identität *des* Volkes unendlich aufschiebt. Während die „metaphorische“ Linie „von Robespierre zu Pol Pot läuft“ werde die „metonymische“ Linie eher von Luxemburg und Gramsci vertreten, die einen gewissen „Respekt vor Differenz“ bekundeten (Laclau 2001: 174).

Diese postfundationalistische Transformation der Demokratietheorie hat Konsequenzen für den Status von Universalität. Das Universale dient für Laclau und Mouffe nicht länger als transzendentaler Rahmen der Demokratie. Stattdessen gehen sie von einer verwickelten Hierarchie aus Universalem und Partikularem aus; beide Seiten benötigen einander, werden aber nichtsdestotrotz durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt. Keine partikulare Position kann den Ort des Universalen für sich okkupieren. Der Ort des Universalen bleibt notwendig leer und unbestimmt. Der Kampf um Hegemonie ist immer auch der Kampf um den leeren Ort des Universalen. In seinem Aufsatz *Identity and Hegemony* erläutert Laclau diesen Zusammenhang mit Hilfe der rhetorischen Figur der Synekdoche: „In order to have hegemony we need the sectorial aims of a group to operate as the name for a universality transcending them – this is the *synecdoche* constitutive of the hegemonic link“ (Laclau 2000: 57). Die Synekdoche wird hier im Sinne eines *pars pro toto* verstanden: Da das Universale zugleich notwendig und unmöglich ist, muss ein partikularer Akteur die Rolle des Universalen einnehmen. Das Universale erscheint also immer nur in und an einer partikularen Perspektive; das Partikulare wird umgekehrt immer nur dann sichtbar, wenn es eine universale Forderung erhebt. Jeweils eine der beiden Seiten verkörpert zugleich die Möglichkeit und Unmöglichkeit der anderen.

Mouffe und Laclau zeigen wieder und wieder, dass es keine Repräsentation der Gesellschaft in der Gesellschaft geben kann. Als universalistischer Begriff bleibt Gesellschaft stets unmöglich: „The idea of a totally emancipated and transparent society, from which all tropological movement between its constitutive parts would have been eliminated, involves the end of all hegemonic relation [...] and also of democratic politics“ (Laclau 2000: 57). Demokratie hängt von der Unmöglichkeit des Universalen ab.

(b) Ausgehend von diesen Überlegungen entwickeln Mouffe und Laclau eine Theorie der „Leerstelle“ (Laclau/Mouffe 1991: 253) im exzentrischen Zentrum der Gesellschaft. Eine Gesellschaft kann nur dann als demokratisch gelten, wenn ihre Mitte leer bleibt, wenn sie sich nicht auf eine bestimmte Essenz, einen Wert oder eine Idee, verpflichtet. Demokratie fungiert hier als ein anderer Name dafür, dass die Gesellschaft unbestimmt ist und unbestimmt bleiben soll. Niemand kann für sich beanspruchen ihre Gestalt in einer irreversiblen Weise theoretisch oder praktisch festzulegen. Eine Gesellschaft kann sich nie selbst beschreiben: In dieser Hinsicht ist „jedes Signifikationssystem um einen leeren Platz herum konstruiert“ (Laclau 2002: 70), um einen „leeren Signifikanten“.

Laclaus „leerer Signifikant“ kann als Übersetzung der rhetorischen *katachresis* gelesen werden, der Trope der Setzung und der Negativität; die Katachrese ist die Figur, über die sich Sprache selbst aus dem Nichts heraus erschafft; sie steht für eine sprachliche *creatio ex nihilo*. Wie die Katachrese konstituiert der „leere Signifikant“ eine „positive“ oder „reale“ Unmöglichkeit (Laclau 2002: 70). Als Beispiel erwähnt Laclau den Kampf unterschiedlicher Oppositionsgruppen gegen einen gemeinsamen Gegner. Nur dieser Gegner stiftet eine Äquivalenz der For-

derungen; darüber hinaus hat diese Äquivalenz keinen positiven Gehalt. Gleichwohl vermag der leere Signifikant, unterschiedlichste Interessen miteinander zu artikulieren.

Eine Deutung des „leeren Signifikanten“ als Katachrese legt Laclau selbst nahe. Er stellt sein Denken in die Tradition von Nietzsche, Foucault, Derrida und de Man, die dem rhetorischen Akosmismus unter den Bedingungen der Moderne den vielleicht radikalsten Ausdruck gegeben haben; alle vier Autoren begreifen Sprache dabei konsequent als katachrestischen Prozess. Die Katachrese gilt generell als die Trope des Missbrauchs. Ich missbrauche ein bestimmtes Wort, um etwas zu bezeichnen, für das es noch keine Bezeichnung gibt. Häufig genannte Beispiele sind *Tischbein*, *Flugzeugflügel*, *Flaschenhals* oder *Motorhaube*. Da für die Philosophen nach Nietzsche keine Möglichkeit mehr besteht, Signifikanten auf transzendente Signifikate zu beziehen, weisen sie darauf hin, dass sich Bedeutungen immer um abwesende Signifikate herum konstituieren. Wir haben von daher keine Möglichkeit mehr, strikt zwischen „richtigem“ Gebrauch und Missbrauch von Sprache zu unterscheiden. Jeder Sprachgebrauch geht mit einer Setzung einher, die sich einem repräsentationalistischen Denken entzieht. Die Katachrese steht, wie Gerald Posselt neuerdings überzeugend gezeigt hat, innerhalb der rhetorischen Tradition für das, was wir seit Austin als die Performativität der Sprache bezeichnen, für ihren Setzungscharakter (vgl. Posselt 2005). Sie bietet sich insofern als *master trope* einer akosmistischen Rhetorik an.

Mit dem Insistieren auf dem katachrestischen Charakter der Sprache verbindet sich bei den genannten Autoren immer auch ein politischer und damit anti-philosophischer Anspruch. Das philosophische Projekt einer Suche nach Kriterien zur Unterscheidung von Gebrauch und Missbrauch zeichnet die eigentlichen, normalen und wahren Bedeutungen der Worte gegenüber ihren illegitimen Verwendungen und Aneignungen aus. Die Philosophie etabliert und legitimiert eine Ordnung des Seins, einen *kosmos*, der in sich hierarchisch verfasst ist. In dieser kosmischen Hierarchie wird nur allzu oft soziale Ungleichheit begründet. Hinter dem Insistieren auf dem *eigentlichen* Sinn eines Wortes steht immer ein Herrschaftsinteresse. Dagegen richtet sich die Genealogie Nietzsches und Foucaults ebenso wie die Dekonstruktion Derridas und de Mans. Für Laclau – der den Spuren dieser Autoren folgt – lassen sich das Soziale und das Politische nie entlang einer ihnen spezifischen Logik explizieren, sondern nur entlang einer Rhetorik.² Das „soziale Band“ ist nicht aus logischen Notwendigkeiten geknüpft, sondern aus kontingenten Übergängen, die sich weniger durch den Syllogismus als vielmehr durch die Katachrese explizieren lassen. Der Übergang von einem Glied der Kette zum anderen wird hier gerade durch die Abwesenheit eines gemeinsamen Rahmens gestiftet. Das Trennende selbst fungiert als das Verbindende. Jede Kommunikation und jede Interaktion exponiert sich ihrer eigenen Unmöglichkeit, die

2 Auch für de Man ist die „Rhetorik [...] die radikale Suspendierung der Logik“ (de Man 1988: 40).

zugleich als negative Bedingung ihrer Möglichkeit entziffert werden kann. Die Bewegung der menschlichen Praxis von einem Zustand zu einem anderen ist

tropological inasmuch as the displacement is not governed by any necessary logic dictated by what is being displaced, and *catachrestical* inasmuch as the entities constituted through the displacement do not have any literal meaning outside the very displacements from which they emerge. This is why I prefer to speak [...] of the social organized as a rhetorical space (Laclau 2000: 78).

Menschliche Praxis bezieht sich nicht von außen auf ihr vorgängige Elemente, sondern schafft sich ihre Elemente performativ, im eigenen Vollzug.

Politik wird von Laclau und Mouffe generell als Kampf um Hegemonie interpretiert. Der Begriff der Hegemonie soll dabei drei Bedürfnissen Rechnung tragen: In sozialen Strukturen muss zunächst „von Anfang an etwas präsent sein“, was sich gegenüber diesen Strukturen „heterogen“ verhält und sie „davon abhält, sich als geschlossene oder repräsentierbare Totalität zu konstituieren“ (Laclau 2001: 149). Wäre eine solche Totalisierung möglich, dann würde die politische Auseinandersetzung unterbunden. Hegemonie markiert mithin keine absolute Vorherrschaft, sondern eine Macht, die ihre eigene Gegenmacht mit einschließt. Darüber hinaus geht eine hegemoniale Auseinandersetzung mit einem „retotalisierenden Effekt“ (Laclau 2001: 149) einher, sie schafft notwendig neue Strukturen. Diese neuen Strukturen sollten allerdings die „konstitutive Heterogenität“ der „hegemonialen Artikulation“ (Laclau 2001: 149) lebendig halten. In jeder demokratischen Institution muss etwas von derjenigen Kraft, die diese Institution gesetzt hat, bewahrt bleiben. Jede Institution sollte ihrer eigenen Kontingenz Rechnung tragen. Zwischen den Forderungen nach Offenheit und der Unvermeidbarkeit retotalisierender Effekte besteht für Laclau ein nicht zu schlichtender Widerspruch, den nur ein rhetorisches, sich nicht auf logische Stringenz verpflichtendes Denken auszutragen vermag.

(c) Unter dem Einfluss der rhetorischen Tradition interpretieren Mouffe und Laclau das Soziale als überdeterminiertes symbolisches Universum. Aus diesem Grund wird man niemals eine Logik des Sozialen schreiben können. Laclau spricht stattdessen „vom Sozialen als einem rhetorisch organisierten Raum“ (Laclau 2000: 78). Das Soziale wird von keinen ökonomischen, anthropologischen oder geschichtlichen Tiefenstrukturen determiniert. Es kann nicht im Rahmen verborgener transzendentaler Möglichkeitsbedingungen auf der einen und sichtbarer Oberflächeneffekte auf der anderen Seite beschrieben werden. Es gibt keinen Kern und keine Essenz der Gesellschaft – mit der Ausnahme einer „negativen Essenz“ (Laclau/Mouffe 1991: 142). Ihre Gestalt bildet das Resultat kontingenter Auseinandersetzungen, Kommunikationen und Aushandlungsprozesse. Die Gesellschaft wird nicht von *einem* Autor gemacht, sondern von konfligierenden Parteien. Gesellschaft ist Konflikt. Die spezifische Aufgabe der Demokratie besteht nun „in der Anerkennung und Legitimation von Konflikt“ sowie

„in der Zurückweisung von Versuchen, ihn durch die Installierung einer autoritären Ordnung zu unterdrücken“ (Mouffe 2005: 49). Wie der Agonismus der antiken Rhetoriker und Sophisten ist dieser Konflikt nicht als unreglementierter Kampf aller gegen alle zu interpretieren; ein in „demokratische Ausdruckskanäle“ (Mouffe 2005: 53) gelenkter Kampf beugt gerade der Gefahr „einer Konfrontation zwischen essentialistischen Identifikationsformen“ (Mouffe 2005: 49) vor, die sich um das Ideal eines Konsenses herum auszubilden drohen.

Laclau und Mouffe beschreiben das Soziale in ihrem gemeinsamen Hauptwerk *Hegemonie und radikale Demokratie* als „Diskurs“; Diskurs bedeutet hier eine „strukturierte Totalität“ (Laclau/Mouffe 1991: 155) miteinander artikulierter Elemente. Sie betonen die Fragilität von Diskursen. Ein Diskurs existiert niemals als vollständige und gegebene Tatsache (Laclau/Mouffe 1991: 162). Der Diskurs als „the ultimate nonfixity of anything existing in society“ (Laclau 1988: 254) wird negativistisch und rhetorisch gedacht. Laclau beschreibt ihn als Entität, „in which there is a constant movement from the elements to the system but no ultimate systems or elements – these are finally metaphoric expressions – a structure in which meaning is constantly negotiated and constructed“ (Laclau 1988: 254). In der sozialen Welt kann keine Bedeutung in definitiver Weise fixiert werden, da sie mit allen anderen Bedeutungen verknüpft ist. Im Diskurs vollzieht sich mit anderen Worten „eine unbegrenzte tropologische Bewegung“, die „das Terrain eines Grundes bildet, der selbst nicht gegründet ist“ (Laclau 2001: 170). Auf der anderen Seite befindet sich im Diskurs aber auch nicht einfach alles im Fluss. Ohne partielle Fixierungen – „Knotenpunkte“ oder „Steppunkte“ – wäre „das Fließen der Differenzen selbst unmöglich“ (Laclau/Mouffe 1991: 164).

Der Diskurs hat eine antagonistische Struktur. Ihm liegt keine gesellschaftliche Basis zugrunde. Gesellschaft als „underlying mechanism [...] does not exist“ (Laclau 1988: 254). Vergesellschaftung kommt nie an ein Ende und wird durch Antagonismen unterbrochen und begrenzt. Ein Antagonismus kann dabei weder als logischer Widerstreit noch als ein Realwiderspruch, ein sich Ausschließen unvereinbarer Tatsachen, interpretiert werden. Laclau erläutert diesen Zusammenhang am Beispiel der Sprache: „If the language is a system of difference, then antagonism is the failure of difference. And in this sense antagonism locates itself in the limits of language and can only exist as a disruption of language, that is, as metaphor“ (Laclau 1988: 256). Die Metapher steht hier für das Sagen eines Unmöglichen, welches das System der Sprache daran hindert, sich zu totalisieren. Selbst sprachlich verfasst, verhindert die Metapher³, dass es so etwas wie *die* Sprache und *die* Theorie der Sprache geben kann.

Laclau betreibt keine Sprachphilosophie um ihrer selbst willen; er verweist auf das Verhältnis von Sprache und Metapher als ein Beispiel, von dem aus sich

3 In späteren Texten wird Laclau, wie wir bereits gesehen haben, die Metapher, die immer auch Ähnlichkeit und Identität stiftet, durch differentiellere Tropen wie die Katachrese, die Synekdoche und die Metonymie ersetzen.

ein angemessener Begriff etwa von Klasse gewinnen lässt. Das Konzept der Klasse erfährt seit Rosa Luxemburg eine Dezentrierung. Luxemburg weist darauf hin, dass sich die Einheit der Arbeiterklasse nicht begrifflich fixieren lasse, da ihre einzige Einheit die Revolution selbst sei. Die russische Gesellschaft zur Zeit der Oktoberrevolution wird von Luxemburg als Gesellschaft unerfüllter demokratischer Forderungen beschrieben. An einem bestimmten Ort beginne eine Fraktion der Arbeiter mit einem Streik, der sich auf eine konkrete Forderung richte. In einem Klima allgemeiner Unterdrückung, so Laclaus Rekonstruktion des luxemburgischen Arguments, „immediately, this strike begins to represent, for the whole population, a resistance against the regime“ (Laclau 1988: 250). Von diesem Moment an wird der Streik zu einem „political act“ (Laclau 1988: 250), der sich durch eine Überdeterminiertheit auszeichnet. Andere Streiks finden statt, die mit dem ersten Streik artikuliert sind und die „Klasse“ als symbolische Einheit schaffen: „the unity of the class is a symbolic event and belongs consequently to the order of the metaphor“ (Laclau 1988: 250). So wie die Metapher eine Unmöglichkeit in das System der sprachlichen Bedeutungen einträgt und dieses daran hindert zu erstarren, so stehe auch die Einheit der Klasse für eine Unmöglichkeit, die als solche gleichwohl politisch wirksam werde.

In seinen späteren Arbeiten ersetzt Laclau das Konzept des Diskurses, welches (etwa im Denken Foucaults) mit einer neokantianischen Erblast behaftet ist, zunehmend durch ein Konzept der Rhetorizität. Jede politische Meinung steht für eine individuelle Position in einem sozialen Spannungsgefüge, das von keinem Punkt aus als Ganzes überblickt werden kann. Aus diesem Grund kann das Soziale niemals erschöpfend strukturtheoretisch erklärt werden, sondern ausschließlich in Begriffen tropologischer Transformationen. Das Ganze der Gesellschaft existiert immer nur als „unmögliche Totalität“, deren Repräsentation von einem partikularen Position übernommen wird, die „gänzlich inkommensurabel“ (Laclau 2001: 154) mit dieser Totalität bleibt. Laclau erläutert diese Inkommensurabilität ausgehend von de Mans Unterscheidung zwischen Metapher und Metonymie. Während die Metapher immer auch zu einer Totalisierung neige, zu einem Gleichsetzen des Ungleichen, stehe die Metonymie für eine kontinuierliche Verschiebung, für eine differenzierende Kraft. Die Metonymie verweise auf das Ereignis und damit auf die Geschichte:

„Nur durch das pure, irreduzible Ereignis, das in einer kontingenten Verschiebung besteht, die durch keine metaphorische Reaggregation einholbar ist, können wir eine Geschichte haben, und zwar sowohl im Sinn von Geschichte [Deutsch im Original] wie auch von Historie [Deutsch im Original]. Weil es Hegemonie (und Metonymie) gibt, gibt es Geschichte“ (Laclau 2001: 165).

Dekonstruktive Verfahren in der Literaturwissenschaft wie in der politischen Theorie zeichneten sich dadurch aus, „Metonymie in das Herz der Metapher, Verschiebung ins Herz der Analogie einzuführen“ (Laclau 2001: 165).

4. De Mans Politik

Trotz der von Laclau selbst mehrfach betonten Nähe zu de Man und des gemeinsamen Ausgangspunktes bei einer negativistischen, rhetorisch inspirierten Sprachkonzeption, sollen im Folgenden einige Differenzen zwischen beiden Denkern hervorgehoben werden. Von einer „Politik“ de Mans zu sprechen, vermag zunächst verwundern, enthält sich sein Werk doch weitgehend explizit politischer Aussagen und Stellungnahmen. De Mans Texte organisieren sich als Lektüren literarischer und philosophischer Texte. Darüber hinaus hat der „Fall“ Paul de Man, der Skandal um diejenigen seiner Frühschriften, die in pronazistischen belgischen Zeitschriften zur Zeit der deutschen Besatzung erschienen sind, die politische Stellung de Mans in ein Zwielicht getaucht. Darauf möchte ich hier allerdings nicht näher eingehen.⁴

Wie Laclau setzt de Man bei der Diagnose einer Negativität der Sprache an. Sprachliche Äußerungen zeichnen sich durch ein konstitutives Misslingen aus, durch ein Sich-Entziehen. Texte bleiben in einem wesentlichen Sinne unlesbar; literarische Texte thematisieren und positivieren ihre Unlesbarkeit. Die Grenze zwischen literarischen und nichtliterarischen Texten bleibt dabei fließend. Ausgehend vom reflexiven Überschuss der Literatur, die sich der Unangemessenheit jeder Sprache an sich selbst bewusst ist, formuliert de Man eine rhetorische Ideologiekritik. Dieses Konzept bleibt, wie ich zeigen möchte, auf den begrifflichen Rahmen einer „restringierten Rhetorik“ (vgl. Genette 1983) beschränkt, einer Rhetorik, die sich in einer Theorie der Tropen erschöpft.

De Mans Ideologiekritik richtet sich primär auf die philosophische Ästhetik. Deren Vertreter neigen zu Verallgemeinerungen und Vereinseitigungen. Sie verfügen zumindest tendenziell über feste Kriterien der Unterscheidung von Künstlerischem und Nicht-Künstlerischem. Sie behandeln Werke, statt sie in ihrer Individualität und Fremdheit ernst zu nehmen, als Exemplare und funktionalisieren sie in einem doppelten Sinne. Einerseits soll die Logik, die Kunstwerken attribuiert wird, Lücken im philosophischen System schließen. Die *gnoseologia inferior* Baumgartens, die *Urteilkraft* Kants sowie der *sich selbst anschauende Geist* Hegels bilden Schlusssteine in zuvor unfertigen philosophischen Gebäuden; sie kompensieren Desiderate einer rationalistisch verengten Philosophie, die sich über die Aufnahme einer Ästhetik in ihr System selbst zu heilen versucht. Andererseits wird den Kunstwerken in der Ästhetik ein geschichtsphilosophisches Projekt aufgebürdet. Kunst gilt als Organon einer Versöhnung in einer von Entzweiung gekennzeichneten, modernen Welt; die philosophische Ästhetik entspringt dem Geist einer entzweiten Gesellschaft. De Man kann die Ästhetik vor diesem Hintergrund mit gutem Recht als die ideologische philosophische Diszi-

4 Ich verweise auf Derridas Lektüre der entsprechenden Artikel, die den Vorwurf der Kollaboration zumindest teilweise relativieren können: „Er ergriff eindeutig *gegen* Deutschland Partei und *für* die Demokraten, für ‚den Sieg der Demokraten‘ in einem als ‚Kampf... gegen die Barbarei‘ bezeichneten Krieg“ (Derrida 1988b: 30).

plin *par excellence* begreifen (vgl. de Man 1997). Die Versöhnungsleistung, die die Ästhetik dem einzelnen Kunstwerk aufbürdet, präfiguriert immer schon ein restauratives gesellschaftliches Versöhnungsideal.

Gegen dieses Ideal, das die Ästhetik spätestens seit Schiller dominiert und bis zu Adornos *Ästhetischer Theorie* der Geschichtsphilosophie unterstellt, macht de Man auf die entzweieude und exzentrische Kraft literarischer Darstellungen aufmerksam (vgl. Menke 1993). De Man dekonstruiert einerseits Schlüsseltexte der ästhetischen Tradition, etwa von Kant, Schiller und Hegel, indem er zeigt, dass sie ihrem Anspruch, der Entzweigung zu entkommen, nicht gerecht werden. Andererseits liest er literarische Texte als Artikulationen einer Entzweigung, die sie letztlich unlesbar oder zumindest nur als unlesbare lesbar machen.

De Man richtet sich insbesondere gegen die ästhetische „Ideologie des Symbols“ (de Man 1993: 51), die von einer „Einheit zwischen der darstellenden und der bedeutenden Funktion der Sprache“ (de Man 1993: 85) ausgeht. Dem entgegen setzt er die Allegorie, das Anders-Sagen:

Während das Symbol die Möglichkeit einer Identität oder Identifikation postuliert, bezeichnet die Allegorie in erster Linie eine Distanz in bezug auf ihren eigenen Ursprung, und indem sie dem Wunsch und der Sehnsucht nach dem Identischen entsagt, richtet sie sich als Sprachform in der Leere dieser zeitlichen Differenz ein (de Man 1993: 104).

In der Allegorie entgründet sich die Sprache. Allegorische Sprache, wie sie etwa von der frühromantischen Dichtung praktiziert wird, lässt sich auf keinen Autor und keine objektive Welt zurückführen. Die Allegorie verkörpert, wie Derrida ausführt, für de Man eine der „wesentlichen Möglichkeiten“ der Sprache, „und zwar die, welche es ihr erlaubt, das andere zu sagen und von sich selbst zu sprechen, während sie von etwas anderem spricht; immer etwas anderes zu sagen als das, was es zu lesen gibt“ (Derrida 1988a: 26). Neben der Allegorie leistet auch die Ironie eine vergleichbare Kritik: „Die Ironie [...] enthüllt die Existenz einer Zeitlichkeit, die vollkommen unorganisch ist, da ihre Beziehung zu ihrer Quelle, zu ihrem Ursprung ausschließlich durch Distanz und Differenz charakterisiert ist und sie kein Ende und keine Totalität kennt“ (de Man 1993: 120). Allegorie und Ironie gemeinsam ist „ihre Entmystifizierung einer organischen Welt, wie sie von einer symbolischen Form der analogischen Entsprechung oder von einer mimetischen Form der Repräsentation, wo Fiktion und Wirklichkeit noch als übereinstimmend gedacht sind, als gegeben vorausgesetzt wird“ (de Man 1993: 120).

Als Subjekt (und Objekt) der Ideologiekritik fungiert hier letztlich die Literatur. Diese zeigt die Inkonsistenz und Unvollständigkeit des symbolischen Universums auf. In seiner Lektüre von Prousts *Recherche* hebt de Man etwa hervor, dass der Roman für einen Vorrang der Metapher über die Metonymie argumentiert. Aber der Roman kann diese Argumentation nur führen, indem er sich an entscheidenden Stellen bestimmter Metonymien bedient. Insofern basiert er auf einem „Widerspruch“. De Mans Lektüre erinnert an das habermassche Argument

des „performativen Selbstwiderspruchs“: Jede Leugnung der universellen Geltung von Argumenten widerspricht sich für Habermas insofern selbst, als sie selbst nur in Form eines Arguments vorgebracht werden könne. Das Problem bei de Mans Lektüre besteht darin, dass es nur dann einen „Widerspruch“ zwischen Metapher und Metonymie geben kann, wenn man beide Tropen hypostasiert, sie mithin wörtlich nimmt. De Man verwendet rhetorische Tropen wie wohldefinierte philosophische Kategorien. Insofern steht sein Diskurs der Philosophie wesentlich näher als der Literatur. Er ontologisiert die Tropen, stellt ihre Bewegung still.

Von Laclau werden die Tropen, wie seine Diskussion des Begriffs der Klasse zeigt, der mit dem Begriff der Metapher analogisiert wird, demgegenüber verwendet und übertragen. Klassen oder politische Antagonismen sind für Laclau wie Metaphern. Laclau trägt damit dem wesenlosen Wesen der Metaphern eher Rechnung als de Man. Dieser betreibt die Lehre von den Tropen als eine Art Meta- oder Superpolitik. Er schreibt: „Die Literatur unterdrückt keineswegs, wie Althusser meint, das Politische, sie ist vielmehr dazu verdammt, die eigentlich politische Diskursform zu sein“ (de Man 1993: 254). Diese literarische Politik formuliert einen universalistischen Anspruch, sie lässt sich weder mit partikularen Forderungen artikulieren noch als motivationale Ressource für einen Kampf gegen Ungleichheit und Unterdrückung nutzen. Von der Figurativität der literarischen Sprache her lässt sich kein hegemonialer Kampf führen.

Im Anschluss an Nietzsche weist de Man darauf hin, dass „die Kritik der zentralen Kategorien der metaphysischen Tradition [...]: der Begriffe von Identität und Kausalität, von Subjekt und Objekt, von Wahrheit usw. [...] im rhetorischen Modell der Trope liegt oder, anders gesagt, in der Literatur als der am ausdrücklichsten in der Rhetorik gegründeten Sprache“ (de Man 1988: 152). Er setzt „die rhetorische, figurative Macht der Sprache“ dabei „mit der Literatur selber gleich“ (de Man 1988: 40). Auffällig ist hier zunächst weniger die Identifikation von Rhetorizität und Literarizität, sondern die dieser noch vorausgehende Identifikation von Rhetorizität und Figurativität. Von der Rhetorik überlebt hier nur die *ars bene dicendi*, nicht die *ars persuadendi*, die Lehre von den öffentlichen und agonalen *logoi*. Die Rede wandert von der *agora* in die auf private Kontemplation verwiesene Literatur ab. Bevor de Man eine Politik der Tropen betreiben kann, bestätigt er eine Tradition der Literarisierung und Entpolitisierung der Rhetorik. Zwar betont auch de Man die performative und persuasive Seite der Sprache, behauptet allerdings, dass mit dem Übergang von einer konstativen zu einer performativen Sprachauffassung nichts gewonnen sei, da auch die performative Sprache mit einer „referentiellen Funktion“ (de Man 1988: 172) einhergehe. Diese referentielle Funktion – Performativa beziehen sich auf etwas im Modus des Setzens – werde durch die figurative Dimension der Sprache unterlaufen. „Als Persuasion aufgefasst ist Rhetorik performativ, doch als ein System von Tropen betrachtet dekonstruiert sie ihre eigene Performanz“ (de Man 1988: 176). Mit diesem Schritt beraubt sich de Man der Möglichkeit, Figuration als

Performanz und Performanz als Figuration zu lesen. Das Figurieren ist immer ein Transfigurieren, ein Verändern – wie die Performanz. Beide Konzepte stehen in der Sprache für deren partielle Unmöglichkeit. Da Sprache figurativ und performativ verfasst ist, kann sie in immer wieder neuer Weise angeeignet oder resignifiziert werden. Sprache verweist konstitutiv auf die Möglichkeit einer „Wortergreifung“ (Rancière) oder „Resignifikation“ (Butler). Bindet man die Figurativität dagegen an letzte Prinzipien wie *die Metapher* und *die Metonymie*, dann bleibt nur eine universelle Literarizität, die sich allenfalls selbst zu korrigieren vermag.

In diesem Sinne schreibt de Man: „Literatur [...] ist verurteilt [...], für immer die strengste und folglich am wenigsten verlässliche Sprache zu sein, in deren Begriffen der Mensch sich selber benennt und verwandelt“ (de Man 1988: 50). Er richtet sich damit gegen „das Ausschließungsprinzip, das angeblich zwischen der ästhetischen Theorie [...] und politische[n] Fragen herrschen soll“ (de Man 1993: 59). Dieser *negativen* Verhältnisbestimmung wäre zuzustimmen. Problematisch wird es erst, wenn de Man die ästhetische Theorie als die *eigentliche* politische interpretiert, als „kritische Philosophie der zweiten Stufe“ oder „Kritik der Kritik“ (de Man 1993: 60).

In seinem Aufsatz *The Politics of rhetoric*, der 1998 auf einer Konferenz über „Culture and Materiality“ gehalten wurde und im Wesentlichen de Mans Pascal-Lektüre rekonstruiert, schließt sich Laclau der de Manschen Sprachtheorie an. Auch für Laclau „überschreitet eine generalisierte Rhetorik [...] alle regionalen Grenzen und wird gleichbedeutend mit der Strukturierung des sozialen Lebens selbst (Laclau 2001: 147). Gleichwohl führt Laclaus Ansatz zu einem anderen Verständnis der Rhetorizität der Sprache. Laclau verwendet rhetorische Tropen wie Katachresen oder Synekdochen in einem *übertragenen* Sinne. Die Tropen spielen für ihn eine tropologische Rolle, sie werden nicht hypostasiert, sondern zum Arbeiten gebracht. Er schreibt nicht über Texte, sondern über gesellschaftliche Konflikte. Sein Diskursbegriff bezieht sich auf ein politisches Universum. Die rhetorischen Tropen illustrieren die Unvollständigkeit dieses Universums, existieren darüber hinaus aber nicht an sich, in einer Art rhetorischem Ideenhimmel, wie ihn de Man unterstellt. Gesellschaft ist für Laclau zugleich rhetorisch verfasst und unreduzierbar auf das Rhetorische.

Literaturverzeichnis

- Aristoteles (⁴1993): *Rhetorik*. Übers. v. Franz G. Sieveke, München: UTB (Arist. Rhet.).
- De Man, Paul (1988): *Allegorien des Lesens*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- De Man, Paul (1993): *Die Ideologie des Ästhetischen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- De Man, Paul (1997): *Aesthetic Ideology*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Derrida, Jacques (1988a): *Mémoires. Für Paul de Man*. Wien: Passagen.

- Derrida, Jacques (1988b): *Wie Meeresrauschen auf dem Grund einer Muschel... Paul de Mans Krieg. Mémoires II*. Wien: Passagen.
- Genette, Gérard (1983): „Die restringierte Rhetorik“, in: Anselm Haverkamp (Hg.): *Theorie der Metapher*. Darmstadt: WBG, 229-252.
- Gorgias (2003): „Rede über das Nichtsein“, in: Thomas Schirren; Thomas Zinsmaier (Hg.): *Die Sophisten. Ausgewählte Texte*. Stuttgart: Reclam, 62-73.
- Hetzl, Andreas (2003): „Die Rede ist ein großer Bewirker“. Performativität in der antiken Rhetorik“, in: Jens Kertscher; Dieter Mersch (Hg): *Performativität und Praxis*. München: Fink, 229-246.
- Hetzl, Andreas (2004): „Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclau“, in: Andreas Hetzel; Oliver Flügel; Reinhard Heil (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien der Gegenwart*. Darmstadt: WBG, 180-205.
- Hetzl, Andreas (2006): „Klassische Rhetorik und radikale Demokratie“, in: Reinhard Heil; Andreas Hetzel (Hg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*. Bielefeld: Transcript, 25-56.
- Hetzl, Andreas (2007): „Negativer Universalismus. Hegel im Diskurs der radikalen Demokratie“, in: *Hegel-Jahrbuch 2007* (im Erscheinen).
- Laclau, Ernesto (1988): „Metaphor and Social Antagonisms“, in: Cary Nelson; Lawrence Grossberg (Hg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Houndmills u.a.: Macmillan, 249-257.
- Laclau, Ernesto (2000): „Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics“, in: Judith Butler; Ernesto Laclau; Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso, 44-89.
- Laclau, Ernesto (2001): „Die Politik der Rhetorik“, in: Jörg Huber (Hg.): *Kultur-Analysen*. Wien, New York: Springer, 147-174.
- Laclau, Ernesto (2002): *Emanzipation und Differenz*. Wien: Turia & Kant.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Menke, Christoph (1993): „„Unglückliches Bewußtsein“. Literatur und Kritik bei Paul de Man“, in: Paul de Man: *Die Ideologie des Ästhetischen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 265-299.
- Mouffe, Chantal (2005): *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik*. Wien: Turia & Kant.
- Norval, Aletta (2001): „Radical Democracy“, in: *Encyclopedia of Democratic Thought*. Edited by Paul Barry Clarke and Joe Foweraker. London/New York: Routledge, 587-594.
- Platon (1990): *Politeia*, in: *Werke in acht Bänden*. Griechisch und Deutsch. Hg. v. Gunther Eigler. Darmstadt: WBG, Bd. 4 (Plat. Pol.).
- Posselt, Gerald (2005): *Katachrese. Rhetorik des Performativen*. München: Fink.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Roberts, J.W. (1998): *Athenian Radical Democracy*. Kingston upon Thames: LAC-TORS.
- Tacitus (1981): *Dialogus de oratoribus/Dialog über die Redner*. Nach der Ausgabe von Helmut Gugel hg. v. Dietrich Klose. Stuttgart: Reclam (Tac. Dial.).
- Žižek, Slavoj (1992): *Mehr-Genießen. Lacan in der Populärkultur*. Wien: Turia & Kant.

Politik und ontologische Differenz. Zum „streng Philosophischen“ am Werk Ernesto Laclaus¹

OLIVER MARCHART

Das Philosophische jenseits der Philosophie

Mit den Worten: „Ich schreibe hier eher als politischer Theoretiker denn als Philosoph im strengen Sinne“ (1999: 111), begann Ernesto Laclau einmal einen Beitrag zu einem Konferenzband. Laclau erklärt nicht weiter, wie wir uns einen Philosophen „im strengen Sinne“ vorzustellen hätten, aber wir können annehmen, dass er sein eigenes Projekt – das sich ausschließlich um Fragen der Politik und politischen Theorie dreht – zu unterscheiden versuchte von einer „rein“ philosophischen Praxis, gesetzt, wir verstehen unter letzterer entweder die akademische Disziplin der Philosophie oder ein frei flottierendes metaphysisches Spekulieren ohne Anwendungsgebiet. Dieser Widerstand gegen die Bezeichnung Philosoph von Seiten Laclaus mag überraschen, verortet er doch sein theoretisches Projekt vor einem Horizont, der von solchen Erzphilosophen wie Heidegger, Husserl, Gadamer oder dem späten Wittgenstein eröffnet wurde (und nicht etwa im Verhältnis zu Arendt, die sich bekanntlich ebenfalls als politische Theoretikerin und nicht als Philosophin bezeichnet wissen wollte). Doch mindestens genauso wichtig wie Philosophie ist für die Entwicklung der Diskurstheorie Laclaus und Chantal Mouffes natürlich die Sprachwissenschaft, weshalb der prominenteste Platz im Referenzsystem Laclaus von Saussure ausgefüllt wird (Laclau 1993). Und schließlich ist da noch die Politik selbst, sowohl in Begriffen politischer Theorie als auch in solchen praktischer politischer Erfahrung. Hier erweist sich Laclaus Erfahrung mit dem peronistischen Populismus und den *Neuen Sozialen*

1 Dieser Beitrag lehnt sich an den Aufsatz „Politics and the ontological difference: on the ‚strictly philosophical‘ in Laclau’s work“ an, der erschienen ist in: Oliver Marchart; Simon Critchley (Hg.) (2004): *Laclau. A Critical Reader*. London, New York: Routledge (dort S. 54-72).

Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre als praktischer Hintergrund seiner Theoriearbeit, während es mit Sicherheit das Werk Gramscis war, das ihm die Mittel an die Hand gab, um diese Erfahrung in ein kohärentes System politischer Theorie und Analyse zu bringen. Von diesem aus wurde umgekehrt wieder ein politisches Projekt formuliert: das Projekt radikaler und pluraler Demokratie, womit Theorie in Praxis zurückgefaltet werden sollte. Demgemäß ist die Trennung zwischen politischer Theorie und politischer Praxis, wie Laclau betont, eine „weitgehend künstliche Operation“, denn: „theoretico-political categories do not only exist in books but are also part of discourses actually informing institutions and social operations“ (Laclau 1994: 2). Man wird bemerken, dass für Laclau – selbst wenn seine Kritiker ihm fälschlicherweise Formalismus oder exzessive Abstraktion vorwerfen – die Praxis der Theorie (inklusive der Praxis von Philosophie und Wissenschaften) nicht von praktischer Politik abgekoppelt sein muss.

Was diese Dimensionen – Philosophie, Wissenschaft, Politik (in der doppelten Form von Praxis und Theorie) – gemeinsam haben, zumindest auf der allgemeinsten Ebene, ist die sehr reale Erfahrung des langsamen aber fortdauernden Dahinschmelzens scheinbar solider Fundamente: In dem Ausmaß, in dem in den Feldern der Philosophie, Wissenschaft und politischen Theorie alle Arten des *Fundamentalismus*, oder vielleicht besser: *Fundationalismus* dekonstruiert wurden, was sich in nichts weniger als einer *post-fundationalistischen* Horizontverschiebung akkumulierte, erfuhr auch die Arena praktischer Politik eine allgemeine Schwächung sozialer Fundamente, eine Entwicklung in Richtung eines „disorganisierten Kapitalismus“ (Laclau 1990: 58), die Hand in Hand mit dem Auftauchen neuer sozialer Akteure und einer Ausweitung der Räume für strategische Denk- und Handlungsformen ging. Die Erfahrung der Abwesenheit eines „Grundes“ (der, wie hinzugefügt werden muss, gerade in seiner Abwesenheit *anwesend bleibt*) ist das Signum unserer Zeit: „the crisis of essentialist universalism as a self-asserted ground has led our attention to the contingent *grounds* (in the plural) of its emergence and to the complex processes of its construction“ (Laclau 1994: 2). Die Desintegration der Figur des „Grundes“ und die Auflösung verschiedenster *Fundationalismen* werden deshalb von der Ausweitung *strategischer* Formen von Konstruktion und Aushandlung begleitet.

Dies ist es, wodurch Laclaus Werk vor allem anderen noch charakterisiert wird: Trotz seiner kristallklaren und „logischen“ Argumentationsgänge, die manchmal den Eindruck erwecken, ein dekonstruktiver Ableger negativer Dialektik sei in die Argumentationsformen der Scholastik gebracht worden, bleibt die Natur seines Denkens wesentlich *strategisch*. Das Strategische entwächst jenen Spalten und Brüchen, die sich geöffnet hatten, nachdem die Suche nach einem ultimativen Fundament abgeblasen wurde. Gerade weil es so etwas wie einen gemeinsamen Grund nicht gibt, müssen divergente Elemente strategisch, d.h. *politisch* artikuliert und so neue Identitäten erschaffen werden – was nur ein anderer Name für *Hegemonie* ist. Deshalb sieht Laclau (1999: 159) in der Entwicklung der Hegemonietheorie eine Voraussetzung für jedes strategische Den-

ken. Und dieser strategische Zugang kennzeichnet gleichermaßen die spezifische Kombination und wechselseitige Kontamination der Felder der Philosophie, der Wissenschaft und der politischen Praxis/Theorie.

So legt schon der erste Versuch, „das Philosophische“ in Laclaus Werk zu lokalisieren, die Vermutung nahe, dass Laclau zwar kein „Philosoph im strengen Sinne“ ist, Philosophie aber dennoch in seinem Werk präsent bleibt (jedoch nur, wie sofort hinzugefügt werden muss, in Form einer *strategischen Artikulation* mit, auf der einen Seite, Wissenschaft in Form von Linguistik und Diskursanalyse und, auf der anderen, einer praktischen wie theoretisch-analytischen Begegnung mit Politik).² Vor diesem Hintergrund möchte ich die Hauptthese dieses Aufsatzes formulieren: Ausgehend von der Beobachtung, dass in Laclaus Werk Philosophie, Diskursanalyse und politische Theorie in einem wechselseitigen Artikulationsverhältnis stehen, wird man bei entsprechender Tiefschärfe einem Moment begegnen, das nicht in dieser Triade aufgeht, so wie es nicht in der metaphysischen Tradition und in der Disziplin der Philosophie aufgeht. Obwohl Laclau kein Philosoph „im strengen Sinne“ ist, so die These, gibt es in seinem Werk einen Überschuss des *streng Philosophischen*. Wo muss man dieses „streng Philosophische“ – das seinerseits keineswegs in Philosophie aufgeht – lokalisieren? Ich behaupte, dass man es an den vielen Stellen findet, an denen Laclau sich auf die *ontologische Differenz* im Heidegger'schen Verständnis von *Differenz-als-Differenz* (Heidegger 1957) bezieht, die in ihrer Eigenschaft als *Ab-Grund* (Heidegger 1994) im Horizont des gegenwärtigen post-fundationalistischen Denkens situiert ist.³ Als denkerischer Platzhalter dieses Ab-Grunds interveniert das Philosophische im strengen Sinn in das Feld gewöhnlicher politischer Philosophie.

Um diese starke Funktion der ontologischen Differenz in Laclaus Werk zu belegen, empfiehlt es sich, von einigen jener Stellen auszugehen, an denen er die ontologische Differenz in einer auf den ersten Blick nur heuristischen Weise verwendet. Im Austausch mit Judith Butler und Slavoj Žižek zum Beispiel wird von der komplexen Dialektik zwischen Partikularität und Universalität, „between ontic content and ontological dimension“ (Laclau 2000: 58) gesagt, sie würde die soziale Realität selbst strukturieren. Die gleiche Unterscheidung wird in Bezug auf das Verhältnis zwischen *ethischem Investment* und *normativer Ordnung* getroffen: Hegemonie und Politik kann es nur geben, so Laclau, wenn die Distanz nie überbrückt wird zwischen dem (ethischen) Moment der Investition und der normativen Ordnung, in welche investiert wird. Erstere belegt Laclau (2000: 84) mit der Kategorie des Ontischen, zweitere mit jener des Ontologischen. Auch in

2 An einer der wenigen Stellen, an denen Laclau sich zum Status seines Denkens äußert, zeigt er einen gewissen Skeptizismus in Bezug auf politische „Philosophie“: „If I do not attempt to unify the different approaches [to the problem of politics] under a term like ‚political philosophy‘ it is because this would assume the unity of an object of reflection, which is precisely what is in question“ (1990: 69).

3 Für eine umfassende Diskussion des politischen Post-fundationalismus in Bezug auf die Differenz zwischen „Politik“ und „dem Politischen“ siehe Marchart (2007).

Repräsentationsverhältnissen müssten wir, so Laclau, zwischen dem ontischen Inhalt, der repräsentiert werden soll, und der ontologischen Funktion des Prinzips der Repräsentierbarkeit als solcher unterscheiden: „If representation is made possible/impossible by a primordial lack, no ontic content can ultimately monopolize the ontological function of representing representability as such“ (2000: 71). Der eigentliche Akt der Entscheidung müsse folglich als unrettbar zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen gespalten verstanden werden: „as required by a dislocated situation, it is a decision; but it is also *this* decision, this particular ontic content“ (2000: 85). Gleiches müsse von allen Formen von Identität gesagt werden, einschließlich der Identität sozialer Akteure und der Identität von Gesellschaft (als einer unmöglichen Totalität), wie Laclau in *Emanzipation und Differenz* ausführt: „Da aus essentiellen Gründen, wie wir herausgestellt haben, Gesellschaft unerreichbar ist, ist diese Spaltung in der Identität politischer Akteure eine absolut konstitutive ‚ontologische Differenz‘ – in einem Sinn, der nicht völlig unverwandt mit Heideggers Gebrauch dieses Ausdrucks ist“ (2002: 97). Aufgrund dieses primordialen Mangels im Herzen sozialer Identität wird, wie Laclau mit Rekurs auf Hobbes erklärt, in einer politisch dislozierten Situation wie etwa jener des Bürgerkriegs das eigentliche Prinzip der Ordnungsgebung wichtiger sein als der Inhalt der konkret vorgeschlagenen Ordnung: „the function of *ordering*, in Hobbes, cannot be the special privilege of any *concrete social order* – it is not an attribute of a *good society*, as in Plato, but an ontological dimension whose connection with particular ontic arrangements is, of its own nature, contingent“ (2000: 71). So müsse man auch in Betracht ziehen: „the distinction between *ordering* and *order*, between *changing* and *change*, between the *ontological* and the *ontic* – oppositions which are only contingently articulated through the investment of the first of the terms into the second“ (85). Während man aus dem einen Blickwinkel von einem Investment, also einer notwendigen Verschränkung dieser Begriffe sprechen kann, bleibt aus einem anderen Blickwinkel der Spalt zwischen ihnen unüberbrückbar. Denn wie Laclau in einem Interview anmerkte: „If we had a dialogical situation in which we reached, at least as a regulative idea, a point in which between the *ontic* and the ontological dimensions there would be no difference, in which there would be a complete overlapping, then in that case there would be nothing to hegemonize because this absent fullness of the community could be given by one and only one political content“ (1999: 135).

Nun scheint Laclau, jedenfalls bei oberflächlicher Betrachtung, sich an den erwähnten Stellen auf die ontologische Differenz ausschließlich zu heuristischen Zwecken zu beziehen und dabei der traditionell metaphysischen Verwendungsweise der ontologischen Differenz im Sinne einer Form/Inhalt-Unterscheidung gefährlich nahe zu kommen. Aber ein genauere Blick auf die explizite Theoretisierung dieses Konzepts durch Laclau wird ergeben, dass es nichts mit traditionell metaphysischen Versionen der ontologischen Differenz zu tun hat, sondern sehr wohl dem Heidegger'schen Verständnis von *Differenz-als-Differenz* entspricht. In diesem radikaleren oder „strengerem“ Sinn erweist sich die ontologi-

sche Differenz als ein im ganzen Werk Laclaus wiederkehrendes Motiv, das seine theoretischen Zentralkategorien wie Repräsentation, Hegemonie, Ordnung, Entscheidung, Identität, Universalismus/Partikularismus etc. bestimmt. Ja dieses „streng philosophische“ Postulat einer unüberbrückbaren Differenz zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen, die nichtsdestoweniger zugleich eine untrennbare Verschränkung zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen indiziert, ist ein begrifflicher Versuch, auf jenen abwesenden Grund hinzuweisen, der in seiner Abwesenheit anwesend bleibt. Deshalb zeichnet gerade seine Verwendung des Heidegger'schen Konzepts der ontologischen Differenz (*als Differenz*) Laclaus Werk als den vielleicht bedeutendsten gegenwärtigen Ansatz des post-fundationalistischen politischen Denkens aus. Im Folgenden möchte ich diese These – die vielleicht noch zu abstrakt erscheinen mag – in drei Schritten plausibilisieren: Zuerst möchte ich zeigen, wie das „streng Philosophische“ der Intervention der ontologischen Differenz in Laclaus häufiger Verwendung des Prädikats „radikal“ mitschwingt. In einem zweiten Schritt werde ich seine explizite Theoretisierung der ontologischen Differenz darlegen. Und schließlich werde ich für eine Ausweitung des kategorialen Apparats der Laclau'schen Theorie plädieren, indem ich andeuten werde, wo die Kategorien des *Singulären* und des *Absoluten*, die bisher von Laclau kaum diskutiert wurden, in den gegenwärtigen Debatten aber eine große Rolle spielen, im Laclau'schen Theoriebau lokalisiert werden müssten.

Was ist radikal an radikaler Kontingenz?

Beginnen wir mit einem vermeintlichen Umweg, der uns allerdings ins Zentrum des Problems führen wird: der Verwendungsweise des Prädikats „radikal“, das regelmäßig aufscheint, wo Laclau (und in *Hegemonie und radikale Demokratie* Laclau und Mouffe) etwa von „Freiheit“, „Entscheidung“ oder „Kontingenz“ als *radikaler Freiheit/Entscheidung/Kontingenz* spricht. In diesen Fällen handelt es sich nicht etwa um bloße Rhetorik, also um eine theoretisch-politische Pathosformel, sondern der Zusatz „radikal“ erfüllt eine präzise Rolle. Seine Aufgabe ist es, eine unüberbrückbare Spaltung zwischen zwei Ebenen zu indizieren, die über die Logik keiner einzelnen Ebene dialektisch vermittelt werden kann. In diesem Sinne stehen die beiden Ebenen oder Dimensionen in der Tat nicht bloß in einem Verhältnis der Exteriorität, sondern in einem *radikaler* Exteriorität. Nehmen wir als Beispiel Laclaus und Mouffes berühmtes Konzept des Antagonismus: In einer antagonistischen Situation können sich differentielle politische Positionen zueinander nur in ein äquivalentielles Verhältnis setzen, wenn sie alle sich auf etwas beziehen, das sie selbst nicht sind. Aber dieses „etwas“ ist kein *tertium quid*, es kann nicht in die Äquivalenzkette differentieller Positionen integriert werden. Vielmehr muss es als etwas dieser Äquivalenzkette gegenüber „radikal“ Anderes, Inkommensurables, Bedrohliches und Ausschließendes verstanden werden, inso-

fern es die positive Identität der internen Differenzen *negiert* (und sie dadurch in ihr Gegenteil verkehrt: Äquivalenz). Unter diesem Aspekt lässt sich Antagonismus – über Negation etablierte Äquivalenz – als die Instanz definieren, die Differentialität als solche verneint. Das „Radikale“ besteht hier in genau dieser *negatorischen* Dimension des Antagonismus im Verhältnis zum pluralen Feld von Differenzen.

Dieses Argument wurde von Laclau zu einer allgemeinen Logik von Signifikation ausgeweitet. In der diskursanalytischen Version dekonstruiert Laclau Saussures Differenztheorie von Signifikation und schärft dabei das Argument aus *Hegemonie und radikale Demokratie*. Er beginnt mit der Saussure'schen Annahme, Bedeutung könne nur in einem System von Differenzen entstehen. Die Möglichkeit der Existenz eines Differenzsystems hängt jedoch von der Existenz seiner Grenzen ab – und diese Grenzen können nicht dem System selbst angehören, denn dann wäre die Grenze keine Grenze der Differenz (und damit von Differentialität als solcher), sondern sie wäre nur eine weitere Differenz unter anderen. Nur wenn wir das Außen des Systems als „radikales“ Außen – und die Grenze damit als eine ausschließende Grenze – fassen, können wir überhaupt von Systematizität oder Bedeutungserzeugung sprechen. Daraus folgt, dass die Grenze selbst nicht signifiziert werden kann, sondern sich nur als Unterbrechung oder Zusammenbruch des Signifikationssystems *manifestieren* kann. Die Radikalität des radikalen Außen (Nicht-Bedeutung) ist nicht allein die Bedingung der Möglichkeit für die Etablierung einer Signifikationsstruktur (Bedeutung), sie ist zugleich die Bedingung der *Ummöglichkeit*, eine Struktur als geschlossene Totalität zu etablieren (volle Bedeutung). Mit anderen Worten, die Funktion der ausschließenden Grenze besteht darin, dass sie eine grundsätzliche Ambivalenz in jenes Differenzsystem einführt, das von derselben Grenze konstituiert wird. In *New Reflections* wird diese Ambivalenz (die in *Hegemonie* noch „Subversion“ genannt wird) als „Dislozierung“ bezeichnet. Letztere ist *innerhalb* des Systems verortet, denn was disloziert wird, das sind natürlich die systeminternen Differenzen – wenn auch durch eine Kategorie, die gewissermaßen „von außen“ kommt.

Entscheidend an diesem Punkt ist, dass gerade diese negative und *radikale* Dimension des Außen/des Antagonismus eine *konstitutive* Funktion gegenüber dem Innen/dem System erfüllt. Und um diese konstitutive Funktion erfüllen zu können, muss es sich um ein „*radikales* Außen“ handeln. Ähnliches betrifft weitere zentrale Laclau'sche Kategorien, wie jene der Kontingenz und der Unentscheidbarkeit, weshalb es nicht überraschen wird, dass Laclau von „*radikaler* Kontingenz“ und „*radikaler* Unentscheidbarkeit“ spricht. „Radikale Kontingenz“ folgt aus dem Enthüllungspotenzial des Antagonismus: „if antagonism *threatens* my existence, it shows, in the strictest sense of the term, my radical contingency“ (1990: 20). Deshalb darf das Phänomen der Kontingenz nicht mit bloßer Zufälligkeit, also Arbitrarität verwechselt werden. Die Existenzbedingungen eines gegebenen Signifikationssystems sind nicht dem bloßen Zufall geschuldet, sondern

sind kontingent, insofern sie nicht aus der inneren Logik oder Rationalität des Systems selbst abgeleitet werden können – sie sind ihm gegenüber äußerlich, da sie von seiner inneren Logik *radikal* getrennt sind. Laclau unterstreicht: „if negativity is radical and the outcome of the struggle not predetermined, the contingency of the identity of the two antagonistic forces is also radical and the conditions of existence of both must be themselves contingent“ (1990: 20). Kontingenz unterhält zu Notwendigkeit somit ein Verhältnis der Subversion: Notwendigkeit kann nur partiell das Feld der Kontingenz eingrenzen, welches umgekehrt Notwendigkeit von innen her unterhöhlt. Das Ergebnis ist, dass die Demarkationslinie zwischen dem Kontingenten und dem Notwendigen verschwimmt. Aber die von manchen Kritikern übersehene Pointe dieses Arguments besteht darin, dass trotz ihres „verschwommenen“ Charakters die Existenz dieser Linie, d.h. die generelle oder letztinstanzliche (i.e. *ontologische*) Differenz zwischen dem Notwendigen und dem Kontingenten *nicht* kontingent ist. Sie ist vielmehr notwendig: „as identity depends entirely on conditions of existence which are contingent, its relationship with them is absolute necessary“ (1990: 21). Der Sinn des Prädikats „radikal“ in „radikale Kontingenz“ findet sich in der Tatsache, dass Kontingenz (in ihrem Spiel mit Notwendigkeit) nie vollständig durch irgendeine Objektivität oder Systematizität ausgelöscht werden kann, weshalb sie selbst den Charakter der Notwendigkeit annimmt. Oder anders gesagt: Obwohl die Existenzbedingungen jeder Identität, Objektivität oder Systematizität *kontingent* in Bezug auf das jeweilige System sind, sind sie dies *notwendigerweise*.

Was schließlich in das System via radikale Kontingenz und radikale Exteriorität (Negativität) eingeführt wird, ist *radikale* Unentscheidbarkeit. Das konstitutive Außen des Systems – seine ausschließende Grenze – stabilisiert das System zumindest teilweise, womit es einen Systematizitätseffekt produziert (Äquivalenz). Doch in jenem Ausmaß, in dem das Außen dies durch die *Negation* des differentiellen Charakters des Systeminneren erreicht (der nichtsdestotrotz für die Bedeutungsproduktion notwendig bleibt, da Bedeutung nur in differentiellen Relationen entsteht), injiziert das Außen dem System eine notwendige Ambivalenz oder Dislozierung und spaltet auf diese Weise jedes Element des Systems:

Einerseits drückt sich jede Differenz selbst *als* Differenz aus, andererseits löscht sich jede selbst als solche aus, indem sie in ein Äquivalenzverhältnis mit allen anderen Differenzen des Systems eintritt. Und wenn wir davon ausgehen, daß es nur dort System gibt, wo es radikale Ausschließung gibt, dann ist diese Spaltung oder Ambivalenz konstitutiv für jede systemische Identität (Laclau 2002: 67).

Diese Spaltung ist der Ort der Unentscheidbarkeit zwischen Differenz und Äquivalenz. Im gleichen Moment, in dem die Identität des Systems affirmiert wird, wird sie auch schon blockiert. So muss nochmals unterstrichen werden, dass der unentscheidbare Status eines Systems – eingeklemmt zwischen Äquivalenz und Differenz – für das System selbst konstitutiv ist, d.h. *radikal*.

Fred Dallmayr hat in seiner Kritik einer angeblichen Innen/Außen-Zwickmühle bei Laclau und Mouffe diese doppelte Dimension übersehen, die Tatsache also, dass – um konstitutiv zu sein – die wechselseitige Subversion von Notwendigkeit und Kontingenz selbst notwendig ist. Zwar nimmt er die unentscheidbare Logik, die „wechselseitige Subversion von Notwendigkeit und Kontingenz“, von Differenz und Äquivalenz wahr und erkennt korrekterweise die Vorläufer dieser Logik zwischen Identität und totaler Nicht-Identität in Begriffen, die manche post-strukturalistischen Denker unter Labels thematisierten wie „intertwining‘ or ‚duality‘; Heidegger’s ‚Zwiefalt‘ (two-foldedness) and the Derridean notion of *différance*““ (Dallmayr 1988: 44-45). Während er jedoch die Hybriditätslogik zwischen Innen und Außen befürwortet, kann er dem Begriff der „Radikalität“ nichts abgewinnen und sieht diesen auf unglückliche Weise mit Formulierungen kollidieren, die sich einer Sartre’schen Antithese zwischen Sein und Nichts annäherten. Als Beispiel für diese, wie er sagt, „flirtation with nothingness“, greift er auf Laclau und Mouffes Konzept des Antagonismus als einer bedrohlichen Negativität und als Symbol des Nicht-Seins des Systems zurück:

[T]he fact that negativity is not another objective (or positive) order does not mean that what lies „beyond differences“ is simply nothingness. In fact, if differences were related strictly by nothing, the result would be total segregation or equivalence – and by no means the complex web of relationships thematized under the label of „hegemony“. In Heidegger’s vocabulary (which, to be sure, has to be employed cautiously), different elements in order to enjoy a relationship are linked on the level of „being“ – a term denoting a non-objective type of matrix in which positivity and negativity, ground and abyss (Abgrund) are peculiarly intertwined (Dallmayr 1988: 45).

Aus einer gewissen Perspektive ist Dallmayrs Punkt absolut korrekt: Es trifft zu, dass für Laclau und Mouffe Innen und Außen vollständig ineinander greifen, sonst wäre das System entweder völlig offen oder völlig geschlossen. Und doch, gerade weil das Modell eines des unlöslichen Ineinandergreifens ist, ist ein zusätzlicher argumentativer Schritt vonnöten, will man die Spannung zwischen Innen und Außen erklären. Denn ohne irgendeine Spannung ließe sich vernünftigerweise keine Differenz zwischen Innen und Außen annehmen – sie würden einfach zusammenfallen. Was erlaubt es uns dann, sie als nicht-identisch und dennoch untrennbar verkoppelt vorzustellen? Etwas von völlig anderer Natur muss angenommen werden, das nicht selbst Teil des hybriden Spiels zwischen Innen und Außen ist.

Was Dallmayr somit als defizitär an Laclau und Mouffes Argument wahrnimmt (seine radikalen, negatorischen Implikationen), stellt tatsächlich einen unabdingbaren Aspekt ihres Denkens dar. Nur unter dem Vorbehalt, dass das Außen des Systems ein *radikales* Außen ist, kann überhaupt von einem Außen, und damit von einer Differenz zwischen Außen und Innen die Rede sein. Würden wir diese zusätzliche Annahme der Radikalität/Notwendigkeit der Grenze zwischen

Außen und Innen nicht treffen, dann würde das Außen zu einem Moment des Innen: Außen und Innen wären in letzter Instanz identisch. Nur wenn wir die Radikalität des Außen postulieren, können wir von einer wechselseitigen Subversion von Außen und Innen sprechen, d.h. von interner Dislokation und retroaktiver Hybridisierung der systemischen Grenzen. In diesem Sinne ist ein Durchqueren der Negativität („passage through negativity“, Laclau 1990: 213) erforderlich, um eine relative und immer hybridisierte Systematizität erklären zu können. Ohne diese radikale Dimension handelte es sich nicht um eine wechselseitige Verschränkung, sondern um einen selbstidentischen Brei, um die Nacht, in der alle Kühe schwarz sind. Gleiches muss von der wechselseitigen Subversion von Kontingenz und Notwendigkeit gesagt werden. Es stimmt, das Kontingente subvertiert die Notwendigkeit, aber diese Subversion ist *selbst* notwendig. (Was natürlich daran erinnert, dass für Derrida das dekonstruktive „Nicht-Konzept“ der *différance* – und damit die Dekonstruktion [z.B. als Gerechtigkeit] – selbst eben nicht dekonstruierbar ist.)

Popularisierte Darstellungen des Postmodernismus oder Poststrukturalismus und Varianten eines reinen *Anti-Fundationalismus*, die Bedeutung in Begriffen eines unbegrenzten Pluralismus oder eines lustigen Spiels der Signifikation präsentieren, verschleiern diese radikale Dimension der Signifikation. An dieser Stelle ist der Unterschied zwischen Laclau/Mouffe und „anything goes“-Ansätzen oder der Feier von „dritten Räumen“ und Hybridität *eo ipso* besonders augenfällig. Der Andere *als anderer* ist radikal unerreichbar – und paradoxerweise ist dessen radikale Natur zur gleichen Zeit der Grund, warum der Andere sich letztlich nie als *reines Außen* etablieren kann. Denn es ist ja diese Radikalität, die das Innen subvertiert und so retroaktiv dessen Grenze gegenüber dem Außen subvertiert. Was wie ein Paradoxon aussieht, kann auf etwas weniger paradoxe Weise mit dem Begriff der ontologischen Differenz erklärt werden. Hier erweist sich Dallmayrs Bezugnahme auf Heidegger als entscheidend.

Differenz als Differenz

In einem gemeinsam mit Lilian Zac verfassten Artikel wird dieses scheinbar paradoxe Verhältnis von Laclau in den Begriff der ontologischen Differenz gefasst. Bezugnehmend auf Reiner Schürmanns Lektüre der Heideggerschen Diskussion des *arché*-Begriffs unterscheiden Laclau/Zac zwischen einerseits ontischem Nichts als der Quelle (Anfang) eines Seienden, das – etwa in einer bestimmten historischen Epoche – abwesend ist, sehr wohl aber anwesend sein könnte, und andererseits einem ontologischen Nichts als, in Schürmanns Worten, „Sog der Abwesenheit, der Präsenz in ihrem eigentlichen Kern durchzieht“ (Schürmann 1990: 141), als Ursprung, der keine Geschichte hat. Dieser Ursprung, der sowohl Angang als auch Abgang ist („genesis and phtora, rising and declining; being and not-being“, *ibid.*), ist ursprüngliche Zeit. Als solche widersteht sie simpler Wie-

derholung (=Verräumlichung). Für Laclau und Zac ist entscheidend, dass wenn wir die Differenz zwischen Sein und Seiendem als zeitliche Differenz – als Temporalisierung – fassen wollen, wiederum eine Durchquerung des Nichts, eine „passage through nothingness“ (Laclau/Zac 1994: 29) erforderlich ist, denn das Nichts ist „the very condition of access to Being“ (Laclau/Zac 1994: 30):

For, if something were mere, unchallenged actuality, no ontological difference would be possible: the ontic and the ontological would exactly overlap and we would simply have pure presence. In that case, Being would only be accessible as that which is the most universal of all predicates, as that which is beyond all *differentia specifica*. And that would mean it would not be accessible at all [...]. But if nothingness were there as an actual possibility, any being which presents itself would also be, to its very roots, mere possibility, and would show, beyond its ontic specificity, Being as such. Possibility, as opposite to pure presence, temporalizes Being and splits, from its very ground, all identity (Laclau/Zac 1994: 30).

In der zitierten Passage betrachten Laclau und Zac das Problem vonseiten des Verhältnisses zwischen Aktualität und Potenz oder Potenzialität⁴: Die aktuelle ontische Ebene des Seienden kann nur existieren, wenn sie auf etwas bezogen ist, das sie (noch) nicht (oder nicht mehr) ist: Potenz. Letztere darf nicht bloß als eine weitere Möglichkeit auf der Ebene des Ontischen verstanden werden, sondern ist vielmehr eine Form der Möglichkeit, die Aktualität unterminiert – denn wo Aktualität ungehindert herrscht, leben wir in einem Universum, in dem alle Möglichkeiten aktualisiert sind, was ein ziemlich übervoller Ort wäre. Aus Perspektive der Diskursanalyse könnte dieses Universum als ein totalisiertes und homogenisiertes Signifikationssystem beschrieben werden (als geschlossene Totalität von „Gesellschaft“). Es wäre jenseits jeder *differentia specifica* lokalisiert, denn es hätte einen Status völliger Äquivalenz erreicht und alle differentielle Positivität ausgelöscht. Will man dieser Falle totaler Schließung entkommen, wird man notwendigerweise die „Passage durchs Nichts“ suchen müssen. Doch das Nichts darf nicht in Form einer bloßen Indifferenz konzeptualisiert werden, ähnlich wie Dallmayr vermutet, Differenzen seien „simply related by nothing“: Das Nichts, von dem Laclau und Mouffe sprechen – ein Nichts, das Differenzen zugleich verbindet und subvertiert – besitzt eine sehr reale Präsenz (letztlich die Präsenz des Realen). So betonen Laclau und Mouffe in *Hegemonie und radikale Demokratie*, dass „bestimmte diskursive Formen durch die Äquivalenz jede Positivität des Gegenstandes auslöschen und der Negativität als solcher eine reale Existenz geben.“ Was volle Präsenz unmöglich macht – die „Unmöglichkeit des Realen – Negativität“ –, „hat eine Form von Präsenz erlangt“ (Laclau/Mouffe 1991: 185). Deshalb sind Negativität und Nichts sehr wohl gegenwärtig in ihrer eigenen Abwesenheit, denn sie werden vom Differenzsystem erfordert, sollen des-

4 Vgl. hierzu die Arbeiten eines weiteren „Linksheideggerianers“ zur Potenzialität, Giorgio Agamben (1999).

sen Differenzen irgendeinen Grad an Systematizität erlangen, indem sie in ein Äquivalenzverhältnis treten dem gegenüber, „was sie nicht sind“. Dieses Außen mag zwar nicht auf der Ebene des Seienden als ein weiteres Seiendes existieren, nichtsdestoweniger insistiert es, insofern es jene Ebene durch Prozesse des Anwesens/Abwesens subvertiert. Könnten wir solch ontologische (=radikale) Negativität komplett überwinden, würden wir zugleich jeden Effekt von (immer partieller) Systematizität und Bedeutung zerstören. Reduziert man also „ontologische“ Negativität auf ontische Negativität, dann malt man kein „realistischeres“ Bild von Signifikation, sondern das eines totalisierten Systems reiner Präsenz. Deshalb muss die ontologische Differenz als Differenz ins Bild gebracht werden:

Presencing (Ursprung) and what is present, the ontological and the ontic, are irremediably split, but this has a double consequence: the first is that the ontic can never be closed in itself; the second, that the ontological can only show itself through the ontic. The same movement creating the split, condemns its two sides (as in all splits) into mutual dependence. Being cannot inhabit a „beyond“ all actual beings, because in that case, it would only be one more being. Being shows itself in the entities as that which they are lacking and as that which derives from their ontological status as mere possibility. Being and nothingness, presence and absence, are the mutually required terms of a ground constitutively split by difference (Laclau/Zac 1994: 30).

Spätestens mit diesem Zitat sollte evident geworden sein, dass der Spalt zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen als radikal vorgestellt werden muss, ansonsten wäre er Teil des Ontischen, d.h., er wäre nur eine weitere Differenz innerhalb eines Differenzsystems. Das Ontische und das Ontologische als „unwiderruflich getrennt“ zu bezeichnen, wie Laclau und Zac es tun, bedeutet nichts anderes, als dass die Differenz zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen radikal, unüberwindbar und konstitutiv, also notwendig in Bezug auf die Existenz eines differentiellen Systems ist. Denn insofern das System sich auf etwas bezieht, das seiner eigenen Existenz immer entkommt, wird es sich nie vollständig als Totalität konstituieren können. Darin liegt, in Laclaus Verständnis, die erste Konsequenz der ontologischen Differenz: Das Ontische wird durch jene Instanz verunmöglicht, das Ontologische nämlich, welche es zuallererst möglich macht.

Doch das konstitutive Außen des Systems kann – als „Nichts“ – nicht aus dem Inneren des Systems heraus signifiziert werden, denn dann wäre es bereits Teil dieses Systems. Da Nichts keine bloße Indifferenz darstellt, sondern als Abwesenheit insistiert, die ihre Anwesenheit spürbar macht, kann das Außen sich im Inneren des Systems nur *zeigen* in Form seiner Unfähigkeit, sich zur Totalität oder zu reiner Präsenz zu schließen: zu einem „System als reines Sein“ (Laclau 2002: 69). Deshalb besitzen Dislokation und Antagonismus eine „Offenbarungsfunktion“, die in Kraft tritt, sobald Lücken, Spalten, Brüche und Unterbrechungen auf der ontischen Ebene des Seienden auftreten. Das dislozierende Ereignis

wird von einem, wenn man so will, Entbergungseffekt begleitet, und darin besteht die zweite Konsequenz: „It is the effect of unconcealment that splits the opposing forces between their ‚ontic‘ contents and the character of mere possibility – that is, inception, pure Being – of those contents“ (Laclau/Zac 1994: 30).

Wir sind nun in einer besseren Position, um Dallmayrs Vorwurf Laclau und Mouffe gegenüber zu beurteilen, sie würden „mit dem Nichts flirten“. In Laclaus und Mouffes Ansatz stehen Sein und Nichts in keinem antithetischen Verhältnis zueinander: Würden wir unseren Blick auf die ontologische Ebene allein beschränken, könnte man sogar sagen, dass Sein (= komplette Schließung des Systems) und Nichts (= komplette Öffnung des Systems) ein und dasselbe sind. Die reale Spaltung – die manche vielleicht die klaffende Wunde des Realen nennen würden – besteht in der radikalen Trennung zwischen der ontologischen und der ontischen Ebene, die verhindert, dass das Nichts – das radikale Außen – je als solches erreicht werden könnte (was umgekehrt natürlich auch für das Sein als solches gilt). Es kann sich nur zeigen in Form von Dislozierungseffekten innerhalb der ontischen Ordnung des Seienden. Aus diesem Grund wird das Nichts von Laclau und Mouffe weder zu einem schwarzen Loch hypostasiert noch auf die inverse Kategorie des ontischen Seienden reduziert und damit reifiziert. Was Dallmayr in seiner Lektüre von Laclau und Mouffe nicht berücksichtigt, ist die *konstitutive* Natur der Differenz zwischen ontischem und ontologischem Nichts, weshalb er irrtümlicherweise letzteres mit ersterem verwechselt. Akzeptiert man aber die Radikalität ihrer Spaltung, dann wird deutlich, dass Laclau und Mouffe keineswegs irgendeiner Art von „negativer Ontologie“ anhängen:

To assert, as we have, the constitutive nature of antagonism does not therefore mean referring all objectivity back to a negativity that would replace the metaphysics of presence in its role as an absolute ground, since that negativity is only conceivable within such a very framework. What it does mean is asserting that the moment of undecidability between the contingent and the necessary is constitutive and thus that antagonism is too (Laclau 1990: 27).

Die Spaltung zwischen dem Partikular-Universalen und dem Singulär-Absoluten

Wie lassen sich diese vielleicht etwas abstrakten Überlegungen zur ontologischen Differenz – die wir als Indikator des „streng Philosophischen“ in Laclaus Werk identifiziert haben – mit Fragen konkreter Politik verbinden? Erweisen sie sich als schlicht irrelevant für politische Praxis und Theorie – wie der manchmal gegen Laclau erhobene Vorwurf des Theoretizismus insinuiert? Die Antwort lautet, dass es für einen post-fundationalistischen Ansatz in der politischen Theorie dringend erforderlich ist, vom Phänomen der ontologischen Differenz in irgendeiner Weise Kenntnis zu nehmen, da diese (in ihrer radikalen Version) als Er-

möglichungsbedingung des hegemonialen Spiels zwischen dem Partikularen und dem Universalen fungiert. Deren Verhältnis hat es in Laclaus jüngerer Formulierung seiner Hegemonietheorie zu einer *distinction directrice* gebracht. In Kurzform: Jede partikuläre Forderung muss sich, will sie politisch und damit hegemonial effektiv werden, universalisieren: Sie muss sich „universalere“ präsentieren als es ihr konkreter Inhalt ist. Und nur auf Basis dieses Überschusses an Universalität kann ein bestimmter Partikularismus das soziale Feld zu hegemonisieren beginnen.

Wenn Laclau (2000: 58) also behauptet, die soziale Realität werde durch die „komplexe Dialektik zwischen Partikularität und Universalität, zwischen ontischem Inhalt und ontologischer Dimension“ strukturiert, dann könnte es auf den ersten Blick scheinen, als würde die ontologische Differenz nur ein heuristisches Mittel abgeben, um das Verhältnis zwischen Form und Inhalt eines gegebenen hegemonialen Projekts besser beschreiben zu können. Solch ein Projekt muss auf eine Dimension der Universalität zielen, und diese Dimension ist logisch unabhängig vom tatsächlichen Inhalt des Projekts – und doch steht sie in einem Verhältnis zu letzterem, da es durchaus historische und politische Gründe gibt, warum ein bestimmter Inhalt in einem bestimmten Kontext erfolgreicher ist als ein anderer. Doch wenn wir die *Natur* des Verhältnisses zwischen ontischem Inhalt und ontologischer Dimension befragen, werden wir wiederum sofort dem Phänomen der *radikalen Kontingenz* und der *notwendigen (Un-)Möglichkeit* begegnen, also der ontologischen Differenz *als Differenz*. Das wird umso offensichtlicher, bedenkt man die Konsequenzen des Arguments. Drängt man das Universale bis zum äußersten Ende der Skala, dann wird jeder partikuläre Inhalt vollständig verschwinden: Sobald ein Projekt sich gänzlich universalisiert hat, sobald es das ganze Feld des Sozialen hegemonisiert hat, verwandelt es letzteres in eine geschlossene Totalität und das Projekt wird nicht „Hegemonie“ errungen haben, sondern „absolute Macht“. Allerdings wird es – als Nebeneffekt seiner absoluten Universalität – jeden ontischen Inhalt verloren haben, das heißt, es wird sich seiner partikulären Inhalte und Ziele entledigt haben, denn sie werden ja bereits realisiert und dieser allumfassenden Universalität subsumiert worden sein. Damit verliert Politik ihre Berechtigung. Drängt man andererseits das Partikuläre an das äußerste Ende der Skala, dann endet man in einer Situation des extremen Partikularismus, in der Politik genauso unmöglich wird. In diesem Fall wird sich jedes Projekt in seinem partikulären Inhalt verkapseln und nicht länger in der Lage sein, sich über die gemeinsame Artikulation von anderen Forderungen zu universalisieren.

Wo also treffen wir auf die radikale Linie zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen? Offenbar verläuft sie nicht zwischen mehr oder weniger universalisierten Partikularitäten. Selbst ein „relativ“ universalisierter Inhalt bliebe immer noch auf der ontischen Ebene. Deshalb muss nach der ontologischen Differenz an anderer Stelle gesucht werden. Im „strengen“ oder radikalen Sinn verläuft sie zwischen jenen mehr oder weniger universalisierten Inhalten auf der ei-

nen und der *Dimension* von Universalität/Partikularität *als solcher* auf der anderen Seite. Diese Dimension zeigt sich in all ihrer Radikalität an den (letztlich unerreichen) gegenüberliegenden Endpunkten einer Skala. In seiner Eigenschaft als Dimension operiert der Letzthorizont des Universalen (im Sinne eines „leeren Ortes“) als zugleich unmögliches wie notwendiges Objekt – und dasselbe muss vom Partikularen in seiner Eigenschaft als Dimension gesagt werden. Um diese unmöglich-notwendigen Grenzfälle von Universalität und Partikularität von dem „möglichen“ und immer graduellen Spiel der Universalisierung und Partikularisierung besser zu unterscheiden, schlage ich vor, sie mit den Begriffen des *Absoluten* und des *Singulären* zu fassen.

Tatsächlich lassen sich das Singuläre und das Absolute – als unmögliche Grenzfälle – nicht umstandslos vom Aspekt des Partikularen und des Universalen trennen, was möglicherweise der Grund ist, warum Laclau keine eigenständigen Kategorien für sie eingeführt hat. Wenn wir vorschlagen, genau das zu tun, dann nicht nur aus Gründen kategorialer Deutlichkeit, sondern auch um einem zukünftigen Vergleich all der verschiedenen Theoretisierungen von Singularität – durch Derrida, Nancy, Negri, Agamben und andere – das Terrain zu ebnet.⁵ Vom Gesichtspunkt der Hegemonietheorie jedenfalls, und das mag sie von den gerade Genannten unterscheiden, stellen das Singuläre und das Absolute einen intrinsischen „Aspekt“ des Spiels zwischen dem Partikularen und dem Universalen dar. In gewisser Hinsicht könnte man sie sogar für identisch mit letzteren halten. Und doch unterscheiden sie sich von ihnen, indem sie *notwendigerweise unmöglich* sind: Das Singuläre und das Absolute sind Namen für jenen Zustand von Partikularität/Universalität, der notwendig unmöglich bleiben muss, um als Möglichkeitsbedingung für das Spiel zwischen dem Partikularen und dem Universalen gelten zu können. Daraus folgt, dass wir nicht nur eine Differenz zwischen einer bestimmten Partikularität und einer bestimmten Universalität annehmen dürfen, sondern wir müssen von einer radikaleren Differenz ausgehen, die als (Nicht-)Grund der ersteren fungiert: einer radikalen Differenz zwischen den beiden Reichen konkreter Universalitäten/Partikularitäten auf der einen Seite und dem Singulären/Absoluten auf der anderen Seite. Was wir also am Grunde des dialektischen Spiels zwischen dem Universalen und dem Partikularen – mit seinen relativen Graden der Universalisierung und Partikularisierung bestimmter Forderungen – entdecken, ist eine radikalere Differenz. Die Differenz-als-Differenz, die radikale Kluft (die zugleich eine notwendige Verschränkung darstellt) zwischen

5 Nicht alle dieser gegenwärtigen Theorisierungen von Singularität sind mit dem Laclau'schen Framework gänzlich inkompatibel; als radikales Ereignis kann das Singuläre als eigentlicher Moment des Politischen, sogar des Ethischen theoretisiert werden, d.h. als das, was von außen kommt und den ontischen Bereich der Politik oder des Normativen unterbricht und stört (aber auch teilweise gründet). Für eine Diskussion dieses Aspekts von Singularität siehe Marchart (2003b). Dennoch muss gesehen werden, dass Unterbrechung/Institution keinen klaren politischen oder moralischen „Inhalt“ besitzt – weshalb nicht abstrakt dekretiert werden kann, man müsse das Ereignis der Singularität eo ipso respektieren.

der „possibilistischen“ Dialektik von Universalität und Partikularität auf der einen Seite und dem Gespenst ihrer unmöglichen Grenzfälle auf der anderen: dem Absoluten und dem Singulären. Eine radikale Differenz, die übrigens von Laclau in eine Vielzahl von Begriffen gefasst wird: Kontingenz, Freiheit, Dislokation, radikale Historizität, usw.

Vor dem Hintergrund dieser konzeptuellen Erweiterung der Laclau'schen Hegemonietheorie lassen sich nun einige wichtige Konsequenzen deutlicher machen, die jene poststrukturalistischen Theorien betreffen, die Politik vor allem unter dem Aspekt der Ethik betrachten. Es gehört nicht viel dazu, die ontische Realisierung des ontologischen Grenzfalles des Absoluten – die ja die komplette hegemoniale Universalisierung einer bestimmten Forderung implizieren würde – als klaren Fall einer totalen systemischen Schließung zu erkennen und zu verdammen. Der Poststrukturalismus als solcher ist gegen genau diese Vorstellung ausgezogen. Und doch, während das Wissen um die Gefahr einer beabsichtigten Realisierung des Absoluten heute *common sense* ist, werden die offensichtlich analogen Konsequenzen des Arguments in Bezug auf den Status des *Singulären* durchgehend ignoriert. Ja man begegnet allüberall der feierlichen Zelebrierung von Singularität *per se*. Doch wenn es unmöglich ist, jemals den äußersten Grenzpunkt des Absoluten zu erreichen, dann kann es natürlich auch so etwas wie reine Singularität nicht geben. Man könnte sagen, dass der Glaube an die Möglichkeit, etwas oder jemandem in seiner/ihrer „reinen Singularität“ begegnen zu können – ohne Rekurs auf irgendeine Form der Universalisierung/Partikularisierung – *so ideologisch* ist wie die umgekehrte Hoffnung auf eine absolute oder geschlossene Totalität.

In einer bestimmten Universalität wird es sicherlich immer einen Rest an Partikularität geben, aber dieser Rest wird nie eine *reine Singularität* darstellen – denn dann hätten ja *alle* Verbindungen zur Universalität gekappt werden müssen. Daraus folgt, dass jeder Rest *als Rest an Partikularität* immer Teil der Dialektik zwischen Universalität und Partikularität sein wird. Sobald wir uns zum Beispiel in einer bestimmten Situation mit den politischen oder sozialen „underdogs“, wie etwa den Obdachlosen, identifizieren, identifizieren wir uns nicht mehr mit einer reinen Singularität. Vielmehr identifizieren wir uns mit diesen „underdogs“, weil wir in ihnen *exemplarische Vertreter* der Unterdrückung und ein Bild von Unterdrückung im Allgemeinen sehen (aufgrund ihrer *inversen* Relation zur hegemonialen oder herrschenden Klasse). So wurden sie immer bereits universalisiert und dem Spiel zwischen Partikularität und Universalität eingeschrieben. Und somit haben wir noch keineswegs das Singuläre bzw. die ontologische *Dimension* von Partikularität als solcher erreicht. Natürlich wird es immer Ausschlüsse von den dominanten gesellschaftlichen Paradigmen geben, doch sobald wir diese Ausschlüsse *als Ausschlüsse* realisieren, stellen wir schon eine Verbindung (und sei es nur eine negative) zu irgendeiner Art von Universalität her. Müsste dieses Argument nicht Konsequenzen für Laclaus jüngsten Versuch haben, die „Subalternen“ als jene zu definieren, die von der Dialektik zwischen Universalität und

Partikularität ausgeschlossen sind? Insofern sie aus dieser Dialektik ausgeschlossen bleiben, stehen sie auch jenseits des Felds der Politik; nur insofern sie als „subaltern“ *in Bezug* auf die „dominanten“ Klassen verstanden werden, werden sie zum Teil der Dialektik zwischen Universalität und Partikularität. Ähnlich muss die Marx'sche Verachtung für das so genannte Lumpenproletariat eingeschätzt werden (Laclau 2005: 144-153). Natürlich können wir Marx dafür kritisieren, dass er das Lumpenproletariat verachtete, aber ist dieser Begriff nicht auch ein Indikator, in Marx' Augen, der *nicht-universalisierbaren* und deshalb *a-politischen* Natur einer (Nicht-)Klasse, die zu heterogen, verarmt und „moralisch“ unvorbereitet ist, um politisierbar zu sein? Eine politische Kritik der Marx'schen Position würde sich an dieser Stelle deutlich von einer moralischen oder ethischen unterscheiden. Letztere würde in vielleicht Derrida'schem oder Levinas'schem Stil den uneingeschränkten Respekt gegenüber dem singular Heterogenen einfordern, während eine politische Kritik auf die sehr reale Möglichkeit der Politisierung selbst noch einer Gruppe wie der des Lumpenproletariats verweisen würde (siehe auch Marchart 2002).

Laclaus politischer Realismus – der auf seiner Betonung der unüberwindbaren Kluft zwischen dem Raum des notwendig Unmöglichen und dem Raum strategischer Möglichkeiten gründet – hindert ihn daran, der Versuchung eines ethizistischen Zugangs zu Politik nachzugeben, der Respekt für den Anderen in seiner/ihrer puren Singularität einfordern würde. Die letztlich moralische Erpressung, die Singularität von etwas zu „akzeptieren“ bloß aufgrund dieser Singularität selbst (also den anderen zu akzeptieren „wie er ist“, und zwar *egal wie*), stellt eine Form der ideologischen Schließung dar, die nur auf den ersten Blick sympathischer wirkt als ihr absolutistisches Gegenstück. Aber wenn es um Singularität per se unter Absehung von jedem Inhalt geht, müssten wir dann nicht auch dem singular Bösen, Grausamen und Mörderischen unseren Respekt erweisen?⁶ Ob jemand, der ausgeschlossen wurde, deshalb schon ein „Opfer“ ist, kann nicht aprioristisch auf Basis der bloßen Tatsache des Ausschlusses festgestellt werden. Man muss nur an den durchaus legitimen Ausschluss von Nazi-Parteien aus der Sphäre politischer Repräsentation mancher Länder denken. Laclau gibt uns keinen Hinweis darauf, ob aus seiner Perspektive eine Annäherung an das Singuläre im Bereich persönlicher Ethik möglich ist, aber auf Basis seiner Hegemonietheorie ist evident, dass solche Versuche im Bereich der Politik zum Scheitern verurteilt wären. In diesem Bereich muss selbst dort, wo die Aufmerksamkeit auf einen partikularen Rest gelenkt werden soll, ein Universalisierungsprozess eingeleitet werden.

6 Für eine vergleichbare Diskussion der Differenz von Terror und Terrorismus entlang der Differenzierung zwischen dem Ontologischen und dem Ontischen siehe Marchart (2003a).

Conclusio

Ich habe in diesem Aufsatz argumentiert, dass die ontologische Differenz – im radikalen Heidegger'schen Sinn von Differenz-als-Differenz – das streng philosophische Moment an Laclaus kategorialem Theoriebau ausmacht. Außerdem habe ich zu zeigen versucht, dass das Prädikat „radikal“, das überall in Laclaus Theorie gefunden werden kann, auf diese Dimension hindeuten und eine unüberbrückbare Kluft und zugleich notwendige Verschränkung im Kern aller Bedeutungsproduktion indizieren soll. Es ist das Spiel dieser Differenz, das letztlich auf die Dimension eines Grundes deutete, der nur in seiner Abwesenheit anwesend ist. Anders gesagt, eine Theorie, die auf Differenz-qua-Differenz „gebaut“ ist, kann keinen ultimativen Grund instituieren. Dennoch hat Laclau eine der wenigen post-fundationalistischen Sozialtheorien entwickelt, die eine gewisse innere Systematik aufweisen.⁷ Hegemonie kann somit definiert werden als eine Theorie der strategischen Züge – und der quasi-transzendentalen Bedingungen, unter denen solche Züge möglich sind –, die auf einem grundlosen Terrain geführt werden, das vom Spiel der Differenz eröffnet wurde.

Diese Überlegungen erlauben uns abschließend, mit gebotener Vorsicht den Status und Ort von Laclaus Werk im Verhältnis zu Philosophie, Wissenschaft und politischer Theorie/Praxis zu bestimmen. Claude Lefort (2000) hat einmal seine eigene ambivalente Identität – als jemand, dem die Rolle des „Philosophen“ zugeschrieben wird – mit der mittelalterlichen Formel beschrieben: *major et minor se ipso*. In ähnlicher Weise ist auch Laclau zugleich mehr und weniger als ein Philosoph im disziplinären Sinn des Wortes. Obwohl er sich nicht als „Philosoph im strengen Sinne“ versteht (selbst wenn er regelmäßig in philosophische Debatten interveniert und sich querfeldein durch die philosophische Tradition arbeitet), gibt es dennoch ein Moment des „streng Philosophischen“ in seinem Werk, ein Moment der Radikalität, das mit dem Denken der ontologischen Differenz-als-Differenz verbunden ist. Warum sollte man das anerkennen? Die Anerkennung dieses Moments ist wichtig, weil es den Status selbst der „nicht-philosophischen“ Dimensionen seines Werks – Wissenschaft und politische Praxis/Theorie – nicht unberührt lässt. Zu Beginn hatte ich darauf hingewiesen, dass philosophische Motive bei Laclau immer mit Wissenschaft (in Form von Linguistik und Diskursanalyse) und mit politischer Theorie/Praxis (in Form etwa eines Projekts radikaler und pluraler Demokratie) artikuliert sind. Das Denken der ontologischen Differenz interveniert als Überschuss, als Einbruch des „streng Philosophischen“ in diese artikuliert Triade. Doch weit davon entfernt, ein überflüssiges Addendum zu seinem Werk darzustellen, besitzt dieser Überschuss eine, wie ich denke, entscheidende Funktion: Das „streng Philosophische“ hindert

7 Die Verbindung zwischen Post-Fundationalismus und Systematik ist keineswegs selbstwidersprüchlich, man denke nur an Laclaus Begriff des Systems als eines letztlich unmöglichen und doch notwendigen Objekts.

die Theorie daran, einem bloßen Szientismus zu verfallen (einem positivistischen „Wörterzählen“, wie in einigen Spielarten linguistischer Diskursanalyse). Und umgekehrt hindert es Theorie daran, zu einer Art journalistischer Fortsetzung des Aktivismus zu werden. Mit anderen Worten, das Moment des „streng Philosophischen“ hindert Laclau Theorie daran, sich entweder zu einer weiteren Version des Nominalismus/Positivismus oder zu einem Manifest des blinden Aktivismus zu verengen. Es kann darum nicht überraschen, dass der Vorwurf des Theoretizismus, Logizismus oder Formalismus, der immer wieder gegen Laclau erhoben wird, diese Funktion des „streng Philosophischen“ übersieht. Doch ohne ein solches Moment des „streng Philosophischen“ wird es nicht möglich sein, unsere Begriffe von Kontingenz, Historizität und Freiheit radikal neu zu denken.

Literaturverzeichnis

- Agamben, Giorgio (1999): *Potentialities: Collected Essays in Philosophy*. Stanford: Stanford University Press.
- Dallmayr, F.R. (1988): „Hegemony and democracy: on Laclau and Mouffe“, in: *Strategies* 30 (Fall): 29-49.
- Heidegger, Martin (1957): *Identität und Differenz*. Stuttgart: Neske.
- (1994): *Beiträge zur Philosophie (Vom Ereignis)*. Gesammelte Werke 65. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London/New York: Verso.
- (1993): „Discourse“, in: Robert A. Goodin, Philip Pettit (Hg.): *A Companion to Contemporary Political Philosophy*. Oxford: Basil Blackwell, 431-437.
- (1994): „Introduction“, in: ders. (Hg.): *The Making of Political Identities*. London/New York: Verso, 1-8.
- (1996): „Deconstruction, pragmatism, hegemony“, in: Chantal Mouffe (Hg.): *Deconstruction and Pragmatism*. London/New York: Routledge, 47-67.
- (1999): „Hegemony and the future of democracy: Ernesto Laclau’s political philosophy (Interview)“, in: Gary A. Olson, Lynn Worsham (Hg.): *Race, Rhetoric, and the Postcolonial*. Albany: State University of New York Press, 129-164.
- (2000): „Identity and Hegemony: The role of universality in the constitution of political logics“, in Judith Butler; Ernesto Laclau; Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality: Contemporary Dialogues on the Left*. London/New York: Verso, 44-89.
- (2002): *Emanzipation und Differenz*. Wien: Turia + Kant.
- (2005): *On Populist Reason*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie*. Wien: Passagen.
- Laclau, Ernesto; Zac, Lilian (1994): „Minding the gap: The subject of politics“, in Ernesto Laclau (Hg.): *The Making of Political Identities*. London/New York: Verso, 11-39.

- Lefort, Claude (2000): *Writing. The Political Test*. Durham/London: Duke University Press.
- Marchart, Oliver (2002): „On drawing a line: Politics and the signifiatory logic of inclusion/exclusion“, in: Urs Stäheli, Rudolf Stichweh (Hg.): *Inclusion/Exclusion and Socio-Cultural Identities*, Sondernummer *Soziale Systeme* 8(1): 69-87.
- (2003a): „The other side of order: Towards a political theory of terror and dislocation“, *Parallax* 9(1): 91-113.
- (2003b): „Umkämpfte Gegenwart: der ‚Zivilisationsbruch‘ Auschwitz zwischen Singularität, Universalität und der Globalisierung der Erinnerung“, in: Heidemarie Uhl (Hg.): *Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur*. Innsbruck: Studienverlag, 35-66.
- (2007): *Post-foundational Political Thought: Political Difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau*. Edinburgh: Edinburgh University Press (im Erscheinen).
- Schürmann, Reiner (1990): *Heidegger. On Being and Acting: From Principles to Anarchy*. Bloomington: Indiana University Press.

Von der Herde zur Horde? Zum Verhältnis von Hegemonie- und Affektpolitik

URS STÄHELI

1. Einleitung

Beschäftigt man sich mit dem Populären, so positioniert man sich – willentlich oder unwillentlich – in der Nähe von Massensemantiken. Dies geschieht häufig in der Form vehementer Abgrenzung. In den britischen Cultural Studies wird der Begriff der Masse zu Gunsten eines nun positiv konnotierten Begriffs des Populären verabschiedet: An die Stelle der Massen treten die Leute („the people“), die immer schon als kritische und subversive Instanz funktionieren (Williams 1986; Fiske 1989). Das von Ernesto Laclau entworfene Konzept des Populären hält sich von einer derartigen politisch-normativen Vereinnahmung fern. Hier zeigt sich denn auch der Vorteil einer formalen – nicht aber formalistischen – Argumentationsweise, die weder ein Subjekt des Populären voraussetzen muss, noch dieses normativ auflädt: Die Logik des Populären wird im Rahmen einer Theorie des Politischen und der Hegemonie gedacht, die sich für das Funktionieren diskursiver Logiken interessiert. Das Populäre verkörpert für Laclau/Mouffe eine zentrale, wenn nicht sogar *die* Logik des Politischen – eine Logik, die sich nicht automatisch in ein spezifisches politisches Programm einschreibt. Diese politische Offenheit des Konzeptes wurde zwar vielfach kritisiert, wobei gerade die normative Unbestimmtheit das Populäre zum geeigneten analytischen Instrumentarium macht.

Diese Offenheit mag ein Grund dafür gewesen sein, dass Laclau (2005) sein Buch *On Populist Reason*¹ mit einer Diskussion der Massenpsychologie beginnen lässt – und zwar durchaus nicht in denunziatorischer Absicht. Die Massenpsychologie interessiert Laclau trotz ihrer konservativen oder gar reaktionären

1 Im Folgenden abgekürzt mit der Sigle PR.

Ausrichtung, um das epistemische Feld zu rekonstruieren, auf dem das Populäre und eine Theorie der Hegemonie überhaupt erst denkbar werden. Die Rückwendung auf die Massenpsychologie wird bei Laclau allerdings in ein lineares Narrativ eingeordnet, das letztlich zur Hegemonietheorie führt. Eine offene Neu-Lektüre der Massenpsychologie – etwa im Sinne Borch-Jacobsens (1988; 1992) – macht aber auch verschüttete Möglichkeiten der Hegemonietheorie sichtbar. Denn die Massenpsychologie stellt auf radikale Weise das psychoanalytische Identifikationsmodell, das auch Laclaus Konzept der Hegemonie anleitet, in Frage. Angedeutet wird die Möglichkeit, dass das Populäre jenseits der klassischen Identifikationsprozesse funktioniert; ja, dass sich das Populäre geradezu durch seine orthogonale Stellung zu gleichzeitig ablaufenden Identifikationsprozessen bestimmt. Gerade weil sich das Populäre als hochgradig affektiv strukturierte Kommunikationsform erweisen wird, eröffnet sich ein Spannungsfeld zwischen einer Konzeption populärer Affekte und identifikatorischer Hegemonialpolitik. Ich möchte dieses schwierige Verhältnis durch eine Re-Lektüre von Laclaus Re-Konstruktion der Massenpsychologie diskutieren und dafür plädieren, Hegemonie und Affekt nicht zu schnell miteinander zu verknüpfen.

2. Laclaus Lektüre von Le Bons Massenpsychologie

Die französische Massenpsychologie um 1900 (u.a. Gustave Le Bon, Gabriel Tarde) stellt eine „Matrix“ bereit, innerhalb derer das pathologisierte Phänomen des Populismus denkbar wird und entsprechende Unterscheidungen entworfen werden (PR: 19-20). Laclau entwirft eine zeichentheoretische und psychoanalytische Leseweise der Massenpsychologie. Diese Vorentscheidung wird folgenreich für Laclaus Einschätzung der Massenpsychologie und die Entwicklung seiner eigenen Position sein. Was also sieht man, wenn man die Semiotik von Le Bons (1982[1895]) Massenpsychologie zu beschreiben versucht? Für Laclau zeigt diese in erster Linie die Arbitrarität des Zeichens auf. Die ‚wirkliche Bedeutung‘ von Worten und die von ihnen hervorgerufenen Bedeutungen decken sich nicht mehr miteinander. Damit eröffnet sich für Laclau ein Spielraum des Politischen, definiert doch die Nichtfixierbarkeit von Bedeutungen dessen Möglichkeitsbedingung (PR: 26). Nur vor diesem Hintergrund wird die für jede Hegemoniepolitik zentrale Re-Artikulation einzelner Signifikanten denkbar.

Gleichzeitig kritisiert Laclau aber Le Bon wegen seines Festhaltens an einem klassischen Sprachbegriff, da er im Normalzustand von einer fixierten Sprache ausgehe. Rhetorik ist nur als strategischer – und als ‚uneigentlicher‘, das Wesen einer rational argumentierenden Sprache verletzender – Einsatz konzipiert, so dass das Politische als Ausdruck eines zwar allgegenwärtigen, doch aber auch pathologischen Zustandes der Sprache gilt. Die Massenpsychologie stellt isolierte linguistische Elemente der logisch begründeten und nachvollziehbaren Verbindung sprachlicher Elemente im rationalen Diskurs gegenüber: „[D]isconnected –

that is, purely associative – connotations are opposed to a process of logical argumentation“ (PR: 28). Dieser nicht explizierte normative Sprachbegriff bildet die Grundlage für Le Bons Theorie politischer Überzeugung. Was Laclau an dieser Stelle nicht thematisiert, ist das implizite medientheoretische Argument von Le Bon: Wir haben es nicht nur mit einem Gegensatz innerhalb der Sprache zu tun, sondern mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher medialer Logiken. Der Sprache wird in ihrer Kombinatorik Rationalität unterstellt, während das Bildliche wegen seiner freien Assoziierbarkeit der Irrationalität entspreche. Der zeichentheoretischen Lektüre von Laclau muss dieser Unterschied als zweitrangig vorkommen. Verpasst wird damit aber auch eine Analyse des besonderen Modus sozialer Affektivität des Bildmediums – d.h. eine spezifische assoziative Logik von visuellen Diskursen, die auch jenseits einer identifikatorischen Zentralperspektive funktioniert.

3. Hegemonie und Imitation

In einem zweiten Schritt wendet sich Laclau der Massentheorie von Gabriel Tarde (2001, 2003) zu, dessen Werk gerade für aktuelle Debatten der Sozialtheorie und politischen Philosophie von größter Bedeutung ist (Latour 2001; Toews 2003; Borch/Stäheli 2008). Gabriel Tarde hat eine radikale Theorie des Sozialen entworfen, die allerdings von seinen Zeitgenossen häufig missverstanden worden und, etwa von Durkheim, fälschlicherweise der Psychologie zugerechnet worden ist. Entgegen einer Hypostasierung symbolischer und sozialer Strukturen hat Tarde einen ereignisbasierten Begriff des Sozialen entworfen: Das Soziale lässt sich als Abfolge von Ereignissen konzipieren, die untereinander in einem Verhältnis der Nachahmung (Imitation) stehen. Während Laclau Le Bons Massenpsychologie dazu nutzt, die Arbitrarität des Zeichens und damit die Möglichkeit des Politischen zu identifizieren, dient der Abschnitt über Tarde dazu, den Weg zur Einführung eines psychoanalytischen Identifikationsmodells zu ebnen. Denn die Nachahmung beruhe unabdingbar darauf, dass eine strikte Separierung zwischen den Nachahmenden und einem Führer bestehe: „The role of the leader [...] is central in determining the possibility of imitation“ (PR: 41). Die Masse der Nachahmenden identifiziert sich also nicht unmittelbar mit sich selbst, sondern sie bedarf eines äußeren Fixpunktes – des Führers –, um sich untereinander zu verbinden; jede Nachahmung ist durch den Führer vermittelt. Laclau identifiziert damit bei Tarde eine grundlegende Dyade von Geführten und dem Führer.

Tardes Theorie der Imitation widersetzt sich aber dieser weitverbreiteten Lektüre durch ihre ereignisbasierte und differenztheoretische Denkweise. Die Unterscheidung zwischen Führer und Geführten gestaltet sich keineswegs so manichäisch, wie dies von Laclau vorgeschlagen wird. Zwar ist Laclau zuzustimmen, dass jede Suggestionsbeziehung immer auch eine asymmetrische Beziehung ist: Schließlich muss etwas nachgeahmt werden. Hier sind aber mehrere

Präzisionen vorzunehmen. Erstens handelt es sich bei den Nachahmenden nicht notwendigerweise um Subjekte, sondern Tarde denkt die Nachahmungsströme als sich verkettende Ereignisse. Dies hat den großen theorietechnischen Vorteil, dass Tarde seine Theorie der Nachahmung nicht subjekttheoretisch begründen muss und für ihn daher auch nicht der psychoanalytische Begriff der Identifikation zum Schlüsselproblem werden wird.² Gerade durch diesen Verzicht auf ein Identifikationsmodell kommt die Originalität von Tardes Position zustande: Ihm gelingt so der Entwurf einer Theorie sozialer Steuerung, ohne zentrale Steuerungsinstanzen annehmen zu müssen. Auf diese Weise bereitet Tarde eine genuin kommunikationstheoretische Fassung nachahmenden und vereinheitlichenden Verhaltens vor.

Zweitens ist es wichtig zu verstehen, wie die Asymmetrisierung von Nachahmungsketten zustande kommt. Hier wird kein Ur-Vater (etwa in der Rolle eines begründenden Hypnotiseurs) angenommen, sondern eine sozial zu erklärende Asymmetrisierung. Diese lässt sich denn auch eher in kommunikationstheoretischen als in psychoanalytischen Begrifflichkeiten fassen: „le besoin d’écouter a dû précéder le besoin de parler“ (Tarde 2001: 263). Die Möglichkeit des Befehls des Vaters oder der durch den Hypnotiseur ausgeübten Hypnose beruht auf einer vorgeordneten Rezeptivität – einer Offenheit, die übrigens nicht mit einem Mangel im lacanschen Sinne zu verwechseln ist, sondern ein Moment gesteigerter Anschlussfähigkeit benennt. Diese „Hyper-Konnektivität“ (Stäheli 2000, 2005) ist für eine kommunikationstheoretische Reformulierung des Populären von zentraler Bedeutung: Das Populäre funktioniert gerade dadurch, dass es innerhalb von funktionspezifischen Diskursen überhöhte Anschlüsse ermöglicht, die sich nicht mehr vollständig an die Logik des jeweiligen Diskurses zurückbinden lassen. Damit wird die Perspektive auf das Moment der Rezeption (oder: im luhmannschen Sinne des Verstehens) gelenkt. Tardes Theorie der Imitation ist denn auch in erster Linie eine Theorie des *Nachahmens* und nicht eines zur Nachahmung aufrufenden Führers: Die anfängliche und notwendige Asymmetrisierung beruht darauf, dass der Befehl gehört wird, dass auf der Seite des Publikums Suggestibilität vorhanden ist, dass also schließlich die neue Erfindung rezipiert wird. Auch wenn Tarde von einer konstitutiven Asymmetrie ausgeht, so denkt er Kommunikation nicht einfach vom übermächtigen Vater und Führer, oder kurz: von der Produktion her, sondern von ihrer Rezeption, welche er selbst als produktiven Prozess beschreibt.³

Hinzu kommt, drittens, dass die Autorität des Nachzuehmenden nicht naturgegeben ist, sondern durch die von ihm verkörperte Innovativität zustande kommt. Die Autorität einer Innovation beruht auf ihrem Ansehen im Publikum

2 Vgl. Leys (1993) für eine Rekonstruktion der frühen amerikanischen Tarde-Rezeption (insbesondere durch George Herbert Mead) und für eine Kritik dieser Leseweise.

3 Hier liegt übrigens auch ein Problem der gegenwärtigen operaistischen Leseweise von Tarde begründet, welche ihn für ein produktions- und arbeitszentriertes Gesellschaftsmodell zu vereinnahmen suchen (vgl. z.B. Lazzarato 2002).

und nicht auf einer wie auch immer zu bestimmenden Qualität des Erfinders. Dieses Ansehen wiederum bemisst sich an der erfolgreichen Etablierung von Nachahmungsketten. Innovation wird von Tarde nicht einem genialen individuellen Geist zugesprochen, sondern er leitet sie aus der Überschneidung von Nachahmungsketten ab: Durch die Re-Kombination sozialer Ströme werden Innovationen geschaffen, die ihrerseits wiederum Anlass zur Nachahmung geben. Die Möglichkeit für Innovation benötigt die Multiplizität möglicher Nachahmungsketten. Die Gesellschaft ist nicht durch eine zentrale Strukturlogik gesteuert, sondern vervielfacht sich in unendliche, teils nur in loser Verbindung zueinander stehenden Nachahmungsketten.

Die Nachahmung gehorcht denn auch nicht der Logik rationalen Argumentierens, welche etwa für Le Bon sein Ideal der ‚eigentlichen‘ Sprache definierte, sondern Tarde versteht die Sprache selbst als visuelles Phänomen: Argumente entwickeln sich entlang eines bildhaften, häufig auch assoziativen Pfades.⁴ Aus diesem Grunde kann es keine saubere Deduktion sozialer Ströme geben, sondern nur „zig-zag-deductions“ (Tarde 1969: 155). Damit hat Tarde, ohne dass dies von Laclau erwähnt wird, die zuvor kritisierte normative und rationalistische Sprachkonzeption Le Bons verlassen: Das mögliche Entgleiten von Signifikantenketten und anderen sozialen Verkettungen ist bei Tarde immer schon in seine Theorie des Sozialen eingelassen. Die letztlich assoziative Logik der Sprache stellt sich einer einfachen metaphorischen Totalisierung in den Weg: Hegemonie kommt hier ohne einen vereinheitlichenden und integrierenden Fluchtpunkt aus. Eine Gesellschaft schöpft ihre Stabilität nicht aus einer moralischen und normativen Ordnung. Gerade diese Vorstellung des Sozialen kritisiert Tarde an Durkheim, da dieser die integrierende Kraft des Symbolischen überschätze, mehr noch, diese Kraft letztlich nicht erklären könne. Tarde denkt den Zusammenhalt des Sozialen konsequent operativ: Grundlage des Sozialen sind nichts anderes als die unzähligen kleinen Ereignisse, die sich zu Ketten verknüpfen, wieder voneinander lösen, in Vergessenheit geraten mögen – oder sich erfolgreich wiederholen lassen.

Diese radikale Konzeption des Sozialen ist auch für die Hegemonietheorie von Belang, neigt doch auch diese dazu, den Zusammenhalt des Sozialen letztlich integrationstheoretisch zu denken: Durch den leeren Signifikanten werden zunächst heterogene diskursive Momente und Identitäten zusammengehalten und untereinander artikuliert (Laclau 1996: 36-46). Gewiss, die Hegemonietheorie hat eine funktionalistische Konzeption symbolischer Integration aufgegeben: Zum einen wird der leere Signifikant dadurch zum leeren Signifikanten, dass in ihm das Symbolische untergraben wird, dass also gerade ein Symbol, das seine Bedeutungsfunktion unterläuft, zum Punkt höchster Sinnfülle wird. Zum anderen wird wegen dieses paradoxalen Status des leeren Signifikanten jede hegemoniale

4 So erklärt sich auch Tardes generelles Interesse an Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft als ästhetisches Phänomen; vgl. z.B. seine Analyse von Statistiken unter dem Gesichtspunkt ihrer Ästhetik (siehe dazu Antoine 2001).

Integration brüchig und öffnet sich immer wieder neuen Kämpfen. Dennoch verbleibt die Hegemonietheorie innerhalb eines integrationstheoretischen Denkens: Sie konzidiert zwar, dass das Bedeutungsgeschehen stets von einem nicht einholbaren Moment radikaler – und damit nicht-sinnhafter – Negativität begleitet ist, hält aber daran fest, dass es einer (wenn auch dekonstruierten) zentralen Instanz bedarf, um einen Diskurs zusammenhalten zu können. Tardes Theorie der Nachahmung schlägt gar nicht erst den Weg einer immanenten-kritischen Auseinandersetzung mit dem integrationstheoretischen Denken ein, sondern verändert die grundlegenden Parameter, innerhalb dessen sich die Möglichkeit sozialer Identität fassen lässt: Es sind die Nachahmungsströme, geleitet von Begehren und Glauben, aus welchen das Soziale entspringt.

Kehren wir aber zu Laclau zurück. All diese Verästelungen lässt seine Tardelektüre beiseite, um ihn als Vorläufer des freudschen „Durchbruchs“ lesen zu können – und ihn so in eine Theorie der Identifikation einzuordnen. Zwar weist Laclau mit Serge Mosovici darauf hin, dass in den späteren Arbeiten Tardes vom Suggestionparadigma Abstand genommen wird: In *La public et la foule* ersetzt das Publikumskonzept den Massenbegriff. Die Moderne wird von Tarde denn auch als Zeitalter des Publikums beschrieben. Allerdings erscheint Laclaus Einschätzung, dass damit das Suggestionparadigma überwunden sei, keineswegs so eindeutig (PR: 44). Denn Tarde betont in dem Aufsatz, dass auch im Publikum der grundlegende soziale Mechanismus die Suggestion ist. Mit der Etablierung des Publikums an Stelle der Masse verschwindet die Logik der Suggestion nicht. Was sich verändert, ist deren mediale Konfiguration: Im Publikum wird eine „suggestion à la distance“ (Tarde) möglich; eine Suggestion also, die nicht mehr auf unmittelbarem körperlichen Kontakt beruht, sondern auf dem Dazwischentreten anderer Verbreitungsmedien. Laclau interessiert sich aber nicht für Tardes medientheoretisches Argument⁵, sondern dafür, dass auch das Publikum einer Logik der Homogenisierung folge: „[T]his logic of homogenization operates, according to Tarde, *not only in the case of crowds but also in that of publics*“ (PR: 46). Aus Laclaus Perspektive kündigt Tardes Soziologie das Funktionieren einer homogenisierenden Logik der Äquivalenz an, die nun nicht mehr nur auf irrationale soziale Erscheinungen wie jene der Masse bezogen wird, sondern insgesamt auf die Konstruktion von Publika.

Was aus der tardeschen Perspektive aber wichtig wird, ist die Funktionsweise dieser Homogenisierung. Die Homogenität von Nachahmungsketten ist für Tarde äußerst brüchiger Natur, da sie sich auf keinen vereinheitlichenden Identifikationsmechanismus abstützen kann. Vielmehr ist sie mit einer immer schon existierenden Heterogenität konfrontiert: „Das Heterogene ist also im Herzen der Dinge und nicht das Homogene. Was gibt es Unwahrscheinlicheres und Absurderes als

5 Dies verweist auch auf die allgemeine medientheoretische Unterbestimmung der Hegemonietheorie; eine Unterbestimmung, welche mit dem noch zu diskutierenden Status von Materialität bei Laclau zusammenhängt.

ein ewiges Nebeneinander zahlloser, gleichartig entstandener Elemente? Man ist nicht gleich geboren, man wird gleich“ (Tarde 2003: 95). Damit entsteht eine neue Fragestellung, die man, meiner Argumentation etwas vorgehend, als post-hegemonialen Modus des Sozialen verstehen kann: Nachahmungsketten sind permanent mit der Herstellung von Homogenität beschäftigt und gleichzeitig immer von der Möglichkeit oder auch Gefahr gezeichnet, sich zu verzweigen und zu überkreuzen. Die ‚bildhafte‘ Logik von Kommunikationsströmen lässt die Sortierung des Sozialen gemäß einer antagonistischen Logik des Populären als erklärungsbedürftigen Spezialfall erscheinen.

4. Von der Herde zur Horde? Freuds Massenpsychologie

Laclaus Lektüre der Massenpsychologie dagegen sieht in Freuds Massenpsychologie einen epistemischen Durchbruch, da nun erstmals ein Begriff der Identifikation vorliegt, mit welchem die Logik des Populären erklärbar wird: „What he [Freud] contributed was an intellectual framework within which everything that had so far been presented as a heterogeneous summation of incommensurable principles could now be thought out of a unified theoretical matrix“ (PR: 62). Freud bietet für Laclau den Rahmen, innerhalb dessen sich die massenpsychologischen Fragmente einer Theorie der Identifikation zusammenfügen lassen. Ein derartiges Fortschrittsnarrativ muss aber vernachlässigen, dass die Massenpsychologie sich nicht auf proto-psychoanalytische Figuren reduzieren lässt – mehr noch, dass gerade einige originelle theoretische Einsichten in einem scharfen und unüberwindbaren Konkurrenzverhältnis zur Psychoanalyse stehen. Für Freud sind die massenpsychologischen Begriffe der Hypnose und der Suggestion untragbar – sie fungieren nur noch als Indikatoren für einen überkommenen Diskurs. Gleichzeitig kündigt sich aber gerade in diesen Begriffen ein Konzept des Populären jenseits von Identifikation an.

Zunächst muss uns aber Freuds Begriff der Identifikation sowie dessen Stellung in Laclaus Hegemonietheorie interessieren. Mit der Publikation von *Massenpsychologie und Ich-Analyse* versucht Freud (1987[1921]), ein Feld durch die Psychoanalyse neu zu besetzen, das von der vergleichsweise etablierten Massenpsychologie dominiert wird. Aus diesem Grunde gelten seine Angriffe v.a. dem Suggestionbegriff, um diesen durch den der Identifikation zu ersetzen. Die Massenpsychologie sehe zwar überall Suggestionen, ihr fehle aber eine Theorie des Führers, durch welchen die Massenidentifikation erst zustande komme. Daher schlägt Freud vor, den Begriff der Herde durch den der Horde zu ersetzen: Während eine Herde durch ein Herdenmitglied angeleitet werden kann, steht der Führer einer Horde außerhalb dieser: „Getrauen wir uns also, die Aussage Trotters, der Mensch sei ein *Herdentier*, dahin zu korrigieren, er sei vielmehr ein *Hordentier*, ein Einzelwesen einer von einem Oberhaupt angeführten

Herde“ (Freud 1987: 83).⁶ Dies bedeutet für den Massenbegriff, dass diese durch ein sie vereinheitlichendes Element zu denken ist: *„Eine solche primäre Masse ist eine Anzahl von Individuen, die ein und dasselbe Objekt an die Stelle ihres Ichideals gesetzt und sich infolgedessen in ihrem Ich miteinander identifiziert haben“* (Freud 1987: 78; kursiv im Original). Die Mitglieder einer Masse identifizieren sich dadurch miteinander, dass der Führer zu ihrer gemeinsamen Objektwahl wird: Ihre Gemeinsamkeit ist notwendigerweise eine vermittelte, da sie nur über den Führer, der als gemeinsames Objekt fungiert, hergestellt wird. Freud betont dieses Abhängigkeitsverhältnis, wenn er darauf hinweist, dass die gegenseitige Identifikation eine Folge der Identifikation mit dem Ich-Ideal ist. Im Gegensatz zur Massenpsychologie unterscheidet Freud auf diese Weise zwei unterschiedliche Typen der Beziehung voneinander (vgl. die Skizze in Freud 1987: 78): Zwischen Führer und Geführtem findet eine Identifikationsbeziehung statt, die beide mit einem libidinalen Band verbindet. Im Rahmen dieser Beziehung wird das Führerobjekt ins Ich-Ideal introjiziert, und die Vorstellungen, Ideen und Wünsche des Führers werden zu jenen der Geführten. Auf dieser ersten, grundlegenden Beziehung fußt die Beziehung zwischen den Geführten. Erst durch die allen Massenmitgliedern gemeinsame Beziehung zum Führer erhalten diese die für das Massenphänomen charakteristische Gleichheit. Dieser folgenreiche Eingriff von Freud schränkt die Offenheit der Massenpsychologie stark ein, hatte diese doch die Gleichheit der Elemente keineswegs uniform und ausschließlich auf die Führerfigur zurückgeführt. Vielmehr wurde auch die Entstehung der Gleichheit – am eindrücklichsten bei Tarde – durch die Wiederholung in Nachahmungsströmen oder unmittelbar durch die wechselseitige Identifikation der Geführten erklärt.

Freuds Massenpsychologie war als ambitionierter Versuch angetreten, das sozialtheoretische Potenzial der Psychoanalyse zu beweisen; es ging darum aufzuzeigen, dass Psychoanalyse gleichsam genuin soziologisch argumentieren muss, wenn sie ihr eigenes Programm erfüllen möchte. Dieser Versuch kann das Soziale aber nur als dyadische Identifikationsbeziehung denken und muss die multiplen Beziehungen zwischen den Geführten nur als abgeleitete Phänomene betrachten. Genau dieses Problem wird zum Ausgangspunkt von Jean-Luc Nancys und Philippe Lacoue-Labarthes (1997) Dekonstruktion des freudschen Massenbegriffs: Freud scheitert an seinen sozialtheoretischen Ansprüchen, weil ihn das Identifikationsmodell zu einem soziologischen Autismus zwingt. Statt eine genuine Pluralität des Sozialen zu denken, wird Freuds Urszene der Soziologie von Subjektatomen beherrscht. Pluralität ist hier nur als abgeleitetes Phänomen denkbar – als die Vielzahl narzisstischer Monaden. Eine solchermaßen zentrierte

6 Gerade weil der Führer nicht konstitutiv für die Herde ist, lehnt Freud (1987: 81) diesen Begriff ab: „Der Herdeninstinkt lässt überhaupt für den Führer keinen Raum, dieser kommt nur so zufällig zur Herde hinzu, und im Zusammenhang damit steht, dass von diesem Trieb aus auch kein Weg zu einem Gottesbedürfnis führt; es fehlt der Hirt zur Herde.“

Theorie, kann soziale Phänomene nur über das Identifikationsgeschehen mit dem Führer oder einer äquivalenten Instanz denken. Gegen dieses zentristische, letztlich integrationstheoretische Bild des Sozialen hat bereits Tarde gekämpft; und in der aktuellen Theoriedebatte werden zunehmend die Probleme sichtbar, welche dadurch für eine poststrukturalistische Theorie der Hegemonie entstehen. Denn ausgeschlossen bleibt damit eine laterale Form der Sozialität, wie sie vom Suggestionbegriff noch vorgesehen war (Gilbert 2001: 99). Dies wird deutlich in Laclaus kurzer Diskussion von Borch-Jacobsen (1988), der in *The Freudian Subject* eine radikale Re-Lektüre der freudschen Massenpsychologie vornimmt. Diese Lektüre zielt auf die Freilegung eines primären Mimetismus ab, der vor jedem Identifikationsgeschehen immer schon vorhanden ist. Borch-Jacobsen bestreitet auf diese Weise die primäre Bedeutung der Identifikation mit dem Führer und arbeitet die Logik dieser prä-identifikatorischen Mechanismen heraus. Interessant ist nun, dass Laclau diesen Einwand als ausschließlich empirische Kritik am führerzentrierten Identifikationsmodell liest. Borch-Jacobsen historisierend, stimmt er diesem zu, wenn er die Zentrierung auf einen Führer als empirisch unglückliche Ausgestaltung der freudschen Massenpsychologie entschuldigt; die Figur des Führers bleibe dem Identifikationsmodell äußerlich und sei eine ebenso vermeidbare wie bedauerliche historische Konkretisierung einer letztlich offen angelegten, formalen Struktur. Denn die Logik der Identifikation lasse auch andere soziale Arrangements zu (PR: 57). Übersehen wird dabei, dass Borch-Jacobsens Kritik weit radikaler ansetzt: Sein Argument zielt nicht darauf ab, dass der Führer durch andere leere Signifikanten wie z.B. der Demokratie ersetzt werden könnte. Vielmehr wird die automatische Vorrangstellung des Identifizierungsmoments problematisiert – und genau dieses Argument kann Laclau nicht akzeptieren, ohne die Rolle der Operativität von hegemonialen Prozessen zu bedenken.

In der aktuellen, an Laclau/Mouffe anschließenden hegemonietheoretischen Diskussion gerät dieses Problem der Operativität zunehmend in den Vordergrund des Interesses. Die Grenzen einer Hegemonietheorie, welche die Identifikation mit einer zentralen Instanz (sei es ein Führer oder ein ‚leerer Signifikant‘) als dominierende, wenn nicht sogar einzige diskursive Logik annimmt, zeigt Jeremy Gilbert (2001, 2004) überzeugend auf. Am Beispiel eines Fußballspiels führt er vor, dass sich dort in nahezu idealtypischer Weise eine populistische Logik zeigt: eine klare, antagonistische Grenzziehung zwischen der eigenen, guten und der gegnerischen, schlechten Seite scheint zu bestehen. Die Logik des Politischen würde davon ausgehen, dass hier ein Identifikationsprozess mit dem eigenen Team, oder gar der eigenen Nation stattfindet. Zu Recht weist Gilbert darauf hin, dass neben – und vielleicht sogar grammatikalisch davor – der zentralen Identifikation mit dem Führer ein zweiter, primärer Identifikationsprozess stattfindet: „an identification with each other that is not reducible to any other identification and which, not being grounded in fantasy, but in the actuality of a shared physical experience, of proximity and tactility and the transversal transmission of affective force“ (Gilbert 2004: 16). Es ist genau diese Logik, welche Tarde betont

hat: Die gegenseitige Suggestion kann unabhängig von der auf den Führer zentrierten Hypnose funktionieren – sie ist in mancherlei Hinsicht sogar ein intensiveres Gewebe von Sozialität (im simmelschen Sinne der Vergesellschaftung) als der auf dieser Grundlage stattfindende Identifikationsprozess, der um den eigenen Führer oder eine andere Zentralinstanz organisiert ist.

5. Affekt und Post-Hegemonie?

Der von Gilbert hervorgehobene Identifikationsprozess spielt sich jenseits eines skopischen Identifikationsmodells, das in der Tradition der Psychoanalyse auch Laclaus Hegemonietheorie bestimmt, ab. Wichtig werden hier affektive Kräfte, die sich u.a. aus Nähe und Taktilität ergeben, die sich also jenseits eines primär in den visuellen Begrifflichkeiten der Perspektive gedachten Identifikationsmodells bewegen. Gilbert knüpft damit an den Begriff der Affektivität an, den Deleuze in Anschluss an Baruch Spinoza entwickelt und der bei Brian Massumi (2002) seine aktuellste und wohl auch differenzierteste Ausformulierung erfahren hat. Affekt muss von subjektivierten Emotionen abgegrenzt werden, um ihn als prä-signifikative Intensität zu erfassen zu können (Massumi 2002: 27-28). Gerade weil Affekte im Gegensatz zu Emotionen nicht narrativierbar und jenseits des Signifikationsgeschehens anzuordnen sind, können sie nicht ohne Weiteres auf eine diskursive Logik der Hegemonie reduziert werden. Affekte sind „unqualified [...] not ownable or recognizable“ (Massumi 2002: 28). Der Begriff des Affekts verfügt über den Vorteil, eine soziale Beziehung zu denken, die nicht ausschließlich auf signifikatorischen Praktiken beruht, sondern ein Anziehungs- und Abstoßungsverhältnis meint. Die gegenseitige Affizierbarkeit erfordert keine vorgängige Identifikation mit einer zentralen Identifikationsfigur – also auch keine Führer/Vater-Funktion als „obligatory point of passage“. Damit wird die lange Zeit unterschätzte Kategorie der Affektivität zu einem Schlüsselbegriff für eine poststrukturalistische Hegemonietheorie.

Auch Laclau betont – besonders in *On Populist Reason* –, dass keine Hegemonialpolitik ohne eine affektive Komponente denkbar ist: „[T]he complexes which we call ‚discursive or hegemonic formations‘, which are articulated differential and equivalential logics, would be unintelligible without the affective component“ (PR: 111). Zu Recht weist Laclau darauf hin, dass sich das Affektive nicht einfach vom Signifikationsgeschehen ablösen lässt, sondern immer schon in dessen Funktionsweise eingebettet ist. Der Affektbegriff übernimmt für ihn die Aufgabe zu erklären, wie es zu dem „radical investment“ kommt, durch das ein partikulares diskursives Element eine universale Funktion erhält (PR: 106). Laclau adressiert damit eine Frage, die sich nicht zuletzt empirischen diskursanalytischen Studien immer wieder stellt: Wie kommt es dazu, dass ein bestimmter Signifikant die Rolle des leeren Signifikanten übernehmen kann? Eine

unbefriedigende Lösung dieser Frage führt analytisch dazu, dass mit großer Beliebtheit von „leeren Signifikanten“ gesprochen wird.

Zum Problem wird also gerade die Öffnung, welche sich durch die Dekonstruktion einer klassischen Hegemonietheorie ergeben hat. Es gibt keinen a priori festgelegten Signifikanten – keine sozialstrukturell privilegierten Gruppen, Forderungen oder Inhalte sind für die Funktion des leeren Signifikanten logisch prädestiniert. Die Diskurstheorie beschreibt die Logik des leeren Signifikanten, d.h. seine Funktion für die Schließung eines Diskurses, nicht aber dessen Einsetzung. Hierbei handelt es sich zunächst um eine historisch-empirische Frage. Mit der Betonung der Rolle von Affekten bei der Besetzung eines leeren Signifikanten gibt uns Laclau aber einen Hinweis auf die historischen Prozesse, welche erfüllt sein müssen, damit von einem leeren Signifikanten gesprochen werden kann. Die ‚Wahl‘ eines leeren Signifikanten – oder besser: die ihn konstituierende Wahl – erfordert ein „radical investment“ in gerade diesen einen Signifikanten. Genau dieses Aufladung soll mit dem Affektbegriff erfasst werden können.

Eröffnet diese Hervorhebung von Affekten nun aber die Perspektive auf einen Begriff des Populären, der sich jenseits des Modells sekundärer Identifikation bewegt? Oder anders ausgedrückt: Verschiebt Laclau durch die Einführung des Affektbegriffs den Hegemoniebegriff? Die Antwort ist für Laclau klar: Mit dem Begriff des Affekts wird keine neue Logik in sein theoretisches System eingeführt, sondern eine – spätestens seit *New Reflections* (1990) präsente Figur – stärker in den Vordergrund gerückt. Denn sie bezeichnet zunächst die bereits durch den leeren Signifikanten bestimmte Logik diskursiver Totalisierung: „With this we reach a full explanation of what radical investment means: making an object the embodiment of a mythical fullness. Affect (that is, enjoyment) is the very essence of investment“ (PR: 115). Würde sich die Funktion des Affekts aber in diesem bereits theoretisierten Vorgang der Totalisierung erschöpfen, dann sollte aus begriffsökonomischen Gründen auf diesen verzichtet werden. Hinzu tritt nun aber ein wichtiges zusätzliches Argument, welches die Quelle des affektiven Vergnügens (enjoyment) bezeichnet. Wie wir bereits gesehen haben, wird die Wahl eines leeren Signifikanten – also: die Universalisierung eines partikularen Signifikanten – nicht durch äußerliche Faktoren vorherbestimmt; auch seine materielle Struktur ist für die Besetzung unwichtig. Mit dem Affektbegriff versucht Laclau aber nun, dessen Materialität, wenn auch an sekundärer Stelle, zu berücksichtigen: „Nevertheless, once a certain part has assumed such a function, it is its very materiality as part which becomes a source of enjoyment“ (PR: 115). Zwar spielt die Materialität für die Auswahl des leeren Signifikanten keine Rolle – ist er aber einmal ausgewählt und hat seine Funktion innerhalb eines Diskurses erfolgreich eingenommen, dann erklärt seine Materialität das notwendige „radical investment“.

An Lacan und Copjec anschließend (PR: 113-117) fasst Laclau den leeren Signifikanten als Objekt a: Die verlorene und unmögliche Fülle wird auf ein Partialobjekt verschoben. Indem Laclau die Affektivität auf diese Weise in ein psy-

choanalytisches Register einschreibt, wird die gerade erst betonte affektive Materialität an ihre Funktionalität zurückgebunden: Es handelt sich um eine derivative Materialität, da sie ausschließlich über die totalisierende Funktion des leeren Signifikanten zustande kommt. Dies zwingt Laclau letztlich zu dem schwierigen Argument, dass für die Wahl des leeren Signifikanten die Materialität vollständig ausgeklammert wird – und erst nach der Wahl auf geheimnisvolle Weise wieder zum Vorschein kommt; nun aber qua Stellung des Signifikanten innerhalb der diskursiven Formation seine Materialität zurückerhält. Die Möglichkeit, Materialität zu denken, wird damit einer formalen und funktionalen Logik überlassen. Dies hat – neben dem gerade diskutierten sekundären Status von Materialität – auch zwei weitere wichtige Konsequenzen für Laclaus Materialitätskonzeption. Zunächst gerät Materialität im Sinne einer diskursiven Stabilisierung in den Blick, da mit ihr erklärt wird, warum ein einmal eingesetzter leerer Signifikant nicht beliebig ausgetauscht werden kann.⁷ Materialität entwickelt eine Hysteresis, gleichsam ein Beharrungsvermögen (PR: 115). Damit eröffnet sich aber eine problematische Unterscheidung zwischen der radikalen – und für Laclau immateriellen – Kontingenz des leeren Signifikanten und seiner historischen Stabilisierung (Materialität). Problematischer, und eng verbunden mit dem vorherigen Punkt, erscheint aber, dass die Materialität ausschließlich auf die Fähigkeit, als Stellvertreter (wenn auch nicht Repräsentant) einer für immer verlorenen Fülle zu fungieren, reduziert wird. Denn auf diese Weise wird die Materialität – und damit auch die Affektivität – der Totalisierungsfunktion vollständig untergeordnet. Das affektive Geschehen wird so unmittelbar in die Logik der Hegemonie eingefügt und übernimmt eine den hegemonialen Identifikationsprozess stützende Rolle. Unberücksichtigt bleiben so aber jene Aspekte von Affekten, die sich für kein Totalisierungsgeschehen funktionalisieren lassen. Verlässt man das Begriffsregister der strukturalistischen Psychoanalyse, dann verweist der Affektbegriff auf ein Moment des Nicht-Funktionalen, das nicht vom verfehlten Versuch der Einheitsbildung abgeleitet werden kann: „Something remains unactualized, inseparable from but unassimilable to any *particular*, functionally anchored perspective“ (Massumi 2002: 35). Dies eröffnet die Perspektiven auf ein Denken von Affekten diesseits eines psychoanalytischen Identifikationsmodells. Wenn der Begriff des Affekts eine unpersönliche, d.h. nicht-identifikatorische, Struktur bezeichnet – im Gegensatz zu Emotionen als geformten und individualisierten Affekten⁸ – dann hat die Fähigkeit, zu affizieren und affiziert zu werden, auch Folgen für das Si-

7 Es wäre zu überlegen, ob Materialität hier ebenfalls mit Laclaus Unterscheidung zwischen Raum (Materialität) und Zeit (Kontingenz) zusammenhängt. Diese wiederum wird mit dem Sozialen als „Raum“ der Regelmäßigkeit und dem Politischen als regellose Konstituierung des Sozialen gleichgesetzt. Das unzufriedenstellende Raumkonzept führt denn auch zu einer anti-soziologischen Konzeption des Sozialen (vgl. Dreyer Hansen 2007), welche diese mit einer Starre und Regelmäßigkeit versieht, von der kaum eine anspruchsvolle gegenwärtige sozialtheoretische Position ausgehen würde.

8 Vgl. Beasley-Murray (2003) zur Verbindung von Emotionen und Affekten bei Deleuze und Massumi sowie auch seine Konzeption posthegemonialer Politik.

gnifikationsgeschehen. Affektivität kann so konfiguriert sein, dass sie zu einer gesteigerten Anschlussfähigkeit diskursiver Ereignisse führt. In anderen Worten: Die mit dem Begriff des leeren Signifikanten angedeutete Entleerung von Bedeutung macht diesen nicht nur zu einer totalisierenden Instanz, sondern setzt innerhalb eines Diskurses affektive Dynamiken frei, die zu einer Vervielfältigung und Erhöhung möglicher Anschlüsse führen (vgl. Shields 2006: 63-64 in Bezug auf die Konnektivität des Virtuellen).⁹

Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer solchen Perspektive für die Hegemonietheorie und für das Konzept des Populären? Zunächst einmal werden Machttechnologien sichtbar, die durch eine ausschließlich signifikationstheoretische Hegemonietheorie verdeckt werden, da sie sich außerhalb des Horizonts hegemonialer Totalisierung bewegen. Es wäre denn auch fatal, Machtprozesse ausschließlich auf die Artikulation hegemonialer Diskurse zu beziehen. Durch Affekte werden neue Regierungstechnologien notwendig, deren Effektivität gerade damit zusammenhängt, dass sie hegemonietheoretisch „anspruchslos“ sind. Denn weil sie sich nicht notwendigerweise den komplexen Artikulationsformen eines hegemonialen Diskurses unterziehen müssen, können sie eine eigenständige Wirksamkeit entfalten. So wurde von Affekten als „unmittelbar“ wirksame Regierungstechnologie gesprochen (Thoburn 2007), als eine Regierungstechnologie, die sich den Umweg über aufwändige diskursive Einbettung spart. Eine eher assoziative Logik loser Kopplungen bestimmt das Funktionieren solcher Technologien. Thoburn (auf Massumi 2005 Bezug nehmend) nennt die farbige Visualisierung von Terrorwarnungen als ein Beispiel für eine derartige Affektmodulation eines Systems – eine Affektmodulation, die keines Einheitsversprechens bedarf, um funktionieren können: „Operating through colour-coded alert [...] and devoid of specific information concerning the sources, targets or nature of the threat, this system works not at the level of meaning or signifying content but by the modulation of nervous, pre-subjective response“ (Thoburn 2007: 85, im Anschluss an Massumi). Ebenso entzieht sich der Terrorismus den Parametern der Hegemonietheorie: Beim Terrorismus, so John Beasley-Murray explodiert die Innen/Außen-Grenze von hegemonialen Formationen. Terror entzieht sich der Narrativierung, lässt sich in keine (anti-)hegemoniale Bedeutungsmaschinerie einfügen: „Terror is immediately corporeal rather than signifying or linguistic“ (Beasley-Murray 2003: 33).

Aber auch für die Analyse von anti-hegemonialen politischen Strategien ist eine derartige Rekonfiguration von Affekten von Belang. Eine ausschließlich auf diskursive Identitätsbildung und hegemoniale Artikulation fokussierte Perspektive versperrt den Blick auf Momente des Politischen, die sich jenseits von Ein-

9 Aus kommunikationstheoretischer Perspektive habe ich an dieses Argument angeknüpft und an dieser ‚Hyperkonnektivität‘ die Operationsweise des Populären festgemacht (Stäheli 2000). Geht man von einem derartigen Konzept des Populären aus, dann übernimmt das Populäre selbst keine totalisierende Funktion, sondern ist immer durch ein Moment der Enttotalisierung und der Entdifferenzierung geprägt.

heitsversprechen abspielen, und doch von größter politischer Prägekraft sind. Eine Politik der Angst, des Zorns und auch der Gewalt kann erst dann in ihrer eigenständigen Funktionsweise erfasst werden, wenn diese affektiven Dimensionen nicht bloß auf eine den Hegemonialprozess (unter)stützende Funktion reduziert, sondern in ihrer ebenso unheimlichen wie eigenständigen Kraft der Anziehung und Abstoßung verstanden werden. Darin mögen gewiss auch neue Möglichkeiten anti-hegemonialer Politik liegen. Eine „Politik der Affinität“ mag sich durch anarchistische Konzeptionen und sogar Modi der direkten Aktion inspirieren lassen. Zu dieser anarchistischen Logik der Affinität gehört auch der Verzicht auf eine gegen-hegemoniale Politik: „with the end of creating not a new knowable totality (counter-hegemony), but of enabling experiments and the emergence of new forms of subjectivity“ (Day 2004). Allerdings sollte dieser Versuch, neue Formen linker anti-hegemonialer Politik durch den Affektbegriff zu stützen, nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine derartige Form der Politik stets auch eine Politik übersteigerter Nähe ist. Eine Politik, die versucht, selbst in die Regulierung von Affektströmen einzugreifen, setzt gleichzeitig die Möglichkeit der Regulierung aufs Spiel – droht immer auch zu einer Politik der Gewalt zu werden. Die Verlockungen einer Politik des Affekts sind groß, zumal dann, wenn ein Kurzschluss mit lebensphilosophischen Konzepten stattfindet. Jean-Luc Nancy warnt vor einem „vitalo-spiritualist fascism“ (Nancy, zitiert nach Derrida 2005: 286), der mit einem naiven Verständnis von Unmittelbarkeit einhergeht. Die affektive Dimension hegemonialer Politik ernst zu nehmen, kann denn auch nicht heißen, einem politischen Vitalismus zu erliegen. Zudem droht ein solcher Vitalismus – wie etwa in Negri/Hardts Konzept der „multitude“ – lähmende politische Konsequenzen zu erzeugen: Sobald der Affekt zur ontologischen Grundlage gerinnt, begnügt sich das Politische mit dem Freilegen einer immer schon bestehenden Vitalität. Der ontologisch garantierte politische Optimismus wird zur politisch immobilisierenden Kraft, da den Affektströmen eine immer schon präsente, fundierende Kraft zugeschrieben wird (vgl. auch die Kritik von Gilbert 2001). Stattdessen müsste es darum gehen, überhaupt erst Kategorien zu entwerfen, um solche Affekt-Politiken in ihrer eigenständigen Logik zu verstehen. Dies bedeutet keineswegs, den hegemonietheoretischen Rahmen aufzugeben und durch eine Affekttheorie zu ersetzen. Ganz im Gegenteil, das Verhältnis zwischen Affekt und Hegemonie gewinnt dann erst an Komplexität, wenn die Theoretisierung des Affekts von seiner Unterordnung unter die Bedeutungslogik der Hegemonie befreit wird. Denn nur dann kann gefragt werden, wie sich diese beiden Strata gegenseitig unterstützen mögen, aber auch, an welchen Stellen diese weder ineinander überführbar, noch voneinander ableitbar sind.

Literaturverzeichnis

- Antoine, Jean-Philippe (2001): „Statistique et Métaphore (Préface)“, in: Gabriel Tarde: *Les Lois de L'imitation*. Paris: Seuil, 7-42.
- Beasley-Murray, Jon (2003): *Posthegemony: Cultural Theory and Latin America, October 10th, 1492 - April 13th, 2002*. Ph.D.-thesis Duke University. Download unter: <http://faculty.arts.ubc.ca/jbmurray/research/index.htm> (abgerufen am 15. Juli 2007).
- Borch-Jacobsen, Mikkel (1992): *The Emotional Tie. Psychoanalysis, Mimesis, and Affect*. Stanford: Stanford University Press.
- Borch-Jacobsen, Mikkel (1988): *The Freudian Subject*. Stanford: Stanford University Press.
- Borch, Christian; Stäheli, Urs (2008): *Gabriel Tarde*. Frankfurt/M.: Suhrkamp (in Vorb.).
- Day, Richard J. F. (2004): „From Hegemony to Affinity. The Political Logic of the Newest Social Movements“, *Cultural Studies* 18(5): 716-748.
- Derrida, Jacques (2005): *On Touching*. Stanford: Stanford University Press.
- Dreyer Hansen, Allan (2007): *Sociology Strikes Back: The End of the Primacy of the Political*. Vortrag vom 15.5.2007 am Institut für Soziologie Basel.
- Freud, Sigmund (1987[1921]): *Massenpsychologie und Ich-Analyse*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Fiske, John (1989): *Understanding Popular Culture*. London: Methuen.
- Gilbert, Jeremy (2001): „Against the Empire: Thinking the social and (dis)locating agency ‚before, across and beyond the national determination““, *Parallax* 7(3): 96-113.
- Gilbert, Jeremy (2004): „Signifying Nothing: ‚Culture‘, ‚Discourse‘ and the Sociality of Affect“, *Culture Machine* 6 (Deconstruction is/in Cultural Studies). Download unter: http://culturemachine.tees.ac.uk/firm_fl.htm (abgerufen am 15. Juli 2007).
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolutions of Our Time*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London: Verso.
- Lacoue-Labarthe, Philippe; Nancy, Jean-Luc (1997): *Retreating the Political*. London: Routledge.
- Latour, Bruno (2001): „Gabriel Tarde and the End of the Social“, in: Patrick Joyce (Hg.): *The Social in Question. New Bearings in History and the Social Sciences*. London: Routledge, 117-132.
- Lazzarato, Maurizio (2002): *Puissances de l'invention. La psychologie économique de Gabriel Tarde contre l'économie politique*. Paris: Seuil.
- Le Bon, Gustave (1982[1895]): *Psychologie der Massen*. Stuttgart: Kröner.
- Leys, Ruth (1993): „Mead's Voices: Imitation as Foundation, or, The Struggle against Mimesis“, *Critical Inquiry* 19(2): 277-307.
- Massumi, Brian (2002): *Parables for the Virtual. Movement, Affect, Sensation*. Durham: Duke University Press.
- Shields, Robert (2006): „Les Sciences sociales et les virtualités“, *Sociétés* 91(1): 55-67.
- Stäheli, Urs (2000): „Die Kontingenz des Globalen Populären“, *Soziale Systeme* 6(1): 85-111.
- Stäheli, Urs (2005): „Das Populäre als Unterscheidung: Eine theoretische Skizze“, in: Gereon Blaseio; Hedwig Pompe; Jens Ruchatz (Hg.): *Popularisierung und Popularität*. Köln: DuMont, 146-167.

- Tarde, Gabriel (1969): *On Communication and Social Influence. Selected Papers*. Edited by Terry N. Clark, Chicago: Chicago University Press.
- Tarde, Gabriel (2001[1898]): *L'opinion et la foule*. Paris: Presse Universitaires de France.
- Tarde, Gabriel (2003[1893]): *Die Gesetze der Nachahmung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Toews, David (2003): „The New Tarde: Sociology After the End of the Social“, *Theory, Culture & Society* 20(5): 81-98.
- Thoburn, Nicholas (2007): „Patterns of Production: Cultural Studies after Hegemony“, *Theory, Culture & Society* 24(3): 74-94.
- Williams, Raymond (1986): *Keywords: A Vocabulary of Culture and Society: 1780-1950*. Hamondsworth: Penguin.

Die Subjekte der radikalen Demokratie: Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulationen

STEFANIE WÖHL

1. Einleitung

Chantal Mouffe hat mit ihrer antiessentialistischen Konzeption des Subjekts aufgezeigt, wie emanzipatorische Politik heute verstanden werden kann: als eine Politik, die problematisiert, was vormals als essentielle Eigenschaft des Subjekts oder als Grundlage demokratischen Handelns angenommen wurde (Mouffe 1993; Laclau/Mouffe 1991). Neben einer antiessentialistischen Perspektive auf die Kategorie Geschlecht erhalten auch Öffentlichkeit und Privatheit in Mouffes Demokratiekonzept neue Bedeutungsdimensionen, da das Politische nicht auf die öffentliche Sphäre begrenzt ist. Jedoch weist Mouffes Konzeptualisierung dort Leerstellen auf, wo es um die Materialisierungsprozesse von Diskursen in ihrer staatskonstitutiven Formierung im engeren institutionellen Sinne geht. Die Frage, wie angesichts institutionalisierter, insbesondere staatlich institutionalisierter Differenzen gegenhegemoniale Artikulationen verschiedener unterdrückter Gruppen ermöglicht werden können, wird zwar am Rande berührt. Aber es wird nicht näher erläutert, wie die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe im Kampf gegen und um Institutionen, d.h. in der Auseinandersetzung mit auf längere Dauer institutionalisierten Diskursen und Herrschaftsverhältnissen, Anwendung finden könnte (vgl. Jessop 1990: 298).

Von besonderer Bedeutung ist das im Kontext der radikalen Demokratietheorie, die das Subjekt der StaatsbürgerIn nicht als prä-existent begreift, sondern selbst erst im demokratischen Prozess etabliert. Chantal Mouffe arbeitet mit diesem Staatsbürgerverständnis insbesondere auch in ihren Beiträgen zu Debatten der feministischen Demokratietheorie. Dabei ermöglichte das Konzept der Arti-

kulation, wie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in *Hegemonie und radikale Demokratie* entwickelt, Mouffe die Kritik an (feministischen) Demokratietheorien, die sich bisher an dichotomen Konstruktionen von Öffentlichkeit und Privatheit (Benhabib 1996) oder an tendenziell essentialistischen Gruppeneigenschaften und deren politischen Repräsentationsmöglichkeiten als StaatsbürgerInnen orientierten (Iris Marion Young 2000; Pateman 1992). Die Möglichkeit, sich durch artikulatorische Praxen eine gemeinsame Handlungsgrundlage zu schaffen, die Frauen aus unterschiedlichen Subjektpositionen heraus eine gemeinsame politische Artikulation und somit eine temporäre Identifikation als Staatsbürgerinnen bieten, dient Mouffe als Grundlage ihrer Vision einer radikalen Demokratie (Mouffe 1993, 1999, 2005). Jedoch stellt sich vor dem Hintergrund von institutionalisierter Geschlechterpolitik wie z.B. Gender Mainstreaming nicht nur die Frage der gegenhegemonialen Artikulationsmöglichkeit differenter geschlechtlicher Subjektpositionen, sondern auch, wie diese differnten Subjektpositionen überhaupt in Institutionen und im politischen Prozess konstituiert und reproduziert werden und die Bedingungen der Möglichkeit ihrer gegenseitigen Existenz schaffen.

Ich möchte im Folgenden an Chantal Mouffes demokratietheoretische Überlegungen anknüpfen, jedoch zwei kritische Rückfragen bezüglich dieser aktuellen Institutionalisierungsprozesse stellen. Erstens lässt sich zwar feststellen, dass die materiellen und symbolischen Kämpfe der Frauenbewegungen zu einer Politisierung führen und infolgedessen institutionelle Modernisierungen stattfinden. Doch zugleich stößt die Möglichkeit der Politisierung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten durch artikulatorische Praxen auf Grenzen. Gegenhegemoniale Artikulationen können weiterhin auch auf dem Ausschluss anderer Subjektpositionen beruhen und fügen sich nicht immer in einen gemeinsamen Kampf ein. Dies zeigt sich z.B. daran, dass Teile der Neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren in Deutschland ihre soziale und politische Lage durch politische Forderungen verbessern konnten, dass sich aber soziale und politische Spaltungen entlang weiterer Kategorien unter Frauen weiterhin verschärfen. Zweitens ist das Konzept der Artikulation bislang noch nicht so ausformuliert, dass die Dialektik von Subjekt- und Staatskonstitutionsprozessen damit hinreichend erfasst werden könnte.

Dort, wo staatliche Politik die hegemoniale Deutungsmacht über das Primat der Politik und die politischen Diskurse hat, wird es meines Erachtens notwendig sein, strategische Interventionen vorzunehmen, die eine gegenhegemoniale artikulatorische Praxis verschiedener Subjektpositionen überhaupt erst institutionell ermöglichen. Am Beispiel staatlicher Geschlechterpolitik im Rahmen von Gender Mainstreaming in der Bundesrepublik Deutschland wird dies deutlich: Gender Mainstreaming ist ein Instrument zur Förderung von Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen und soll die Perspektive der Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Politikfeldern des Staates berücksichtigen. Allerdings, so meine These, wirkt Gender Mainstreaming bisher nur als Modernisierungskonzept, da es einerseits nur gut ausgebildeten Frauen in bestimmten Sektoren Vor-

teile verschafft und andererseits nur auf Gleichheit innerhalb des heterosexuellen Geschlechterverhältnisses zielt. Nicht heterosexuelle Identitäten und soziale Spaltungen zwischen Frauen werden hingegen nicht genügend berücksichtigt. Dies soll in Abschnitt 3 dieses Beitrags eingehend erläutert werden, um die Probleme von Mouffes radikaldemokratischem Demokratiekonzept vor der Folie staatlich-institutioneller Barrieren zu erläutern.

Im folgenden zweiten Abschnitt werde ich zunächst zentrale Begrifflichkeiten und Konzepte von Mouffes Ansatz rekonstruieren, um sie anschließend mit der institutionalisierten Geschlechterpolitik von Gender Mainstreaming zu konfrontieren.

2. Eine feministische Hegemonietheorie

Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Hegemonietheorie lässt sich für den feministischen Diskurs um die Kategorie Geschlecht fruchtbar machen (vgl. Butler 1998; Smith 1998). In der feministischen Diskussion um die Frage, ob Sex von Gender zu unterscheiden sei, hatte bereits Judith Butler mit ihrer Infragestellung gerade jener Unterscheidung die theoretische Diskussion um die diskursive Konstruktion der Kategorie Geschlecht entfacht (vgl. Butler 1991, 1995; Feministische Studien 1993). Betrachtet Butler die diskursive Konstruktion von politischen Identitäten aus einer machttheoretischen Perspektive in Anlehnung an Foucault, so hat Chantal Mouffe besonders auf die Bedeutung von hegemonialen Diskursen und ihrer politischen Artikulation hingewiesen (vgl. Mouffe 1992; 1993; 1996). Auch nach Mouffe konstituieren sich Subjekte im Zuge diskursiver Artikulationsprozesse. Weil aber Diskurse als Differenzsysteme funktionieren, formieren sich auch Identitäten von Subjekten stets relational als Differenz(en) innerhalb dieser Systeme (Laclau/Mouffe 1991: 156). Die sich solchermaßen einstellende Nicht-Fixiertheit von Identitäten ist von Bedeutung für die Beantwortung der Frage nach dem Subjekt der feministischen Bewegung(en), und zwar sowohl in demokratietheoretischer Hinsicht als auch die politische Praxis betreffend: Erstens erlaubt die grundsätzliche Beweglichkeit von Identitäten es, soziale Beziehungen zu politisieren, etwa durch die Artikulation von – nie einfach „natürlich bestehenden“ – Antagonismen. Zweitens sind somit temporäre, oft prekäre Bündnisse zwischen den verschiedenen Subjektpositionen im Kampf um politische Artikulation möglich. Erlebte Identität hat dabei stets zwei Quellen: Einerseits die Formation der Subjektpositionen, d.h. ihre Positionierung in einem diskursiven Raum, andererseits die politische Subjektivität, die sich durch die Handlungen der Subjekte im Einzelnen begründet. Das (feministische) politische Subjekt ist dabei weder allein durch die Struktur determiniert, noch konstituiert es die Struktur. Es ist eher dazu angehalten, Entscheidungen zu treffen oder sich mit spezifischen politischen Projekten und den Diskursen, die diese artikulieren, zu identifizieren (vgl. Howarth et al. 2000: 14). Der politische Entschei-

dungsraum ist allerdings stets hegemonial vorstrukturiert, auch in geschlechterpolitischer Hinsicht. So ist das heterosexuelle Geschlechterverhältnis dadurch hegemonial, dass es in der Alltagspraxis der Subjekte eine normativ sinnstiftende Funktion einnimmt und heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit als normalisierende Praxis durch rechtsstaatliche und sozialpolitische Vorgaben reproduziert wird.

Um plurale StaatsbürgerInnenschaft im Sinne der radikalen Demokratie zu verwirklichen, dabei differente und somit plurale Subjektpositionen anzuerkennen und um eine emanzipatorische politische Praxis zu schaffen, ist es nach Mouffe daher notwendig, Verknüpfungen zwischen den unterschiedlichen demokratischen Positionen herzustellen. In diesem Sinne spricht Mouffe auch von Äquivalenzen oder Äquivalenzketten (vgl. hierzu wie auch zur Logik der Äquivalenz im Allgemeinen Laclau/Mouffe 1991: 183). Demnach könnten dann z.B. migrantische Frauen, nicht migrantische Arbeiterinnen und andere Subjektpositionen eine gleichwertige Artikulation von unterschiedlichen Standpunkten her bewirken (vgl. Mouffe 1992: 373). Aus queer-feministischer Perspektive gab es jedoch Einwände gegen genau diese Form der äquivalentiellen Relation der Bündnisse im Kampf um Hegemonie, da in bestimmten Kontexten der Kampf um Anti-Sexismus genau das Gegenteilige erforderlich mache:

Wo Lesbierinnen etwa mit einer ausgesprochen nicht-verhandelbaren Mauer von Sexismus durch schwule Männer konfrontiert sind, mag die Konsolidierung unseres lesbischen Kampfes vom Verfolgen eines anderen – und gleichermaßen unmöglichen – Ziels abhängen: der Organisation eines autonomen lesbischen Raumes (Smith 1998: 228).

Auch wenn diese Position sich nicht der Logik der Äquivalenz entzieht, da es möglich bleibt, einen gemeinsamen Kampf mit schwulen Männern durch den Bezug auf eventuell bestehende gemeinsame Unterdrückungsformen zu formulieren (z.B. in einer Kritik der politischen Ökonomie), wird es trotzdem notwendig sein, eine Form der Abstraktion vorzunehmen, die sich nicht loslöst von existierenden Ungleichheiten, sondern den Bezugspunkt ihres gemeinsamen Kampfes suchen muss. Die Logik der Bildung von Äquivalenzketten bezieht sich letztlich auf ein temporäres gemeinsames Element, das bestimmt werden muss. Unterdrückte Gruppen stehen jedoch nicht einfach in einer analogen Relation zueinander, so, als würde der Bezug auf ein gemeinsames Imaginäres nicht auch Konflikte und gegenseitige Ausschlüsse produzieren. Gerade diesen Konflikt gilt es jedoch aufrechtzuerhalten und ihn als produktives Moment der Differenz zu nutzen. Denn er bleibt schließlich die Bedingung der Möglichkeit einer politischen Artikulation. Dies merkt auch Judith Butler an, die allerdings nicht an die Logik der Äquivalenz anknüpft, sondern einen anderen Aspekt betont:

In fact, most promising are those moments in which one social movement comes to find its condition of possibility in another. Here difference is not simply the *external* differences between movements, understood as that which differentiates them from one an-

other but, rather, *the self-difference of movement itself*, a constitutive rupture that makes movements possible on non-identitarian grounds, that installs a certain mobilizing conflict as the basis of politicization (Butler 1998: 37, Kursiv im Original).

Worin bestehen nun die Bezugspunkte einer möglichen Artikulation und eines gemeinsamen politischen Kampfes, wenn die differentiellen Subjektpositionen konstitutives Element ihrer (nicht notwendigerweise) gegenseitigen Unterdrückung sind? Wenn die Klassenposition einer Frau den jeweiligen Ausschluss einer Frau differentieller Klassenposition produziert, wie werden dann gemeinsame Kämpfe überhaupt möglich? Ist ein Konfliktverständnis, das vor allem über Äquivalenz(ierung) und die Konstruktion eines gemeinsamen Bezugspunktes operiert, tatsächlich ausreichend? Und ist ein gemeinsamer Kampf überhaupt erstrebenswert?

Chantal Mouffe beantwortet diese Frage durch den Verweis auf das Politische. Das Politische ist nicht auf eine bestimmte Sphäre – wie z.B. die Öffentlichkeit – begrenzt, sondern es ist eine Dimension, die überall in menschlichen Gesellschaften zum Tragen kommen kann (vgl. Mouffe 1993: 3). Der Begriff des Politischen ist dabei nicht an sich mit politischen Inhalten besetzt, sondern bezeichnet die grundsätzliche Möglichkeit einer – in unterschiedlichen Formen auftretenden – hegemonialen und antagonistischen Artikulation von Diskursen. Dabei hebt der Begriff der Artikulation die Kontingenz der Beziehung zwischen zwei Elementen hervor. Dies ist insbesondere für die Konstituierung von Subjekten von Bedeutung. Subjekte sind nach Mouffe über verschiedene Subjektpositionen verstreut. Wie alle Beziehungen zwischen diskursiven Elementen ist auch die antagonistische Beziehung zwischen Subjektpositionen kein a priori. Antagonismen entstehen allein in Folge von Artikulationen (Mouffe 1993: 12; vgl. Laclau/Mouffe 1991: 167-171), sie sind eine kontingente Verbindung, die aus hegemonialen Praktiken entsteht. Mouffe schlussfolgert daraus: „Consequently, no identity is ever definitively established, there always being a certain degree of openness and ambiguity in the way the different subject positions are articulated“ (Mouffe 1993: 12). Antagonistische Artikulationen und somit die jeweilige Konkretisierung des Politischen sind daher nie vorgegeben, sondern werden in einem diskursiven Prozess konstituiert. Die daraus resultierende Bedeutung ist folglich immer kontingent. Dies heißt jedoch nicht, dass alle Bedeutungen möglich sind, denn jeder Diskurs ist auch ein Machtgefüge, in dem sich Machtverhältnisse reproduzieren und entschieden wird, was artikuliert werden kann.

Die Zuschreibung von Bedeutung ist somit abhängig vom hegemonialen Kontext. Solch ein Kontext kann entstehen, weil, auch wenn es keine dauerhaft feststehenden Bedeutungen gibt, doch bestimmte diskursive Punkte partiell fixiert werden können. Da solche partiellen Fixierungen, Knotenpunkte genannt, als Referenzpunkte existieren, können sich Subjekte überhaupt erst als politisch sinnhafte Subjekte konstituieren – analog zur Überlegung, dass politisch bedeutsame Aussagen erst möglich werden, weil privilegierte Signifikanten als Knoten-

punkte „die Bedeutung einer Signifikantenkette fixieren“ (Laclau/Mouffe 1991: 164). Somit umgibt den Prozess der Subjektkonstituierung eine Dialektik von Nichtfixiertheit und Fixierungsprozessen:

The history of the subject is the history of his/her identifications and there is no concealed identity to be rescued beyond the latter. There is thus a double movement. On the one hand, a movement of decentering which prevents the fixation of a set of positions around a preconstituted point. On the other hand, and as a result of this essential non-fixity, the opposite movement: the institution of nodal points, partial fixations which limit the flux of the signified under the signifier. But this dialectics at nonfixity/fixation is possible only because fixity is not given beforehand, because no center of subjectivity precedes the subject's identifications (Mouffe 1992: 371).

Die Dialektik von Nichtfixiertheit und Fixierung bedeutet auch für das feministische politische Subjekt, dass es niemals homogen sein kann. Daher kann es seine Unterdrückung immer nur zum Teil politisieren, und zwar insofern es als Teil eines um Knotenpunkte herum konstituierten Antagonismus artikuliert wird (vgl. Mouffe 1992: 372).

The absence of a female essential identity and of a pre-given unity, however, does not preclude the construction of multiple forms of unity and common action. As the result of the construction of nodal points, partial fixations can take place and precarious forms of identification can be established around the category "women" that provide the basis for a feminist identity and a feminist struggle (Mouffe 1992: 381).

In diesem Sinne beinhaltet radikale Demokratie für Mouffe die Dekonstruktion jeglicher essentialistischer Identitäten (vgl. Mouffe 1993). Es geht dann um die verschiedenen, nie kohärent hergestellten Identitäten, die im Ringen um Freiheit und Gleichheit plurale StaatsbürgerInnenschaft verwirklichen können. Der Topos der StaatsbürgerInnenschaft ist deswegen für das radikale Demokratiekonzept so relevant, weil es um die Anerkennung der verschiedenen Identitätspositionen im demokratischen Staat geht, um ihre In- bzw. Exklusion und die damit verbundenen politischen und sozialen Rechte.

Damit ist die Frage der Entstehung des Politisierungsprozesses der unterschiedlichen Subjektpositionen und die Möglichkeiten eines gemeinsamen politischen Kampfes von Mouffe jedoch noch nicht hinreichend beantwortet worden. Denn selbst wenn es notwendig ist, „Äquivalenzen bzw. Äquivalenzketten zwischen den einzelnen demokratischen Positionen herzustellen“ (Laclau/Mouffe 1991: 183), dann können „Frauen“, „Arbeiterinnen“, „Migrantinnen“ und Subjekte auf anderen Subjektpositionen immer noch nicht unbedingt eine gleichwertige Artikulation von unterschiedlichen Standpunkten her bewirken (vgl. Mouffe 1992: 373), da sie in einem Machtgefüge unterschiedlich positioniert sind. Sie artikulieren sich zwar nicht auf der Grundlage irgendwelcher essentieller oder homogener Eigenschaften als „Frauen“ oder als „Arbeiterinnen“, sondern von

den bereits beschriebenen multiplen Subjektpositionen aus (Mouffe 1992: 376). Wie die Entstehungsbedingung einer sozialen Bewegung durch die Artikulation einer anderen überhaupt erst möglich wird, wird in dieser Konzeption aber noch nicht gedacht.

Vielmehr wird StaatsbürgerInnenschaft von Mouffe als eine politische Identität betrachtet, in der sich alle mit denselben politischen Prinzipien von Freiheit und Gleichheit identifizieren, ihnen zustimmen und insofern Homogenität schaffen.

It [citizenship, Anm. S.W.] would be a common political identity of persons who might be engaged in many different purposive enterprises and with differing conceptions of the good, but who are bound by their common identification with a given interpretation of a set of ethico-political values. [I]t is an articulating principle that affects the different subject positions of the social agent while allowing for a plurality of specific allegiances and for the respect of individual liberty (Mouffe 1992: 377).

Wenn nun alle StaatsbürgerInnen dieselben Prinzipien akzeptierten und sich mit ihnen identifizierten, dann könne es zu einem vorläufigen und prekären Konsens kommen. Die Anerkennung genau jener Prinzipien wäre dann eine Form von radikaler Demokratie, in der alle sich auf diese Prinzipien als Form von Gemeinwohl beziehen und eine temporäre Grundlage für eine Identifizierung als StaatsbürgerInnen schaffen würden. So entstünde dann auch eine gemeinsame Identifizierung als radikal-demokratische StaatsbürgerInnen und eine kollektive politische Identität, in der Differenzen nicht negiert, sondern als äquivalent gesetzt würden (vgl. Mouffe 1992: 379). Die abstrakte Universalität des Liberalismus wird so überwunden, jedoch nicht der Universalismus an sich aufgehoben. Das radikaldemokratische Universalismusverständnis ist sich seiner Partikularität bewusst (vgl. Mouffe 1993: 132).

Auch das „Gemeinwohl“ ist nach Mouffes Verständnis niemals endgültig fixiert, sondern von Unentscheidbarkeit affiziert; es ist eine imaginäre Einheit, auf die ständig Bezug genommen wird, die aber niemals eine endgültige Bedeutung annimmt. Dieses demokratische Imaginäre bietet auch den Bezugspunkt an, um sich als radikaldemokratische StaatsbürgerInnen zu identifizieren. Die Identität der StaatsbürgerInnen ist daher vielschichtig und z.B. nicht an Ethnie oder Nationalität gebunden. Es kann folglich nie eine einheitliche politische Gemeinschaft geben, sondern nur verschiedenste Gemeinschaften.

Yet, since those principles [liberty and equality, Anm. S.W.] are open to many competing interpretations, one has to acknowledge that a fully inclusive political community can never be realized. There will always be a 'constitutive outside', an exterior to the community that is the very condition of its existence (Mouffe 1993: 132).

In dieser Konzeption von StaatsbürgerInnenschaft werden Antagonismen schließlich in eine agonistische Austragungsform gegensätzlicher Interessen überführt. Das bedeutet, dass unvereinbare Interessen als legitime politische Gegnerschaft

ten anerkannt werden, der Kampfcharakter des Agonismus im Gegensatz zu deliberativen Demokratietheorien jedoch betont wird (Mouffe 2005: 52).

Das Prinzip und die Forderung nach Gleichheit reichen allerdings nicht aus, um eine äquivalente Relation zwischen den verschiedenen Subjektpositionen herzustellen. Deshalb muss das Prinzip der Freiheit laut Mouffe aufrechterhalten werden und die Forderung nach Gleichheit ergänzen. Anders als das individualistische liberale Verständnis von Freiheit, würde die radikaldemokratische Freiheit eine radikale *und* plurale Demokratie ermöglichen, die die Pluralität von Räumen und Subjektpositionen anerkennt (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 250). Dabei findet in dieser Form des demokratischen Konsenses zugleich immer ein Ausschluss statt: Die Nicht-StaatsbürgerInnen werden als konstitutives Außen gesetzt. Somit wird radikale Demokratie nie gänzlich realisiert:

[...] the aim of a radical democratic citizenship should be the construction of a common political identity that would create the conditions for the establishment of a new hegemony articulated through new egalitarian social relations, practices and institutions (Mouffe 1993: 380).

Die Antagonismen des Sozialen in agonistische Verhandlungen umzusetzen, müsste laut Mouffe das Ziel jeder Theorie des Politischen sein, damit sie demokratisch und politisch werden und sich als hegemonialer Diskurs platzieren könnte. Um dies zu verwirklichen muss ein „konflikthafter Konsens“ (Mouffe 2005: 52, Übersetzung S.W.) einen symbolischen Raum zwischen Opponenten ermöglichen. Radikale Demokratie bedeutet dann, dass es im hegemonialen Kampf um Macht immer nur zu einer zeitweiligen hegemonialen Machtposition einer politischen Gruppe kommen kann. „So wie die Bedingungen der Möglichkeit einer pluralistischen Demokratie durch die Konflikte und Antagonismen konstituiert werden, so konstituieren diese zugleich die Bedingung der Unmöglichkeit ihrer endgültigen Erfüllung“ (Mouffe 1999: 34).

Der Hegemoniebegriff in Mouffes Demokratieverständnis zielt somit auf eine Sozialkritik, jedoch nicht auf die Herstellung sozialer Objektivität. Damit wird Mouffes Sozialkritik immer nur an bestimmte Momente gebunden. Folglich kann es immer nur prekäre Anerkennungsverhältnisse geben, die gemeinsame politische Handlungsmöglichkeiten vorübergehend zulassen und den Konflikt politisieren. Die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe ermöglicht es, die politischen Konstruktionsprozesse der Geschlechterverhältnisse nachzuvollziehen und sie in einen Zusammenhang mit weiteren Kategorien zu stellen. Da es immer wieder zu Neuformierungen hegemonialer Positionen kommen kann, besteht folglich die politische Handlungsmöglichkeit der AkteurInnen darin, sich immer wieder neu positionieren zu können und konfliktreiche politische Bündnisse einzugehen im Kampf um Hegemonie.

Was bedeutet dies nun in den feministischen Kämpfen um Anerkennung, Umverteilung und Emanzipation in und von staatlichen Institutionen? Ist es

möglich, über die Logik der Äquivalenz eine emanzipatorische Praxis zu entwickeln, die hegemoniale Diskurse und institutionalisierte Praktiken (temporär) verändern kann? Oder bedarf es einer zusätzlichen Betrachtung des Konfliktes auch zwischen und innerhalb emanzipatorischer sozialen Bewegungen, der, immer vorhanden, die Möglichkeit demokratischer Partizipation zulässt?

In Hinblick auf staatliche Diskurse und ihre Institutionalierungsformen ist es meines Erachtens notwendig, die diskursiven Subjektkonstitutionsprozesse in ihren gegenseitigen Ausschlüssen so zu rekonstruieren, dass ihr Wechselverhältnis überhaupt erstmal sichtbar wird und somit auch die Grenzen einer gemeinsamen gegenhegemonialen Artikulation. Denn selbst wenn der Bezug zu einer gemeinsamen Vorstellung von Freiheit, Gleichheit und Gemeinwohl hergestellt wird, heißt dies noch nicht, dass soziale Gleichheit und egalitäre demokratische Institutionen daraus hervorgehen. Welche Probleme dies für den konflikthaften Konsens, wie Mouffe ihn konzeptualisiert, aufwirft, möchte ich im Folgenden anhand staatlicher Geschlechterpolitik im Rahmen von Gender Mainstreaming erläutern.

3. Institutionalisierte Differenzen, geschlechterpolitische Perspektiven

In den institutionalisierten Formen der feministischen Kämpfe um Gleichheit ohne Angleichung, um die Dekonstruktion von Geschlechtsidentitäten, oder das Recht auf Differenz bei politischer Gleichheit sind bisher verschiedene politische Praktiken identifiziert worden, aus dem „Streit um Differenz“ (Benhabib et al. 1993) neue politische Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Es sind Repräsentationsmodelle entstanden, deren Anliegen es ist, einerseits die verschiedenen Subjektpositionen im Sinne Chantal Mouffes zu berücksichtigen und andererseits Gleichheit zwischen Frauen sowie zwischen Männern und Frauen, dort, wo reale Ungleichheit die Gesellschaftsstruktur ausmacht, zu ermöglichen. Doch es ist das Dilemma dieser Modelle, dass sie der Vielfalt der Subjektpositionen letztlich nicht gerecht werden konnten (vgl. Iris Marion Young 2000). Im Dilemma zwischen Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion von Geschlechtsidentitäten bewegt sich auch die jüngste, dezidiert geschlechterpolitische Strategie der internationalen Frauenbewegung: Gender Mainstreaming.

Gender Mainstreaming ist in der aktuellen wissenschaftlichen und politischen Debatte um Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion im Geschlechterverhältnis ein Bezugspunkt von verschiedenen feministischen Bewegungsaktivistinnen geworden, die auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 das Konzept ausformulierten und das dann von der europäischen Frauenlobby auch auf die europäische politische Agenda gebracht wurde. Seit seiner Verankerung im Amsterdamer Vertrag 1997 ist Gender Mainstreaming sowohl in der Europäischen Union als auch in den Mitgliedsstaaten fester Bestandteil von staatlicher Geschlechterpoli-

tik geworden. Das Konzept Gender Mainstreaming unterliegt jedoch einer Vielzahl möglicher Interpretationen, wie differierende Definitionen zeigen. Von „politischer Geschlechtsumwandlung“ (so Zastrow 2006) bis hin zu Gleichstellung der Geschlechter reichen die Deutungsmuster von Gender Mainstreaming. Diese Interpretationen von Gender Mainstreaming zeigen, dass die Unklarheit der Begriffsschöpfung als Ursache für eine Vielzahl von (oft gewollten) Missverständnissen und ideologischen Bestimmungen gelten kann und dass vielfältige politische Handlungsanweisungen in der Umsetzung von Gender Mainstreaming die Folge sein können. Die politische Zielsetzung wird durch den Begriff selbst nicht deutlich. Im Gegensatz zu politischen Zielvorgaben und Begriffen wie „Frauenförderung“ oder „Gleichstellungspolitik“, die erklären, dass entweder Frauen in bestimmten Politikbereichen explizit gefördert werden sollen oder es doch zumindest um eine Gleichstellung der Geschlechter gehen soll, bleibt Gender Mainstreaming als Politikziel uneindeutig. Gender Mainstreaming fungiert als Sammelbegriff bisheriger Geschlechterpolitiken. Die politischen Handlungsmöglichkeiten werden dadurch vorerst offen gelassen und erst im Politikprozess selbst konkretisiert (Stiegler 2005). Dies birgt sowohl politischen Spielraum sowie die Gefahr hegemonialer Vereinnahmung wie die nachfolgenden Beispiele zeigen. Von der Sachverständigengruppe des Europarates wird z.B. ausdrücklich betont:

Gender Mainstreaming is the (re-)organisation, improvement, development and evaluation of policy processes, so that a gender equality perspective is incorporated in all policies at all levels and at all stages, by the actors normally involved in policy-making (Europarat 1998: 19).

Gegenstand von Gender Mainstreaming ist demnach sicherzustellen, dass die Perspektive der Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Politikbereichen und -prozessen des Staates oder suprastaatlicher Institutionen berücksichtigt wird. Aus dieser Definition der Spezialistinnengruppe des Europarates wird jedoch noch nicht klar, was „gender equality“ genau bedeutet und was eine „gender perspective“ eigentlich genau ist.

Vom Europarat wird Gender Mainstreaming dann weiter als Gleichheit in der Differenz definiert. Der Gender Mainstreaming-Bericht des Europarates erklärt dabei Geschlechtergleichheit als Ziel von Gender Mainstreaming und beschreibt Gleichheit als „equal visibility, empowerment and participation of both sexes in all spheres of public and private life“ (Europarat 1998: 8). Der Europarat geht von zwei bestehenden Geschlechtern („both sexes“) aus und fährt uneindeutig fort, indem er anschließend von „gender equality“ spricht:

Gender equality is the opposite of gender inequality, not of gender difference, and aims to promote the full participation of women and men in society. [...] Gender equality is not synonymous with sameness, with establishing men, their life style and conditions as the norm. [...] Gender equality includes the right to be different [...] the quintessence is

to assure that the social construction of gender leaves room for difference and does not contain a notion of hierarchy placing men higher than women (Europarat 1998: 6-8).

Diese genauere Definition des Europarates geht also auf die soziale Konstruiertheit von Gender ein und betont deshalb, dass Gleichheit nicht Angleichung bedeutet. Es geht nicht um die Angleichung an die männliche Norm, sondern um die Gleichwertigkeit verschiedener geschlechtlicher Identitäten, wobei hier nur von Frauen und Männern die Rede ist. Die Trennung von Sex und Gender bleibt in dieser Aussage die theoretische Vorannahme, auf die Bezug genommen wird. Dekonstruktivistische Theorieansätze in der Genderforschung werden hier nicht berücksichtigt, sondern Sex als substantielles Distinktionsmerkmal zwischen Männern und Frauen vorausgesetzt.

Den Formulierungen der Expertinnengruppe des Europarates merkt man an, dass sie in dem Dilemma zwischen Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion von Geschlechtsidentitäten um politische Handlungsanweisungen ringen und Gender Mainstreaming daher ein sehr vage ausformuliertes Politikinstrument bleibt. Da man es in allen politischen Bereichen angewandt wissen möchte, musste es so formuliert werden, dass es sowohl politische und soziale Gleichheit ermöglicht, historisch entstandene Differenzen (zwischen Frauen und Männern) aber auch nicht ignoriert.

Gender Mainstreaming zielt in seiner inhaltlichen Ausgestaltung dabei auf drei verschiedene Ebenen: Gender Mainstreaming soll erstens auf die geringe Repräsentation von Frauen in verschiedenen politisch-institutionellen Bereichen und im Beschäftigungssektor aufmerksam machen. Es geht hier also um das liberale Theorem der Gleichstellung der Geschlechter (vgl. Schunter-Kleemann 2006). Zweitens soll in den jeweiligen Bereichen danach gefragt werden, wie viele Ressourcen aufgewandt werden, um diese mangelnde Repräsentation von Frauen zu beheben. Drittens geht es um die konkrete Realisierung von Gleichstellung und ausreichender Repräsentation; hier ist zu bestimmen, was notwendig wäre, um Frauen den Zugang zu den genannten Bereichen zu ermöglichen oder ihnen das Leben und Arbeiten in diesen Bereichen zu vereinfachen und es gleichwertiger zu gestalten.

Gleichzeitig soll Gender Mainstreaming auch zu einem Mentalitätenwechsel führen, indem es darauf zielt, nun durch den Bezug auf die Bedeutungsdimension von Gender auch Männer als Zielgruppe geschlechterpolitischer Strategien im Rahmen von Gender Mainstreaming zu fokussieren. Damit stellen sich jedoch nicht nur Probleme definitorischer Art des Gender-Begriffes und der damit verbundenen, nicht näher geklärten rechtlichen und politischen Regulierung seitens der suprastaatlichen Institutionen der Europäischen Union. Auch die politischen Konsequenzen, die sich daraus für die Politikgestaltung der Mitgliedsstaaten ergeben, bleiben offen.

Wissenschaftlerinnen, die in die Prozessgestaltung von Gender Mainstreaming eingebunden sind und seinen Nutzen für die politische Praxis in staatlichen

Verwaltungen und nichtstaatlichen Organisationen verdeutlichen wollen, beziehen sich z.T. in ihrer Beschreibung von Gender Mainstreaming gerade auf die Differenzkonstruktionen zwischen den Geschlechtern. So wird einerseits zwar die Unterscheidung von Sex und Gender aus der feministischen Forschung aufgegriffen, Sex jedoch unhinterfragt als biologische und physiognomische Eigenschaft definiert (so Welppe/Schmeck 2005: 21-25). Die Facetten der feministischen Diskussion um Sex und Gender, vor allem dekonstruktivistische Perspektiven, die den Kern des politischen Problems betreffen, werden so nur verkürzt rezipiert und nicht für die politische Praxis genutzt.

Es stellt sich daher die Frage, wie Gender Mainstreaming ein Bezugspunkt emanzipativer politischer Praxis für die unterschiedlichen Strömungen und politischen Forderungen der Frauenbewegungen sein kann. Wie können unterschiedliche Subjektpositionen in diesem Konzept überhaupt berücksichtigt werden, ohne dass man sich dabei auf dichotome Zuschreibungen von Zweigeschlechtlichkeit einlässt oder ohne dass man z.B. Klassengegensätze vernachlässigt?

Eine Möglichkeit hierzu hat Stephan Möbius aufgezeigt: Nach Möbius könnte man Gender Mainstreaming als Umdeutungsprozess und politische Parodie gestalten. Gender Mainstreaming könnte dann bedeuten, dass nicht eine Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen und in allen Politikbereichen gemeint ist; sondern Gender Mainstreaming könnte als subversive Strategie verstanden werden, die sich gegen die übliche Trennung von Sex und Gender richtet und Gender im dekonstruktivistischen Sinne hervorhebt und verallgemeinert (Möbius 2003: 377, Fn. 36). Gender könnte in der politischen Praxis so Sex ersetzen und Essentialismus vermeiden. Eine derartige politische Parodie zu nutzen, die in der Auslegung des weiten Deutungshorizontes des Begriffes von Gender Mainstreaming möglich ist, wäre eine erfrischende Erneuerung herkömmlicher Geschlechterpolitik. Sie ist jedoch eine sehr unwahrscheinliche Alternative zum aktuellen bürokratischen Diskurs, der Gender Mainstreaming als Regierungsinstrument aufgreift und die Trennung von einem natürlichen Geschlechtskörper (Sex) und dem sozialen Konstruktionsprozess von Gender reproduziert.

Hier wird das Dilemma deutlich, dem sich jede soziale Bewegung stellen muss: Sie kann stets auf hegemoniale Weise in bestehende staatliche Diskurse inkludiert werden, wobei es in diesen Diskursen zu einer affirmativen Umdeutung der Bewegungsziele kommt (vgl. Fraser 1996). Aufgrund der Offenheit des Begriffs Gender Mainstreaming wird das kritische Gegenwissen der Geschlechterforschung zwar in die institutionalisierte staatliche und zivilgesellschaftliche Praxis aufgenommen, auf dem Weg dorthin jedoch so umformuliert, dass es der ökonomischen Logik der Marktnützlichkeits unterworfen werden kann. Gerade in dieser Hinsicht werden die zahlreichen Anschlussmöglichkeiten an das Konzept Gender Mainstreaming deutlich: So ist es zwar ursprünglich als Bewegungsinitiative von NGOs in der Entwicklungspolitik ausformuliert worden, mittlerweile aber auch Bestandteil von Management-Seminaren in Unternehmen, die sich unkritisch auf Differenzkonstruktionen zwischen den Geschlechtern als un-

ternehmerische Ressource beziehen (vgl. Frey 2003; Krell 2005). Die kritische politische Aneignung von Gender Mainstreaming ist bisher zumeist fehlgeschlagen; erfolgreiche Ansätze wurden immer wieder in umdeutender Weise kooperiert. Deshalb können nun auch die Potenziale und die kritischen Wissensbestände der Frauenbewegung und wissenschaftliche Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung genutzt werden, um in verkürzter Rezeption dieser Forschung die „geschlechtsspezifischen Potenziale“ der verschiedenen Subjekte für unternehmerisches und staatliches Handeln auszuloten (vgl. Wöhl 2007).

Unternehmerische bzw. betriebswirtschaftliche Rationalitäten deuten dabei Geschlechtergleichheit als bessere Nutzung der Humanressource Frau und ihrer angeblichen weiblichen Fähigkeiten um, und verbinden so Gleichstellungspolitik mit unternehmerischem Handeln. So werden auch Geschlechterasymmetrien und -hierarchien durch Gender Mainstreaming verdeckt und verschärft, da mit dem fast unterschiedslosen Bezug auf Männer und Frauen im Begriff Gender Mainstreaming der Eindruck erweckt wird, als hätten Gleichstellungsfragen für Männer und Frauen heutzutage dieselbe Bedeutung (vgl. Bereswill 2004).

Die Offenheit des Begriffs „Gender Mainstreaming“ bietet zwar anscheinend das Potenzial zur gegenhegemonialen Artikulation; gleichwohl hat sich bisher allenfalls in Ansätzen eine emanzipatorische Politik entfaltet. Vielmehr lässt sich das genaue Gegenteil beobachten: Blickt man auf die europäische Ebene, so wird deutlich, dass dort Gender Mainstreaming zum Gegenstand neoliberaler Modernisierungspolitik wird, weil es dem Wettbewerbsdiskurs der Europäischen Union nicht wirkmächtig entgegen treten kann (Brigitte Young 2000). Gender Mainstreaming kann offensichtlich dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Kernprojekte wie der Wirtschafts- und Währungsunion untergeordnet werden und in diesem Sinne als Modernisierungsprojekt fungieren. Spezielle Frauenförderinstrumente in einigen Mitgliedsstaaten oder Projekten wurden aufgrund von Gender Mainstreaming z.T. sogar abgeschafft.¹

Des Weiteren geht es im Prozess von Gender Mainstreaming im mikropolitischen Fokus auch um die Entwicklung von Genderkompetenz, Gendertrainings und Genderkompetenzentwicklung der jeweiligen zuständigen Personen in den Behörden, Ministerien, kommunalen Verwaltungseinrichtungen, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften und Bildungsstätten (vgl. Genderkompetenzentrum Berlin o.J.). Diese Kompetenzentwicklung ist rückgebunden an das wissenschaftliche Wissen über Geschlechterverhältnisse, wie es an den Universitäten in Form der Geschlechterstudien oder Gender Studies etabliert wurde. In diesem Sinne ist Gender Mainstreaming in der politischen Praxis auch eine intellektuelle Strategie, die die zuständigen Personen ermächtigen soll, Wissen über die Geschlech-

1 So geschehen in Niedersachsen unter der Regierung von Gerhard Schröder als Ministerpräsident des Landes mit der Begründung, Gender Mainstreaming würde bisherige Politiken der Frauenförderung und somit das Frauenministerium ersetzen. Ähnliche Beispiele gibt es aus Österreich und aus der Projektarbeit in Polen (vgl. Sauer 2004; Choluy/Neusüss 2004).

terverhältnisse zu entwickeln. Diese Personen sollen wiederum dafür Sorge tragen, Prozesse zu initiieren und zu koordinieren, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in staatlichen Strukturen und Organisationen sichtbar und veränderbar machen sollen. Dabei geht es vor allem um das *Wissen* und die *Kompetenz*, das die VerwaltungsbeamtenInnen und weitere verantwortliche Personen sich subjektiv aneignen sollen, um diesen Prozess erfolgsorientiert zu generieren. Welches Wissen und welche Kompetenzen vermittelt werden sollen, ist relativ klar vorgegeben: Gender soll als Begriff von Gender Mainstreaming auf die historische und soziale Konstruktion von Geschlechterverhältnissen verweisen und Wissen über Geschlechterverhältnisse vermitteln (vgl. Genderkompetenzzentrum Berlin o.J.). Ob durch den Begriff von Gender dann im Prozess der Umsetzung eine Herrschaftskritik intendiert wird, wird jedoch erst in den „konkreteren, formulierten Zielsetzungen, die sich auf die Geschlechterverhältnisse beziehen“, sichtbar (Stiegler 2005: 31).

Gendertrainings, die im Rahmen von Gender Mainstreaming entwickelt worden sind, müssen in diesem Zusammenhang bewertet werden: Bei der bisherigen Vielfalt an unterschiedlichen TrainerInnen und ihren Methoden kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese ihre Trainings alleine aus herrschaftskritischen Gründen durchführen, sondern selbst ein Interesse daran haben, ihre Beratungskompetenz am Markt zu verkaufen. Denn im Zuge der Studienschwerpunktfächer Gender Studies ist nun an den Universitäten auch ein zukünftiges Berufsfeld entstanden, das zur zunehmenden Professionalisierung von Geschlechterwissen geführt hat (vgl. Kahlert 2005). Heike Kahlert (2005: 59) spricht von einer „neuen Allianz zwischen Kommerz und Emanzipation“ und kommt zu dem Ergebnis, dass Gender Mainstreaming beide Seiten bediene und letztlich an der Frage der „Passfähigkeit an die laufenden Verwaltungsstrukturereformen“ seine transformative Kraft beweisen muss. Gender Mainstreaming ist daher sowohl ein Ermächtigungs- und Artikulationsprozess der handelnden Subjekte, als auch eine Vermittlung von Regierungswissen, -handlungen, -diskursen und von bürokratischen Herrschaftstechnologien, die auf die Veränderung von Geschlechterverhältnissen zielen. Diese Herrschaftstechnologien sollen als Emanzipationspotenzial verstanden werden. Sie sind in Foucaultscher Terminologie aber eher als eine Form des Regierens zu verstehen, die Expertenwissen mit weiteren Regierungspraktiken diskursiv verbindet und eine Gouvernentalisierung des Staates bewirkt (vgl. Foucault 2004). Offen ist in diesem Prozess der Ausgang: Was als Ermächtigung im Sinne eines kritischen Wissens über Geschlechterkonstruktionen gelesen werden kann, kann zugleich auch bedeuten, dass Geschlechterstereotypen verfestigt werden und der Markt der Gendertrainings sich aus Erwerbsgründen erhält und ausgebaut wird. Angewandt auf das Konzept von Gender Mainstreaming lässt sich feststellen, dass sich der innovative Gehalt der Strategie daher aus denselben Praktiken generiert, die es eigentlich zu transformieren sucht (vgl. Wöhl 2007, 2008). Dies bedeutet, dass ein vormalig kritisches Gegenwissen einer sozialen Bewegung Eingang in eine supra- und nationalstaatliche politische

Praxis gefunden hat und sich nun unter Marktkriterien als nützlich erweisen muss, um sich überhaupt im hegemonialen Diskurs platzieren zu können. Gender Mainstreaming wurde in den europäischen Diskurs um Chancengleichheit integriert, weil es zur Befriedung einiger AkteurInnen der Frauenbewegung nötig war. In diesem Kontext fungiert die Offenheit des Begriffes „Gender Mainstreaming“ als Sammelbecken unterschiedlichster AkteurInnen und ihrer Strategien (man könnte auch von einem „leeren Signifikanten“ im Sinne Ernest Laclaus sprechen; vgl. Laclau 1996: 36-46). Einmal wird die soziale Konstruktion von Geschlecht betont und seine Funktion als Platzanweiser in hierarchischen Strukturen hervorgehoben, ein anderes Mal geht es genau darum, unterschiedliche „Bedürfnisse“ und „Interessen“ von Männern und Frauen zu schützen und für die politische Praxis aufzuwerten. Prozesse der normativen Identitätskonstruktionen und die Herstellung unterschiedlicher Subjektpositionen sind in diese Konzeption integrierbar und können gleichzeitig völlig aus dem Blick geraten.

Diese Widersprüche haben dazu geführt, dass Gender Mainstreaming bisher als Konsens- und Modernisierungsstrategie fungiert. Es bedient einige Interessen der Frauenbewegung, während es staatlicher Politik erlaubt, sich ein aktives Handeln für mehr Geschlechtergerechtigkeit auf die Fahnen zu schreiben. Es konnte sich in hegemonialen (supra-)staatlichen Diskursen um mehr Wettbewerbsfähigkeit platzieren, weil Gender Mainstreaming selbst Elemente dieser Diskurse aufgreift, indem es differenzielle Identitätspositionen als Potenzial deutet, und ein staatliches Regieren von Geschlechterverhältnissen zulässt, das an verbindliche institutionelle Interventionen rechtlich nicht gebunden ist.

Es stellt sich deshalb die Frage, wie Gender Mainstreaming ein emanzipativer Bezugspunkt gegenhegemonialer und nicht heterosexueller Identitäten werden kann, wenn in der praktischen Umsetzung vornehmlich Zweigeschlechtlichkeit fokussiert wird und nicht heterosexuelle Identitäten zwar theoretisch aufscheinen, in den anvisierten Politikbereichen jedoch nicht zur Geltung kommen. Hier wird, wie Judith Butler bereits anmerkte, ein Kampf auf Kosten anderer Subjektpositionen geführt, der selbst erst die Bedingungen der Möglichkeit des institutionalisierten Kampfes für andere (in diesem Fall heterosexuelle weibliche) Subjektpositionen bereitstellte. Denn die Politisierung des heterosexuellen Geschlechterverhältnisses und die daraus folgenden Forderungen der Frauenbewegungen nach Gleichheit zwischen Männern und Frauen haben noch nicht dazu geführt, dass Homosexuelle ihre Forderungen nach politischer Gleichheit im bürgerlichen Staat weiter einfordern konnten und ihre nicht heterosexuellen Subjektkonstitutionsbedingungen überhaupt sichtbar werden.

Dies widerspricht nicht Chantal Mouffes Konzeption eines radikalen Demokratieverständnisses und eines konflikthaften Konsenses. Aber es zeigt sich doch, wie die etablierte institutionelle Ordnung die Konstituierung und Ausweitung eines hegemonialen Diskurses ermöglicht hat. Auch die strukturelle Wirkmächtigkeit der Deutungshoheit dieses Diskurses und die vielfältigen Möglichkeiten der politischen Vereinnahmung gegenhegemonialer Positionen werden so ersichtlich.

Dass der Erfolg gegenhegemonialer Projekte solchermaßen an vielen Punkten in Frage gestellt wird, hat mit differierenden Subjektkonstitutionsprozessen zu tun, die in ihren gelebten geschlechtlichen Existenzweisen unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen produzieren. Diese werden nicht einfach zu anderen Bedürfnissen und Interessen äquivalent gesetzt – Widersprüche bleiben bestehen und reproduzieren gegebenenfalls gegenseitige soziale und politische Ausschlüsse.

Die Situierung in verschiedenen Subjektpositionen, aus denen heraus eine gemeinsame, wenn auch temporäre, politische Artikulation und ein gemeinsames politisches Handeln möglich werden kann, bleibt somit zwar durch Gender Mainstreaming theoretisch erhalten. Die Intervention in hegemoniale staatliche Diskurse hat jedoch im Zuge von Gender Mainstreaming noch nicht dazu geführt, dass eine wie auch immer geartete gegenhegemoniale Artikulation unterdrückter Subjektpositionen dauerhafter stattfinden konnte. Im Gegenteil: Gender Mainstreaming konnte staatlicherseits uminterpretiert werden und z.T. seiner emanzipativen Bedeutung entleert werden.

Um die Prozesshaftigkeit der Geschlechteridentifikation im Zuge ihrer hegemonialen staatlichen Materialisierungsprozesse aufzugreifen, müsste deshalb berücksichtigt werden, dass die Konstruktion von heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit selbst ein historisch diskursiver Prozess ist, der erst binäre Geschlechtsidentitäten zu gelebten geschlechtlichen Existenzweisen ausformte und sie politisch bedeutsam gemacht hat (vgl. Maihofer 1995). Normative Konstruktion und Materialisierung von gelebten Geschlechtsidentitäten sind ein dialektischer Prozess. Diese diskursiven Materialisierungsprozesse können im bisherigen Konzept von Gender Mainstreaming noch nicht eingeholt werden. Obwohl Gender Mainstreaming darauf hinwirken soll, Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu beseitigen und auch auf der ideologischen Ebene zu einem Mentalitätenwechsel führen soll, also auf die Gesamtheit herrschender politischer, sozialer und symbolisch-kultureller Verhältnisse zielt, beruht es doch weiterhin auf dem Prinzip der Differenz zwischen den Geschlechtern und setzt Zweigeschlechtlichkeit normierend in der politischen Praxis fort. Weitere Differenzen zwischen Frauen, wie z.B. die sexuelle Identität, die soziale Klassenposition und die Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit konnten bisher in der politischen Praxis noch nicht ausführlich berücksichtigt werden (vgl. exemplarisch Welp/Schmeck 2005). Lohnunterschiede und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung spielen zwar eine Rolle in den Policy-Analysen im Zuge von Gender Mainstreaming, können jedoch das soziale Gefälle der Lohnungleichheit nicht allein dadurch politisch beseitigen, dass sie es sichtbar machen. Auch Gender Budgeting, eine der relevanten Methoden von Gender Mainstreaming zur finanziellen Förderung von Frauen, hat noch nicht zu einer ausreichenden politischen Umverteilung von Finanzmitteln geführt (vgl. Schratzenstaller 2002; Mädorin 2003). Zudem wäre aus einer Perspektive, die das Handeln der Akteure in den politischen Institutionen berücksichtigt, zu analysieren, welche materiellen Ungleichheiten durch Gender Mainstreaming überhaupt verändert werden können.

Dies führt zurück zu der von Judith Butler aufgeworfenen Frage, wie unterschiedliche Subjektkonstitutionsprozesse ihren gegenseitigen politischen Ausschluss produzieren, die Bedingungen der Möglichkeit ihrer Existenz und ihrer Politisierung in diesem Ausschluss finden und sich diese diskursiven Prozesse institutionell sedimentieren. Zum Schluss möchte ich daher einige vorläufige Überlegungen anstellen, wie diese Problematik theoretisch weiter erfasst werden könnte.

4. Fazit

Chantal Mouffes Konzeption radikaler Demokratie, in der die Hegemonietheorie eine mögliche Artikulation demokratischer Partizipation bereitstellt, hat wichtige Leerstellen im liberalen Demokratieverständnis aufgezeigt, indem die Bedeutung partieller Fixierungen in Form von bestehenden Subjektpositionen problematisiert werden. Zugleich bleibt im Konzept der radikalen Demokratie die Möglichkeit erhalten, gegenhegemoniale Artikulationen vorzunehmen, die das Institutionengefüge und staatlich sedimentierte Diskurse in Frage stellen können. Die StaatsbürgerInnen können einen konflikthaften Konsens aufrecht erhalten, um ihre unterschiedlichen Positionen im Kampf um Hegemonie zur Geltung zu bringen. Jedoch hat sich gezeigt, dass im Zuge gegenhegemonialer Artikulationen, worauf auch Gender Mainstreaming zielt, gegenhegemoniale geschlechterpolitische Artikulationen sich zwar in hegemoniale staatliche Diskurse einschreiben können, jedoch die diskursiven Konstitutionsbedingungen differierender Unterdrückungsformen noch nicht so politisiert werden, dass ihre gegenseitige Bezogenheit und die Ausschlüsse, die damit reproduziert werden, sichtbar geworden wären. Viel mehr werden in der politischen Praxis von Gender Mainstreaming bisher nur normierte Identitäten fokussiert. Das bedeutet, dass es notwendig sein wird, die Differenzen sichtbar zu machen, die im Diskurs von Gender Mainstreaming noch nicht artikulierbar sind oder desartikuliert werden und andere Subjektpositionen ausschließen. Für eine Intervention in staatliche Geschlechterpolitik heißt dies, dass es nicht nur um die Repräsentation verschiedener „Achsen der Differenz“ (Knapp/Wetterer 2003) und um die Umwandlung von antagonistischen in agonistische Positionen geht (Mouffe 2005); sondern darum, die Konstruktionsprozesse zu bestimmen, in denen agonistische Interessen nicht nur im Konflikt miteinander stehen, sondern in denen sie andere Subjektpositionen überhaupt erst konstituiert haben und die Möglichkeiten des politischen Kampfes für diese bereitstellen (Butler 1998). Es reicht also nicht aus, einen „konflikthaften Konsens“ (Mouffe) möglich zu machen, sondern es muss zudem untersucht werden, unter welchen (gegenseitigen) Ausschlüssen hierarchisch angeordnete Subjektpositionen entstehen und wie diese Differenzen auf längere Dauer institutionalisiert werden, um ihnen strategisch entgegenzutreten oder doch zumindest Risse in diesem Gefüge produzieren zu können.

Die Probleme und die Möglichkeiten einer politischen Artikulation liegen m.E. daher nicht allein im „konflikthaften Konsens“ – dies ist sicherlich *ein* zentrales Problem demokratischer Partizipation –, sondern sind bereits in den politischen Subjektkonstitutionsprozessen angesiedelt, die an sich schon im Widerspruch zueinander stehen können, von hierarchisierenden Machtprozessen durchzogen und konflikthaft sind. Anders formuliert: Theoretisch und analytisch kompliziert und hierarchisch wird es weiterhin da, wo die eigene Subjektposition als weiße, heterosexuelle, westliche Frau und ihre materielle Existenzsicherung genau den materiellen und räumlichen Ausschluss anderer Frauen markiert. Angesichts dieser Problematik gilt es einerseits, weiterhin nach theoretischen und empirischen Analysestrategien zu suchen, die die diskursiven Herrschaftsprozesse in ihren sedimentierten institutionellen Formen beschreiben können; und andererseits müssen politische Handlungsmöglichkeiten ausgelotet werden. Für eine feministische Demokratie-, Staats- und Hegemonietheorie, die die komplexen Wechselverhältnisse staatlicher Herrschaft erfassen und gleichzeitig die geschlechtsspezifischen Subjektkonstitutionsprozesse herausarbeiten will, ist dies immer noch ein offenes Forschungsfeld. Viel versprechend scheint es da, nicht Äquivalenzketten zwischen den verschiedenen demokratischen Positionen herzustellen, sondern die Differenzen der Subjektpositionen weiterhin als produktives Moment zu nutzen, um strategische Interventionen auch in Institutionen immer wieder vorzunehmen. Vielleicht führt dies dann in der Folge zu neuen konflikthaften Allianzen, und zu der Möglichkeit, daraus neue emanzipatorische Projekte zu formulieren. Vielleicht bleibt das Moment der Differenz aber auch so produktiv, dass dies gar nicht notwendig sein wird.

Literaturverzeichnis

- Benhabib, Seyla (Hg.) (1996): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton: Princeton University Press.
- Benhabib, Seyla; Butler, Judith; Cornell, Drucilla (Hg.) (1993): *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Bereswill, Mechthild (2004): „Gender‘ als neue Humanressource? Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie zwischen Ökonomisierung und Gesellschaftskritik“, in: Michael Meuser; Claudia Neusüß (Hg.): *Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 52-70.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1995): *Körper von Gewicht*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1998): „Merely Cultural“, *New Left Review* 227: 33-44.
- Choluy, Bozena; Neusüss, Claudia (2004): „Geschlechtergleichstellung in Polen – zwischen historischem Erbe, kulturellen Eigenheiten und neuen Herausforderungen“, in: Michael Meuser; Claudia Neusüß (Hg.): *Gender Mainstreaming. Konzepte –*

- Handlungsfelder – Instrumente*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 182-193.
- Europarat (1998): *Gender Mainstreaming. Conceptual Framework, methodology and presentation of good practice*. Strasbourg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.
- Feministische Studien (1993): *Kritik der Kategorie ‚Geschlecht‘*. Heft 2/2003. Weinheim: Beltz.
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy (1996): „Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie“, in: Elvira Scheich (Hg.): *Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftskritik*. Hamburg: Verlag Hamburger Ed. Sullivan, 151-182.
- Frey, Regina (2003): *Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Genderkompetenzzentrum Berlin (o.J): Was ist „Gender“? Download unter: <http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz/gender/> (Zugriff am 10.10.2006).
- Howarth, David; Norval, Aletta J.; Stavrakakis, Yannis (Hg.) (2000): *Discourse Theory and Political Analysis: Identities, Hegemonies and Social change*. Manchester u.a.: Manchester University Press.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in Its Place*. Cambridge: Polity Press.
- Kahlert, Heike (2005): „Beratung zur Emanzipation? Gender Mainstreaming unter dem Vorzeichen von New Public Management“, in: Ute Behning; Birgit Sauer (Hg.): *Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen*. Frankfurt/Main, New York: Campus, 45-62.
- Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.) (2003): *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Krell, Gertraude (2005): „Geschlechterpolitik zwischen allen Stühlen: Betriebswirtschaftslehre, Geschlechterunterscheidungen und die Konzepte Gender Mainstreaming und Managing Diversity als geschlechterpolitische ‚Baustellen‘“, in: Dorothea Lüdke; Anita Runge; Mechthild Koreuber (Hg.): *Kompetenz und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis*. Wiesbaden: VS Verlag, 131-146.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen Verlag.
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Mädorin, Mascha (2003): „Gender Budget. Erfahrungen mit einer Methode des Gender Mainstreaming“, *Widerspruch* 44/1: 35-50.
- Möbius, Stephan (2003): *Die soziale Konstituierung des Anderen: Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida*. Frankfurt/Main: Campus.
- Mouffe, Chantal (1992): „Feminism, Citizenship and Radical Democratic Politics“, in: Judith Butler; Joan W. Scott (Hg.): *Feminists Theorize the Political*. London, New York: Routledge, 369-384.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London, New York: Routledge.

- Mouffe, Chantal (1996): „Radical Democracy or Liberal Democracy?“, in: David Trend (Hg.): *Radical Democracy. Identity, Citizenship, and the State*. London, New York: Routledge, 19-26.
- Mouffe, Chantal (Hg.) (1999): *Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft*. Wien: Passagen Verlag.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the Political*. London, New York: Routledge.
- Pateman, Carol (1992): „Gleichheit, Differenz, Unterordnung. Die Mutterschaftspolitik und die Frauen in ihrer Rolle als Staatsbürgerinnen“, *Feministische Studien* 10/1: 54-69.
- Sauer, Birgit (2004): „Ein ewiges Pilotprojekt? Gender Mainstreaming in Österreich“, in: Michael Meuser; Claudia Neusüß (Hg.): *Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 169-181.
- Schatzenstaller, Margit (2002): „Gender Budgets – ein Überblick aus deutscher Perspektive“, in: Silke Bothfeld; Sigrid Gronbach; Barbara Riedmüller (Hg.): *Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik*. Frankfurt/Main, New York: Campus, 133-158.
- Schunter-Kleemann, Susanne (2006): „Gender Mainstreaming und die Ziele der Neuen Frauenbewegung(en) – Uneindeutigkeiten und der Verlust des Politischen“, in: Luise Gubitzer; Susanne Schunter-Kleemann (Hg.): *Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende?* Frankfurt/Main et al.: Peter Lang, 39-67.
- Smith, Anne Marie (1998): „Das Unbehagen der Hegemonie. Die politischen Theorien von Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe“, in: Judith Butler et al.: *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Herausgegeben von Oliver Marchart. Wien: Turia und Kant, 225-237.
- Stiegler, Barbara (2005): „Die Kontroversen um Gender Mainstreaming“, in: Ute Behning; Birgit Sauer (Hg.): *Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen*. Frankfurt/Main, New York: Campus, 29-44.
- Welpé, Ingelore; Schmeck, Marika (2005): *Kompaktwissen Gender in Organisationen*. Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang.
- Wöhl, Stefanie (2007): *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Wöhl, Stefanie (2008): „Global Governance as neoliberal Governmentality“, in: Georgina Waylen; Shirin M. Rai (Hg.): *Global Governance: Feminist Perspectives*. Hampstead: Palgrave Macmillan (im Erscheinen).
- Young, Brigitte (2000): „Geschlechterpolitik und disziplinierender Neoliberalismus in der Europäischen Union“, in: Hans-Jürgen Bieling; Jochen Steinhilber (Hg.): *Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 131-161.
- Young, Iris Marion (2000): *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Zastrow, Volker (2006): „Politische Geschlechtsumwandlung“, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (FASZ) vom 22. Juni 2006: 8.

Was fordert die Hegemonietheorie? Zu den Möglichkeiten und Grenzen ihrer methodischen Umsetzung

JOHANNES ANGERMÜLLER

1. Einleitung

Bekanntlich steht Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Diskurs- und Hegemonietheorie für poststrukturalistische Tendenzen in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Theoriebildung.¹ Als „poststrukturalistisch“ kann ihr Entwurf insofern gelten, als er sich gegen einen Begriff von Gesellschaft als einer geschlossenen objektiven Struktur wendet. Dabei erweist sich die differenztheoretische Logik, die von Saussures strukturaler Linguistik übernommen wird, als ein überzeugendes Instrument für die Kritik von „Gesellschaft“ und „Akteur“ der klassischen Soziologie. Zugleich aber stößt sie, wie sich auch an Laclaus und Mouffes empirischen Beispielen zeigen lässt, mit Blick auf die methodologische Analyse ihrer Gegenstände rasch an ihre Grenzen. Hier können diskursanalytische Tendenzen, die sich seit den späten 1960er Jahren in Frankreich um die Problematik der Äußerung (*énonciation*) herausgebildet haben, ein Angebot machen. Wie die poststrukturalistische Diskurstheorie Laclaus und Mouffes versteht sich auch die äußerungstheoretische Diskursanalyse als eine Antwort auf die Krise des Strukturalismus. Anders als die Diskurstheorie hält sie jedoch an dem Primat der Form über den Inhalt fest. Dem symbolischen Material nähert sie sich als einer opaken Materialität, deren Sinn nicht in unmittelbarer Evidenz gegeben ist.

Dieser Beitrag geht zunächst auf die diskursive Theorie des Sozialen ein, die Laclau und Mouffe im Anschluss an Saussures Differenztheorie entwickeln. Die

¹ Dieser Beitrag greift auf Teile eines Beitrags zurück, der im CD-Rom-Verhandlungsband des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie erscheint. („Gesellschafts- als Diskursanalyse? Der Poststrukturalismus und die Methodenfrage“, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus, 2007).

methodologischen Probleme ihres Ansatzes rühren daher, dass sie Sinn als das Produkt des Zusammenschlusses von kleinsten Einheiten („Forderungen“) zu Systemen von Differenzen („Hegemonien“) begreift. An einem Beispiel – einer Forderung eines Grünen-Politikers nach weniger Staat und mehr Freiheit – werden dann die Schwierigkeiten aufgezeigt, den einzelnen Einheiten bzw. Aussagen des Diskurses homogene Sinninhalte zu unterstellen. Demnach mobilisiert die Aussage über die formalen Spuren der Äußerung eine Vielzahl von Bedeutungen, Sprechperspektiven und Kontexten, die sich komplex überlagern. Der Beitrag schließt mit dem Plädoyer, die diskurstheoretische Kritik der Metaphysik der geschlossenen Struktur mit einer diskursanalytischen Kritik der Metaphysik der kleinsten sinnhaften Einheit zu verbinden.

2. Auf dem Weg zu einer diskursiven Theorie des Sozialen

Laclaus und Mouffes Diskurstheorie hat folgenreiche Impulse für zwei zentrale Problematiken der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung gegeben. Erstens macht sie einen Vorschlag zum Problem des Politischen. Unter dem Politischen verhandelt sie artikulatorische Praktiken, die in das existierende Feld sozialer Beziehungen eingreifen: „any political construction takes place against the background of a range of sedimented practices“ (Laclau 1990: 35). Diskursive Praxis ist dann politisch, wenn sie in das Terrain sozialer Beziehungen Neues einführt und unkontrollierbare Prozesse ihrer Neuordnung auslöst. Mit dem Politischen wird also die Kontingenz diskursiver Praxis zum Gegenstand theoretischer Reflexion. Zweitens umreißen Laclau und Mouffe das Terrain des Sozialen, das sie als Alternative zum traditionellen Begriff der Gesellschaft einführen. „If the social does not manage to fix itself in the intelligible and instituted forms of a *society*, the social only exists, however, as an effort to construct that impossible object.“ (Laclau/Mouffe 1985: 112). Das Soziale bezeichnet ein mehr oder minder konsolidiertes System von Differenzen, das aus den Akten des Politischen hervorgegangen ist. Als Einschreibefläche für die politische Praxis stellt es eine konstitutiv offene Struktur dar, deren Objektivität begrenzt ist. Das Soziale wird von Rissen und Spalten durchzogen, die immer wieder nach diskursiven Akten der Vernäherung verlangen. Während das Politische in die konstituierten Verhältnisse des Sozialen eingreift, ist das Soziale auf die konstituierenden Akte des Politischen angewiesen.

Auch wenn das Soziale, „as the constitutive ground or ‘negative essence’, of the existing“ (Laclau/Mouffe 1985: 95), für Laclau/Mouffe eine Negativfigur gegenüber dem Politischen darstellt, markiert es gleichwohl einen wichtigen Fortschritt gegenüber klassischen Begriffen der „society as founding totality“ (ebd.). So fragt etwa die klassische Soziologie, wie die Gesellschaft trotz aller partikularen Interessen ihrer Mitglieder eine mehr oder minder integrierte Struktur bildet.

Als Vertreter einer ersten klassischen Tradition kann Emile Durkheim genannt werden, für den die Einheit der Gesellschaft über die Durchsetzung gemeinsamer Normen und Werte „von oben“ erzwungen wird. Dagegen lassen sich die Namen Max Weber und Alfred Schütz als theoretische Abkürzung für eine zweite Tradition nennen, die Gesellschaft als einen handelnd, „von unten“ erzeugten Sinn- und Wissensraum versteht. Als Träger von Praktiken, die sich durch (mehr oder minder) große Freiheitsgrade auszeichnen, markiert der Akteur der klassischen Soziologie einen Gegenpol zur Gesellschaft, deren (mehr oder minder) determinierende Zwänge, Routinen und Trägheiten es zu vermitteln gilt. Entsprechend gehen vom Akteur in der Regel die innovativen, auf gesellschaftlichen Wandel orientierten Impulse der Gesellschaft aus.

Doch erweist sich der Versuch, die Spannung von Veränderung und Beharrung, Freiheit und Zwang, Handeln und Struktur mit einer handelnden und sprechenden Mikroinstanz – dem „Akteur“ – und den Zwängen einer Makroinstanz – der „Gesellschaft“ – zu bearbeiten, als zunehmend fragwürdig. Die Emergenz- und Kontingenzmomente des sozialen Prozesses auf ein Individuum zurückzurechnen, das zu freiem und autonomem Handeln fähig ist, wird vor dem Hintergrund essentialismuskritischer Tendenzen wie der von Laclau/Mouffe genauso zu einem Gegenstand theoretischer Kritik wie die Konzeptualisierung der Gesellschaft als eines integrierten Zwangs- und Ordnungsrahmens. Neben poststrukturalistischen Ansätzen hinterfragen auch die konstruktivistische Systemtheorie, Akanten-Netzwerk-Ansätze und die Cultural Studies ein Modell des sozialen Prozesses, das ein mit intrinsischen Potenzialen (Freiheit, Kreativität...) ausgestattetes Individuum in dem geschlossenen Handlungshorizont der Gesellschaft verortet. Akteur und Gesellschaft haben ihre gesellschaftstheoretische Unschuld verloren.

Laclau/Mouffe begegnen der Krise des klassischen Akteur-Gesellschaft-Paradigmas mit der diskurstheoretischen Verschränkung von (konstitutiv offener) „Struktur“ und (artikulatorischer) „Praxis“. Als theoretisches Vorbild fungiert das strukturelle Modell von Ferdinand de Saussure (1962). Von Saussure übernehmen Laclau/Mouffe das methodische Prinzip, den Gegenstand als Produkt von Differenzen zu analysieren. Demnach stellt sich die soziale Welt als ein Sinnzusammenhang dar, dessen organisierende Differenzen es zu entdecken gilt. Die soziale Welt wird hegemonial geordnet, wenn sich verschiedene Elemente des Diskurses über Prozesse der In-Äquivalenz- und Differenz-Setzung zu mehr oder minder stabilen Differenzsystemen zusammenschließen. Differenz und Äquivalenz sind die fundamentalen Mechanismen, mit denen die hegemoniale Logik operiert. Wie klassische Strukturalisten von Saussure bis Lévi-Strauss betrachtet Laclau seinen Gegenstand als radikal differenzkonstituiert: existieren heißt differieren. Doch das strukturelle Modell suchen Laclau/Mouffe insofern zu überwinden, als sie die Grenzen der entstehenden Struktur aufzeigen. So können die aus dem Spiel der Differenzen hervorgehenden Strukturen keine geschlossenen Differenzsysteme ausbilden, in denen alle Elemente „ihren“ funktional definierten Platz einnehmen. Das Terrain des Sozialen ist asymmetrisch, uneben und unvollständig, und dies aus

zwei Gründen: Erstens bilden sich infolge hegemonialer Ordnungsbildung Antagonismen aus, die der Struktur des Sozialen eine gewisse Asymmetrie verleihen. So tendiert die hegemoniale Logik dazu, immer weitere Differenzen in die Struktur einzubauen und immer mehr Elemente in Äquivalenz zu setzen. Ein bestimmtes Element wird dann die Funktion eines leeren Signifikanten einnehmen. Dieses Element, das ursprünglich ein beliebiges Element unter anderen war, repräsentiert schließlich die entstehende Ordnung diesseits der antagonistischen Grenze. Die konstitutive Offenheit der Struktur bzw. die Unebenheit des Sozialen gehen auf den Antagonismus zu einem konstitutiven Außen zurück, das die Füllung der Ordnung zu einer in sich geschlossenen Ordnung blockiert. Zweitens – und auch dies unterstreicht die Asymmetrie und Unvollständigkeit der entstehenden Struktur – operiert die hegemoniale Logik mit Kontingenz, „which introduces an element of radical undecidability into the structure of objectivity“ (Laclau 1990: 21). Hegemoniale Praxis spult nie ein schon bekanntes Programm ab, sondern greift auf unvorhersehbare Weise in das diskursiv strukturierte Terrain des Sozialen ein. Vor dem Hintergrund seiner antagonistischen Struktur tun sich im Sozialen Risse und Brüche auf, die es mit den kontingenten Akten hegemonialer Praxis zu „vernähen“ gilt, und zwar mit Akten, die im existierenden Terrain des Sozialen *nicht* vorgesehen sind. In das Soziale sind Orte des Mangels eingelassen, die nach artikulatorischer Praxis verlangen, deren Kontingenz irreduzibel ist.

3. Methodologische Probleme der Hegemonietheorie

Indem Laclau/Mouffe den Strukturbegriff mit differenztheoretischen Mitteln öffnen, akzentuieren sie den essentialismuskritischen Gestus, den schon Saussures struktureles Projekt ausgezeichnet hatte. Gegenüber reduktionistischen Erklärungslogiken, die den politischen Prozess auf vorgängige Gesetze zurückführen, machen sie die Kontingenz diskursiver Praxis stark. Gegenüber objektivistischen Epistemologien, die das Soziale als eine in sich geschlossene Totalität fasst, führen sie die konstitutive Offenheit der Struktur ins Feld. Und gegenüber realistischen Gesellschaftstheorien, die von einer ontologischen Hierarchie sozialer über diskursive Praktiken ausgehen, fassen sie soziale als diskursive Praktiken und umgekehrt (Laclau/Mouffe 1985: 107). Laclau/Mouffe wenden das strukturelle Modell auf das Terrain sozialer Beziehungen an und umreißen dadurch eine konsequent differenztheoretisch angelegte Theorie des Sozialen. Dass sie die Unmöglichkeit einer Schließung der Struktur und damit die Grenzen von Saussures *langue*-Konzept betonen, entkräftet nicht das methodische Prinzip Saussures, Identitäten durch Differenz zu erklären. Das differenztheoretische Prinzip liegt auch Laclau/Mouffes Hegemonietheorie zu Grunde, die den (mehr oder minder bestimmbar)en Sinn der Elemente auf ihre (mehr oder minder definierten) Positionen in einem System von Differenzen zurückführt: „*all social (that is discursive) identity is constituted at the meeting point of difference and equivalence –*

just as linguistic identities are the seat of both syntagmatic relations of combination and paradigmatic relations of substitution“ (Laclau 2005: 80).

Mit diesem Vorgehen, das methodisch von der strukturalen Logik Saussures ausgeht, formulieren Laclau/Mouffe eine überzeugende Kritik an den klassischen Sozialwissenschaften. Aber wie können sie die diskursive Analyse des Sozialen methodisch umsetzen? Als problematisch erachte ich ihre Diskurstheorie nicht, weil sie das Soziale als eine Negativfigur fasst. Für problematisch halte ich sie, weil sie die Elemente („Signifikanten“), mit denen diskursive Praxis operiert, als unhintergehbare Einheiten begreift, deren Bedeutung in unmittelbarer Evidenz zugänglich ist. Diese These bedarf genauerer Erläuterung, widerspricht sie doch vordergründig der von Laclau und Mouffe immer wieder betonten Flüssigkeit der diskursiven Ordnung und der Mehrdeutigkeit ihrer Elemente.

Wie Saussure begreifen Laclau und Mouffe Sinn als das Produkt von Differenzen, die dem einzelnen Element bestimmte Bedeutungen verleihen, und zwar unabhängig von seinen spezifischen Gebrauchskontexten und ihren individuellen Interpretationsmöglichkeiten. Was sie an Saussure problematisieren, ist nicht die Formel „Sinn = Differenz“, sondern den Versuch, die Beziehungen der Elemente in einem alles übergreifenden System festzustellen.

If we accept the non-complete character of all discursive fixation and, at the same time, affirm the relational character of every identity, the ambiguous character of the signifier, its non-fixation to any signified, can only exist insofar as there is a proliferation of signifieds. It is not the poverty of signifieds but, on the contrary, polysemy that disarticulates a discursive structure. That is what establishes the overdetermined, symbolic dimension of every social identity. Society never manages to be identical to itself, as every nodal point is constituted within an intertextuality that overflows it (Laclau/Mouffe 1985: 113).

In anderen Worten: Wenn die Entstehung fixierten Sinns, die dauerhafte Verbindung eines Signifikats mit einem Signifikant immer wieder durch die Unvollständigkeit des Systems von Differenzen unterlaufen wird, das sich (erfolglos) zu schließen versucht, dann werfen grundsätzliche Interpretationsprobleme nur jene Signifikante auf, deren Signifikate wechseln, etwa „flottierende“ oder „leere“ Signifikante, deren besondere Bedeutung Laclau für den hegemonialen Prozess betont. So heißt es etwa in einem von Laclau beiläufig gegebenen Beispiel, das die Logik des hegemonialen Prozesses illustrieren soll:

For a short time after 1989, for instance, the ‘market’ signified, in Eastern Europe, much more than a purely economic arrangement: it embraced, through equivalential links, contents such as the end of bureaucratic rule, civil freedoms, catching up with the West, and so forth (Laclau 2005: 95).

Demnach verliert „Markt“ durch seine spezifische Position gegenüber allen anderen Elementen des Differenzsystems seine partikuläre Bedeutung. Dieser Verlust

ist jedoch nur möglich, weil dieses Element eine bestimmte Position gegenüber den anderen einnimmt, deren Bedeutungen relativ eindeutig gegeben sind – so eindeutig, dass sich Laclau darauf beschränken kann, sie rasch mit ein paar sich selbst erklärenden Stichpunkten aufzuzählen: „end of bureaucratic rule, civil freedoms, catching up with the West, and so forth“. Aber wo und wie lassen sich diese vermeintlich offensichtlichen Elemente finden, wenn wir die Zeitung aufschlagen, den Fernseher anmachen oder ein Gespräch beginnen? Lassen sich diese Elemente unmittelbar, ohne grundsätzliche interpretative Anstrengungen aus dem symbolischen Material ablesen? Offenbar unterstellt Laclau, dass der Sinn von Zeichen grundsätzlich unmittelbar zugänglich ist.

Hinter die Saussure'sche Theorie geht der Ansatz von Laclau und Mouffe somit einerseits einen Schritt zurück, andererseits bleibt er in dieser zu sehr verfangen, als dass sie Saussure wirklich überwinden könnten. So erscheint Saussures differenztheoretische Entdeckung erstens nicht genügend Berücksichtigung zu finden, wenn Laclau und Mouffe die konstitutive Unterscheidung des Zeichens nach materialer Form (dem Signifikant) mit Bedeutungsinhalt (dem Signifikat) zusammenfallen lassen. Zumindest die nicht-flottierenden, nicht-entleerten Signifikanten des Diskurses erscheinen dann als grundsätzlich transparentes Behältnis für einen bestimmten Sinninhalt. Dem zu analysierenden Material wird ein intrinsischer semiotischer Sinn unterstellt, der keine grundsätzlichen interpretativen Probleme aufwirft, d.h. unabhängig von den spezifischen Kontexten und deutenden Individuen bestimmt werden kann. Symptomatisch hierfür ist Laclaus Verwendung von in Anführungszeichen gesetzten Ausdrücken (z.B. „liberty“, ‚equality‘, ‚justice‘ and ‚democracy‘“, Laclau/Mouffe 1985: 174), die als Kurzschrift für im hegemonialen Diskurs prozessierte politische Inhalte stehen, von denen jedoch in der Regel unklar bleibt, wie sie aus dem empirischen Material, den Texten und Dokumenten, herausgelesen werden können.

Gleichzeitig manifestiert sich zweitens Laclaus und Mouffes strukturelle Orthodoxie, wenn sie dem Diskurs mit einem homogenisierenden differenztheoretischen Sinnmodell Rechnung zu tragen versuchen. Sozialer Sinn hat für Laclau und Mouffe eine einzige Quelle. Er geht aus dem Spiel von Differenz hervor, aus einer gleichsam dynamisierten *langue*, die den symbolischen Haushalt des Sozialen organisiert. Wie Saussure unterstellen auch Laclau und Mouffe die Existenz einer (sich im Wandel befindlichen) Struktur symbolischer Verhältnisse, deren Logik es zu beschreiben gilt. Der Diskurs operiert mit semiotisch definierten Einheiten, die solange über einen bestimmbar Sinn verfügen, wie sie von den anderen Elementen abgegrenzt werden können. Sinn entsteht also durch die „horizontale“ Verknüpfung kleinster konstitutiver Einheiten. Was aber, wenn sich diese „kleinsten konstitutiven Einheiten“ als komplex konfigurierte Bündel verschiedener, widersprüchlicher Bedeutungsebenen und Sprechperspektiven erweisen? Wenn gezeigt werden kann, dass der Diskurs nicht aus in sich homogenen, abgrenzbaren „kleinsten konstitutiven Einheiten“, sondern aus Elementen besteht, die zu heterogen, vielschichtig und vielschichtig sind, als dass sich ihre In-

halte eindeutig bestimmen lassen? Wenn der vertikal geschichtete Aufbau der einzelnen Aussagen des Diskurses es verbietet, einen eindeutigen Inhalt zu bestimmen? In diesem Fall müsste die strukturelle Logik, das Prinzip von Differenz und Äquivalenz überdacht werden, denn aus welchen Einheiten würde sich ein hegemonialer Block dann noch zusammensetzen? Die instabile Mehrdeutigkeit der Elemente beginnt also nicht erst da, wo das Differenzsystem an seine Grenzen stößt und sich „leere Signifikanten“ bilden; sie besteht von Anfang an. Das Problem ist, dass *jedes* Element des Diskurses über *zuviel* Sinn verfügt und *keines* seinen Inhalt in unmittelbarer Evidenz präsentieren kann.

Indem die Diskurstheorie Signifikant und Signifikat zusammenfallen lässt und diskursive Praxis als die Prozessierung grundsätzlich homogener Sinninhalte begreift, läuft sie Gefahr, die Auswertung von empirischem Material als bloße Illustration von vorgängig gewonnenen Einsichten zu betreiben. Dass die Texte, Dokumente und Materialien, die den Gegenstand diskursanalytischer Forschung bilden, ihre Leser ständig mit komplexen interpretativen Dilemmata konfrontieren, die sich mit dem raschen Verweis auf einen gemeinten Inhalt nicht klären lassen, das will ich mit der folgenden kurzen Analyse einer Aussage aus dem politischen Diskurs unterstreichen. Die genaue Untersuchung dieser Aussage soll Gelegenheit geben, in die Theorie der Äußerung (*énonciation*) einzuführen, die seit den 1970er Jahren zum diskursanalytischen Standardrepertoire der französischen Sprachwissenschaften gehört. Die vorgestellte diskursanalytische Perspektive teilt bestimmte Axiome der Diskurstheorie. Sie wendet sich gegen ein Modell von Sprache als Medium, in dem sich die Gesellschaft und ihre Akteure ausdrücken. Doch setzt die Äußerungstheorie eigene methodologische Akzente, indem sie die Rolle der Äußerungskontexte von Texten und die Heterogenität der einzelnen Aussagen des Diskurses unterstreicht.

4. Diskursanalyse und Äußerungstheorie

Die Diskursanalyse etabliert sich in Frankreich Ende der 1960er Jahre unter dem Eindruck der theoretischen Leitfunktion, die die Saussure'sche Sprachtheorie in den Sozial- und Geisteswissenschaften der Zeit inne hat. Hierzulande bekannt sind in erster Linie die theoretischen Pioniere dieses Felds: Außer Foucault und Lacan muss auch der Althusser-Schüler Michel Pêcheux genannt werden. Pêcheux wird der Kopf der so genannten „französischen“ Schule der Diskursanalyse, die sich gemeinhin auf die „Materialität“ des Diskurses, auf die formalen Strukturen des symbolischen Materials stützt und sich damit von sinnrekonstruktiven und interpretativen Zugängen abgrenzt. Weniger bekannt ist dagegen die Diskussion über die Problematik der Äußerung, die erstmals in den Arbeiten von Saussures französischem Epigonen Emile Benveniste (1974, erstmals 1958) formuliert wird und einen wichtigen Platz bei Foucault, der sich schon in der *Archäologie* für eine „enunziative Analyse“ (1969: 143) ausspricht, und bei Lacan

(siehe etwa Todorov 1970) einnimmt. Mit der sich verbreitenden Einsicht in die Grenzen des strukturalen Modells wird die Äußerung seit Mitte der 1970er Jahre zu einem Schlüsselkonzept diskursanalytischer Forschung in Frankreich.

Was ist unter dem Begriff der Äußerung zu verstehen? In seiner klassischen Definition fasst Benveniste die Äußerung als „die Enaktierung der Sprache durch einen individuellen Gebrauchsakt“ (Benveniste 1974: 80). Durch den Akt wird die Äußerung (*énonciation*) zu einem diskursiven Fakt, d.h. zu einer Aussage (*énoncé*), in die der Sprecher die Spuren seiner Aktivität hinterlassen hat. Bei Benveniste dient die Äußerung dazu, dem Phänomen der Deixis Rechnung zu tragen. Demnach operiert die Sprache (*langue*) mit einer Reihe von „Partikeln“, die deiktisch (gr. *deignymi*, ich zeige) auf ihre Äußerungskontexte verweisen. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang bestimmte Pronomen, Adverbien und Adjektive wie „ich“, „hier“ und „jetzt“, die die Person, den Ort und die Zeit der Äußerung sichtbar machen. Diese Partikel und ihre Derivate bilden nach Benveniste ein System – den „formalen Apparat der Äußerung“, über den die Subjektivität in die Sprache eingelassen ist. Texte sind demnach insofern „subjektiv“, als sie mit den formalen Abdrücken der Äußerung (*marqueurs*) operieren und auf den Äußerungskontext zugreifen.

Indem die Benveniste'sche Äußerungstheorie dem Kontext sprachlichen Handelns Rechnung trägt, ebnet sie den Weg für eine „pragmatische Wende“ von Linguistik und Diskursanalyse. Es charakterisiert diese spezifisch „französische“ Version der Pragmatik, dass nicht die sprachlichen Akte selbst den Gegenstand der Untersuchung bilden, sondern ihre formalen Abdrücke, ohne die kein Zugang zur Äußerung hergestellt werden kann. So gilt es in den Worten des Benveniste-Schülers Antoine Culioli, zwischen den Äußerungen, Kontexten und kognitiven Operationen, „die nicht direkt zugänglich sind“, und deren Markierungen, der „Materialität des Texts, die direkt zugänglich ist“, zu unterscheiden (2002: 185). Auf Benvenistes strukturalen Äußerungstheorie folgen seit den 1970er Jahren eine Reihe weiterer Ansätze, etwa die Aussagenlinguistik von Oswald Ducrot, die aus der logischen Semantik hervorgeht. Ducrot definiert die Aussage (*énoncé*) als „eine spezifische Erscheinung, die Realisierung *hic et nunc* des Satzes“ (1984: 95), d.h. als einen Satz, der von den Äußerungsparametern „eingehüllt“ ist und sein Davor und Danach orientiert. Nach Ducrot operiert die Aussage mit verschiedenen, sich überlappenden Bedeutungsebenen („Stimmen“), die er im Sinne von Michail Bachtins Polyphonietheorie als ein Schauspiel verschiedener Diskursfiguren (*locuteur*, *énonciateur*) beschreibt. Radikal-pragmatische Äußerungstheoretiker wie Sperber und Wilson (1989) stützen sich schließlich auf kognitionstheoretische Vorbilder. Texte werden demnach von ihren Lesern mit Blick auf Anzeichen für Intentionalität abgesucht. Die in Texten verstreuten Formen organisieren kognitive Suchprozesse nach (relevantem) Kontext (vgl. Reboul/Moeschler 1996).

Die ausführliche Darstellung dieser recht heterogenen Tendenzen der Äußerungstheorie, für die Foucault ein wichtiger Vorläufer ist (Foucault 1969), bleibt

einer anderen Stelle vorbehalten (Angermüller 2007, Kapitel 4). Ich halte lediglich fest, dass in allen diesen Ansätzen Texte nicht als abgeschlossene, in sich homogene Sinnbehälter gelten, sondern als offene formale Systeme, die ständig auf ihre situativen, kommunikativen und kognitiven Kontexte zugreifen. Anders als die interpretativ-hermeneutische Sozialforschung zielt die Äußerungstheoretische Diskursanalyse nicht darauf, den Sinn von Texten zu verstehen. Vielmehr geht es darum, die Formen, Spuren, *marqueurs* des symbolischen Materials zu identifizieren, die die Leser/innen über die Äußerung und ihre Kontexte instruieren und damit auf die Suche nach einem Sinn schicken, den jede/r Leser/in selbst entdecken muss. So stellt sich das symbolische Material als eine opake Oberfläche dar, das mit Blick auf die formalen Abdrücke der Äußerung abgesucht wird. Sinn ist ihr allein über die Formen zugänglich, die einen Rahmen interpretativer Möglichkeiten abstecken, indem sie die Leser/innen auf die Suche nach den Äußerungskontexten und -quellen schicken. Mit diesem Zugang können die empirischen Umsetzungsversuche im Anschluss an die Diskurstheorien von Laclau und Mouffe oder Foucault problematisiert werden, die die theoretisch postulierte Privilegierung des Signifikanten in der empirischen Praxis oft zu Gunsten inhaltsanalytischer Verfahren einkassieren.

5. Ein Beispiel aus dem politischen Diskurs: Oswald Metzger und die Fallstricke des neoliberalen Diskurses

Nach Laclau prozessiert der hegemoniale Diskurs bestimmte Elemente nach der Logik von Differenz und Äquivalenz. Sein Interesse gilt damit nicht den Positionsträgern, sondern den inhaltlich-semantischen Einheiten, die in den hegemonialen Prozess eingehen. In *Populist Reason* präzisiert Laclau, was er als „minimal unit of analysis“ fasst: die Forderung (*demand*) (2005: 72). Eine Forderung bringt ein bestimmtes ungelöstes soziales Problem zum Ausdruck. Sie wird von bestimmten Individuen gestellt und richtet sich an einen Adressaten (in der Regel an den Staat und seine Institutionen). Keine weitere Beachtung widmet Laclau jedoch der Frage, wie das, was gefordert wird, analytisch aus dem symbolischen Material herausgelesen werden kann. Ist grundsätzlich in unmittelbarer Evidenz einsichtig, *was* genau gefordert wird, *wie* eine bestimmte Aussage zu verstehen ist oder *ob überhaupt* eine Forderung vorliegt? Oder muss die Auseinandersetzung nicht gerade darüber geführt werden, was „eigentlich gemeint“ ist?

Betrachten wir das folgende Beispiel, das ich der Webpage von Oswald Metzger entnehme, der als einer der profilierten Finanz- und Steuerpolitiker der Grünen bis 2002 im Bundestag saß. Metzger gilt als jemand, der politische Forderungen effizient und griffig auf den Punkt bringt. Das zu verstehen, was er fordert, sollte also keine grundsätzlichen Probleme bereiten. Dennoch ist auch Metzger mit den Dilemmata diskursiver Praxis konfrontiert, die aus der Äuße-

rung von Aussagen entstehen. Um diese Schwierigkeiten aufzuzeigen, werde ich eine exponierte programmatische Aussage Metzgers analysieren, die ich dem „politischen Porträt“ seiner Webpage entnehme:

Metzger [...] fordert eine Politik, die den Willen der Menschen, mehr Eigenverantwortung für die persönlichen Risiken des Lebens zu übernehmen, nicht durch Bürokratie und das Durchsetzen alter Dogmen und Besitzstände bereits im Keim erstickt.²

Formuliert diese Aussage eine klare und eindeutige Forderung, oder lässt sie nicht ganz unterschiedliche politische Positionen und Perspektiven zu Wort kommen? Ich möchte dieses Beispiel zum Anlass nehmen, um die Heterogenität der Aussagen des Diskurses zu unterstreichen, die nie nur das sagen, was sie sagen wollen. Mein Interesse gilt nicht der physischen Person oder den Personen, die dazu beigetragen haben, dass wir diese Aussage heute an prominenter Stelle auf <http://www.oswald-metzger.de> vorfinden können. Was im Folgenden untersucht werden soll, ist die Frage, wie die Aussage ihre Sprecher orchestriert, die auf die eine oder andere Weise für das Gesagte verantwortlich zeichnen. Mit den Mittel der äußerungstheoretischen Diskursanalyse soll der Frage nachgegangen werden: Wer spricht? Anhand von drei Punkten möchte ich die Nicht-Einheitlichkeit dieser Aussage unterstreichen, in der sich unterschiedliche Sinnquellen, Äußerungsebenen und Sprechperspektiven spannungsvoll überlagern.

Meine erste Beobachtung geht von der Unterscheidung zwischen dem aus, was Lacan unter dem Subjekt der Äußerung (*énonciation*) und dem Subjekt der Aussage (*énoncé*) versteht (Lacan 1973: 127-129). So gibt die Aussage „Metzger fordert x“ nicht nur eine gewisse (physische) Person namens Metzger wieder, die x fordert; die Aussage wird auch von einem Sprecher geäußert, der, wie ein Blick auf die Domainadresse enthüllt, sich ebenfalls als Metzger herausstellt. In dem vorliegenden Fall scheinen sich die Subjekte von Äußerung und Aussage harmonisch zu ergänzen; der Äußerungs-Metzger verweist auf die gleiche Person wie der Aussage-Metzger. Doch können beide Metzgers genauso gut in Widerspruch treten, wie dies etwa der Fall wäre, wenn auf Metzgers Webpage die (absurde) Forderung „Ich bin gegen Metzgers Forderung nach x“ auftauchen würde. Doch auch die oben zitierte Aussage kann die Spaltung zwischen den beiden Metzgers nicht vollständig überwinden, was sich etwa an dem Wort „alt“ ablesen lässt. Denn in Verbindung mit „Dogma“ meint „alt“ nicht nur das objektive Alter des betreffenden Gegenstands, wie es von dem Aussage-Metzger beschrieben wird; es nimmt zu diesem Alter auch bewertend Stellung. Wie im Anschluss an Benvenistes Subjektivitätstheorie argumentiert werden kann (Kerbrat-Orecchioni 1980), drückt sich in diesen Worten die Äußerung formal dadurch ein, dass sie zu einem Objekt Stellung bezieht und mit einer subjektiven Färbung versieht. Auch

2 <http://www.oswald-metzger.de/content.asp?area=hauptmenue&site=portrait&cls=01akt=portrait> (Zugriff am 3.10.2006).

„Bürokratie“ und „Besitzstände“ kombinieren „objektive“ und „subjektive“ Komponenten, die auf die Person Oswald Metzger auf je unterschiedliche Weise Bezug nehmen: einmal über absolute Referenz auf eine Person, die qua Eigennamen mit einer festen, institutionellen Adresse ausgestattet ist („Oswald Metzger“), das andere Mal über deiktische Referenz auf die Person des Äußerungskontexts („ich“). Durch die Verwendung eines performativen Verbs in der dritten Person vollbringt Metzger nun das Kunststück, etwas (im Gesagten) zu fordern, ohne dafür (im Äußerungsakt) verantwortlich zu zeichnen. Handelt es sich überhaupt um eine Forderung? Oder geht es vielmehr darum, an einem anonymen medialen Diskurs teilzuhaben, in dem sich alle Sprecher hinter dem Diskurs der anderen verstecken?

Zweitens fällt auf, dass die Forderung nach x im Modus einer Verneinung geäußert wird, was mit Ducrot einen klassischen Fall von Polyphonie darstellt. Eine Verneinung ist in dieser Perspektive kein Null-Summen-Spiel, das den Inhalt der Aussage wie in einem logischen Kalkül lediglich mit einem anderen Vorzeichen versieht, sondern ein Drama zwischen mehreren Diskursfiguren bzw. Sprechrollen (*énonciateurs*), von denen der Regisseur der Aussage (*locuteur*) schließlich eine annimmt, die andere dagegen auf Distanz hält (1984: 193). So führt auch die zitierte Aussage ein Schauspiel auf, in dem sich zwei Sprecher gegenüber stehen, und zwar ein Sprecher 1, der „den Willen der Menschen, mehr Eigenverantwortung für die persönlichen Risiken des Lebens zu übernehmen“ vertritt, und ein Sprecher 2, der für „Bürokratie“, „alte Dogmen“ und „Besitzstände“ steht. Dieser Konflikt wird durch den Operator „nicht“ evoziert, der den Sprecher 2 – den „Sozialdemokraten“ – evoziert, um ihn sogleich zurückzuweisen. Sicher ist dieser Konflikt mit Sprecher 2 „getürkt“, denn der sozialdemokratische Andere wird vom Regisseur nur zitiert, um Partei für Sprecher 1 zu ergreifen. Doch kann sich der Regisseur der Aussage eben nur mitteilen, indem er den sozialdemokratischen Anderen sprechen lässt. In der Aussage kommen also nicht nur der Äußerungs- und der Aussage-Metzger zu Wort, sondern auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter, mit denen weder der Äußerungs- noch der Aussage-Metzger etwas zu tun haben will.

Einen dritten Punkt möchte ich mit Michel Pêcheuxs Theorie des Vorkonstrukts herausarbeiten. Unter Vorkonstrukt versteht Pêcheux ein Wissen, das sich in der Aussage formal niederschlägt, ohne dass es seinen Äußerungsursprung zu erkennen gibt, d.h. ohne von der Aussage selbst „konstruiert“ worden zu sein. Es handelt sich um das, was „davor, anderswo und unabhängig“ von der Aussage geäußert wurde, was von einem unspezifizierten Außen in die Aussage hineinreicht, was sich als so selbstverständlich gibt, dass es egal ist, von wem es geäußert wurde (1975, Kapitel II.2). Wie Patrick Seriot in seiner Analyse der Reden sowjetischer Parteitage zeigt, spricht das Vorkonstrukt nie selbst; als unbestrittenes Allgemeinwissen ist es gleichsam von seiner Äußerung abgeschnitten; es lässt sprechen (1985). Auch der Diskurs, von dem uns hier ein Ausschnitt vorliegt, bedient sich vorkonstruierten Wissens, was sich formal am Gebrauch von

Nominalisierungen nachweisen lässt. Statt „ich will (bzw. sie will)“ oder „ich setze x durch (bzw. er setzt x durch)“ ist hier von „dem Willen der Menschen zu x“ oder von „dem Durchsetzen von x“ die Rede. Durch die Transformation von Aussagen in Nominalkonstrukte geht die Äußerungsquelle gleichsam verloren, was „den Willen“ und „das Durchsetzen“ als Faktum markiert, über die diskursive Verständigung weder nötig noch möglich ist. In Aussagen, die mit Nominalkonstrukten operieren, kann sich der Regisseur (*locuteur*) darauf beschränken, Vorkonstrukte in Beziehung zu setzen und im Namen einer anonymen Institution aufzutreten, die alles schon entschieden hat. Indem er als Strippenzieher die von den Nominalkonstrukten zitierten Vorkonstrukte in Stellung bringt, kann er sich zum Anwalt der Menschen machen, die – wie wir ja alle wissen – Eigenverantwortung wollen, was jedoch von den Sozialdemokraten torpediert wird, die – wie dies ja ebenfalls keiner weiteren Diskussion bedarf – ständig bürokratische Zwänge aufbauen und Besitzstände verteidigen. Hier stoßen wir an die „ideologische“ Funktionsweise dieses Diskurses, der sich auf Äußerungsquellen stützt, die im Verborgenen bleiben. Fordert die Aussage vom Leser, wie Pêcheux argumentieren würde, nicht ideologischen Gehorsam ein, indem sie „den Willen der Menschen zu Eigenverantwortung“ als ein über dem diskursiven Streit stehendes Naturgesetz ausweist?

Als Ergebnis dieser kurzen Analyse lässt sich festhalten, dass es Metzger schwer fällt, „Klartext zu reden“ und „die Dinge beim Namen zu nennen“, wie es auf seiner Webpage heißt (<http://www.oswald-metzger.de>), und das, was er fordert, in aller Einfachheit und Eindeutigkeit zu sagen. Während Oswald Metzger unentschieden zwischen dem Äußerungs-Metzger und dem Aussage-Metzger hin und herwechselt, lässt er ständig irgendwelche Sozialdemokraten dazwischen quasseln, und die Verantwortung dafür, „dass Menschen Eigenverantwortung wollen“, wälzt er schnöde auf die Allgemeinheit ab. Wenn es aber selbst einem so profilierten Vertreter politischen Denkens wie Metzger nicht gelingt, eindeutige Forderungen zu formulieren, wie können Forderungen dann als kleinste Bedeutungseinheiten des politischen Diskurses verstanden werden? Müsste eine Diskurstheorie, die die Artikulation hegemonialer Ordnung aus einzelnen Bedeutungseinheiten beschreibt, nicht zuallererst Rechenschaft über das Gewimmel widersprüchlicher Sprecher und Stimmen ablegen, die sich in den (Nicht-)Einheiten des Diskurses komplex überlagern, und zwar bevor die empirischen Individuen – Metzger und seinen Leser/innen – ein Verständnis von dem aufbauen können, was gefordert wird?

6. Schluss

Die Analyse der ausgewählten Aussage sollte zeigen, dass sich selbst in einem sich eindeutig und unmissverständlich gebenden Diskurs die „kleinsten Analyseinheiten“, Laclaus Forderungen, nicht ohne Weiteres abgrenzen lassen. Die

analysierte Aussage, so scheint es, lässt sich nur äußern, indem sie eine Reihe von Subjekten, Sprechern und Autoritäten eine Stimme verleiht. Können die zahlreichen diskursiven Nebengeräusche der Aussage ausgefiltert werden und die Forderung sozusagen alleine und an sich gestellt werden? Eine solche Purifizierung des Diskurses wäre ein fragwürdiges Unterfangen. Der Diskurs müsste sich allein mit „monologischen“ Aussagen behelfen (wie etwa „Oswald Metzger ist ein Politiker.“ oder „Die Sonne scheint.“), deren ideologischer Wirksamkeit enge Grenzen gesetzt sind. So unterstreicht der genaue Blick auf das symbolische Material, dass das, was eine Forderung fordert, nicht immer so klar ist, dass es keiner weiteren Auseinandersetzung bedürfte. So muss gerade darüber, was „eigentlich“ gefordert wird, immer wieder politisch gestritten werden: Stellen die Ausschreitungen bei einer Demonstration bloße Gewalt dar oder geben sie eine politische Meinung kund? Ist die detaillierte Berichterstattung in den Medien über das stattgefundene Ereignis dann objektive Tatsachendarstellung oder selbst eine politische Stellungnahme? Was wird genau gefordert, wenn dann nach mehr oder weniger x (Freiheit, Staat, Geld...) gerufen wird? Das symbolische Material ist nicht nur eine lästige Hülle, in dem grundsätzlich klare und eindeutige Inhalte verpackt sind. In der Aussage drückt sich mehr als das ursprünglich Gemeinte aus; sie ist kein Container für Sinn, der darauf wartet, von einem anderen Subjekt verstanden zu werden. Die Aussage lässt vielmehr eine Reihe von diskursiven Figuren auftreten, die von ihren Formen (z.B. performative Verben, Verneinung, Nominalkonstrukte...) auf bestimmte Weise in Stellung gebracht werden. Wenn sich in Aussagen aber eine Vielzahl widersprüchlicher Stimmen und Bedeutungen tummelt, dann muss neben eine Kritik der geschlossenen Struktur auch eine Kritik der kleinsten konstitutiven Einheit treten.

Vielleicht kann die äußerungstheoretische Diskursanalyse mit ihrem Zugriff auf kleinste Fragmente des Diskurses den essentialismuskritischen Gestus der Diskurstheorie akzentuieren. Wenn sich der Diskurs von keiner Adler-Position letztendlich überblicken lässt, dann ist die Frage nicht mehr, was das Soziale ist, sondern wie im Diskurs auf das Soziale zugegriffen wird. So kann mit der äußerungstheoretischen Diskursanalyse davon ausgegangen werden, dass die Spuren der Äußerung je spezifisch relevante Ausschnitte des Sozialen freigeben (und nie die Gesellschaft als Ganze), dass Texte auf unterschiedliche Kontexte zugleich zugreifen (also nicht nur auf soziale Kontexte, sondern auch auf kotextuelle, kognitive, kommunikative etc. Kontexte) und dass der Kontext ständig neu gesucht und gefunden werden muss (der Diskurs also keinen stabilen Horizont soziohistorischer oder kultureller Gegebenheiten verhandelt). Der diskurstheoretische Hinweis von Laclau/Mouffe auf die konstitutive Offenheit und Unvollständigkeit des Sozialen müsste also um die diskursanalytische Frage ergänzt werden, welche Ausschnitte des Sozialen im Diskurs auf welche Weise relevant und sichtbar werden. Vor diesem Hintergrund enthält sich die oben skizzierte Analyse einer Antwort auf die Frage, was Metzger „wirklich“ fordert oder meint. Sie macht es sich zur Aufgabe, die Formen zu identifizieren und zu beschreiben, die den Le-

ser/innen Anhaltspunkte dafür geben, wo sie mit einer Antwort auf die Frage rechnen können, die der Text ihnen stellt: „Von wem werde ich wo und wann geäußert, um wem was zu sagen?“ Angesichts des interpretativen Arbeitsprogramms, das der Text seinen Leser/innen aufgibt, ist in der Tat das ganze interpretative Geschick der Individuen gefordert – sicher auch von euch, liebe Leserinnen und Leser, für die ich diesen Text in der Hoffnung geschrieben habe, dass meine Fingerzeige euch bei der Suche nach dem inspirieren, was er euch sagen will.

Literaturverzeichnis

- Angermüller, Johannes (2007): *Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich*. Bielefeld: Transcript.
- Benveniste, Émile (1974): *Problèmes de linguistique générale*, 2. Paris: Gallimard.
- Culioli, Antoine (2002): *Variations sur la linguistique. Entretiens avec Frédéric Fau*. Paris: Klincksieck.
- Ducrot, Oswald (1984): *Le Dire et le dit*. Paris: Minuit.
- Foucault, Michel (1969): *L'Archéologie du savoir*. Paris: Gallimard [deutsche Übersetzung: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1994].
- Kerbrat-Orecchioni, Catherine (1980): *L'Énonciation. De la subjectivité dans le langage*. Paris: Armand Colin.
- Lacan, Jacques (1973): *Le Séminaire. Livre XI. Les quatre concepts fondamentaux de la psychanalyse*. Paris: Le Seuil [deutsche Übersetzung: *Die vier Grundbegriffe der Psychoanalyse*. Weinheim: Quadriga, 1996].
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London, New York: Verso.
- (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso [deutsche Übersetzung: *Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen, 1991].
- Pêcheux, Michel (1975): *Les Vérités de La Palice*. Paris: Maspéro [englische Übersetzung: *Language, semantics and ideology. Stating the obvious*. London: Macmillan, 1982].
- Reboul, Anne; Moeschler, Jacques (1996): „Faut-il continuer à faire de l'analyse de discours?“, *Hermès* 16: 61-92.
- Saussure, Ferdinand de (1962): *Cours de linguistique générale*. Paris: Payot [deutsche Übersetzung: *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*. Berlin: de Gruyter, 1967].
- Seriot, Patrick (1985): *Analyse du discours politique soviétique*. Paris: Institut d'Études slaves.
- Sperber, Dan; Wilson, Deirdre (1989): *La Pertinence. Communication et cognition*. Paris: Minuit [englische Übersetzung: *Relevance: Communication and Cognition*. Oxford, Cambridge: Blackwell, 1993].
- Todorov, Tzvetan (1970): „Freud sur l'énonciation“, *Langages* 17: 34-41.

Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse

MARTIN NONHOFF

1. Einleitung

Das Werk von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau ist zuallererst ein zentraler Beitrag der jüngeren politischen Philosophie. In einer in der Gegenwart selten anzutreffenden Kombination verknüpft es sehr grundlegende Überlegungen zur Ontologie des Politischen mit einer Theoretisierung verschiedener Phänomene der Politik: der gemeinsamen Arbeit sozialer Bewegungen, der politischen Subjektivierung, der Entstehung populistischer Politik und insbesondere der Herausbildung von Hegemonien. Hinzu tritt schließlich noch mit dem Modell der radikalen Demokratie eine Komponente „normativer“ politischer Philosophie, die jedoch gerade keine positiven, unverfügbaren Normen demokratischer Politik einführt, sondern die Grundlosigkeit der Politik im Allgemeinen wie der Demokratie im Besonderen betont. Radikal ist die Demokratie nach Laclau und Mouffe auch, weil sie von Normen abhängt, die sie angesichts der Grundlosigkeit immer wieder selbst begründen muss, aber nie abschließend setzen kann.

Doch die Überlegungen von Laclau und Mouffe sind nicht nur für die politische Philosophie von Bedeutung. Sie stießen auch zahlreiche empirische Forschungen zu den eben genannten Phänomenbereichen der Politik an (vgl. z.B. Howarth u.a. 2000). Dabei kann es nicht überraschen, dass viele dieser Forschungen die Entstehung und den Wandel politischer Diskurse untersuchen – schließlich haben Laclau und Mouffe ihre Theorie selbst unter dem Etikett „Diskurstheorie“ eingeführt und analysieren gesellschaftliches und politisches Geschehen stets als diskursives, also als Bedeutungsgeschehen. Allerdings ging es beiden in erster Linie nie darum, empirische Diskursanalysen zu betreiben: Ganz in diesem Sinne bekannte sich Ernesto Laclau unlängst „happily guilty“ (2004: 321), sich eher auf die ontologische Dimension der Sozialtheorie als auf die Erforschung der Vielfalt der ontischen Erscheinungsformen konzentriert zu haben. Für die politische Diskursforschung ist dies deshalb bedauerlich, weil Laclau und Mouffe somit zwar einerseits ein anspruchsvolles Angebot für die Schnittstelle

von politischer Theorie und Diskurstheorie machen, weil aber andererseits kein ausgereiftes methodologisches Programm zur diskursanalytischen Überprüfung und Fortschreibung der Diskurstheorie besteht. Gewiss kann es nicht das Ziel sein, eine einzige, einheitliche Methodik der Diskursanalyse im Anschluss an Laclau/Mouffe zu entwickeln – hierzu sind politische Diskurse als Gegenstand, aber auch konkrete Forschungsfragen zu unterschiedlich.¹ Gleichwohl ist es sinnvoll, eine auf die empirische Analyse hin orientierte Systematisierung der laclauschen/mouffschen Diskurstheorie vorzunehmen und so aufzuzeigen, wie und an welchen Punkten der derart theoretisch geschulte Blick das Rauschen der politischen Diskurse besser verstehen und entziffern kann. Einer solchen methodisch orientierten Systematisierung widmet sich der folgende Beitrag.

Die Erforschung politischer Diskurse gewinnt in jüngster Zeit wieder zunehmend an Bedeutung. Dies gilt bei Weitem nicht nur für die Politische Wissenschaft (vgl. zum Überblick Kerchner 2006; Nonhoff 2004), sondern stellt ein Phänomen der Sozialwissenschaften in ihrer ganzen Breite dar. Prominent vorangetrieben wird die politische Diskursforschung etwa auch in der Soziologie (vgl. für viele Keller 1998; Schwab-Trapp 2002) oder in der Geographie (jüngst Glasze 2007). Über die Disziplinen hinweg eint dabei einen Großteil der Forschungen das Ziel, die Konjunkturen der politisch wirksamen Sinnformationen zu ergründen: Wie entstehen politisches Wissen und politische Überzeugungen, wie verbreiten sie sich, wie werden sie dominant und wie verschwinden sie wieder? Anhand von Fragestellungen wie diesen befassen sich Analysen politischer Diskurse in vieler Hinsicht mit einem thematischen Spektrum, das der politischen Theorie der Hegemonie durchaus nahe steht. In diesem Sinne lässt sich politische Diskursanalyse auch als Hegemonieanalyse bezeichnen. Geht man das Unterfangen einer solchen Analyse an, so wird schnell deutlich, dass es keineswegs Zufall ist, dass sich in der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe politische Theorie und Diskurstheorie kreuzen – schließlich sind Hegemonien ebenso diskursive wie politische Phänomene der Vorherrschaft.

Entlang dieser Attribute – diskursiv, politisch, Vorherrschaft – möchte ich im Folgenden einige wesentliche Elemente der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe derart rekonstruieren, dass Übergangsmöglichkeiten zu einer Methode der Hegemonieanalyse deutlich werden. Im Zentrum steht dabei die Zergliederung dessen, was sich als hegemoniale Strategie bezeichnen lässt, in mehrere Strategeme, die sich wiederum als bestimmte Formen der Relationierung diskursiver Elemente verstehen lassen und als solche im empirischen Diskursmaterial gesucht werden können. Der Beitrag endet schließlich mit einer Beispielanalyse, in welcher der Auftakt eines zentralen nachkriegsdeutschen hegemonialen Projekts, des Projekts „Soziale Marktwirtschaft“, nachgezeichnet wird: Alfred Mül-

1 Einen weiteren, auf computergestützte Lexikometrie aufbauenden Vorschlag zur methodischen Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe präsentierte erst jüngst Glasze (2007); vgl. auch die Überlegungen von Bruell in diesem Band.

ler-Armacks „Erfindung“ der Sozialen Marktwirtschaft in seiner Monographie *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*.²

2. Diskurs

Was ist unser Untersuchungsgegenstand, wenn wir Diskurse analysieren? Zunächst ist festzuhalten, dass der Begriff des Diskurses hier auf den Raum gesellschaftlichen Sinns bezogen wird. Dabei ist in Anlehnung an Laclau/Mouffe – ähnlich argumentiert aber etwa auch Niklas Luhmann (1987[1984]: 92-101) – ein formaler Sinnbegriff gemeint, der Sinn als Folge von Differenz und Differenzierung betrachtet: Sinn entsteht dadurch, dass zwei Elemente miteinander in Beziehung gesetzt und damit zugleich als differente Elemente konstituiert werden. Auf dieser Grundlage lassen sich auf die Frage nach dem Untersuchungsgegenstand „Diskurs“ wenigstens drei Antworten geben, die zwar nicht unzusammenhängend sind, aber doch auf verschiedene Aspekte abzielen. Erstens lassen sich Diskurse als eine *Vielzahl einzelner Sinnproduktionsakte*, d.h. Akte der gleichzeitigen Differenzierung und Relationierung, begreifen. Diese Akte bezeichnen Laclau/Mouffe bekanntermaßen als Artikulationen und führen weiter aus: „The structured totality resulting from this articulatory practice, we will call *discourse*“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Diese Definition ist nun dahingehend zu präzisieren, dass die genannte strukturierte Totalität, die aus der Vielzahl von Artikulationen hervorgeht, auf zwei Weisen ausgelegt werden kann, unter einem zeitlichen und einem räumlichen Vorzeichen. Entsprechend lautet die zweite Antwort auf die Frage nach dem Untersuchungsgegenstand „Diskurs“, dass dieser im *Prozess* des andauernden Anordnens von Artikulationen besteht. Aus diesem Blickwinkel rekonstruiert die Diskursanalytikerin im Analyseprozess die zeitliche Folge von Artikulationen und deren Regelmäßigkeiten. Sie blickt auf den Vorgang der Formierung einer Sinnformation und analysiert z.B. die Linearität oder Kreisförmigkeit von Artikulationsfolgen oder auch die spezifische Reaktivität eines Diskurses in der Aufnahme kontingenter Ereignisse. Schließlich kann man vom Diskurs aber auch im Sinne dessen sprechen, was als stets fragile *Struktur* aus dem Artikulationsprozess resultiert: eine bestimmte Verfügung von Artikulationen und damit eine Anordnung diskursiver Elemente. Letzteres scheint der definitorische Begriff der „strukturierten Totalität“ am ehesten nahezulegen, ein Begriff, der allerdings im Kontext des ganzen hegemonietheoretischen Gebäudes keineswegs als vollkommen *fixierte* Totalität zu lesen ist, beruht doch die Hegemonietheorie wesentlich auf der Mangelhaftigkeit und folglich der Unabschließ-

2 Dieser Beitrag baut auf der Monographie *Politischer Diskurs und Hegemonie* (Nonhoff 2006a) und der dortigen Analyse der Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ auf. Für eine weitere Hegemonieanalyse, die sich mit dem hegemonialen Ringen um die Vorherrschaft bestimmter ideengeschichtlicher Pflichtkorpora an den amerikanischen Colleges befasst, vgl. Nonhoff (2006b).

barkeit und Beweglichkeit jeder Totalität. Deshalb sind Prozess und Struktur, Formierung und Formation, Anordnen und Anordnung des Diskurses unauflöslich miteinander verknüpft.

Die drei nun aufgeführten Dimensionen des Diskurses – Vielzahl einzelner Artikulationen, der Prozess des Anordnens dieser Artikulationen, das (stets vorläufige) Ergebnis in Form einer Struktur diskursiver Elemente – sind denn auch nur auf analytischer Ebene fein säuberlich auseinanderzuhalten. Während des Vorgangs der Diskursanalyse wird die Analytikerin die Prozesse der Formierung nicht getrennt von den ausgebildeten Formationen betrachten können. Insbesondere wird aber ihr konkreter Zugriff auf den Diskurs nur über die Oberfläche der Vielzahl von einzelnen Artikulationen erfolgen können. Damit stellen sich auf der Ebene der Operationalisierung für die Untersuchung *politischer* Diskurse jedoch zwei Fragen.

(a) Welcher Art sind die Elemente, die in politischen Diskursen artikuliert werden? Ernesto Laclau ist jüngst dazu übergegangen, die Elemente als „Forderungen“ zu bezeichnen (Laclau 2005: 72-77). Diese Bezeichnung ist nicht unumstritten, weil sie, wenn die Forderung als mit sich identisch und nicht von Beginn an als dislozierte verstanden wird, die Gefahr eines Essentialismus der kleinsten diskursiven Einheit birgt (vgl. Angermüller in diesem Band). Die Kehrseite dieser Gefahr ist jedoch der Vorteil, dass der Begriff der Forderung die Materialität des politischen Diskurses hervorhebt, die bei einer rein linguistischen Analyse aus dem Blick geraten kann (vgl. auch Demirović in diesem Band). In jedem Fall lassen sich die diskursiven Elemente eines politischen Diskurses in methodischer Hinsicht grundsätzlich gut als Forderungen begreifen (vgl. genauer Nonhoff 2006a: 261), da politische Diskurse zum größten Teil als Austausch über die künftige Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens ablaufen, wobei Forderungen eine wesentliche Rolle spielen. Allerdings lässt sich empirisch zeigen, dass in politischen Diskursen keineswegs ausschließlich zukunftsorientierte Forderungen artikuliert werden, sondern dass gerade für die Etablierung von Hegemonien auch die gegenläufige temporale Richtung von Bedeutung ist, etwa bei Verweisen auf frühere Erfolge (vgl. Nonhoff 2006a: 309-311), die dann allerdings wiederum mit (zukunftsorientierten) Forderungen kombiniert werden (wie z.B.: Beibehaltung des bisherigen Kurses!).

(b) Die zweite sich stellende Frage lautet, wonach man eigentlich sucht, wenn man nach Artikulationen sucht. Aufgrund der Beweglichkeit diskursiver Strukturen, aber auch aufgrund ihrer nicht selten hohen Komplexität scheint es wenig erfolversprechend, primär nach spezifischen Verknüpfungen zwischen zwei oder mehr spezifischen Elementen zu suchen. Die schier unüberschaubare Vielfalt diskursiver Verweise torpediert Versuche einer genauen Rekonstruktion der diskursiven Sinnproduktion in ihren Details. Es ist daher sinnvoll, als eine Art „Handwerkszeug“ eine Typologie diskursiver Relationen zu erarbeiten, die für die Hegemonieanalyse funktional ist. Obwohl die Zahl von diskursiven Elementen schier unendlich ist, kann man dabei – wie sich schon Foucaults

(1997[1969]: 172-75) Überlegungen entnehmen lässt – von einer relativ geringen Zahl von diskursiven Beziehungsarten ausgehen. Im Anschluss an Laclau und Mouffe kommen verschiedene Möglichkeiten der Typologisierung in Frage. Dabei lassen sich zwei verschiedene Ebenen auseinanderhalten. Einerseits führt Laclau immer wieder aus (prominent in Laclau 2005: 68; vgl. auch den Beitrag in diesem Band: 29), dass es im Anschluss an Roman Jakobson nur zwei Möglichkeiten gebe, diskursive Elemente zu relationieren: Substitution und Kombination. Im Rahmen der Hegemonietheorie kommt für die Substitution insbesondere die (nie völlig gelingende) Beziehung, in welcher ein leerer Signifikant das Allgemeine repräsentiert, in Frage. Es zeigt sich allerdings, dass die unmittelbare Repräsentation des Allgemeinen im Normalfall nicht überzeugend ist und dass sich die Repräsentationsrelation stattdessen eher indirekt einstellt (siehe unten). Als Kombinationen erscheinen dagegen vor allem Äquivalenzbeziehungen. Neben dieser Betrachtung aus dem Blickwinkel Substitution/Kombination deuten jedoch andererseits zwei sehr grundlegende ontologische Annahmen des hegemonietheoretischen Modells ebenfalls Beziehungsarten an: Dies ist erstens die Annahme, dass alles soziale und politische Geschehen von den beiden Logiken der Differenz und der Äquivalenz beherrscht wird; und zweitens die Annahme, dass sich ohne Antagonismus das Soziale überhaupt nicht konstituieren könnte. Aus der ersten Annahme folgt, dass unter den Bereich der Kombination nicht nur der Relationstyp der Äquivalenz fällt, sondern auch jener der Differenz (eine kaum überraschende Konsequenz, wenn man bedenkt, dass alle diskursiven Elemente, um überhaupt als sinnhafte Elemente in Erscheinung treten zu können, als different artikuliert – ergo miteinander kombiniert – werden müssen; Differenz ist sozusagen die Grundlagenbeziehung, auch für die sie überformende Äquivalenz). Die zweite Annahme hat für die Oberfläche des Diskurses hingegen kompliziertere Auswirkungen, weil, wie Laclau an verschiedenen Stellen ausführt (vgl. z.B. in diesem Band: 26-28), die antagonistische Beziehung keine objektive Beziehung ist, die einfach an der Oberfläche des Diskurses – zwischen zwei differenten Elementen, die demselben symbolischen Raum angehören – hergestellt werden könnte. Dennoch finden sich auf der diskursiven Oberfläche natürlich Vorformen und Bausteine des Antagonismus wieder – was nicht artikuliert wird, könnte sich auch nicht zum Antagonismus entwickeln. Aber wie müssen wir uns das vorstellen? Die Antwort ist so naheliegend wie einfach: Antagonismen formieren sich, wenn sich Äquivalenzketten zwischen verschiedenen Forderungen bilden. Allerdings entstehen diese Äquivalenzketten nicht aufgrund positiver Eigenschaften der in ihnen verbundenen Elemente, sondern aufgrund einer negativen Übereinstimmung: weil sie auf die Überwindung von Gegnern oder Zuständen abzielen, die ebenfalls als Äquivalenzkette artikuliert werden. Diese Beziehung zwischen einer einzelnen Forderung und dem, was sie zu überwinden trachtet – die Keimzelle des Antagonismus, wenn man so will – findet sich als Relation auf der Oberfläche des Diskurses. Ich habe sie als Kontrarität bezeichnet (vgl. Nonhoff

2006a: 88).³ Auch Kontrarität lässt sich als Überformung von Differenz und als Art der Kombination begreifen.

Nun haben wir die Beziehungsarten rekonstruiert, die notwendig sind, um das hegemoniale Geschehen innerhalb einer bestimmten diskursiven Arena zu analysieren. Allerdings tritt nun noch eine Erschwernis hinzu: Wenn wir es mit der Analyse politischer Diskurse im Setting liberaler Demokratien zu tun haben – und die meisten Diskursanalysen haben diesen Fokus –, dann befinden wir uns in einem Raum, in dem stets eine Vielzahl diskursiver Arenen parallel existiert (vgl. z.B. Laclau/Mouffe 1985: 131-134). Diese Arenen dringen gelegentlich ineinander ein oder überlappen sich, sind aber häufig auf recht stabile Weise getrennt. Die verschiedenen Diskurse und ihre Arenen zeichnen sich z.B. dadurch aus, dass sie verschiedene Fassungen des Allgemeinen als Knotenpunkt haben (z.B. Sicherheit, Wohlstand, Bürgerrechte o.ä.). Immer wieder werden im Lauf des diskursiven Geschehens die Grenzen zwischen den Arenen jedoch brüchig. Um sie in solchen Momenten zu stabilisieren, tritt eine Art der Artikulation auf, die einen Bereich abgrenzt. Sie tut das aber nicht im antagonistischen Modus, sondern, um einen jüngeren Leitbegriff der Hegemonietheorie aufzunehmen, im Modus der Heterogenität: Es geht um Diskursbereiche, die „nicht relevant sind“ oder „hier keine Rolle spielen“. Da solche diskursive Artikulationen Differenz explizit und in verschärfter Weise artikulieren, nenne ich die entsprechende diskursive Beziehung Superdifferenz. Auch die Superdifferenz ist dem Register der Kombination zuzuordnen.

Insgesamt lassen sich somit in Anlehnung an die Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe für das Unterfangen der Hegemonieanalyse als bestimmter Form der politischen Diskursanalyse fünf Typen diskursiver Relationen ausmachen, die ein wichtiges „Handwerkszeug“ für die Diskursanalyse bilden:⁴

- 1) Dem Register der Substitution entstammt der Relationstyp der *Repräsentation* – „x steht für y“. Von Bedeutung ist das im Rahmen der Hegemonietheorie vor allem für die (unmögliche) Repräsentation eines Allgemeinen durch einen leeren Signifikanten; allerdings erfolgt letztere selten direkt, sondern eher auf Umwegen (siehe unten).
- 2) Wie die drei folgenden Relationstypen ist auch jener der *Differenz* dem Register der Kombination zuzuordnen. Differenz – „x ist anders als y“ – kann dabei als grundlegender Relationstyp in diesem Register gelten, er wird von den

3 Kontraritätsbeziehungen sind, wie antagonistische Beziehungen, weder Realrepugnanz, die einem physischen Zusammenstoß gleichen, noch Widersprüche, die sich begrifflich aufheben ließen (vgl. zur Unterscheidung von Realrepugnanz, Widerspruch und Antagonismus bereits Laclau/Mouffe 1985: Seite). Sie sind die diskursiv auffindbaren Bausteine des Antagonismus.

4 Diese Typologie erweitert meine früheren Überlegungen zur Typologie diskursiver Beziehungen (vgl. Nonhoff 2006a: 85-89, 227-228 [Fn. 10]), in welche die Repräsentation als eigener Beziehungstyp noch keine Aufnahme gefunden hatte. Ich bin mittlerweile aus den oben genannten Gründen zu der Auffassung gelangt, dass diese Erweiterung sinnvoll ist, zumal die Repräsentation bereits als ein zentrales hegemoniales Strategem eingeführt ist (siehe hierzu auch unten, S. 187).

übrigen dreien – Superdifferenz, Äquivalenz und Kontrarität – in verschiedener Art überformt. Ohne diese Überformungen hätte man es mit einem gleichförmig strukturierten Raum ohne Brüche und Markierungen zu tun.

- 3) *Äquivalenz* setzt Elemente gleich, aber, wie man als wesentliche Ergänzung hinzufügen sollte, nicht in jeder Hinsicht (die Elemente werden nicht als identisch verstanden), sondern nur in einer bestimmten Hinsicht „a“. Äquivalenz lässt sich somit allgemein formulieren als „x ist anders als y, geht aber in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“.
- 4) Auch für *Kontrarität*, die Elemente entgegensetzt, spielt dieser konkrete Bezug eine Rolle. Zwei konträre Elemente werden nicht als Gegensätze schlechthin artikuliert, sondern als konträr ebenso in einer bestimmten Hinsicht „a“: „x ist anders als y, und steht in Bezug auf a in Kontrarität zu y“. Kontraritäts- und Äquivalenzrelationen können einander überlappen: „x und z sind (different, aber) gleichbedeutend, insofern sie in Bezug auf a in Kontrarität zu y stehen“.
- 5) *Superdifferenz*relationen schließlich dienen der Trennung von Diskursarenen und lassen sich idealtypisch so umschreiben: „x ist anders als y und hat auch nichts mit y zu tun“.

3. Das Politische und der politische Diskurs

Wenn wir Hegemonien analysieren, analysieren wir Phänomene, die sich in politischen Diskursen konstituieren. Die Politizität eines Diskurses bildet also den wichtigen Bezugsrahmen des hegemonialen Geschehens. Was aber macht einen politischen Diskurs aus? Was ist das Politische an ihm? Die Klärung dieser Fragen erlaubt es zum einen, die Vorauswahl der zu untersuchenden Diskurse besser zu strukturieren, weil mit einem Begriff des Politischen ein Maßstab zur Verfügung steht, der Diskurse hinsichtlich ihrer Politizität einzuordnen hilft, ganz unabhängig davon, ob sie in jenem Bereich stattfinden, den man üblicherweise als Politik bezeichnet oder nicht. Zum anderen nähern wir uns über das diskursive Hintergrundmuster des Politischen auch schon der diskursiven Funktionsweise der Hegemonie an.

Blickt man auf die Hegemonietheorie, so kann man feststellen, dass sich hier zwei große Linien der Theoretisierung des Politischen kreuzen: Zum einen finden wir im zentralen Begriff des Antagonismus die Lesart des Politischen als fundamentale Konflikthaftigkeit wieder. Auf den bekanntesten Exponenten dieser Lesart, Carl Schmitt, bezieht sich etwa Chantal Mouffe immer wieder (vgl. z.B. Mouffe 1993: 117-134; Mouffe 1999), allerdings mit dem Ziel einer demokratisch-agonistischen Einhegung des bei Schmitt bis hin zur Vernichtung des Gegners überzeichneten politischen Kampfes.⁵ Der Antagonismus steht auf dop-

5 Vgl. zum agonistischen Pluralismus den Beitrag von Chantal Mouffe in diesem Band.

pelte Weise an zentraler Stelle der Hegemonietheorie (vgl. Žižek 1990: 253): Einerseits stellt *der* Antagonismus im Singular – als ontologische Größe – die Grenze des Sozialen dar und ist damit dem lacanschen Register des Realen zuzuordnen. Er ist der Ort der Unmöglichkeit von Gesellschaft, der genau deshalb die kontinuierliche und kontinuierlich scheiternde Produktion von Gesellschaft ermöglicht. Andererseits ereignet sich eben diese – ontische – Produktion von Gesellschaft in einer Vielzahl sozialer und politischer Antagonismen (im Plural), d.h. in hegemonialen, diskursiv gegründeten Konfrontationen, die im Sinne der lacanschen Register als symbolisch instituierte zu begreifen sind. Antriebskraft der ontisch stattfindenden Antagonismen ist dabei die Blockiertheit gesellschaftlicher Subjekte, d.h. ihre Unmöglichkeit mit sich identisch zu werden und volle Präsenz zu erlangen, die wiederum im ontologischen, realen Antagonismus begründet liegt. Insgesamt ist die Hegemonietheorie damit wesentlich eine Konflikttheorie, die die Spaltung als gesellschaftsbegründend und gesellschaftsprägend begreift.

Zum anderen aber spiegelt sich auch jene Linie der Politischen Theorie wider, die von einem „bürgerschaftlichen“ Begriff des Politischen (vgl. zu diesem Begriff Gebhardt 2000) ausgeht und dabei z.B. an Hannah Arendt anschließt. Im Zentrum steht dabei ein Denken der Politik, das in ihr vor allem das bestmögliche gemeinschaftliche Gestalten einer gemeinsamen Zukunft sieht. Dieses Gestalten impliziert auch die Produktion und Verfolgung von allgemein verbindlichen Idealvorstellungen der gemeinsamen Zukunft und fügt damit dem Politischen eine Dimension der Universalität ein. Diese Dimension hat Ernesto Laclau im Lauf der 1990er Jahre ins Zentrum seiner Analysen gerückt (vgl. v.a. verschiedene Beiträge in Laclau 1996) und dabei insbesondere das Verhältnis von Universalität und Partikularität im politischen Diskurs herausgearbeitet. Demnach resultiert aus der Unabschließbarkeit von Gesellschaft – der konstitutiven, im Antagonismus begründeten Unmöglichkeit von Gesellschaft als vollkommener Gesellschaft – zweierlei: Einerseits wird ein Gegner oder eine Formation von Widerständigem ausgemacht, der bzw. die die Realisierung der Vollkommenheit bzw. des Allgemeinen verhindert. Andererseits schließen sich alle Kräfte, die ihre Gemeinsamkeit in der Opposition zu dieser Formation des Widerständigen haben, zusammen und vereinigen sich unter einem Namen (einem Slogan, einer Führungspersonlichkeit, einer Partei), der die Überwindung des Widerständigen verspricht und damit (in einer unmöglichen Operation) das realisierte Allgemeine repräsentiert. Dieser Name firmiert in der laclauschen Theorie auch als „leerer Signifikant“ (vgl. Laclau 1996: 36-46).⁶ Er ist die symbolische Verkörperung eines imaginären Allgemeinen, das sich als „tatsächliches“ Allgemeines nie realisieren lässt. Der Ort des imaginären Allgemeinen lässt sich in Anlehnung an

⁶ Da sie bereits an anderer Stelle erfolgt ist, verzichte ich hier auf eine weitere Erläuterung des zentralen Theorems des leeren Signifikanten (vgl. Nonhoff 2001; Nonhoff 2006a: 124-136).

Claude Lefort (1990[1976]; 1990[1983]) als Ort des Mangels begreifen, als leerer Ort, der aufgrund seiner Leere stets aufs Neue symbolische Füllungsversuche hervorruft. In differenzierten politischen Räumen, wie sie in den modernen Demokratien bestehen, treten dabei der Mangel und das Allgemeine, das ihn kompensieren soll, oft nicht als umfassender Mangel und als umfassendes Allgemeines – etwa als (fehlendes) Gemeinwohl – in Erscheinung, sondern werden sektoral spezifiziert: z.B. unter dem Aspekt der Sicherheit, der Gerechtigkeit oder des Wohlstands.

Es ist nun genau die Schnittstelle von Mangel und Versuchen der Behebung dieses Mangels, wo es auch zur Vereinigung der beiden Denktraditionen des Politischen kommt: Eben weil das Allgemeine aber nur als negative Größe, als Mangel an Allgemeinem in Erscheinung tritt, provoziert es verschiedene und sich oft bekämpfende Bewegungen der Mangelbeseitigung. Hierin hat auch die Dynamik der Politik ihren Grund: Indem es das imaginäre Allgemeine symbolisch (das heißt immer auch: hegemonial) verfügbar macht, ist es das Politische, das, in den Worten Hannah Arendts, das Neu-Anfangen (und zwar ein je „besseres“ Neu-Anfangen) ermöglicht (Arendt 2002[1958]; vgl. auch Marchart 2005). Es ist aber auch das Politische, das den Modus des Konflikts bzw. des Antagonismus mit sich bringt. Beide Faktoren zusammen – Konflikt und Bezug zum Allgemeinen – machen das Politische zu jener Logik, die den Raum des Gesellschaftlichen zu verschieben und zu erschüttern vermag.

Die Hegemonietheorie liefert uns somit klare Anhaltspunkte dafür, wie das diskursive Hintergrundmuster des Politischen über die Verquickung von Orientierung am Allgemeinen und Konfliktivität operiert. Demnach ist das Politische zu begreifen als jene dynamische Logik, im Rahmen derer im diskursiven Raum über die partikulare Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen in konflikthafter Weise verhandelt wird. Entsprechend lässt sich ein Diskurs dann als politischer Diskurs begreifen, wenn in ihm das Allgemeine konflikthaft verhandelt wird. Betrachtet man etwa – wie ich das unten noch ausführlicher tue – den deutschen sozial- und wirtschaftspolitischen Diskurs, in dem die „Soziale Marktwirtschaft“ zu solcher Prominenz aufstieg, so lässt sich dieser deshalb als politischer Diskurs bezeichnen, weil in ihm ein spezifisches imaginäres Allgemeines – das ökonomische Wohlergehen der Deutschen – in einer Weise verhandelt wird, die die Konfrontation unterschiedlicher, z.T. entgegengesetzter Vorschläge zur „Erreichung“ oder „Verwirklichung“ dieses Allgemeinen bedingt (neben der „Sozialen Marktwirtschaft“ v.a. der „demokratische Sozialismus“) und damit die spezifische Symbolisierung des Allgemeinen zum Konfliktgegenstand werden lässt.

4. Hegemonie

Eingangs wurde Hegemonie als diskursive und politische Form der Vorherrschaft gefasst. Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten die Attribute „diskursiv“

und „politisch“ im Zentrum standen, muss nun noch genauer geklärt werden, welche Art von *Vorherrschaft* mit Hegemonie gemeint ist. Dabei geht es um drei Fragen: (a) Was herrscht vor? (b) Welche Intensitäten oder Grade von Vorherrschaft lassen sich unterscheiden? (c) Wie wird Vorherrschaft etabliert?

(a) Wenn man von Hegemonie spricht, so sind häufig zwei verschiedene Phänomene gemeint. Einerseits kann es um die Vorherrschaft von Personen oder Gruppen gehen, etwa wenn von der Hegemonie der CSU in der bayerischen Politik die Rede ist (Mintzel 1998). Andererseits spricht man aber auch von der Vorherrschaft einer Denkungsart, eines Paradigmas oder – in der diskurswissenschaftlichen Diktion – einer diskursiven Formierung, beispielsweise von der Hegemonie des Konservatismus oder des Neoliberalismus. Die erste wie die zweite Lesart hat eine gewisse Stringenz, weshalb man sie im Idealfall beide berücksichtigen sollte. Diese Möglichkeit bietet sich dadurch, dass man, wie oben ausgeführt, als kleinstes Element des politischen Diskurses die Forderung fasst. Denn man kann sowohl fordern, dass eine Person oder Gruppe die Führung übernehmen sollte, als auch, dass eine bestimmte Ideologie oder ein bestimmtes Paradigma durchgesetzt werden muss. Insofern kann man sich auf den diskursanalytisch hilfreichen, formalen Standpunkt begeben, bei der Hegemonieanalyse die Vorherrschaft von Forderungen zu untersuchen. Allerdings wird tagein tagaus viel gefordert und es ist unklar, welche Art von Forderungen als relevante in den zu analysierenden Korpus gehören und welche nicht. Hier hilft der Bezug auf das, was eben zum Politischen und zum politischen Diskurs ausgeführt wurde. Relevant sind jene Forderungen, die in Bezug auf das Allgemeine erhoben werden, bzw. darauf abzielen, den Mangel am Allgemeinen zu lindern oder ganz zu beseitigen. Es gibt drei Typen solcher Forderungen: Der erste Forderungstyp artikuliert eine notwendige Bedingung für die Behebung des Mangels an Allgemeinem; solche Forderungen bringen zum Ausdruck, dass das Allgemeine so lange nicht gewährleistet sei, wie dieses oder jenes nicht erreicht sei. Diese Art von Forderungen konkretisiert also einen Teilaspekt des Allgemeinen und ist damit grundsätzlich offen für die Ergänzung durch weitere gemeinwohlorientierte Forderungen, weshalb man sie *kumulative* Forderungen nennen kann. Der zweite Typ von Forderungen formuliert eine notwendige Bedingung für die Behebung des Mangels an Gemeinwohl, die zugleich als eine hinreichende Bedingung für die Erfüllung anderer, am Allgemeinen orientierter Bedingungen artikuliert wird. Eine derartige Forderung kann man *subsumtive* Forderung nennen, weil sie zum Ausdruck bringt, dass dann, wenn sie selbst erfüllt wird, zugleich andere allgemein-orientierte Forderungen erfüllt werden. Mit einer Forderung des dritten Typs schließlich wird eine hinreichende Bedingung für die Behebung des Mangels an Allgemeinem artikuliert und damit die Erfüllung *aller* Forderungen, die auf die Behebung dieses Mangels zielen, impliziert. Entsprechend haben wir es hier mit der höchstmöglichen Steigerung einer subsumtiven Forderung zu tun, die daher als *umfassende* Forderung bezeichnet werden soll. Alle drei Typen von Forderungen sind für die Analyse von Interesse. Zwar darf man erwarten,

dass den Kern hegemonialer Formierungen nur umfassende Forderungen bilden (weil nur sie ein spezifisches Allgemeines voll zu repräsentieren trachten), aber kumulative und subsumtive Forderungen sind nicht weniger wichtig: Zum einen können sie sich zu umfassenden Forderungen entwickeln, zum anderen sind sie das Material, aus dem Äquivalenzketten gebildet werden.

(b) Eine umfassende Forderung hat nun drei wichtige Eigenschaften: Erstens wird in ihr bzw. in dem, was gefordert wird, das spezifische Allgemeine in seiner Gänze (und nicht nur in Teilaspekten) repräsentiert. Beispielsweise könnte eine solche Forderung lauten: „Solange wir die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft verwirklichen, wird auch jene allgemeine materielle Wohlfahrt existieren, nach der unser gesamtes Volk strebt.“ Zweitens aber bleibt auch eine umfassende Forderung immer eine partikulare Forderung, insofern sie eine spezifische Forderung ist, die sich von allen anderen Forderungen unterscheidet, insbesondere natürlich von anderen umfassenden Forderungen. Das verdeutlicht drittens, dass eine umfassende Forderung, ohne es „tatsächlich“ sein zu können, immer dem Anspruch nach umfassend ist und diesen Anspruch im Rahmen hegemonialer Praxis durchzusetzen sucht. Um differenzierende Schärfe im Rahmen der Analyse politischer Diskurse zu gewinnen, ist es in diesem Zusammenhang hilfreich, von unterschiedlichen Niveaus des Erfolgs von hegemonialer Praxis auszugehen. Ich möchte eine dreistufige Unterteilung vorschlagen (vgl. auch Nonhoff 2006a: 138-141): Einzelne *hegemoniale Artikulationen* zeichnen sich dadurch aus, dass sie ins Terrain des Anderen eindringen, dass sie also von einem stets singulären Ort der Artikulation aus die Forderungen anderer in Bezug auf das Allgemeine mit einverleiben. Daher kann jede Artikulation, in der eine subsumtive oder eine umfassende Forderung erhoben wird, als hegemoniale Artikulation gelten. Im Unterschied zur einzelnen hegemonialen Artikulation bilden die beiden anderen Stufen hegemonialer Praxis hegemoniale Formierungen aus, in deren Zentrum eine umfassende Forderung steht, die damit zugleich einen Vorherrschaftsanspruch begründet. Jede derartige Formierung lässt sich als *hegemoniales Projekt* begreifen. Eine *Hegemonie* hingegen zeichnet sich dadurch aus, dass der mit einer umfassenden Forderung geäußerte Anspruch auf Vorherrschaft auch durchgesetzt werden kann. Dazu muss die erwartete Erfüllung dieser umfassenden Forderung tatsächlich in diskursiv umfassender Weise (also in hohem diskursiven „Verbreitungsgrad“) die Behebung des Mangels an Allgemeinem repräsentieren; man kann hier auch vom Übergang einer umfassenden in eine hegemoniale Forderung sprechen. Die Grade hegemonialer Vorherrschaft lassen sich also bezeichnen als: einzelne hegemoniale Artikulation, hegemoniales Projekt, Hegemonie.

(c) Im vorangegangenen Abschnitt wurde auch schon ein Hinweis darauf gegeben, wie hegemoniale Vorherrschaft etabliert wird: Es geht um einen diskursiv hohen „Verbreitungsgrad“. Was aber heißt das? Es heißt, dass sich Subjekte die jeweilige umfassende Forderung artikulativ zu Eigen machen. Mit anderen Worten: Man kann um so mehr von einer Hegemonie sprechen, je mehr eine umfassende Forderung, in der das Geforderte das Allgemeine repräsentiert, „als ge-

meinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet“ (Nonhoff 2006a: 148). Dabei verweist der Begriff des gemeinsamen Willens darauf, dass es um die Dimension der diskursiv-performativen Aneignung einer diskursiven Formierung geht, und zwar über einzelne Individuen oder Gruppen hinweg. Es kommt, in anderen Worten, zu einer verbreiteten Subjektivierung durch diese Formierung.⁷ Aber es geht nicht nur um möglichst breit gestreute und quantitativ bedeutsame Subjektivierung, sondern letztlich um die diskursive Wahrnehmbarkeit einer diskursiven Formierung. Weil die reine Zahl nicht allein entscheidend ist, spreche ich vom gemeinsamen Willen *politisch-gesellschaftlicher Kräfte* und bezeichne mit diesem Begriff jene emergierenden Subjekte, die – aus unterschiedlichsten Gründen – zur diskursiven Wahrnehmbarkeit beitragen. Neben der bloßen Zahl kann diese Wahrnehmbarkeit z.B. auf wissenschaftlicher Kompetenz beruhen oder darauf, Zugang zu den institutionellen Orten politischen Entscheidens zu haben. Grundsätzlich sind Gruppen und Koalitionen gut geeignet, eine oder einige der zahlreichen Bedingungen der Wahrnehmbarkeit zu erfüllen.

5. Hegemoniale Strategie

Die Hegemonietheorie nach Laclau und Mouffe wurde nun mit Blick auf diskursanalytische Erfordernisse rekonstruiert und zum Teil auch ergänzt. Es fehlt aber noch die Beantwortung der methodischen Frage, wie man nun auf Grundlage dieser Theorie empirisch stattfindende Diskurse bearbeiten kann und wonach man dabei sucht. Ich möchte vorgeschlagen, als entscheidendes Scharnier zwischen Theorie und Empirie ein bestimmtes Verständnis der *hegemonialen Strategie* einzusetzen. Der Rekurs auf den Begriff der Strategie mag zunächst verwundern, weil er auf die Vorstellung eines starken, autonom planenden Subjekts zu verweisen scheint, die im Kontext der Hegemonietheorie, die die Subjekte wenigstens in starke diskursive Abhängigkeitsverhältnisse gestellt sieht (das gilt insbesondere für *Hegemony and Socialist Strategy*), aber auch in jenem der Diskurswissenschaft, die oft auf dem Werk Foucaults basiert, seltsam anmuten kann. Mir geht es jedoch *nicht* darum, dem planenden – „diskurssteuernden“ – Strategen wieder einen Platz zuzuweisen; Vielmehr will ich das Resultat des Planens, wie es sich in diskursiven Mustern niederschlägt, zum Untersuchungsgegenstand machen. Diskursive Strategien und mit ihnen auch hegemoniale Strategien, die eine Form diskursiver Strategien sind, zielen nämlich stets auf das Anordnen diskursiver Elemente im Zeitverlauf. Die ineinander greifenden Muster dieses Anordnens kann man dabei – ganz unabhängig von dem einem oder anderen Strate-

7 Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Darstellung des komplexen Zusammenhangs von Diskurs und Subjektivierung; vgl. hierzu ausführlich Nonhoff (2006a, Kapitel 4.4).

gensubjekt – als diskursive Strategien betrachten und analysieren. Die Grundüberlegung ist, dass jede diskursive Strategie, wenn sie von einem „temporalen Außen“ betrachtet wird, also nachdem sie zur Anwendung gekommen ist, für den Betrachter als eine bestimmte Form des Arrangierens – und auch als eine bestimmte Form des (natürlich niemals völlig festgefügt) Arrangements – von diskursiven Elementen sichtbar wird. Der Begriff des Arrangierens verweist dabei auf die Anordnung von diskursiven Elementen mit Hilfe der oben ausgeführten fünf diskursiven Relationen.

Die Theorie der Hegemonie lässt nun grundsätzlich zwei Strategien zu: einerseits kann man aus der Position des Hegemons artikulieren, andererseits aus der Position derjenigen, die sich in Opposition zu einem Hegemon sehen. Im ersten Fall kann man von einer defensiv-hegemonialen Strategie sprechen, denn es geht darum, die hegemoniale Stellung zu verteidigen. Im zweiten Fall handelt es sich hingegen um eine offensiv-hegemoniale Strategie, die nach der Ablösung einer gegebenen Hegemonie durch eine andere strebt. Ich beschränke mich im Folgenden auf die genauere Untersuchung der Letzteren, weil es mir in meiner empirischen Analyse insbesondere darum geht, zu verstehen, wie sich die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft im Deutschland der Nachkriegszeit etablieren konnte, d.h. um den Fall einer erfolgreichen offensiv-hegemonialen Strategie.⁸ Da es im Rahmen diskursiver Strategien häufig um ein komplexes Arrangieren diskursiver Elemente geht, ist es analytisch zweckmäßig, sie als unterteilbar zu begreifen und ihre verschiedenen Aspekte als „Strategeme“ zu bezeichnen. Für die offensiv-hegemoniale Strategie lässt sich ein Set von neun Strategemen ausmachen (siehe Übersicht 1, Seite 186). Ehe ich einige dieser Strategeme näher erläutere, sind drei allgemeine Erläuterungen zu diesem Set erforderlich: Erstens sind diese Strategeme teils deduktiv etabliert, d.h. aus der Hegemonietheorie abgeleitet – das gilt insbesondere für die Kernstrategeme –, teils wurden sie induktiv aus der diskursanalytischen Arbeit am Text gewonnen (und werden folglich hier „im Voraus“ präsentiert). Zweitens handelt es sich genau aus dem Grund, dass sie teilweise induktiv gewonnen wurden, um ein *offenes* Set, das gegebenenfalls zu erweitern ist. Drittens sind die Strategeme von unterschiedlicher Reichweite. Während die drei Kernstrategeme vor dem Hintergrund des Grundlagenstrategems der superdifferenziellen Grenzziehung nahezu jede hegemoniale Praxis prägen und dabei auch allermeistens im Verbund auftreten, sind die ergänzenden und die sekundären hegemonialen Strategeme nicht immer zu finden. Die ergänzenden Strategeme werden immer wieder eingesetzt, um die Reichweite einer hegemonialen Formation zu erhöhen; die sekundären Strategeme finden sich nur dann, wenn eine hegemoniale Formation schon vergleichsweise gut etabliert ist, sich aber ein Auslegungsstreit darum entwickelt, was diese Formation „tat-

8 Siehe aber zur defensiv-hegemonialen Strategie und auch zur Frage, ob es eine anti-hegemoniale Strategie geben kann, Nonhoff (2006a: 238-240).

Übersicht 1: Die Strategeme der offensiv-hegemonialen Strategie

- A. Kernstrategeme der offensiv-hegemonialen Strategie
 - (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen
 - (II) Antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums
 - (III) Repräsentation
- B. Grundlagenstrategem
 - (IV) Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung
- C. Ergänzende hegemoniale Strategeme
 - (V) emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen
 - (VI) Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte
 - (VII) gezieltes und vereinzelt Durchbrechen der antagonistischen Grenze
- D. Sekundäre hegemoniale Strategeme
 - (VIII) Strategem des eigentlichen Verfechters
 - (IX) Strategem der eigentlichen Bedeutung

sächlich“ ausmacht.⁹ Aufgrund des für diesen Beitrag begrenzten Raumes gehe ich hier nur kurz auf die drei Kernstrategeme und das Grundlagenstrategem ein.¹⁰

Die drei Kernstrategeme lassen sich auch als (auf die Diskursanalyse hin orientierte) Reformulierung der zentralen hegemonietheoretischen Überlegungen von Laclau und Mouffe verstehen. Sie laufen darauf hinaus, eine umfassende Forderung, die in Bezug auf das Allgemeine erhoben wird, als hegemoniale Forderung zu etablieren, so dass sie verspricht, durch ihre Erfüllung das Allgemeine selbst zu realisieren und damit *sämtliche* in Bezug auf dieses Allgemeine erhobene Forderungen zu erfüllen. Damit ist die Aufgabe des ersten Strategems auch schon im Wesentlichen umschrieben: Damit eine politische Forderung hegemonial werden kann, muss sie Teil einer Kette von Forderungen werden, die als äquivalente Forderungen verstanden werden, als Forderungen, die miteinander Hand in Hand gehen. Mit Laclau/Mouffe kann man hier von Äquivalenzketten sprechen.

Aber wie ist das möglich? Wie kann eine Vielzahl von Äquivalenzen dort artikuliert werden, wo wir es mit differenten Forderungen zu tun haben? Diese Frage führt uns zu Strategem Nr. II. Wie bereits oben festgestellt wurde, existiert Äquivalenz niemals per se, sondern ist stets Äquivalenz in Bezug auf ein „a“. Im

9 Wir haben es hier mit einem Kampf um eine Hegemonie zweiter Ebene zu tun; vgl. Nonhoff (2006: 204-206, 234-238).

10 Für eine ausführliche Darstellung aller Strategeme vgl. Nonhoff (2006a: Kapitel 5).

Rahmen der Äquivalenzartikulationen der hegemonialen Strategie ist dieses „a“ nichts anderes als die negative Beziehung der Kontrarität, in der alle äquivalenzierten Forderungen in Bezug zum Mangel an einem spezifischen Allgemeinen stehen. Mit anderen Worten: Die Forderungen werden als äquivalente artikuliert, weil sie einen gemeinsamen Gegenpol haben (der selbst aus Äquivalenzen des Widerständigen konstruiert werden muss). Diese Überlappung von Äquivalenz und Kontrarität führt schließlich zur Formierung zweier sich konfrontierender Äquivalenzketten (nennen wir sie P und Q), zwischen denen sich eine antagonistische Grenze konstituiert. Jedes hegemoniale Projekt zielt so darauf ab, den gesamten diskursiven Raum entzweizuteilen, um so letztlich auf der einen Seite der antagonistischen Grenze (in der Äquivalenzkette Q) alle Elemente des Mangels, der Lethargie und des Widerstands miteinander zu artikulieren und auf der anderen Seite (in der Äquivalenzkette P) alle Forderungen, die nach der Überwindung dieser negativen Kräfte streben.

Womit wir zu Strategem Nr. III kommen, dem Strategem der Repräsentation: Bislang ist noch offen geblieben, wie es angesichts der Äquivalenz aller Forderungen in der Äquivalenzkette P dazu kommt, dass die Forderung X zum Repräsentanten der Kette wird und nicht die Forderung Z. Um aber zur hegemonialen Forderung zu werden, muss eine Forderung diese Repräsentantenrolle übernehmen. Wie funktioniert das? Gelegentlich wird man zwar Artikulationen finden können, die versuchen, Repräsentation unmittelbar zu artikulieren (d.h. Artikulationen von Repräsentationsrelationen zwischen dem, was eine Forderung fordert, und dem Allgemeinen selbst). Aber der Erfolg einer Repräsentation wird üblicherweise nicht die Folge solcher direkter „positiver“ Artikulationen sein, weil der einfache Kurzschluss zwischen einem partikularen Repräsentanten und dem Allgemeinen, das durch ein Partikulum letztlich nicht repräsentiert werden kann, keine Überzeugungskraft hat. Wie ich im nächsten Abschnitt an einem Beispiel zeigen möchte, beruht die erfolgreiche Repräsentation vielmehr darauf, dass die hegemonial werdende Forderung in Kontrarität zu jedem einzelnen Element des Mangels artikuliert wird, während die anderen Forderungen der Äquivalenzkette P meist nur zu einigen Elementen des Mangels in Kontrarität stehen.

Ehe ich zu dieser Beispielanalyse komme, zunächst aber noch einige Bemerkungen zu Strategem IV, dem diskursiven Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung. Jede diskursive Strategie ist darauf angewiesen, dass der diskursive Raum, den in bestimmter Weise zu ordnen ihr Ziel ist, nicht grenzenlos ist. Die schier unendliche Menge einzelner Akte der Sinnproduktion, die uns täglich in den verschiedensten Bereichen überfluten, muss irgendwie gegliedert sein, damit überhaupt so etwas wie eine diskursive Strategie – innerhalb eines Bereiches – ansetzen kann. Dies gilt natürlich auch für die Politik, deren Raum – bzw. der Raum dessen, was zur Politik gehört – ebenso nach außen abgegrenzt werden muss, wie sie nach innen in spezifische politische Diskurse unterteilt wird. Nur in solchen abgegrenzten Räumen kann Hegemonie als politisch-diskursive Strategie zum Tragen kommen (wobei sich insbesondere die Politik in

den liberalen pluralistischen Demokratien dadurch auszeichnet, dass sie die Arenen, in denen es zu hegemonialer Praxis kommen kann, multipliziert), denn nur ein Raum, der in relativ übersichtlicher Weise abgegrenzt ist, lässt sich sinnvoll antagonistisch aufteilen. Aus diesem Grund muss der diskursive Raum der unendlich ausgedehnten Differenz parzelliert werden. Zwei Arten der Konstituierung unterschiedlicher politischer Diskurse sind besonders prominent: zum einen, wie schon oben erwähnt, der Bezug auf einen bestimmten Aspekt oder Sektor des Allgemeinen (Sicherheit, Wohlstand, gesunde Umwelt oder Ähnliches); zum anderen die Eingrenzung auf eine bestimmte Bezugsgruppe (alle Mitglieder der katholischen Kirche, alle Sozialisten, alle Deutschen, alle Bürger, alle Akademiker etc.).

Um diese Diskursgrenzen aufrecht zu erhalten, kommt es regelmäßig – d.h. immer wieder in Situationen, in denen Grenzen in Frage gestellt sind – zur Artikulation dessen, was oben als Superdifferenzrelation eingeführt wurde. Hierbei werden einzelne diskursive Elemente oder ganze Diskursregionen aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten diskursiven Raum verbannt, indem ihre Differenz in gewisser Weise „verstärkt“ wird. Es wird eine Grenze eingezogen, die einerseits grundlegender ist als die eines Antagonismus, insofern als antagonistisch angeordnete Elemente im selben Raum – mit denselben Bezugspunkten – verortet sind, während Elemente oder Cluster von Elementen, die als superdifferent artikuliert werden, getrennten Räumen zugeordnet werden; antagonistische Elemente gleichen verfeindeten Geschwistern, superdifferente Elemente hingegen gehören zu verschiedenen Familien. Andererseits ist die Grenze normalerweise nicht so prekär und kein Gegenstand kontinuierlicher Auseinandersetzungen, sie wird eben nur regelmäßig abgesichert. Eine Superdifferenzartikulation lässt sich z.B. konstatieren (in diesem Fall zwischen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik), wenn im Zusammenhang mit der Schließung von Bundeswehrstandorten geäußert wird, Verteidigungspolitik sei nun einmal nicht für die regionale Wirtschaftsförderung zuständig. Ähnliches gilt etwa für Äußerungen, in denen Politik und Religion als getrennte Sphären behauptet werden, oder für Plädoyers, der Staat solle sich aus den Familien heraushalten.

Superdifferenzielle Grenzziehung ist ein wichtiges diskursives Strategem, das ganz allgemein zur Ausbildung spezifischer diskursiver Gegenstände beiträgt. Es schafft dadurch auch die Voraussetzungen für die Möglichkeit von hegemonialer Praxis, aber sie ist nicht in erster Linie ein Strategem einer hegemonialen Strategie. Aus diesem Grund, aber auch, weil es meist nur bei akuter Gefährdung von Superdifferenzgrenzen (und damit eher selten) zu finden ist, nehme ich in der folgenden beispielhaften Hegemonieanalyse nicht eigens auf Superdifferenzrelationen Bezug.

6. Alfred Müller-Armacks „Erfindung“ der Sozialen Marktwirtschaft – eine Hegemonieanalyse

Diskursanalyse im Sinne der Hegemonieanalyse baut auf ausführlicher Theoriearbeit auf. Daher habe ich die Hegemonietheorie im Anschluss an Laclau und Mouffe so rekonstruiert und anschließend eine Konzeption der hegemonialen Strategie solchermaßen skizziert, dass wir nun mit den Typen diskursiver Beziehungen, mit dem diskursiven Grundmuster des Politischen und mit den Strategemen der offensiv-hegemonialen Strategie über verschiedene Instrumente für die empirische Analyse verfügen. Ich werde im Folgenden einen kleinen Teil einer Analyse verschiedener Texte vorstellen, die allesamt in den späten 1940er und den 1950er Jahren von Ökonomen, politischen Parteien, Interessengruppen oder im Zuge von Werbekampagnen publiziert wurden.¹¹ Das Ziel der Analyse besteht darin, die eben dargestellten hegemonialen Strategeme zu rekonstruieren und damit zugleich die Plausibilität der theoretischen Überlegungen aufzuzeigen.

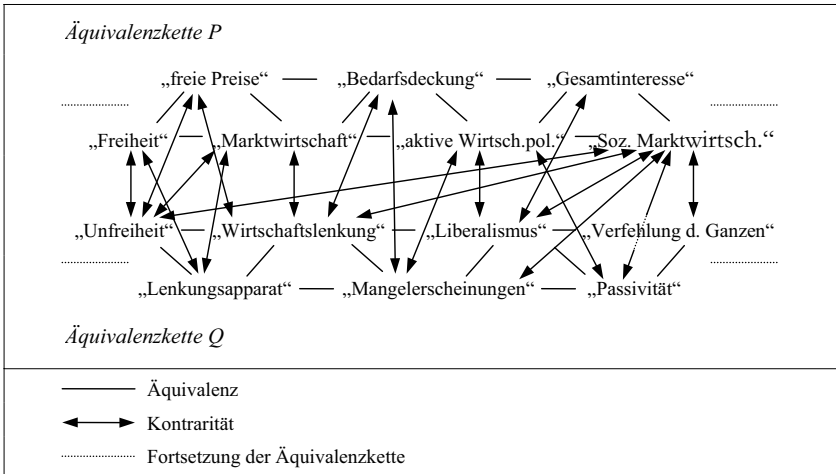
Mein Hauptbeispiel ist Alfred Müller-Armacks Buch *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (Müller-Armack 1966[1946]). Das Buch wurde im Dezember 1946 veröffentlicht und gilt als der erste Text, in dem die Konzeption einer „Sozialen Marktwirtschaft“ unter diesem Namen entwickelt wurde. Im Zentrum der Argumentationsführung finden wir ein fehlendes Allgemeines – die mangelnde ökonomische Prosperität in Nachkriegsdeutschland –, welches zahlreiche Ziel- und Mittelforderungen provoziert. Zielforderungen artikulieren z.B. die Bewahrung der menschlichen Würde, Freiheit, Bedarfsdeckung usw. Forderungen, die Mittel zur Erreichung dieses Ziels konkretisieren, sind z.B. freie Preise und Einkommensumleitung, aber v.a. Marktwirtschaft, aktive Wirtschaftspolitik und Soziale Marktwirtschaft. Auf die eine oder andere Weise zielen alle diese Forderungen auf die Überwindung des Mangels am ökonomischen Allgemeinen und werden in einer Kontraritätsbeziehung zu einem oder mehreren Elementen dieses Mangels artikuliert.

In Abbildung 1 (Seite 190) ist der von Müller-Armack gezeichnete Antagonismus dargestellt. Es finden sich in der oberen Äquivalenzkette (P) einige der wichtigsten seiner Forderungen, während in der unteren Äquivalenzkette (Q) die wichtigsten Elemente des zu überwindenden Mangels wiedergegeben sind. Weil die Abbildung bereits in der jetzigen Form komplex ist, sind in ihr *nicht alle* Beziehungen zwischen *allen* Elementen wiedergegeben.

Zwei wichtige Schlussfolgerungen lassen sich nun aus dieser Rekonstruktion der hegemonialen Struktur von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* gewinnen. Erstens erkennt man, dass die ersten beiden Strategeme (Äquivalenzierung und antagonistische Zweiteilung) operieren und interagieren wie theoretisch beschrieben: Eine große Zahl von Forderungen wird als miteinander Hand in Hand gehend artikuliert, und zwar in Bezug auf die Überwindung des Mangels am öko-

11 Für die gesamte Analyse vgl. Nonhoff (2006a: Kapitel 6).

Abbildung 1: Die hegemoniale Struktur von A. Müller-Armacks
 „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“



Quelle: Nonhoff (2006: 286)

nomischen Allgemeinen. Zugleich wird der diskursive Raum in zwei antagonistische Hälften geteilt. Zweitens gestatten dieser Text und seine Teilrekonstruktion eine nochmalige Erläuterung des Strategems der Repräsentation. Wie oben erläutert, ist eine direkte Repräsentationsrelation nur selten zu finden und auch nicht erfolversprechend. Daher konstituiert sie sich meist indirekt, was in drei Schritten erklärt werden kann: Zunächst lässt sich festhalten, dass jedes Element in P zwar in einer Äquivalenzbeziehung zu allen anderen Elementen in P steht, nicht aber in einer unmittelbaren Kontraritätsbeziehung zu allen Elementen in Q – sondern meist nur zu einigen dieser Q-Elemente; am auffälligsten ist dabei, dass sich keine Kontraritätsrelation zwischen „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ rekonstruieren lässt. Deshalb lässt sich im nächsten Schritt festhalten, dass viele Kontraritätsbeziehungen nur indirekte Beziehungen sind, und dass die Äquivalenzketten einander nur als Komplexe konfrontieren. Schließlich aber können wir auch feststellen, dass es eine Ausnahme von dieser Regel gibt, und zwar den Repräsentanten, die Forderung mit dem hegemonialen Anspruch: „Soziale Marktwirtschaft“. Von allen diskursiven Elementen in P ist es ausschließlich dieses Element, welches in einer Kontraritätsbeziehung zu *allen* Elementen in Q artikuliert wird (auch zu jenen, für die in der Abbildung der Übersichtlichkeit halber die Kontraritätspfeile fehlen). Das bedeutet, dass nur die „Soziale Marktwirtschaft“ das Versprechen in sich trägt, den Mangel in seiner Gänze zu überwinden. Und deshalb ist in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* „Soziale Marktwirtschaft“ in der Lage, alle anderen Elemente in P zu repräsentieren und selbst zur hegemonialen Forderung zu werden. Die Repräsentation des Allgemeinen resultiert also aus der umfassenden Kontrarität zum Anti-Allgemeinen.

Allerdings war Müller-Armacks Text natürlich nur *ein* Beitrag in einem komplexen und sich fortentwickelnden Diskurs. Nimmt man andere Texte der späten 1940er Jahre genauer in den Blick, so zeigt sich, dass man zu diesem Zeitpunkt noch in keiner Weise von der „Sozialen Marktwirtschaft“ als hegemonialer Forderung im Diskurs sprechen kann. Wie nicht anders zu erwarten, setzten etwa die Sozialdemokraten auf Plan- oder Lenkungswirtschaft, und auch nicht wenige Christdemokraten tendierten in diese Richtung. Auf der anderen Seite sprach auch Ludwig Erhard – Wirtschaftskommissar, späterer Bundeswirtschaftsminister und so genannter „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ –, der Müller-Armacks Denken vergleichsweise nahe stand, bis 1949 nicht von „Sozialer Marktwirtschaft“. In verschiedenen Ansprachen und Reden des Jahres 1948 schwankte Erhard in seinen zentralen Forderungen zwischen „Währungsreform“ und (nicht modifizierter) „Marktwirtschaft“ (Erhard 1992: 37-85). „Soziale Marktwirtschaft“ kann also bis zum Ende der 1940er Jahre kaum für mehr gehalten werden als für einen Kandidaten für die „Position“ der hegemonialen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderung. Obwohl die CDU die „Soziale Marktwirtschaft“ im Zuge des Wahlkampfs für den ersten Bundestag 1949 zu ihrem wirtschaftspolitischen Slogan machte, gilt dies immer noch für die frühen 1950er Jahre, weil es weiterhin starke Alternativen gab (allen voran den „Demokratischen Sozialismus“ der SPD), und weil die schwere Krise der deutschen Wirtschaft auch unter der beginnenden Ägide der „Sozialen Marktwirtschaft“ bis 1952 anhielt. Als dann jedoch allmählich das „Wirtschaftswunder“ einsetzte, schrieb man diese Erfolge nur zu gerne der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu, und mehr und mehr politisch-gesellschaftliche Kräfte wurden durch die diskursive Formation um die „Soziale Marktwirtschaft“ subjektiviert. Ich konnte in meiner Analyse zeigen, dass während der 1950er Jahre Vertreter differenter und z.T. gegensätzlicher wirtschaftspolitischer Konzeptionen die Forderung nach einer „Sozialen Marktwirtschaft“ zu ihrer eigenen machten, v.a. Vertreter des Neoliberalismus und der katholischen Soziallehre. Dieser Prozess führte unweigerlich dazu, dass sich die Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“ pluralisierte. Aber das Fehlen einer einheitlichen Bedeutung wurde dadurch kompensiert, dass mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ das umfassende Versprechen einher ging, alle ungewollten ökonomischen Ordnungen – Nationalsozialismus, Kommunismus, Sozialismus, „alten“ Liberalismus – im Zaum zu halten, wodurch eine für manchen Beobachter doch recht überraschende „Koalition des Mangels“ entstand. Doch das hegemoniale Potenzial ging noch über die sich formierende konservativ-liberal-sozialkatholische Koalition hinaus: Nachdem die Sozialdemokraten bereits 1957 für die Rentenreformen¹² gestimmt hatten, reformulierten sie ihre wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen im Godesberger (Grundsatz-)Programm

12 Interessanterweise wurden diese Reformen, obwohl ausgerechnet Ludwig Erhard gegen sie opponierte, als praktisches Kernstück der „Sozialen Marktwirtschaft“ anerkannt.

von 1959 so, dass sie weitestgehend mit den Forderungen übereinstimmten, die typischerweise im Zusammenhang mit der Forderung nach einer „Sozialen Marktwirtschaft“ gestellt wurden. Dabei verwendete die SPD zwar noch nicht den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ selbst (dieses Zögern hielt in der Programmatik bis in die frühen 1990er Jahre an). Weil es sich aber substantielle Forderungen, die bis dahin üblicherweise mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert wurde, zu eigen machte, kann das Godesberger Programm der SPD als entscheidender Schritt auf dem Weg zum Erfolg dieses hegemonialen Projektes gelten.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (2002[1958]): *Vita activa, oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Erhard, Ludwig (1992): *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*. Düsseldorf u.a.: ECON.
- Foucault, Michel (1997[1969]): *Archäologie des Wissens*. 8. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Gebhardt, Jürgen (2000): „Der bürgerschaftliche Begriff des Politischen: Ursprünge und Metamorphosen“, in: Roland Kley; Silvano Möckli (Hg.): *Geisteswissenschaftliche Dimensionen der Politik. Festschrift für Alois Riklin zum 65. Geburtstag*. Bern, Stuttgart, Wien: Verlag Paul Haupt, 139-162.
- Glasse, Georg (2007): Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden (in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8/2). Download unter: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-07/07-2-14-d.htm> (abgerufen am 21. September 2007).
- Howarth, David; Norval, Aletta J.; Stavrakakis, Yannis (Hg.) (2000): *Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change*. Manchester, New York: Manchester UP.
- Keller, Reiner (1998): *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kerchner, Brigitte (2006): „Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick“, in: Brigitte Kerchner; Silke Schneider (Hg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag, 33-67.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- (2004): „Glimpsing the Future“, in: Simon Critchley; Oliver Marchart (Hg.): *Laclau. A Critical Reader*. London, New York: Routledge, 279-328.
- (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Lefort, Claude (1990[1983]): „Die Frage der Demokratie“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 281-297.

- Lefort, Claude; Gauchet, Marcel (1990[1976]): „Über die Demokratie: Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 89-122.
- Luhmann, Niklas (1987[1984]): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2005): *Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung*. Wien: Turia + Kant.
- Mintzel, Alf (1998): *Die CSU-Hegemonie in Bayern: Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer*. Passau: Rothe.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London, New York: Verso.
- (1999): *The Challenge of Carl Schmitt*. London: Verso.
- Müller-Armack, Alfred (1966[1946]): „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, in: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Freiburg im Breisgau: Verlag Rombach, 19-170.
- Nonhoff, Martin (2001): „Soziale Marktwirtschaft – ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus“, in: Johannes Angermüller; Katharina Bunzmann; Martin Nonhoff (Hg.): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Argument, 193-208.
- (2004): „Diskurs“, in: Gerhard Göhler; Matthias Iser; Ina Kerner (Hg.): *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag, 65-82.
- (2006a): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt ‚Soziale Marktwirtschaft‘*. Bielefeld: Transcript.
- (2006b): „Politische Ideengeschichte und politische Hegemonie – Anmerkungen zum ‚Battle of the Books‘ an den amerikanischen Colleges“, in: Harald Bluhm; Jürgen Gebhardt (Hg.): *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik*. Baden-Baden: Nomos, 223-242.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): *Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*. Opladen: Leske + Budrich.
- Žižek, Slavoj (1990): „Beyond Discourse-Analysis“, in: Ernesto Laclau: *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London, New York: Verso, 249-260.

Kollektive Identität in der radikalen Demokratietheorie. Die Wahlen zum Europäischen Parlament in österreichischen Medien¹

CORNELIA BRUELL

1. Einleitung

Existenz und Notwendigkeit einer kollektiven Identität in der Europäischen Union sind Thema einer Reihe von Studien zur Europäischen Integration. Auf Basis einer kritischen Gegenwartsanalyse, die den Verfall des gemeinschaftlichen Zusammenhalts konstatiert (vgl. Castells 2002), beschäftigen sich Europäische IntegrationstheoretikerInnen meist mit der legitimatorischen Notwendigkeit von Identifikation mit politischen Systemen. „Diversität“, „Individualisierung“ und „Fragmentierung“, so der Tenor, wirken dieser Identifikationsnotwendigkeit entgegen. Diese Dynamiken münden zudem in „Politikverdrossenheit“ und fehlende politische Partizipation der BürgerInnen. In der europäischen Integrationsgeschichte finden sich die genannten Schlagworte auch im vom Europäischen Parlament auserkorenen Motto repräsentiert: „in Vielfalt geeint“². Es legt Zeugnis über den Versuch ab, trotz Pluralität ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen und darüber dem Entpolitisierungsprozess entgegenzutreten. Der Aspekt „Vielfalt“ scheint dabei weniger problematisch als die Behauptung der „Einigung“. Die gescheiterten Referenden zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden 2005 bezeugen, dass immer noch äußerst divergente Vorstellungen darüber bestehen, wie dieses politische System zu definieren und was von ihm zu erwarten ist. Von französischer Seite wurde vor allem kritisiert, dass sich der Verfassungsvertrag sozialen Fragen zu wenig widmen würde, d.h. zu wirtschaftsliberal orientiert wäre. Außerdem sollte der Beitritt der Türkei mit einem Nein

1 Für kritische Kommentare und wertvolle Hinweise während des Entstehungsprozesses bedanke ich mich insbesondere bei Monika Mokre und Martin Nonhoff.

2 Angenommen wurde das Motto 2001 vom Europäischen Parlament, nachdem ein SchülerInnenwettbewerb in den damals 15 Mitgliedstaaten veranstaltet worden war.

zum Verfassungsvertrag verhindert werden. In den Niederlanden hingegen spielte das Thema Türkei eine untergeordnete Rolle. Eine mögliche Gefährdung der nationalen Identität und ein generelles „negatives Gefühl“ gegenüber der Europäischen Union waren sowohl in Frankreich als auch in den Niederlanden, dort sogar erstplatziert, ausschlaggebend für die Negativvoten.³ In den Beurteilungen der momentanen Verfasstheit und der künftigen Entwicklung der Europäischen Union gehen die Vorstellungen also auseinander. Zugleich werden aber das Fehlen einer Europäischen⁴ Identität oder, allgemeiner, das Verhältnis von nationaler und Europäischen Identität in ähnlicher Weise als problematisch interpretiert.

Dabei sind die Vermutungen über die Ursachen fehlender kollektiver Identifikationen mit der Europäischen Union vielgestaltig. Etablierte Integrationstheorien verweisen insbesondere auf die Notwendigkeit einer politisch-demokratischen Identifikation und verbinden das Fehlen einer solchen mit einem Demokratiedefizit in der EU. Manche erklären die Unmöglichkeit einer derartigen Identifikation auch mit der Inexistenz eines Europäischen *demos* (d.h. Wahlvolk) (vgl. Abromeit 1998; Cederman 2001; Holzinger et al. 2005: 91; Weiler 1995, 1999).⁵ In der Diskussion deuten sich zwei Wege an, wie sich solch ein *demos* konstituieren könnte: Kulturalistische Erklärungsansätze gründen den *demos*-Begriff in einer gemeinsamen Sprache und Tradition, kollektiven Erfahrungen, Erinnerungen und Mythen. Wird ein solches sozio-kulturelles Fundament für eine kollektive Identität als notwendig behauptet, fällt das Urteil für das Entstehen einer Europäischen Identität meist negativ aus (vgl. Grimm 1995; Kielmansegg 1996: 57-58). Andere, politologisch orientierte Ansätze, begründen eine mangelnde EU-Identität unter anderem mit dem Fehlen eines „echten“ Europäischen Parteiensystems, das nicht an nationalstaatlichen Parteien orientiert ist, einem Manko an politischen Führungspersonlichkeiten und dem Nichtvorhandensein einer Europäischen Öffentlichkeit (vgl. Zweifel 2002: 23). Eine Möglichkeit zur Konstruktion einer solchen politischen Identität verortet Jürgen Habermas im Verfassungspatriotismus (vgl. Habermas 1992; Heit 2005). Ähnlich konzipiert Thomas Meyer (2004) sein Modell einer durch Praxis entstehenden politischen Kultur innerhalb des Europäischen Systems. Die kultur-soziologischen Theorien konzipieren den Identitätsbegriff meist essentialistisch, also als gegebene oder „natur-

3 Diese Informationen stammen aus einem Bericht zu den Gründen der Ablehnung des Verfassungsvertrages, in dem mehrere statistische Erhebungen zusammengefasst wurden (vgl. Geissert/Posselt 2005). Solche Erhebungen sind zwar nicht unkritisch zu sehen. Unterstützt werden die Ergebnisse aber zumindest für Frankreich durch eine Studie zu Europäischen Mediendebatten über den Verfassungsvertrag, die am Institut für Europäische Integrationsforschung durchgeführt wurde (vgl. Bärenreuter et al. 2006).

4 Immer wenn von der EU die Rede ist, nicht aber von Europa im Allgemeinen wird „Europäisch“ geschrieben.

5 Vereinzelt findet sich in Europäischen Integrationstheorien auch die These, dass ein solcher *demos* oder *demoi* zur Legitimität der Europäischen Union nicht notwendig wären (vgl. Kirchhof 1992: 855; Moravcsik 1998).

wüchsige“ Konstante, wogegen politologische Ansätze Identifikation als Ergebnis deliberativen Argumentierens und Kalküls rationalistisch begründen.

Beide Modelle scheinen nicht gänzlich befriedigend, da einerseits Identität anerkanntermaßen nicht nur „angeboren“, sondern fundamental abhängig von subjektiver Sozialisierung und Selbstverortung ist; und weil andererseits vor allem die psychoanalytische Tradition verdeutlicht, dass Identität nicht nur über rationale Nutzenabwägungen konzipiert werden kann, sondern auch zentral an unbewusste und emotive sowie affektive Komponenten geknüpft ist, die nicht vorhersagbar sind. Eine Theorie, die auf diese Aspekte Bezug nimmt, ist die radikale Demokratietheorie im Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe.

Diese Theorie ist natürlich keine, die einzig und allein auf den Europäischen Integrationsprozess zugeschnitten ist, sie verdankt ihre Entstehung vielmehr einer Auseinandersetzung mit philosophischen Metanarrativen, wie der Moderne und dem Marxismus, und orientiert sich an einer allgemeinen Gegenwartsbeobachtung. So stellen sich die oben genannten Problematiken auch nicht nur im Europäischen Kontext, sondern lassen sich für westlich-demokratische Gesellschaften verallgemeinern. Radikaldemokratische Theorien versuchen auf die Komplexität des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft einzugehen und stellen daher nicht allein eine Erosion von gemeinschaftlichem Zusammenhalt fest. Sie beobachten parallel zum Verlust von politischen Metanarrativen und umwälzenden sozio-politischen Bewegungen eine Dynamik, die aufgrund der Vielzahl an vorhandenen, konkurrierenden Teilsystemen zur Politisierung von Subjekten be trägt.⁶ Mit *Politisierung* wird hier der Prozess der Konfrontation divergenter Konzepte und Positionen bezeichnet, dem sich das Subjekt stellen muss, um sich selbst verorten und identitär stabilisieren zu können.

Was hier als Paradoxon anmuten mag, nämlich die Gleichzeitigkeit der *Entpolitisierung* (wie der eingangs erwähnten „Politikverdrossenheit“) und der *Zunahme des Politischen* (vgl. Flügel/Heil/Hetzel 2004), lässt sich daraus erklären, dass zwei unterschiedliche Ebenen adressiert werden. Einmal wird der Blick auf das Kollektiv gerichtet – dieses entpolitisiert sich – das andere Mal steht das Subjekt im Mittelpunkt, welches permanent mit dem Politischen konfrontiert ist. Kollektive werden fragmentiert und zergliedern sich in kleinere gemeinschaftliche Einheiten. Dem politischen Subjekt entschwinden damit stetig „vorgefertigte“ Identifikationsschemata, wodurch es sich gezwungen sieht, immer aufs Neue über eine Vielzahl verschiedener Möglichkeiten zu entscheiden. Die Beschäftigung des Subjekts mit seiner Selbstverortung führt dabei auch zu einer Teilnahmslosigkeit am politischen Rahmenwerk und zu einem Verständigungsnotstand zwischen politischen Eliten und BürgerInnen. Für die Legitimation demokratisch verfasster Systeme wird dies zur Crux.

6 Zum Beispiel in der Kumulation von Subjektpositionen wie „männlich“, „Moslem“, „Student“ etc. Nicht, dass es diese Subjektpositionen vorher nicht gegeben hätte, aber nun ist die Potentialität aufgrund der Vielzahl an Kommunikationsmöglichkeiten größer, dass diese in divergierenden Foren aufeinander treffen.

Laclau und Mouffes radikale Demokratietheorie (1985) kann zum Verständnis dieses prekären Verhältnisses von System und Subjekt, BürgerInnen und Eliten, Ent- und Repolitisierung beitragen. Sie kann einerseits das politische Subjekt in seiner fragmentierten und zerrütteten Verfasstheit beschreiben, da sie einen ihrer Ausgangspunkte in Lacans Psychoanalyse hat – psychoanalytische Erkenntnisse werden von klassischen politischen Theorien meist vernachlässigt – und kann andererseits auch darauf eingehen, wie dennoch Fixierungen und Stabilisierungen möglich sind, indem sie einen präzisen Diskursbegriff entwirft (siehe Abschnitt 2).

Das Subjekt und das Kollektiv sind auf die permanente Stabilisierung *in* Diskursen angewiesen, sie können sich aber auch selbst *über* Diskurse entwerfen. Aus einer solchen radikaldemokratischen Perspektive kann argumentiert werden, dass all den genannten Mangelerscheinungen westlich-demokratischer Gesellschaften der Gegenwart (Identität, Legitimität, politische Kultur) ein Defizit vorausgeht, nämlich das Fehlen einer gemeinsamen Diskursstruktur, die erlauben würde, dass die Europäische Union in bestehende Bedeutungssysteme zwar nicht gleich, aber ähnlich integriert wird. Anschließend an die Theorie der radikalen Demokratie von Laclau und Mouffe vertrete ich in diesem Beitrag die These, dass der Möglichkeit einer kollektiven Identifikation mit der Europäischen Union und ihrer (De-)Legitimierung ein gemeinsames Bedeutungssystem konstitutiv vorausgehen muss. Mit Bedeutungssystem (im radikaldemokratischen Duktus „Diskurs“) ist gemeint, dass zwar hinsichtlich der Europäischen Union verschiedene Positionen vertreten werden können, wie zum Beispiel in der Diskussion, ob sie *Staatenbund* oder *Bundesstaat* sein solle, eine solche Diskussion aber nur Relevanz haben kann, wenn die dafür nötigen Grundbegriffe (wie Staat, Föderalismus, Subsidiarität, Demokratie etc.) zumindest ähnlich konnotiert sind. Ebenso müssen schon bestehende institutionelle Strukturen und Kompetenzverteilungen ähnlich wahrgenommen werden, da sonst inhaltliche Auseinandersetzungen aneinander vorbei laufen. Gerade wenn die EU als ein politisches Konstrukt *sui generis* (Wallace/Wallace 1983) bezeichnet wird, muss definiert werden, wie der Rahmen oder Horizont⁷ eines solchen Systems konzipiert sein könnte. Die Theorie der radikalen Demokratie kann dabei helfen, die Notwendigkeit und die Folgen eines Mangels an Eigendefinition und Positionierung in Form eines gemeinsamen Bedeutungssystems zu erklären.

Im Rahmen europäischer Integrationstheorien findet ein solcher radikaldemokratischer Ansatz generell wenig Resonanz (vgl. Wæver 2004: 197). Beliebter ist noch die empirische Anwendung diskursanalytischer Methoden, aber auch hier dominieren Diskursanalysen in Anlehnung an Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns* (1982) und die Analyse von einzelnen Politikfeldern die Forschungslandschaft. Zur Behebung dieses Defizits sollen die folgenden Ausführungen einen Beitrag leisten. Dazu werde ich nun zunächst (Abschnitt 2) auf

7 Zur Notwendigkeit eines Horizontes vgl. auch Bruell (2005).

die Bedingungen der Diskursbildung und dessen Zusammenhang mit Identitätskonstruktionen eingehen. Anschließend (Abschnitt 3) werden dieselben Kategorien zum Analyseschema entwickelt, um sie empirisch anwendbar zu machen. Die empirische Studie soll zeigen, in welcher Weise EU-Themen (hier im nationalen, österreichischen Kontext) strukturiert sind.⁸ Der Beitrag schließt mit einem Fazit, das die Frage nach den Möglichkeiten einer EU-Identität eher skeptisch beantwortet.

2. Identität und Diskurs

Im Modell der radikalen Demokratie gründet sich Demokratie auf keiner vorgegebenen und vorgängigen Universalität oder Identität. Daher wird sie auch als „radikal“ bezeichnet – sie lässt „keine transzendentalen Rahmenbedingungen der Demokratie zu [...], die nicht selbst immer wieder in der demokratischen Auseinandersetzung in Frage gestellt werden könnten“ (Hetzl 2004: 186). Universalität und die Möglichkeit zur Identität werden nicht verworfen, ihnen wird ein Fundament entzogen – sie werden zu instabilen, aber bedeutenden Größen. Die radikale Demokratietheorie, wie sie speziell von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in *Hegemony and Socialist Strategy* (1985) entwickelt und von beiden in unterschiedlicher Weise ausformuliert wurde, fokussiert vor allem auf einem an Claude Lefort (1990, 1999) angelehnten Verständnis des *Politischen*, einer Weiterentwicklung des saussureschen Bedeutungssystems und einem an Jacques Lacan orientierten Subjektverständnis.

Das Subjekt wird in Anlehnung an Lacan als gespalten verstanden, da es in seinem Kern einen konstitutiven Mangel aufweist. Dieses Mangelempfinden ist dadurch begründet, dass das Subjekt wie jedes andere System auf ein Außen referieren muss, um sich sowohl selbst definieren, als auch von anderen verortet werden zu können. Durch diese Referenz auf ein Außen wird aber auch eine endgültige Schließung und damit die Etablierung einer *vollen/vollständigen* Identität verunmöglicht. Das Subjekt ist dabei permanent dazu veranlasst, diese Lücke zu schließen, indem es sich mit immer neuen Subjektpositionen identifiziert (Lacan 1977, 2006). Das prekäre Auffüllen dieser Lücke funktioniert temporär durch die Schaffung von systematischen Zusammenhängen, d.h. von prekär fixierten Sinnstrukturen. Solche prekären Fixierungen werden in der Terminologie von Laclau/Mouffe *Diskurs* genannt. Das Subjekt versucht also, seinen Mangel durch die Konstruktion von Diskursen zu beheben. Durch die Artikulationen des Subjekts selbst und das Artikuliertwerden des Subjekts durch andere, also die Verwendung von Attributen wie „weiblich“, „Europäerin“, „Studentin“ etc.,

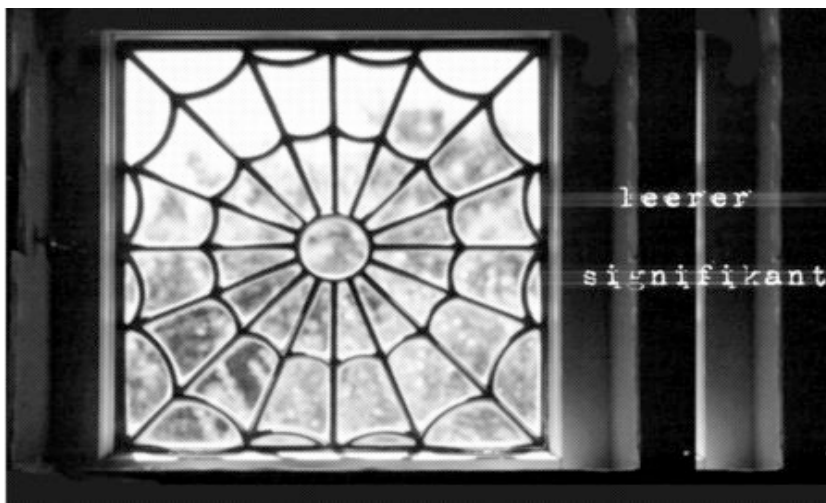
8 Die Studie wurde zwar nicht nur zum Zwecke einer Identitätsevaluierung durchgeführt – sie verbindet vielmehr Identitäts- mit Öffentlichkeitstheorien –, gibt aber dennoch interessante Einblicke in Bestehen oder Mangel einer Europäischen Diskursstruktur und damit die Möglichkeit einer kollektiven Identitätsbildung.

kann das Subjekt eine Identität generieren, die vorübergehend als stabil und fixiert in Erscheinung tritt. Das Subjekt bleibt aber in seiner Konstitution „the subject as a lack“ (Laclau 1990: 39-41; Laclau/Zac 1994: 13; Norval 2004) – sein Begehren nach identitärer Schließung kann nie endgültig befriedigt werden.

Um einen Diskurs stabilisieren zu können, ist ein Prozess der Systematisierung notwendig, der *Artikulation* genannt wird: „[...] we will call articulation any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from the articulatory practice we call discourse“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Durch den Prozess der Artikulation⁹ entstehen diskursive Strukturen, die unterschiedlich starke oder schwache Bindungen zwischen Bedeutungselementen aufweisen. Bedeutung entsteht in einem solchen Netzwerk durch die Referenz auf andere Bedeutungen, entweder indem auf ihr Anderssein verwiesen wird (Differenz), hier die Anlehnung an Ferdinand de Saussure, oder indem auf ihre Ähnlichkeit Bezug genommen wird (Äquivalenz).¹⁰ Das oben beschriebene Außen produziert im System immer wieder Destabilisierungen und Verschiebungen (so genannte *Dislokationen*) und trägt damit zu veränderten Reartikulationen bei.

Die einzelnen Bedeutungseinheiten in einem solchen System, i.e. Diskurs, werden Momente genannt, wogegen jene Bedeutungseinheiten, die im jeweiligen Diskurs momentan nicht artikuliert werden, sondern sich im Feld der Diskur-

Abbildung 1: Leerer Signifikant



Quelle: eigene Darstellung

9 In diesem Begriff sind auch soziale Handlungen jeglicher Art eingeschlossen.

10 So kann zum Beispiel der Begriff „Spiegel“ sowohl durch die Nähe zum Begriff „Fenster“ erklärt werden, da beide aus Glas bestehen, als auch durch einen Verweis auf ihre Unterschiedlichkeit.

sivität¹¹ befinden, Elemente genannt werden. Das Zentrum eines solchen Diskurses wird von einem Knotenpunkt konstituiert, der auch als leerer Signifikant bezeichnet werden kann, da er von verschiedensten Punkten des Systems aus artikuliert und damit zu einem gewissen Grad unterschiedlich konnotiert werden kann. Ähnlich einem Spinnennetz könnte das System ohne einen solchen Punkt nicht stabilisiert werden, allerdings weist er selbst keinen konkreten positiven Inhalt auf (siehe Abbildung 1, gegenüber).

Neben dem Diskurs und der Diskursivität möchte ich eine weitere Kategorie einführen: die *Diskursformation*.¹² Diskursformationen entstehen durch die Interaktion einzelner Diskurse – diese teilen dann verschiedene Momente miteinander, behalten aber jeweils ihren eigenen Knotenpunkt.¹³

Die diskursiven Prozesse zur Identitätsbildung sind nicht auf individuelle Subjekte zu reduzieren, sondern gelten auch für Kollektive. Artikulationen sind hier ebenso für eine Stabilisierung und das Füllen des Mangels an Identität nötig. Für die Identitätsbildung sind diese Artikulationen dann erfolgreich, wenn eine Art „structured totality“, d.h. ein Diskurs, entstanden ist, der vorübergehend dafür sorgt, dass die identitäre Instabilität gebannt ist. Soll also analysiert werden, ob eine solche kollektive Stabilisierung in der Europäischen Union bereits stattgefunden hat oder im Entstehen ist, dann müssen zunächst entsprechende Artikulationen untersucht werden. Empirisch lassen sich vorerst nur Artikulationen beobachten, die dann durch eine Form der Interpretation, deren Systematik im nächsten Kapitel erklärt wird, dahingehend evaluiert werden können, ob und welcher Diskurs ihnen zugrunde liegt und von ihnen konstruiert wird.

3. Ein radikaldemokratisches Analysedesign

Aus der Perspektive der radikalen Demokratietheorie sind Identität und Identifikation nur möglich, wenn durch und mit Artikulationen ein Diskurs, verstanden als prekär geschlossenes System, entsteht. In einer empirischen Studie, die auf solch einer theoretischen Grundlage fußt, muss dann gefragt werden, ob sich über die Analyse von Artikulationen EU-Inhalte an ähnlichen Positionen/Orten in einem diskursiven System identifizieren lassen. Erst wenn durch diese Artikulationen

11 Das Feld der Diskursivität (vgl. Laclau 1990: 105) beinhaltet sämtliche Diskurse und diskursive Einheiten, die für Artikulationen zur Verfügung stehen können. Vorzustellen ist ein solches Feld ähnlich einem Magnetfeld, auf dem sich Eisenspäne auf ein Zentrum ausrichten und es umgeben, einige dieser Späne aber im Umkreis liegen bleiben oder sich anderen Zentren zuwenden – diese würden den so genannten *Elementen* entsprechen.

12 In *Hegemony and Socialist Strategy* (1985) unterschieden Laclau und Mouffe noch nicht zwischen Diskurs und Diskursformationen. Zu der hier verwendeten Unterscheidung siehe Laclau (1993: 435-436), Smith (1998: 85) und Marchart (1998: 8).

13 Vorzustellen etwa gleich einer Doppelgalaxie, deren äußere Ränder ineinander verschmelzen und einzelne Sterne von beiden Zentren angezogen werden.

nen ein gemeinsames Netzwerk geschaffen wurde, bestehen die Voraussetzungen zur kollektiven Identifikation. Ein solcher Diskurs kann sich nicht erst auf EUro-päischer Ebene finden, sondern muss, um dem Anspruch der Legitimation des politischen Systems zu genügen, auch auf nationaler oder regionaler Ebene auffindbar sein, sofern er für die EU von Belang ist. Klaffen im nationalen Kontext zum Beispiel die Bedeutung und damit die diskursive Einbettung der Europäi-schen Parlamentswahlen und des Parteiensystems völlig auseinander, so dass Debatten darüber aneinander vorbei führen, ist die Bildung eines supranationalen Diskurses *a priori* verhindert. In der folgenden Studie werden somit zwar nur nationale (österreichische) Diskurse untersucht, allerdings ist die Analysestrategie auch auf international vergleichende Studien übertragbar (vgl. Bärenreuter et al. 2006¹⁴). Gegenstand der folgenden Analyse sind österreichische Mediendebatten anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004.¹⁵ Mediendebatten sind für die Analyse von kollektiven Identifikationsmustern besonders geeignet, da die hegemoniale Konstruktion von Bedeutungsnetzwerken vor allem dann erfolgreich ist, wenn sie sich in öffentlichen Debatten durch Wiederholungen und durch ein ausgedehntes Netzwerk von Anknüpfungspunkten manifestiert. Kollektive Knotenpunkte und leere Signifikanten entstehen nicht im privaten sondern im öffentlichen Raum.

Zentrale Fragen der Analyse lauten: In welcher Weise werden Themen präsentiert und verknüpft? Wird politischen Inhalten transmedial eine ähnliche Aufmerksamkeit geschenkt? Werden spezifische Themen zur EP-Wahl von den jeweiligen Medien in gleicher Weise und zum gleichen Zeitpunkt in die Berichterstattung eingebracht? Bestehen Interaktionen zwischen Medien, die auf ein Netzwerk schließen lassen könnten? Welche Ausdrücke werden verwendet und wie werden diese interpretiert und konnotiert? Und die zentrale Frage: Wird durch die Vernetzung und Verknüpfung diverser Subthemen zur EP-Debatte ein einheitliches Bedeutungssystem, d.h. ein Diskurs, sichtbar oder zeigt sich eine Fragmentierung und Zerstreung der Berichterstattung, die die Bedingungen der Möglichkeit einer kollektiven EUropäischen Identität unterminieren?

In einer solchen Art der qualitativen als auch quantitativen Inhalts- und Diskursanalyse werden mit einem Inhaltsanalyseprogramm (hier Atlas.ti) verschiedenen Aussagen (diese können sich über einen Satz aber auch einen Absatz er-

14 Die angegebene Studie kann hinsichtlich des entwickelten Analyseschemas als Vorläuferprojekt zu dem hier präsentierten betrachtet werden. In ihr wurden Printmedien aus sieben EUropäischen Ländern auf ihre Art der Diskursivierung der Verfassungsdebatte hin untersucht.

15 Die Wahlen fanden in Österreich vom 10.-13. Juni 2004 statt. Österreich kann 18 Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden. Die Wahlbeteiligung betrug 42,43 % und die Stimmen verteilten sich wie folgt: SPÖ 33,33 % (7 Sitze), ÖVP 32,70 % (6 Sitze), Liste MARTIN 13,98 % (2 Sitze), Die Grünen 12,89 % (2 Sitze), FPÖ 6,31 % (1 Sitz), LINKE 0,78 % (0 Sitze).

strecken) Codes¹⁶ zugeordnet. Die Codes wurden durch eine Probecodierung, die sich über einen Querschnitt aller Medien und ein Probesample im zeitlichen Längsschnitt erstreckte, entwickelt. Zentral bei der Entwicklung der Codes war die Identifikation von Sinneinheiten, also Positionen, Argumenten oder themenspezifischen Inhalten. Die anschließende Auswertung der erhobenen Daten fand auf drei unterschiedlichen Abstraktionsniveaus statt (Übersicht in Tabelle 1), von denen hier zwei näher ausgeführt werden. Auf einer ersten Inhaltsebene wurden Themenbündel zusammengestellt, die nur einen sehr allgemeinen Eindruck geben, der teilweise auch durch die genauere Analyse korrigiert werden musste. Daher wird auf die Darstellung dieser Ebene verzichtet. Auf der zweiten Inhaltsebene wurden diese Themenbündel in Themenkomplexe und Subthemen unterteilt. Bei den Themenkomplexen und Subthemen wurden nicht mehr verschiedene Codes thematisch zusammengefasst, sondern einzelne Codes gezählt und ausgewertet. Der Code *Verhalten politischer AkteurInnen* wurde zum Beispiel nur jenen Textpassagen, Absätzen oder Sätzen zugeordnet, die explizit auf dieses Thema eingingen. Subthemen stellen konkretere Argumente oder Aussagen dar, so zum Beispiel Stellungnahmen zum Thema *Spesen und Gehälter*.¹⁷ Auf einer dritten Ebene wird dann die Feinstruktur analysiert (so genannte *Simultananalyse*). Hier wurde nach Überschneidungen und Überlappungen verschiedener Themen und Subthemen gesucht. Diese können grammatikalisch und damit argumentativ verknüpft sein, können aber auch lose aufeinander folgen. Nach dem hier vertretenen diskurstheoretischen Ansatz spielt die argumentative Verknüpfung zweier Aussagen keine zentrale Rolle. Die Einheit wird durch den Text erzeugt, d.h. Interpretation und Verknüpfung wird dem/der LeserIn überlassen. Es

Tabelle 1: Analyseebenen

<p>1. Inhaltsebene (wird hier ausgeklammert)</p>	<p>Themenbündel</p>	<p>Verschiedene Einzelcodes werden thematisch zusammengefasst, um einen ersten Eindruck zu gewinnen</p>
<p>2. Inhaltsebene</p>	<p>Themenkomplexe Subthemen</p>	<p>Allgemeine und spezifische Themen, die konkreten Passagen zugeordnet werden</p>
<p>3. Ebene: Simultananalyse</p>	<p>Überschneidungen und Überlappungen (Simultanzen)</p>	<p>Sowohl konkrete thematische Überlappungen, als auch rein textuell aneinander gereichte</p>

16 Zum Beispiel: „EP-Wahl als Instrument des Protests“, „Wahlbeteiligung“, „EU vs. Nation“, etc.

17 Die Kronen Zeitung berichtete Anfang April darüber, dass H.-P. Martin im Europäischen Parlament den Spesenmissbrauch seitens der ParlamentarierInnen aufdeckte. Das Thema wurde zu einem der wichtigsten während des gesamten Wahlkampfes.

können also auch lose und nicht inhaltlich verknüpfte Aussagen über die Rezeption zur Diskursstruktur beitragen, obwohl natürlich argumentative Einheiten eine vernetzende Interpretation nahe legen.

Artikulation, Simultanzen und Diskurshaftigkeit

Wie oben erläutert, greift die empirische Analyse zuallererst auf Artikulationen zu. Um angesichts der Vielzahl möglicher Artikulationen Übersichtlichkeit zu gewährleisten, möchte ich vorschlagen, vier Typen von Artikulationen voneinander zu unterscheiden. Diese vier Typen entstehen aus einer Vier-Felder-Matrix, bei welcher Artikulationen in qualitativer und in quantitativer Hinsicht jeweils als stark oder schwach in Erscheinung treten können. Von einer starken Ausprägung in qualitativer Hinsicht spreche ich, wenn eine Artikulation eine neue hegemoniale Struktur einführt, also einen Knotenpunkt bilden kann, wohingegen sie schwach ausgeprägt ist, wenn sie sich in eine bereits bestehende hegemoniale Konfigurationen einordnet. In quantitativer Hinsicht ist eine Artikulation stark, wenn sie mit vielen unterschiedlichen Momenten verbunden ist, bzw. schwach, wenn sie nur vereinzelt auftritt und bald wieder aus dem Raum des Öffentlichen verschwinden kann. Wird die qualitative mit der quantitativen Dimension gekreuzt, entsteht die folgende Matrix:

Tabelle 2: Typen der Artikulation

		qualitative Ausprägung	
		stark	schwach
quantitative Ausprägung	stark	äquivalenzierende Artikulation	flottierende Artikulation
	schwach	antagonisierende Artikulation	differenzierende Artikulation

Diese vier Typen von Artikulationen haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Diskursstruktur: Der Typ der *äquivalenzierenden* Artikulation (quantitativ und qualitativ stark) weist eine weitreichende, hegemoniale Bindekraft für andere Momente auf. Äquivalenzierende Artikulationen bilden einen Diskurs mit relativ stabilen Momenten und einer homogenen Strukturierung aus; dadurch absorbieren sie einerseits schwächere Momente, sind aber aufgrund ihrer eindeutigen Strukturiertheit auch anschlussfähig für sie hinterfragende Gegenkonzepte. *Flottierende* Artikulationen (quantitativ stark/qualitativ schwach) sind vergleichsweise häufig, aber relativ unstrukturiert; sie werden an andere, hegemoniale Konzepte/Konfigurationen angebunden. *Antagonisierende* (isolierende) Artikulationen (quantitativ schwach/qualitativ stark) konstruieren starke hegemoniale Systeme, die schwer disloziert, also verschoben werden können, aber nur einen kleinen Kreis an Teilnehmenden vereinnahmen (z.B. rechtsradikale Diskurse). Wenn der

Antagonismus quantitativ stark ist oder wird, wird die Artikulation zu einer äquivalenzierenden. Artikulationen des *differenzierenden* Typs (quantitativ und qualitativ schwach) schließlich produzieren einzelne Momente, die zwar artikuliert werden, aber weder zu einer starken Strukturierung beitragen, noch eine starke Anziehungskraft für andere Diskurse aufweisen.

Kollektive Identitäten können nach diesem Schema nur über die äquivalenzierende und antagonisierende Artikulation konstruiert werden. Zur stabilisierenden Legitimation eines demokratischen Gesamtsystems ist jedoch die äquivalenzierende Artikulation unbedingt von Nöten: Hierzu müssen Konzepte, Narrative, Symbole etc. einerseits weit verbreitet sein und qualitativ ein zentrales Moment darstellen und andererseits auch auf ähnliche Art und Weise interpretiert werden. Innerhalb eines solchen Gesamtdiskurses können sich dann Einzelgruppen auf antagonistische Weise formieren (z.B. Identität von Minderheiten).

Werden in einer flottierenden Artikulation EU-Themen meist an nationale Knotenpunkte angebunden, kann die EU als Thema zwar durchaus eine Zeit lang in der medialen Berichterstattung prominent platziert sein, allerdings wird dadurch kaum ein gemeinsames Verständnis für EU-Belange gefestigt werden. Vielmehr werden nationale Präferenzen und deren Konfrontationen mit der politischen Struktur der EU zementiert werden, sofern sie nicht mit letzterer zusammenfallen.

Simultanzen

Unter Simultanzen wird die Form des gemeinsamen Vorkommens von Momenten (Positionen, Argumenten, zentralen Wortkonstruktionen) verstanden. Das gleichzeitige Auftreten bedeutet allerdings nicht, dass diese Artikulationen argumentativ in einem Zusammenhang stehen müssen. Daher können sie auch nicht als Äquivalenzen bezeichnet werden. Viel mehr treten sie simultan (gleichzeitig) auf und entwickeln dadurch einen diskursiven Zusammenhang. Simultanzen werden erhoben, indem bei der Analyse der Überlappungen oder des Aufeinandertreffens zweier Codes jeweils ein Code von Interesse als Ausgangspunkt genommen (Ausgangscodex) und eine Liste von jenen Codes erstellt wird, die mit diesem überlappen (Vergleichscodes). Als Ausgangscodex dient stets ein Code, auf dessen zentrale Bedeutung aufgrund seines starken quantitativen Vorkommens geschlossen werden kann.

Auf der Simultanzebene kann von „quantitativ stark“ gesprochen werden, wenn der Vergleichscodex im Verhältnis zum Ausgangscodex ähnlich häufig vorkommt. Hingegen ist die Ausprägung quantitativ schwach, wenn der Vergleichscodex relativ gesehen zum Ausgangscodex nur selten in Erscheinung tritt. Qualitativ kann aber auch ein selten genannter Vergleichscodex stark ausgeprägt sein – davon spreche ich, wenn der Vergleichscodex zu einem hohen Prozentsatz seines absoluten Vorkommens gepaart mit dem Ausgangscodex auftritt (also zum Beispiel über 50%). Kommt also der Vergleichscodex zum Beispiel 10 Mal im ge-

samten Sample vor und jedes Mal tritt er in Verbindung mit dem Ausgangscode auf, dann ist die Simultanz qualitativ stark. Umgekehrt ist sie qualitativ schwach, wenn die beiden Codes nur selten gemeinsam in Erscheinung treten – dies kann auch sein, wenn der Vergleichscode an sich quantitativ stark ausgeprägt ist, also zum Beispiel hundertmal im Sample vorkommt, aber nur dreimal mit dem Ausgangscode überlappt.

Die Erfassung von Simultanzen dient als erster Schritt, um die oben beschriebenen Bestandteile eines Diskurses (Momente, Knotenpunkte) zu erkennen und einander zuzuordnen. Sie können analog zur Einteilung der Artikulationen in vier Kategorien typologisiert werden:

Tabelle 3: Typen der Simultanz

		qualitative Ausprägung	
		stark	schwach
quantitative Ausprägung	stark	äquivalenzierende Simultanz	lösende Simultanz
	schwach	unterordnende Simultanz	differenzierende Simultanz

Bei der *äquivalenzierenden Simultanz* (quantitativ und qualitativ stark) ist die absolute Anzahl des Vergleichscodes mit der Zahl der Simultanz (also des Überlappens/Überschneidens) zu einem hohen Prozentsatz deckend; außerdem ist das absolute Vorkommen des Vergleichscodes quantitativ stark. Sie deutet damit auf einen Diskurs hin. Entweder handelt es sich dabei um eine starke Äquivalenzkette zweier Momente oder, wenn einer der Codes immer wieder auch mit anderen Codes in Simultanz auftritt, dann stellt dieser Code einen Knotenpunkt dar. Je mehr Momente an diesen Code gebunden werden, desto leerer wird dieser und kann als leerer Signifikant bezeichnet werden.

Eine *lösende Simultanz* (quantitativ stark/qualitativ schwach) wird festgestellt, wenn das absolute Vorkommen des Vergleichscodes stark ist, dieser aber nur wenige Simultanzen mit dem Ausgangscode aufweist. Diese Konstellation deutet dann darauf hin, dass der Code wahrscheinlich entweder als Knotenpunkt einen anderen Diskurs strukturiert oder zumindest ein starker Moment eines anderen Diskurses ist.

Bei der *unterordnenden Simultanz* (quantitativ schwach/qualitativ stark) ist dies umgekehrt: Das absolute Vorkommen des Vergleichscodes ist schwach, allerdings überlappt er zu einem hohen Prozentsatz mit dem Ausgangscode. Hier handelt es sich eindeutig um einen Moment in Beziehung zum Ausgangscode. Der Vergleichscode kann auf keinen Fall selbst einen Knotenpunkt darstellen, da er quantitativ zu schwach ist. Durch die starke Bindekraft des Ausgangscodes kann aber auf dessen Funktion als Knotenpunkt geschlossen werden.

Bei der *differenzierenden Simultanz* (quantitativ und qualitativ schwach) ist schließlich der Vergleichscode in seinem absoluten Vorkommen schwach und überlappt nur selten mit dem Ausgangscode. Diese Konstellation führt zu keinen stabilen Momenten, sondern eher zu flottierenden Signifikanten. Die geringe Zahl der Überschneidungen und die geringe Zahl des Vorkommens des Vergleichs-codes deuten darauf hin, dass die Codes hauptsächlich in anderen Diskursen gebunden werden und bald wieder im zerstreuten Feld der Diskursivität aufgehen.

Diese Simultananalyse ist für die spätere Rückbindung an die Theorie und Beurteilung der *Diskurshaftigkeit*, also der Art und Intensität des Zusammenhalts, und der Struktur des EU-Themas zentral. Sie bietet erst die Möglichkeit – in Kombination mit Quantifizierungen – Momente und Knotenpunkte zu erkennen und damit Diskurse zu identifizieren. Dadurch wird es möglich, die Berichterstattung zur EP-Wahl in die drei Stufen der Diskurshaftigkeit – *Diskurs*, *Diskursformation*, *Diskursivität* – einzuteilen:

Tabelle 4: Charakter der Diskursivierung und Funktion

	Diskursivität	Diskursformation	Diskurs
Charakterisierung	<ul style="list-style-type: none"> • national/regional/themen-spezifisch etc. fragmentierte Diskurse • das Feld besteht aus verschiedenen Elementen, die dadurch sichtbar werden, dass sie kurzfristig als Momente auftreten und meist wieder verschwinden 	<ul style="list-style-type: none"> • Diskurse sind durch gleiche Momente miteinander verknüpft, es bestehen aber unterschiedliche Knotenpunkte 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>ein</i> Knotenpunkt • gleiche (in den Diskurs integrierte) Momente und (aus dem Diskurs ausgeschlossene) Elemente • gleiche Antagonismen
Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • sind nationale Diskurse hinsichtlich eines EU-Themas in einem solchen Maße fragmentiert, kann keine Europäische Identität ausgebildet werden 	<ul style="list-style-type: none"> • zumindest über einzelne Positionen bestehen Anknüpfungspunkte und diese können daher verhandelt werden. Diese können Ausgangspunkte für zukünftige Identitätsbildungen darstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Es gibt eine nationale EU-Identität und diese ist Grundlage für supranationale Identitätsbildungen

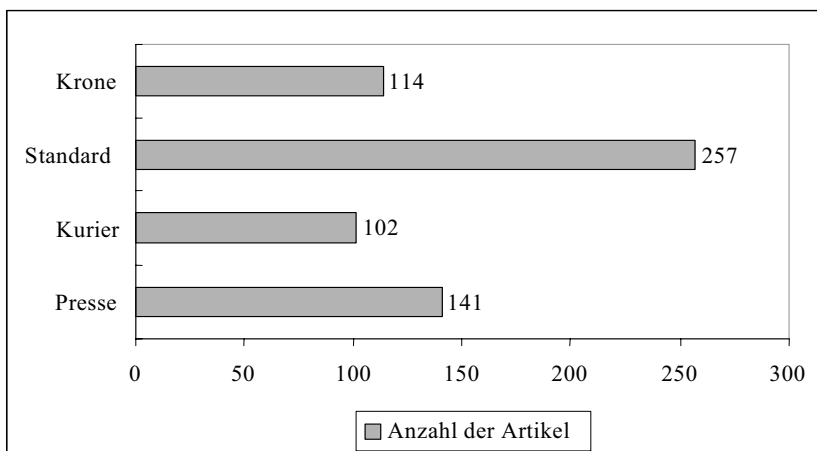
4. Analyse österreichischer Mediendebatten zur Wahl des Europäischen Parlaments 2004

Sample

Für die Analyse der Debatten zur Wahl des Europäischen Parlaments in österreichischen Medien wurden folgende Tageszeitungen ausgesucht: Kronen Zeitung, Kurier, Die Presse und Der Standard.¹⁸ Der Erhebungszeitraum erstreckt sich von 1. April 2004 bis 20. Juni 2004. Jeder Artikel, der sich mit den Wahlen auseinandersetzte, wurde analysiert.

Abbildung 2 gibt einen Überblick über die absolute Zahl der analysierten Artikel, sortiert nach Zeitung. Der Standard publizierte mit Abstand die meisten

Abbildung 2: Anzahl der Artikel in absoluten Zahlen¹⁹



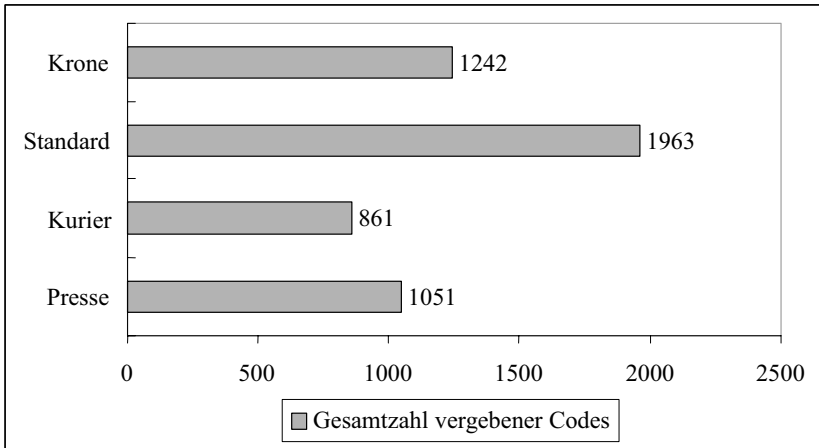
18 In der österreichischen Medienlandschaft gelten der Standard und die Presse mit einer Auflage von 116.547 und 122.555 als die wichtigsten Qualitätszeitungen. Der Standard ist stärker (sozial-)liberal ausgerichtet, während die Presse sein konservativeres, wirtschaftsliberales Pendant darstellt. Die Boulevardzeitung Kronen Zeitung ist das auflagenstärkste Blatt (987.143) und hat in Relation zur Bevölkerungszahl eine der größten Reichweiten aller Zeitungen der Welt. Aufgrund ihrer tendenziösen Berichterstattung wird sie oft intermedial kritisiert. Der Kurier (247.159) nimmt hingegen eine Art Zwischenstellung ein. Er tendiert zwar in Format und Layout der Berichterstattung zur Form eines Boulevardmediums, bietet aber insgesamt etwas mehr politische Inhalte als die Kronen Zeitung. (Die angegebenen Druckauflagen entsprechen dem von der Österreichischen Auflagenkontrolle veröffentlichten Jahreschnitt 2006.)

19 Der Vergleich der Anzahl der Artikel muss dadurch relativiert werden, dass zum Beispiel mehrere LeserInnenbriefe auf einer Seite zusammengefasst werden (eine Zeitungssseite entspricht einer Analyseeinheit im Software Programm Atlas.ti) und sich die Artikel oft in Umfang und Länge unterscheiden.

Artikel zum Thema EP-Wahlen. Auffallend ist der Abstand vor allem zur Presse, da diese in Format und thematischer Ausrichtung dem Standard am nächsten steht. Nachdem sich in der Kronen Zeitung oft sehr kurze Kommentare und zum Beispiel die Kategorie „In den Wind gereimt“²⁰ auf einer Zeitungsseite befinden, wurden sie als eine Einheit gezählt. Die Kronen Zeitung hat demnach etwas mehr an Artikeleinheiten publiziert, als es hier den Anschein hat, diese befinden sich aber zusammengefasst auf einer Zeitungsseite und umfassen meist nur wenige Zeilen.

Abbildung 3 zeigt die Gesamtzahl der vergebenen Codes.²¹ Die Anzahl der Codes entspricht in ihrer Verteilung über die Medien ungefähr der Anzahl der Artikel. Auch hier findet sich die stärkste Ausprägung im Standard. Nachdem hier nur ein Ausschnitt der Studie dargestellt werden kann, werde ich mich bei den folgenden Ausführungen auf den Vergleich von Hauptthemen konzentrieren.²²

Abbildung 3: Anzahl verbegnener Codes²³



Themenkomplexe und Subthemen

Auf dieser Ebene wird der quantitativen Ausprägung verschiedener Codes in den einzelnen Zeitungen nachgegangen. Codiert wurde auf zwei unterschiedlichen

20 Die Rubrik besteht aus einem etwa zehnzeiligen Reim, der auf populistische Art und Weise ein aktuelles Thema zusammenfasst.

21 Hier sind auch Autocodierungen enthalten, d.h. einzelnen Worten wurden automatisiert entsprechende Codes zugeordnet. Auf diese wird aber im Folgenden nicht eingegangen.

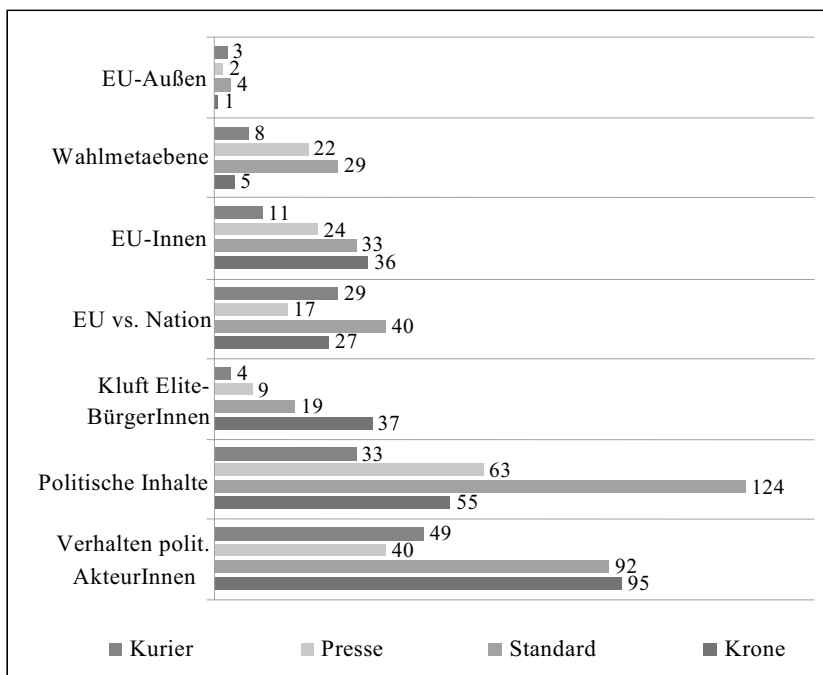
22 Für die gesamte Studie siehe Bruell/Mokre (2007).

23 Insgesamt wurden 37 verschiedene Codes vergeben.

Abstraktionsniveaus, eingeteilt in Themenkomplexe,²⁴ mit denen meist größere Textpassagen codiert wurden, und Subthemen.²⁵

Aus der Analyse der Themenkomplexe geht hervor, dass die Themen *Verhalten politischer AkteurInnen* und *Politische Inhalte*²⁶ die wichtigsten sind (siehe Abbildung 4). Weniger bedeutend sind generelle Aussagen über die Europäische Union. Die Kronen Zeitung nimmt eine Sonderstellung ein, da ihre Berichterstattung über das Verhalten politischer AkteurInnen im Vergleich zu anderen

Abbildung 4: Vergleich Themenkomplexe (nach Häufigkeit)



24 Folgende Codes gehören zur Kategorie Themenkomplexe: *EU-Außen* (außenpolitische Beziehungen, internationale Stellung der EU, die „Anderen“ als das Außen der EU, etc.), *EU-Innen* (Institutionen, politische AkteurInnen der EU, Wertungen der inneren Verfasstheit, etc.), *EU vs. Nation*, *Kluft Elite-BürgerInnen*, *Politische Inhalte*, *Verhalten politischer AkteurInnen*, *Wahl-Metaebene*.

25 Folgende Codes gehören zu der Kategorie Subthemen: *EP-Wahl als Instrument des Protests*, *KandidatInnenlisten*, *Missstände im EP/Kritik am EP*, *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf*, *Sanktionen/Vaterlandsverräter*, *Spesen und Gehälter*, *Wahlbeteiligung*, *Wahlausgang und innenpolitische Folgen*. Diese Subthemen sind nur ein Ausschnitt aller erhobenen – sie sind jene, die quantitativ am stärksten vertreten waren.

26 Der Code wurde vergeben, wenn es sich um konkrete politische Themen handelte, wie Positionen zur Atomkraft, Beitritt der Türkei zur EU, soziale Sicherheit, Inhalte der EU-Verfassung etc.

Abbildung 5: Verhalten politischer AkteurInnen im Längsschnitt (nach Häufigkeit der vergebenen Codes)

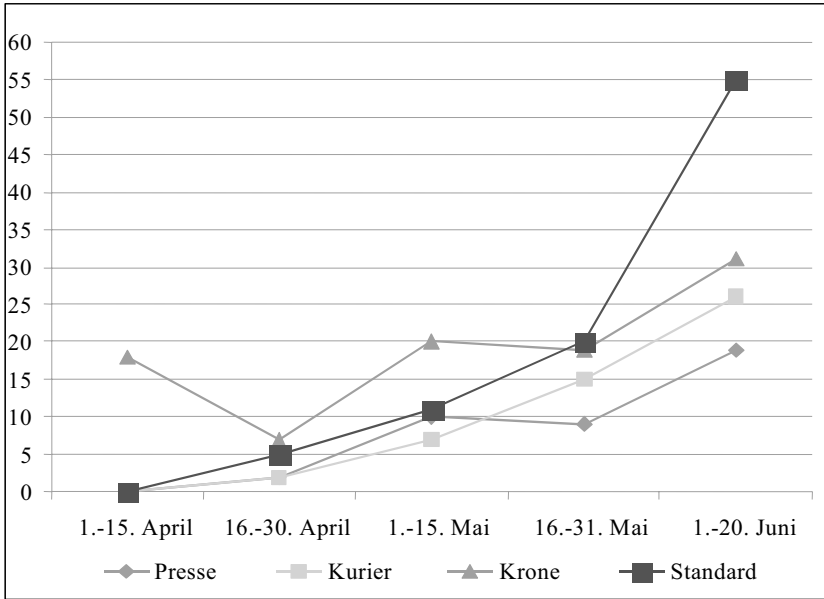
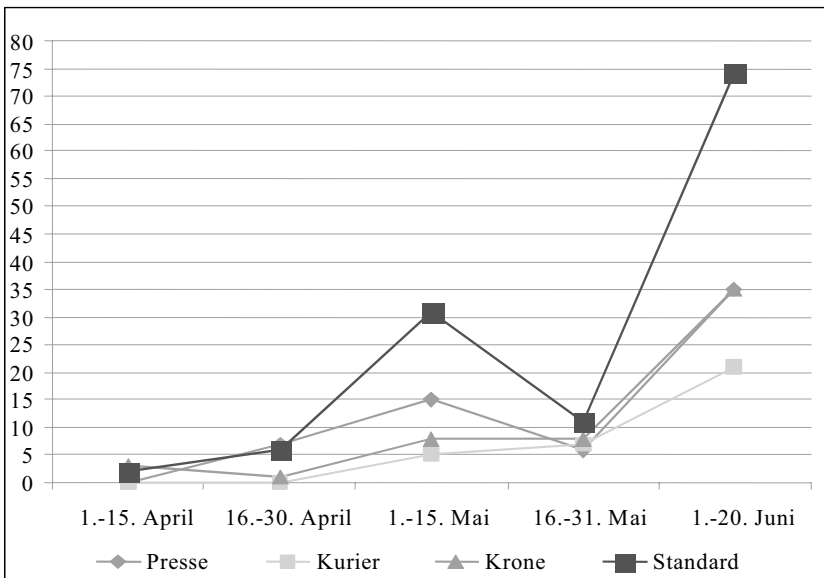


Abbildung 6: Politische Inhalte im Längsschnitt (nach Häufigkeit der vergebenen Codes)



Themen noch ausgeprägter ausfällt. Der Standard stellt hingegen *politische Inhalte* in den Mittelpunkt seiner Berichterstattung, ebenso die Presse. Der Kurier berichtet zwar nicht so fokussiert wie die Kronen Zeitung aber dennoch an erster Stelle über das *Verhalten politischer AkteurInnen*. Wie zu erwarten ähneln sich also die Qualitätszeitungen sowie die Boulevardmedien.

Für eine Analyse der Entstehung von Diskursen ist auch der Zeitverlauf von Relevanz, die durch eine Längsschnittanalyse erfasst werden kann. Das Sample wurde deshalb in fünf Analyseetappen unterteilt: 1.-15. April, 16.-30. April, 1.-15. Mai, 16.-31. Mai und 1.-20. Juni. Hier stelle ich nur die beiden am meisten codierten Themenkomplexe (*Verhalten politischer AkteurInnen* und *Politische Inhalte*) im Längsschnitt dar. Abbildung 5 (Seite 211) verdeutlicht, dass die Debatte über das Verhalten politischer AkteurInnen vor allem von der Kronen Zeitung eingeführt und von den anderen Medien nach und nach übernommen wurde.

Abbildung 6 (Seite 211) zeigt, wann *politische Inhalte* im Vordergrund der öffentlichen Darstellung standen. Der Verlauf der Thematisierung ist in allen vier Zeitungen ähnlich (wenn auch verschieden stark ausgeprägt); er lässt sich damit erklären, dass die Parteien Anfang Mai ihre Wahlkampfthemen offiziell bekannt gaben und zu diesem Zeitpunkt das Spesenthema nicht mehr ausschließlich in Hinblick auf Einzelpersonen diskutiert wurde, sondern auch institutionelle Kritik am Europäischen Parlament umfasste. Ende Mai gewannen wieder Aussagen einzelner PolitikerInnen und deren Fehlverhalten an Bedeutung (vgl. Abbildung 5).

Ein differenzierteres Bild kann gewonnen werden, wenn auch spezifischere Themen auf der Ebene der Subthemen analysiert werden. Abbildung 7 (gegenüber) zeigt, welche Subthemen in den vier Zeitungen wie häufig codiert werden konnten.

Für zwei Zeitungen kann jeweils ein zentrales Thema identifiziert werden: für die Kronen Zeitung das Thema *Spesen und Gehälter* und für den Standard *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf*.²⁷ Die sehr populistisch aufbereiteten Themen *Spesen und Gehälter* und *Sanktionen*²⁸/*Vaterlandsverräter*²⁹ spielten in fast allen Medien eine große Rolle, wobei die Kronen Zeitung mit ihrem starken Schwerpunkt auf dem Spesenthema eine Sonderstellung einnimmt. Wenig „werte-beladene“ Themen, wie die *Wahlbeteiligung*, sind in allen Zeitungen relativ ähnlich gewichtet, ebenso die Berichterstattung über den *Wahlausgang*.³⁰

27 Codiert wurde in diesem Fall, wenn der Missbrauch inhaltlicher Themen zu Wahlkampfzwecken kritisiert wurde.

28 Im Jahr 2000 verhängten einige EU-Staaten aufgrund der Regierungsbeteiligung der rechts-populistischen Partei FPÖ gegen Österreich Sanktionen.

29 Der österreichische EU-Abgeordnete Hannes Swoboda (SPÖ) wurde von Jörg Haider (FPÖ) 2004 als „Vaterlandsverräter“ bezeichnet, nachdem Swoboda in einem Brief für die verhängten Sanktionen Verständnis zeigte.

30 Auch wenn beim Standard das absolute Vorkommen der einzelnen Codes hervorsteicht, ist zu bedenken, dass dieser auch die größte Artikelanzahl aufweist. Das Verhältnis der „neutraleren“ Themen wie Wahlbeteiligung zu den „emotionaleren“ Themen wie Spesen und Gehälter stellt sich also ähnlich dar.

Abbildung 7: Vergleich Subthemen (nach Häufigkeit)

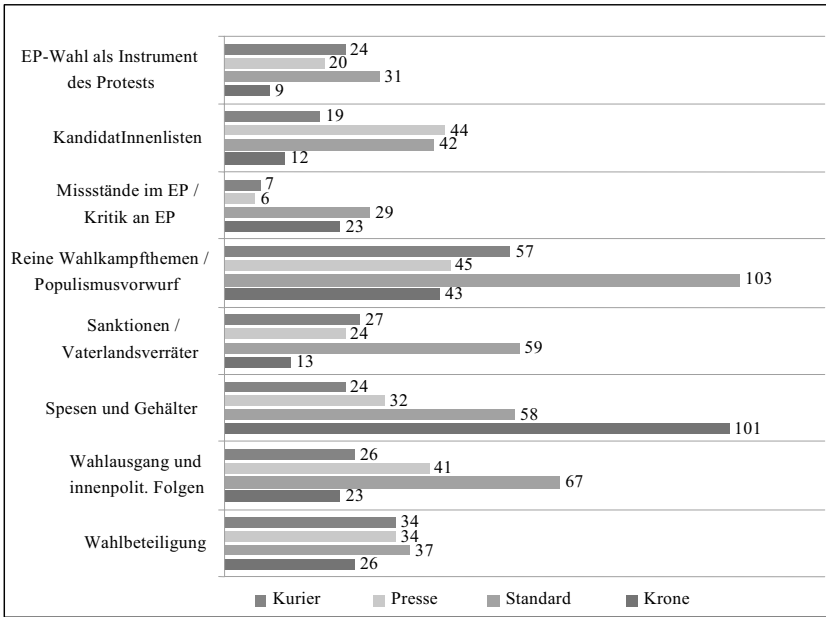
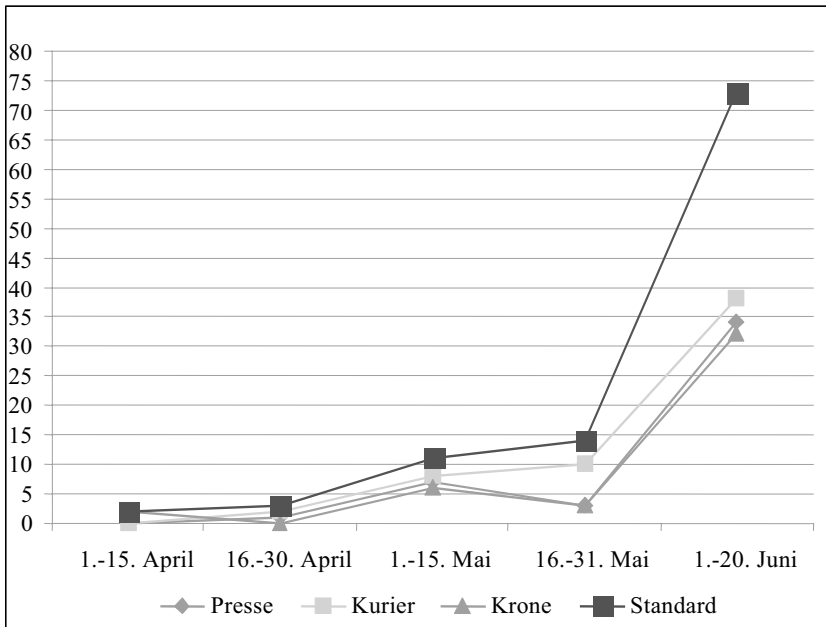


Abbildung 8: Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf im Längsschnitt (nach Häufigkeit der vergebenen Codes)



Kurier und Presse ähneln sich bei vielen Themen in ihrer quantitativen Ausprägung. Einzige Ausnahme stellt die Berichterstattung über die *KandidatInnenlisten* dar, hier berichtet die Presse – ähnlich wie der Standard – ausführlicher als der Kurier. Interessant ist auch, dass Standard und Kronen Zeitung die Kritik am Europäischen Parlament (*Missstände im EP*) gleichermaßen zum Thema machen. Auch hier kann einer der quantitativ stärksten Codes, *reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf*, hinsichtlich seiner Ausprägung zu unterschiedlichen Zeitpunkten analysiert werden (siehe Abbildung 8, Seite 213). Eine solche Analyse ermöglicht vor allem eine Interpretation betreffend der Vorreiterrolle bestimmter Medien und (A-)Synchronizität der Diskursivierung.

Die Kritik an der Führung des Wahlkampfes und der Vorwurf des Populismus stiegen vor allem am Ende der Wahlkampfperiode signifikant an. Sie gewinnen überhaupt erst ab Mai an Bedeutung. Meist wurde im Juni im Zuge einer Beschreibung und Analyse des Wahlkampfes der populistische Charakter der Debatten kritisiert, am intensivsten vom Standard.

Je ein Code, der bei den Themenkomplexen und Subthemen ein hohes quantitatives Vorkommen aufweist, wird nun diskursanalytisch in seiner Struktur untersucht (Simultananalyse). Es handelt sich dabei um *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf* (Subthema) und *Verhalten politischer AkteurInnen* (Themenkomplex). Um der Struktur der Codes auf den Grund zu gehen, werden entsprechende Überlappungen (Simultanzen) dargestellt.

Der Ausgangscode der folgenden Simultanztabelle (Tabelle 5, gegenüber), *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf*, wurde insgesamt sehr häufig vergeben, mit Abstand am häufigsten beim Standard; im Verhältnis zur Gesamtzahl der vergebenen Codes ist er in der Kronen Zeitung am wenigsten vertreten. Die meisten Überschneidungen mit Subthemen sind beim Standard zu finden. Bei dieser Simultanztabelle geht für die Kronen Zeitung der Code des Populismusvorwurfs als flottierender Signifikant hervor. Dieser überlappt nämlich mit keinem der Codes zu über 50 %. Bei den anderen drei Medien überlappt der Code zu einem hohen Prozentsatz mit *Verhalten politischer AkteurInnen*, ebenso wie mit dem Thema *Sanktionen*. Interessant ist, dass die Debatte über die Gehälter der EP-Abgeordneten mit der Populismuskritik nicht sehr häufig in Verbindung gebracht wird. Dies könnte darauf schließen lassen, dass diese Debatte zum Beispiel im Vergleich zu jener über Hannes Swoboda und seine Rolle bei den EU-Sanktionen als seriöser eingestuft wurde. Dies könnte daran liegen, dass nach den ersten Populismus-Vorwürfen gegen Hans-Peter Martin und seinen Umgang mit dem Spesen- und Gehaltsthema auch andere Parteien und Medien an einer ernsthaften Kritik am Europäischen Parlament und dem dortigen Gehaltsschema Interesse zeigten. Dieses „Aufspringen“ auf das Spesenthema wurde wiederum in der Kronen Zeitung den jeweiligen Parteien außer der Martin-Partei vorgehalten. Die überwiegend als populistisch beurteilte Debatte zur Rolle der SPÖ bei den Sanktionen resultierte vor allem aus den Aussagen Jörg Haiders, der Hannes

Tabelle 5: *Simultanzen des Codes Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf mit Themenkomplexen und Subthemen*

Themenkomplexe	Kurier		Presse		Krone		Standard	
	AV	SI	AV	SI	AV	SI	AV	SI
EU-Innen	11	3	24	1	0	0	33	16
EU vs. Nation	29	9	17	2	27	2	40	3
Kluft Elite – BürgerInnen	0	0	9	1	37	3	19	4
Politische Inhalte	33	14	63	19	55	26	124	65
Verhalten politischer AkteurInnen	49	46	40	34	95	36	92	84
Wahl-Metaebene	8	2	22	9	5	2	29	16

Subthemen	Kurier		Presse		Krone		Standard	
	AV	SI	AV	SI	AV	SI	AV	SI
EP-Wahl als Instrument des Protests	24	2	0	0	0	0	31	2
KandidatInnenlisten	0	0	44	2	0	0	42	7
Missstände im EP/Kritik am EP	0	0	0	0	23	1	29	1
Sanktionen/Vaterlandsverräter	27	25	24	9	13	6	59	42
Spesen und Gehälter	24	9	32	3	101	16	58	22
Wahlausgang und innenpolitische Folgen	26	8	41	11	23	8	67	22
Wahlbeteiligung	0	0	34	7	26	1	37	7

AV = Absolutes Vorkommen eines Codes im gesamten Sample der Zeitung; SI = Simultanzen: Quantität des simultanen Vorkommens mit anderen Codes; Die Simultanz wird dann hellgrau markiert, wenn der Vergleichscode mindestens zu 50% seines absoluten Vorkommens (AV) mit dem Ausgangscode überlappt.

Absolute Anzahl des Ausgangscodes: Kurier 57, Presse 45, Krone 43, Standard 103

Swoboda und später auch Franz Fischler als „Vaterlandsverräter“ bezeichnete. Daher weisen die Codes *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf* und *Sanktionen/Vaterlandsverräter* eine so hohe Überlappungsrate auf.

Fahren wir nun mit der Simultananalyse eines zweiten wichtigen Codes fort, der nun aber zur Kategorie der Themenkomplexe gehört: *Verhalten politischer AkteurInnen* (Tabelle 6, Seite 216). Hier zeigt sich schon beim absoluten Vorkommen des Codes die einzigartige Stellung der Kronen Zeitung, wenn in Rechnung gestellt wird, dass beim Standard aufgrund der hohen Artikelanzahl erheblich mehr codiert wurde (vgl. Abbildung 2, Seite 208).

Bei der Kronen Zeitung werden *EU-Innen* und *Verhalten politischer AkteurInnen* intensiver vernetzt als bei den anderen Medien. Das hat mit der EU-kritischen Position der Zeitung zu tun. Außerdem spielt für die Kronen Zeitung die Kluft zwischen Elite und BürgerInnen eine zentrale Rolle. Die Unzufriedenheit der BürgerInnen wird also in der Kronen Zeitung oft mit dem Fehlverhalten politischer AkteurInnen erklärt.

Tabelle 6: *Simultanzen des Codes Verhalten politischer AkteurInnen (Ausgangscode) mit anderen Themenkomplexen und Subthemen*

Themenkomplexe (Vergleichscodes)	Kurier		Presse		Krone		Standard	
	AV	SI	AV	SI	AV	SI	AV	SI
EU-Innen	11	4	24	4	36	19	33	2
EU vs. Nation	29	12	17	8	27	12	40	16
Kluft Elite – BürgerInnen	4	0	9	2	37	39	19	9
Politische Inhalte	33	8	63	13	55	2	124	22
Wahl-Metaebene	0	0	22	2	5	1	29	4

Subthemen	Kurier		Presse		Krone		Standard	
	AV	SI	AV	SI	AV	SI	AV	SI
EP-Wahl als Instrument des Protests	24	4	20	8	0	0	31	12
KandidatInnenlisten	19	4	44	7	12	7	42	11
Misstaende im EP/Kritik am EP	7	3	6	2	23	18	29	14
Reine Wahlkampfthemen/ Populismusvorwurf	57	46	45	34	43	36	103	84
Sanktionen/Vaterlandsverräter	27	20	24	22	13	11	59	66
Spesen und Gehälter	24	24	32	15	101	76	58	34
Wahlausgang und innenpolitische Folgen	26	5	41	3	23	2	67	10
Wahlbeteiligung	34	4	34	5	26	10	37	8

Absolute Anzahl des Ausgangscodes: Kurier 49, Presse 40, Krone 95, Standard 92

In allen Zeitungen wurde das *Verhalten politischer AkteurInnen* mit der Kritik am Wahlkampf und dem Populismusvorwurf in Verbindung gebracht. Das *Verhalten politischer AkteurInnen* wurde also hauptsächlich negativ konnotiert. Hier wird das Selbstverständnis der Medien als Korrektiv politischer Eliten sichtbar.

Das Spesenthema tritt als Simultanz in allen Medien auf, nur beim Kurier kann allerdings eine unterordnende Simultanz zum *Verhalten politischer AkteurInnen* festgestellt werden. Dies lässt darauf schließen, dass der Kurier in seiner Berichterstattung vor allem auf politische AkteurInnen fokussiert.

Was die Wahlbeteiligung und den Wahlausgang betrifft, kann in allen Zeitungen eine lösende Simultanz festgestellt werden, d.h. das absolute Vorkommen dieser Codes ist stark, allerdings überlappen sie nicht mit dem *Verhalten politischer AkteurInnen*. Dies weist darauf hin, dass es sich hier um getrennte Diskurse handelt, die auch selten zu Diskursformationen führen. Etwas anders stellt sich das in der Kronen Zeitung dar: hier wird auch die Wahlbeteiligung stärker mit dem *Verhalten politischer AkteurInnen* in Verbindung gebracht.

5. Zusammenfassung: österreichische EU-Diskurse

Insgesamt waren die Debatten zur EP-Wahl in der ersten Maihälfte weit stärker ausgeprägt als in der zweiten. Hingegen nahmen die Diskussionen im Juni wieder zu, was wohl aus der unmittelbaren zeitlichen Nähe zur Wahl erklärt werden kann. Zu dieser Zeit fasste der Standard den Wahlkampf und insbesondere die Art der Berichterstattung in der Kronen Zeitung zusammen.

Ein erster Blick auf die Themenwahl aller Medien bietet ein durchaus homogenes Bild. Die Kronen Zeitung nimmt dabei eine gewisse Vorreiterrolle ein. Das Spesenthema wurde von der Kronen Zeitung zu einem gewissen Grad „entpopulisiert“, i.e. als seriöses Thema proklamiert, und als politischer Inhalt, vertreten durch den EP-Abgeordneten H.-P. Martin, in die Debatte eingeführt. Die Zeitungen repräsentieren hier das politische Geschehen, da sie die Reaktionen aller Parteien dokumentieren. Das Thema beherrschte auch später die Wahlkampfzeit. Eine Analyse der Berichterstattung entlang der Zeitachse zeigt ebenso für die Debatten über das *Verhalten politischer AkteurInnen*, dass die Kronen Zeitung Themen vorgibt und andere Medien nachziehen.

Über die Diskursanalyse konnten aber auch die durchaus gravierenden strukturellen Unterschiede der Berichterstattung aufgezeigt werden. Zusammenfassend wurden in diesem Ausschnitt der empirischen Studie zwei starke Diskurse identifiziert: einerseits das Thema *Spesen und Gehälter*, und andererseits die Populismus- und Wahlkampfkritik in Verbindung mit dem Verhalten politischer AkteurInnen.

Einen Zusammenhang zwischen dem Verhalten politischer AkteurInnen und dem Populismusvorwurf im Zuge des Wahlkampfes konstruieren drei Zeitungen (Presse, Kurier und Standard). Allerdings entwickelt diese Äquivalenz nur im Standard eine so strukturierende Wirkung, dass sie dort zum zentralen Knotenpunkt wird. Überhaupt treten äquivalenzierende Artikulationen hauptsächlich im Standard und der Kronen Zeitung auf – hier bilden sich auch Diskurse aus. Beim Kurier und der Presse sind häufiger flottierende Artikulationen zu finden.

Jede hegemoniale Konstruktion und Sinnstiftung bedarf konkreter Grenzen, also Exklusionen (hierzu gehört auch der Verzicht auf andere Themen). Populismus impliziert eine starke Konzentration auf ein Thema – eine Grenzziehung im Inneren des Sozialen rund um zwei Pole (vgl. Laclau 2005: 81): in der Kronen Zeitung das Fehlverhalten der politischen Elite und die Ehrlichkeit des „Aufdeckers“ H.-P. Martin, der die betrogenen BürgerInnen verteidigt. Für andere Themen bleibt bei einer derartigen Hegemonialisierung wenig Platz. Das Spesenthema bindet so in unterordnenden Simultanzen sowohl verschiedene politische Inhalte als auch die Wahl-Metaebene und die Kluft zwischen Elite und BürgerInnen ein. So wird es zum zentralen Knotenpunkt.

Im Gegensatz zum Standard stellt die Populismuskritik in der Kronen Zeitung nur einen flottierenden Signifikanten dar, da dieser nie konzentriert mit anderen Themen artikuliert wird. Dem Anspruch der Kronen Zeitung folgend ist

dies nur konsequent: Nachdem sie vor allem sehr personalisierte Themen in den Vordergrund rückt (wie das Verhalten politischer AkteurInnen, Spesenthema etc.), kann sie selbst diese Themen nicht als populistisch brandmarken. Wenn es in der Kronen Zeitung um Populismus geht, dann wird meist anderen Medien oder Parteien vorgeworfen, wichtige Themen als populistisch abzutun und nicht ernst genug zu nehmen. Das Thema des Populismus tritt auch sehr häufig in LeserInnenbriefen auf, in denen die politische Elite meist pauschal als populistisch beurteilt wird, ohne dass dieser Vorwurf näher spezifiziert wird.

Die Kritik an der populistischen Verwendung verschiedener Themen wird im Standard Teil eines Knotenpunktes. Es tritt in so starker äquivalenzierender Simultanz mit dem Verhalten politischer AkteurInnen auf, dass die Simultanz (also die Kombination beider Codes) zu einem leeren Signifikanten zusammengefasst werden kann. Das Sanktionenthema wird ab einem bestimmten Zeitpunkt ein Moment der Debatte und wird an den leeren Signifikanten gebunden. Das Spesenthema tritt für den Standard hingegen eher als lösende Simultanz in Erscheinung: es wird von der Kronen Zeitung vorgegeben und bleibt, wahrscheinlich auf Grund des antagonistischen Verhältnisses der Zeitungen, relativ isoliert.

Standard und Kronen Zeitung weisen als gegensätzliche Pole eine spezifische Beziehung auf: Der Standard konstruiert die Kronen Zeitung als antagonistisches Außen. Die Analyse der Subthemen veranschaulicht ebenso das antagonistische Verhältnis zwischen Kronen Zeitung und Standard. Das Thema *Spesen und Gehälter* nahm in der Kronen Zeitung eine Sonderstellung ein, wogegen im Standard die Kritik am Wahlkampf und am allgemeinen Populismus (unter anderem der Kronen Zeitung) überwog. Die äquivalenzierenden Artikulationen in Standard und Kronen Zeitung stellen sich vor allem als antagonisierende dar, wenn ein Blick auf die intermediale Berichterstattung geworfen wird. Hier isolieren sich die jeweiligen Medien in Abgrenzung voneinander sowohl durch ihren inhaltlichen Fokus als auch in direkten Verweisen aufeinander. Die Zeitungen positionieren sich zueinander und strukturieren damit Diskurse. Der Populismus, der der Kronen Zeitung zugeschrieben wird, ist die negative Wendung und somit das Außen des zentralen Knotenpunktes im Standard, nämlich der *Populismuskritik*.

Die „neutralste“ Berichterstattung zeigt die Presse. Auch wenn über den Missbrauch der Themen zum Zwecke des Wahlkampfes ausgedehnt berichtet wird, rangieren die relativ meinungsunabhängigen Themen, wie KandidatInnenlisten, Wahlausgang und Wahlbeteiligung an prominenter Stelle. Presse und Kurier weisen weit mehr flottierende und differenzierende Artikulationen auf, d.h. verschiedene Themen werden nebeneinander diskursiviert und bleiben isoliert oder bilden höchstens schwache Diskursformationen. Zwar treten in der Presse und im Kurier ähnlich wie beim Standard der Populismusvorwurf und das Verhalten politischer AkteurInnen in eine Äquivalenz, doch dreht sich das Verhältnis von Knotenpunkt und Moment um. Hier tritt die Populismuskritik als Moment des Knotenpunktes *Verhalten politischer AkteurInnen* auf. Dementsprechend wird auch bei Presse und Kurier das Sanktionenthema eher an das Verhalten

politischer AkteurInnen gebunden als an die Populismus- und Wahlkampfkritik. Insgesamt unterscheiden sich Presse und Kurier vor allem darin, dass letzterer das Verhalten politischer AkteurInnen in den Mittelpunkt stellt, wogegen bei der Presse die Berichterstattung über politische Inhalte überwiegt.

Dieser Ausschnitt der österreichischen Medienlandschaft bietet also ein ambivalentes Bild. Es gibt unterschiedliche Gewichtungen in den Medien, einzelne Themen werden aber gegenseitig rezipiert. Durch die Analyse der Themengewichtung entlang der Zeitachse wurde vor allem sichtbar, dass sich die Hauptthemen, wie *Spesen* und *Sanktionen*, gegenseitig ablösen und wenige Spuren hinterlassen. Mit dem Fokus auf dem Spesenthema erhob allein die Kronen Zeitung eines dieser partikularen Themen zum universellen Signifikanten für die EU.

6. Entwicklungsmöglichkeit einer Europäischen Identität

Die Möglichkeit der Herausbildung einer Europäischen Identität ist angesichts der österreichischen medialen Diskursstruktur wohl als gering einzuschätzen. Diskurse bilden sich zwar heraus, Interaktionen finden auch statt, allerdings werden EU-Themen rein an nationale Präferenzen gebunden und selbst diese variieren stark zwischen den Medien. Genuin Europäische Themen, wie z.B. das *EU-Innen*, treten höchstens in Form von differenzierenden Artikulationen auf, d.h. sie sind quantitativ schwach ausgeprägt und tragen zu keiner Strukturierung der Debatte bei. Sie manifestieren sich also nur kurzfristig als Momente in anderen Diskursen, können aber prinzipiell als Elemente bezeichnet werden – allerhöchstens dienen sie als flottierende Signifikanten für nationale Knotenpunkte (vgl. auch Bärenreuter et al. 2006). Die Analyse zeigt auch, dass selbst wenn über ein gemeinsames Thema berichtet wird, z.B. den Spesenskandal, die diskursive Struktur der Debatten dennoch äußerst heterogen ausfällt. Das Thema kann als Knotenpunkt, Moment *oder* flottierender Signifikant auftreten. Damit findet aber auch eine völlig andere Strukturierung angehängter Themen in separaten Diskursen statt. Der österreichische Artikulationsraum bildet also keinen EU-Diskurs aus.

Das fragmentierte Diskursbild zur EP-Wahl in der österreichischen Öffentlichkeit ist ein Spiegelbild für die Diskursstruktur im gesamt-Europäischen Raum. Sinn, Zweck und Ziel der Europäischen Union können daher nicht einheitlich definiert und diskutiert werden und auch der Austausch konträrer Argumente ist selbst im nationalen Kontext schwierig. Nur wenn EU-Themen an nationale Diskurse angebunden werden, besteht die Möglichkeit zur allgemeinen Verständigung. Die Definition dieses politischen Konstruktes *sui generis* scheidet also schon am Mangel einer nationalen Diskursstruktur. Wird vor allem in Rechnung gestellt, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament die einzige direkte Möglichkeit zur Einflussnahme seitens der BürgerInnen darstellen, kann das Ergebnis dieser Studie nur in eine skeptische Zukunft der BürgerInnenidenti-

fikation weisen. Bestätigt werden können auch das Fehlen von Metanarrativen – vom EU-Projekt im Allgemeinen ist so gut wie gar nicht die Rede – und das Nebeneinander vieler fragmentierter Partikulardiskurse. Nachdem diese stark national gebunden sind und zudem eine relativ kurze Lebenszeit aufweisen, können sie auch nicht dazu dienen das Mangelgefühl im EUropäisch-politischen Subjekt zu tilgen und prekäre Stabilisierung zu erlauben. Aus radikaldemokratischer Perspektive könnte diesem Defizit nur entgegen gewirkt werden, wenn transnational und transmedial Streit und Konfrontation ermöglicht würde, um über Artikulationen die Herausbildung von gemeinsamen Strukturen zu erleichtern. Dass eine solche Struktur nur über Konfrontation gegensätzlicher Positionen konstruiert werden kann, hat sich vor allem bei der Gegenüberstellung und gegenseitigen Strukturierung von Standard und Kronen Zeitung gezeigt.

Die real-politische Möglichkeit einer solchen Streitkultur auf EUropäischer Ebene scheint momentan beschränkt, allerdings weist der hier vertretene dynamische Diskursbegriff auch in die Richtung, EUropa-Diskurse dennoch weiter zu verfolgen. Das Thema der Europäischen Union als flottierender Signifikant kann jederzeit in verschiedene Diskurse aufgenommen werden und damit sein Erscheinungsbild ändern. Nachdem das Verhältnis zwischen der Funktion des leeren Signifikanten und dem diese Funktion übernehmenden Inhalt, also zum Beispiel der Europäischen Union, kontingent ist, kann auch nicht von einer Unmöglichkeit gesprochen werden. Daher sollten auch weiterhin politisch-normative Überlegungen angestellt werden, welche Diskurse Grundlage für eine EU „in Vielfalt geeint“ darstellen könnten (vgl. Bruell 2007).

Literaturverzeichnis

- Abromeit, Heidrun (1998): *Democracy in Europe: Legitimising Politics in a Non-State Polity*. New York (et al.): Berghahn Books.
- Bärenreuter, Christoph; Bruell, Cornelia; Gaisbauer, Helmut; Gröner, Ulrike; Kimmel, Michael; Mokre, Monika; Pausch, Markus (2006): The Referenda on the European Constitution: A Crucial Moment for the Development of a European Public Sphere? Institute for European Integration Research, EIF Working Paper No. 24.
- Bruell, Cornelia (2005): „Sprache als Werkzeug diskursiver Konstruktionen kollektiver EU-Identitäten – Der Verfassungsdiskurs als Ankerpunkt einer Analyse“, in: Helmut Heit (Hg.): *Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?* Münster: LIT Verlag, 259-270.
- Bruell, Cornelia (2007): „EU à venir – Die Europäische Identität aus poststrukturalistischer Perspektive“, in: Matthias Belafi; Markus Krienke (Hg.), *Identitäten in Europa*. Wiesbaden: DUV, 363-383.
- Bruell, Cornelia; Mokre, Monika (2007): Chancen für EUropäische Öffentlichkeiten. Eine Analyse der medialen Diskursivierung der Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich. Institut für Europäische Integrationsforschung, EIF Working Paper No 27.

- Castells, Manuel (2002): *Das Informationszeitalter. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Band 2 (Die Macht der Identität)*. Opladen: Leske + Budrich.
- Cederman, Lars-Erik (2001): „Nationalism and Bounded Integration. What it Would Take to Construct a European Demos“, *European Journal of International Relations* 7: 139-174.
- Flügel, Oliver; Heil, Reinhard; Hetzel, Andreas (Hg.) (2004): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Geissert, Benjamin; Posselt, Christian (2005): Die EU-Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Eine Suche nach den wirklichen Gründen der Ablehnung. Internetquelle von Mehr Demokratie e.V. Download unter: <http://www.mehr-demokratie.de> (Zugriff am 28.05.2007).
- Grimm, Dieter (1995): „Braucht Europa eine Verfassung?“, *Juristenzeitung* 50/12: 581-591.
- Habermas, Jürgen (1982): *Theorie des kommunikativen Handelns: Handlungsrationali-tät und gesellschaftliche Rationalisierung*. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heit, Helmut (Hg.) (2005): *Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertege-meinschaft in der EU?* Münster: LIT Verlag.
- Hetzel, Andreas (2004): „Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie“, in: Oliver Flügel; Reinhard Heil; Andreas Hetzel (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 185-210.
- Holzinger, Katharina; Knill, Christoph; Peters, Dirk; Rittberger, Berthold; Schimmel-fennig, Frank; Wagner, Wolfgang (2005): *Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte*. München u.a.: Schöningh (UTB).
- Kielmansegg, Peter Graf (1996): „Integration und Demokratie“, in: Markus Jachten-fuchs; Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen: UTB, 47-71.
- Kirchhof, Paul (1992): „Der deutsche Staat im Prozess der europäischen Integration“, in: Josef Isensee; Paul Kirchhof (Hg.): *Handbuch des Staatsrechts der Bundesre-publik Deutschland*, Band VII: Normativität und Schutz der Verfassung – Interna-tionale Beziehungen. Heidelberg: Müller, 866-887.
- Lacan, Jacques (1977): *Écrits. A selection*. London: Tavistock Publications.
- Lacan, Jacques (2006): „Das Symbolische, das Imaginäre und das Reale“, in: ders.: *Namen-des-Vaters*. Wien: Turia + Kant, 11-61.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1993): „Discourse“, in: Robert E. Goodin; Philip Pettit (Hg.): *A com-panion to contemporary political philosophy*. Oxford: Blackwell, 431-437.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Zac, Lilian (1994): „Minding the Gap: The Subject of Politics“, in: Ernesto Laclau (Hg.): *The Making of Political Identities*. London/New York: Ver-so, 11-39.
- Lefort, Claude (1990): „Die Frage der Demokratie“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 281-297.

- Lefort, Claude (1999): *Fortdauer des Theologisch-Politischen?* Wien: Passagen Verlag.
- Marchart, Oliver (Hg.) (1998): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus.* Wien: Turia + Kant.
- Meyer, Thomas (2004): *Die Identität Europas: der EU eine Seele?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Moravcsik, Andrew (1998): *The Choice for Europe.* London: UCL Press.
- Norval, Aletta J. (2004): „Hegemony after Deconstruction: The Consequences of Undecidability“, *Journal of Political Ideologies* 9:2, 139-57.
- Smith, Anna Marie (1998): *Laclau and Mouffe: the Radical Democratic Imaginary.* London, New York: Routledge.
- Wæver, Ole (2004): „Discursive Approaches“, in: Antje Wiener; Thomas Diez (Hg.): *European Integration Theory.* Oxford: Oxford Univ. Press, 197-215.
- Wallace, Helen; Wallace, William (Hg.) (1983): *Policy-Making in the European Community.* Oxford: Oxford University Press.
- Weiler, Joseph H. H. (1995): „European Democracy and its Critique“, *West European Politics* 18: 4-40.
- Weiler, Joseph H. H. (1999): *The Constitution of Europe: „Do the New Clothes Have an Emperor and Other Essays on European Integration.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Zweifel, Thomas D. (2002): *Democratic Deficit?* Oxford u.a.: Lexington Books.

Hegemoniale Artikulation: Frankreichs „Nation“ als leerer Signifikant

DANIEL SCHULZ

1. Einleitung

Die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe steht in ihrer demokratietheoretischen Dimension auf den Trümmern des jakobinischen Imaginären (Laclau/Mouffe 1985: 2). Als Dekonstruktion der für das jakobinische Paradigma zentralen Kollektivsubjekte und der damit einhergehenden Absolutismen revidiert sie eine Tradition, die sich seit der französischen Revolution in die Geschichte des Politischen eingeschrieben hat. Laclau und Mouffe stellte sich dieser Zusammenhang als Erblast innerhalb der marxistischen Theorietradition dar – ein Erbe, welches für das Verständnis der politischen Konstellation im späten zwanzigsten Jahrhundert mehr und mehr als eine Schranke gewirkt hat. Der Blick über diese Schranke hinaus offenbarte hinter den vorgezeichneten Pfaden geschichtsphilosophischer Notwendigkeit ein Neuland, das für diese Tradition lange nur *terra incognita* bedeutete: die Offenheit der Politik, die Pluralität des Sozialen und die Unabgeschlossenheit sozialer und politischer Identität. Im Licht der Rückkehr des Politischen brach die Evidenz politischer Einheitssemantiken in sich zusammen und eröffnete, nachdem man sich aus der Semantik der Klassen theoretisch herausgearbeitet hatte, auch eine Analysemöglichkeit über die diskursive Genese und Stabilisierung politischer Identitäten.

Dieser Aufsatz will die Fruchtbarkeit des hegemonietheoretischen Ansatzes am Beispiel einer der virulentesten und dauerhaftesten Einheitssemantiken der Moderne aufzeigen: der Nation in Frankreich. Der hegemonie- und diskurstheoretische Ansatz kann dieses Untersuchungsfeld gerade deshalb erhellen, weil er in seinem Kern die Bildung politischer Subjektivität in der Moderne problematisiert und gerade für die kollektive Dimension dieser Subjektbildung ein weit reichendes Analysepotenzial zur Verfügung stellt. Als Nation schien gerade in

Frankreich der politische Subjektivitätsanspruch der Revolution einen angemessenen Körper gefunden zu haben. Doch was ist die Nation? Wer spricht für sie, wo handelt sie, was macht sie aus?

Die Nation in Frankreich kann als eine Codierung des Politischen verstanden werden, welche aufgrund ihres herausgehobenen Universalitätsanspruches in besonderem Maße den Regeln der hegemonialen Artikulation unterliegt. Seit der französischen Revolution ist die Nation die zentrale Matrix des Politischen, in die sich die unterschiedlichen und antagonistischen Geltungsansprüche eingeschrieben haben. Nicht nur für das Verständnis der historischen Genese der Nation in Frankreich, sondern auch in umgekehrter Richtung für die Frage nach der interpretierenden Anwendung des hegemonietheoretischen Designs ist es daher von besonderem Interesse, diese Codierung des Politischen und ihre Entwicklung genauer zu betrachten.

2. Die Hegemonietheorie in der Methodenkonkurrenz

Die Nation wurde als politische Ordnungsform zuletzt anhand einer Vielzahl unterschiedlicher Ansätze thematisiert. Im Anschluss an Benedict Andersons populäre Formel von der Nation als „Imagined Community“ wurden so die kulturwissenschaftlichen Impulse aufgenommen, welche die Aufmerksamkeit auf die symbolischen Konstruktionsprozesse kollektiver Identität richteten (Anderson 1998). Hier sind es insbesondere die gesellschaftlichen Kommunikationsprozesse und ihr Wandel, welche zur Analyse der Nation in der Moderne herangezogen werden. Durch die neuzeitlichen und modernen Medienrevolutionen hat sich der Bezugshorizont sozialer und politischer Kollektive ständig erweitert. Mit der Nation liegt in dieser Perspektive erstmals ein symbolischer Rahmen vor, der die notwendige Identifikation moderner Gesellschaften mit sich selbst ermöglicht. Jedoch wird hier zur Erklärung auf ein anthropologisch verankertes Identitätsbedürfnis zurückgegriffen, das selbst nicht in Frage gestellt wird. Auch aus wissenssoziologischer Perspektive erscheint die Nation als symbolisches Konstrukt. Wissenssoziologische Analysen rücken dabei häufig die Rolle von intellektuellen Elitendiskursen bei dieser Konstruktion in den Vordergrund.¹ Hier fungiert die Nation als eine politische Ordnung, welche durch divergierende Codierungen unterschiedlich aufgeladen wird und sich so im Dauerkonflikt zwischen „primordialen“, „traditionalistisch-konventionalen“ und „universalistischen“ Codes befindet. Diese Codierungen liefern dabei für die Grenzziehung kollektiver Identität eine jeweils ganz andere Begründung: seien es die primordialen Codes wie Verwandtschaft, Geschlecht oder Ethnie und Rasse, die traditionellen Codes wie geschichtliches Herkommen, oder die universalistischen Codes wie Menschheit,

1 So im Anschluss an Shmuel N. Eisenstadts Überlegungen zur Achsenzeit Giesen (1993, 1999).

Fortschritt und Erlösung. In diesem Ansatz treten bereits sehr viel klarer die diskursiven Positionskämpfe und der Konflikt von Deutungen und Interpretationen in den Vordergrund. Die Nation erscheint so als ein dynamisches Diskursgefüge, in dem intellektuelle Gruppierungen mit wechselndem Einfluss ihre Deutung der Nation gegen konkurrierende Deutungen in einem Kontext durchsetzen können, der ein symbolisch-kulturelles Set von Möglichkeiten verfügbar hält. Ähnlich operiert auch ein Verständnis der Nation, welches den methodischen Zugang über die politisch-kulturellen Deutungsdiskurse erschließt. Problematisch bleibt jeweils das Spannungsverhältnis zwischen Deutungseliten und kulturellen Strukturen – insbesondere die Akteursqualität von Deutungseliten, ihr Verhältnis zu den kulturell verfügbaren symbolischen Ressourcen und die Frage nach der Deutungsmacht bestimmter Positionen. Diese Fragen werden aufgegriffen in der von Karl-Siegbert Rehberg aus kultursoziologischer Perspektive entworfenen Theorie institutioneller Mechanismen: Hier kann die Nation als ein Ordnungsentwurf verstanden werden, welcher aus der dauerhaften Synthese widersprüchlicher Leitideen hervorgeht. Als Einheitsfiktion verdeckt die gelungene Institutionalisation die konfligierenden Geltungsansprüche und Ordnungsvorstellungen, die in der Nation dauerhaft verarbeitet wurden.² An den auf die Nation gerichteten Ordnungsdiskursen lässt sich hingegen ablesen, in welchem Maß hier der Kampf um Deutungshoheit auch die Geltung der Nation als institutionelle Ordnung stabilisiert.

Allen Ansätzen gemein ist die Betrachtung der Nation als symbolische Ordnung. Damit lösen sie sich bereits grundsätzlich von einem traditionellen, substantialistisch gedachten Begriff der Nation. Sie öffnen zugleich den Blick für die kulturellen Konstruktionsprozesse, auf denen die kollektiven Identitäts- und Ordnungsentwürfe beruhen. Welche Möglichkeiten bietet nun darüber hinaus die Analyse hegemonialer Mechanismen für das Verständnis der Nation?³ Zunächst kann hier auf einer ähnlichen Ebene angesetzt werden: Die kollektive Ordnungsform der Nation entzieht sich, wie alle gesellschaftlichen und politischen Kollektivbegriffe, einer konkreten Bestimmung als abgeschlossene und unmittelbare Bedeutung. Anstelle einer wörtlichen, buchstäblichen Relation tritt so ein komplexer symbolischer und pluraler Verweisungszusammenhang. Daneben stellt sich die Frage nach der Nation als Kollektivsubjekt, welches zugleich als geschlossene Einheit fungiert, aber auch die Subjektpositionen im national codierten Raum des Politischen nach ihrer Nähe oder Ferne zur Nation strukturiert.

Mit dem Theorieentwurf von Laclau und Mouffe kann so an einer für die Analyse der Nation zentralen Stelle angesetzt werden: Die Subjektformierung

2 Vgl. zum Ansatz der institutionellen Analyse insbesondere die Arbeiten von Karl-Siegbert Rehberg (1994, 2001) sowie des Dresdner Sonderforschungsbereichs „Institutionalität und Geschichtlichkeit“ und des Europäischen Graduiertenkollegs „Institutionelle Ordnung, Schrift und Symbole“; vgl. auch Schulz (2004).

3 Im Folgenden wird zurückgegriffen auf die zentrale Arbeit von Laclau/Mouffe (1985), sowie auf Laclau (1994, 1996).

basiert auf einer permanenten und dynamischen Verschiebung diskursiver Machtkonstellationen, wodurch zu einer Schließung der kollektiven Identität gedrängt wird. Zugleich wird aber durch die konflikthafte, agonale Struktur dieser diskursiven Konstellation eine Pluralisierung erzeugt. Die Nation kann als diskursiver Knotenpunkt im Sinne von Laclau und Mouffe, als übergreifender Signifikant gefasst werden, der durch seine Aufladung mit divergierenden Geltungsansprüchen zugleich eine Entleerung erfährt und auf diese Weise zu einem Oberbegriff des Politischen aufsteigt (Laclau/Mouffe 1985: 112-113). Dabei befindet sich das als Nation codierte politische Kollektiv in einem Spannungsfeld zwischen „Partikularität“ und „Universalisierung“: Einerseits werden mit der Nation universale Gehalte wie Menschenrechte und Demokratie verknüpft, um die Geltung dieses Ordnungsanspruches gegenüber konkurrierenden Behauptungen rechtfertigen zu können. Andererseits bildet eine so stabilisierte Ordnung die partikuläre Identität eines sozialen Kollektivs aus, welche die universalen Geltungsansprüche zu widerlegen scheint. Es ist dieses Spannungsfeld, welches die doppelseitige Rolle der Nation deutlich werden lässt. Mit Laclau und Mouffe lässt sich diese Doppelseitigkeit als eine dauerhafte Etablierung von „Äquivalenzketten“ und von Antagonismen beschreiben (Laclau/Mouffe 1985: 165): Als identitätsbildender politischer Diskurs konstruiert die Nation zum einen eine Reihe von Ähnlichkeiten bzw. Äquivalenzen oder Äquivalenzketten, welche die Gemeinsamkeit ganz unterschiedlicher Elemente in Bezug auf ihre Zugehörigkeit zur Nation herausstellt. Sie sind äquivalent insofern sie national sind. Zugleich aber operiert der Diskurs der Nation auch über Abgrenzung zu einem Außen: In diesem konstitutiven Antagonismus enden die Gemeinsamkeiten, und durch das Außen sollen die Äquivalenzketten, das vereinende, identitätsstiftende Nationale stabilisiert werden. In diesem Licht erscheint die Nation als Schnittmenge zahlreicher Deutungs- und Artikulationsversuche, die zum einen mit Blick auf eine äußere Grenze operieren, zum anderen nach innen in einer permanenten Konkurrenzsituation zueinander um die Artikulierung symbolischer Einheit stehen. Die Praxis der „Artikulation“ im Sinne Laclaus und Mouffes bedeutet dabei, dass die Einheit zwischen sozialen Akteuren nicht mehr als Ausdruck einer vorausgehenden Wesensverwandtschaft verstanden werden kann, die im politischen Prozess durch Repräsentation einfach nur abgebildet oder gespiegelt würde, sondern politische Einheiten sind immer das Ergebnis einer politischen Konstruktionsleistung und eines politischen Kampfes – sie müssen mit anderen Worten immer erst politisch artikuliert werden (Laclau/Mouffe 1985: 65). Hegemonial werden solche politischen Artikulationsversuche dann, wenn es ihnen gelingt, einen „Bedeutungsüberschuss“ zu produzieren – also eine Form der symbolischen Mehrdeutigkeit, die sich auch als „Deutungsoffenheit“ bezeichnen lässt, und die den Sinn des jeweiligen Diskurses für die Identifikationsmöglichkeiten aus mehreren unterschiedlichen Perspektiven öffnet.

Dieser Ansatz hebt damit die Nation als eine Synthese, d.h. eine Äquivalenz von Widersprüchlichem hervor und betont die Fiktionalität der hergestellten Ein-

heitsvorstellung. Zwei Aspekte sind dabei besonders zu berücksichtigen: Zum einen vollziehen sich die hegemonialen Artikulationsversuche der Nation immer auch im Kontext alternativer Ordnungsvorstellungen, wie der Republik, der Demokratie, dem Staat, dem Volk etc.⁴ Hier kann durch eine Vielzahl diskursiver Positionen eine Äquivalenzbeziehung hergestellt werden, durch welche der Nation ein bestimmter Stellenwert innerhalb der gesellschaftlichen Ordnungsdiskurse zugewiesen wird. Zum anderen kann durch diese diskursiv vollzogenen Deutungsprozesse die Nation mit völlig gegensätzlichen politischen Ordnungsmustern verknüpft werden. Beide Aspekte sind indessen eng miteinander verbunden: Je stärker sich die Nation als Zuschreibungsmatrix für divergierende Geltungsansprüche erweist, je stärker sie also zu einem Ort sich kreuzender Äquivalenzketten wird, desto mehr gelingt es der Nation, sich als zentraler sinnstiftender Diskurs zu etablieren – und umso stärker wird sich die Nation auch gegen konkurrierende Platzhalter gesellschaftlicher und politischer Ordnungserzeugung behaupten. Mit anderen Worten: Die Nation wird im Prozess der Nationbildung immer mehr zu einem Diskurs, der dazu in der Lage ist, das Gemeinsame einer Menge von ansonsten heterogenen oder gar sich widersprechenden Elementen auszudrücken – eben dadurch, dass diese Elemente als national gleichwertig und bedeutend rekonstruiert werden.

Analytisch ist davon auszugehen, dass dieser Konstitutionsprozess einer Nation nicht an den Punkt einer endgültigen Schließung gelangt, an dem etwa die nationale Identität zu sich selbst käme. Gerade mit Laclau und Mouffe ist hier die prinzipielle Unabgeschlossenheit solcher Artikulationsprozesse zu betonen, wie es sich auch am Beispiel der Nation beobachten lässt: Auch langfristig etablierte, hegemoniale Diskursformationen können in eine Krise geraten; die vormalig durch Äquivalenzbeziehungen und Antagonismus stabilisierten Glieder verlieren ihren Kontext, symbolisch festgeschriebene Beziehungen lösen sich auf und setzen ihre Bestandteile wieder frei, die damit in anderen Symbolsystemen reartikuliert und mit anderen Geltungsansprüchen versehen werden können.

Die Nation steht so als Signifikant politischer Einheit in der Konkurrenz hegemonialer Kämpfe. Im Anschluss an Laclau/Mouffe kann diese Ordnungskonkurrenz um die hegemoniale Repräsentation des Allgemeinen durch die Differenzierung von hegemonialen Kämpfen erster Ebene und hegemonialen Kämpfen zweiter Ebene beschrieben werden (Nonhoff 2006: 204-206). Während die Kämpfe erster Ebene sich darauf beziehen, welche Symbolik das abwesende Allgemeine repräsentiert, haben hegemoniale Kämpfe zweiter Ebene die Füllung des bereits etablierten Signifikanten zum Inhalt. Die Nation in Frankreich steht so seit der Revolution in einer Konkurrenz erster Ebene zu konkurrierenden Einheitssemantiken wie zur Verfassung, zur Republik, zur Monarchie, zum Volk oder zum Staat. Der Grund, warum sich die Nation im neunzehnten Jahrhundert dauerhaft als hegemoniale Ordnungssymbolik etabliert hat, kann dabei in der hö-

4 Zur französischen Republik als Einheitssemantik Schulz (2003).

heren Offenheit für konkurrierende Geltungsansprüche vermutet werden, die so in der Lage ist, im Gegensatz zu inhaltlich stärker aufgeladenen Ordnungskonzepten unterschiedliche politische Lager auf sich zu vereinen und so durch die Interpretationskonflikte zugleich eine diskursive Einheit herzustellen. Es sind diese Interpretationskonflikte zweiter Ebene, die sich auf die Nation als eine Überwindung des Mangels an Gemeinschaft beziehen und die sie in letzter Konsequenz als hegemoniale Ordnung erster Ebene stabilisieren.

Wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Prozesshaftigkeit ein entscheidendes Kriterium solch hegemonialer Konstellationen ausmacht, dann gilt es auch methodisch, die Analyse der entsprechenden Formationen danach auszurichten und eine zeitliche Dimension in die Untersuchung mit einzubeziehen. Es besteht so die grundlegende Notwendigkeit, diese diskursiv erzeugten Hegemoniekonstellationen nicht als statische Momente, und auch nicht allein räumlich, sondern in ihrer historischen Genese und Wandlung zu betrachten. Erst durch die zahlreichen Frakturen, die über die Zeitdimension in die diskursive Konstellation eingeschrieben werden, tritt der hegemoniale Prozess zutage.

Der Analyserahmen muss daher methodisch auf die historische Tiefenschärfe eingestellt werden. Benötigt wird dafür eine Untersuchungsebene, welche als Indikator für das Vorliegen hegemonialer Artikulationsversuche dienen könnte. Als Hinweis für ein solches Vorliegen könnten die überschießenden Bedeutungsgelände politischer Signifikantenketten herangezogen werden. Wo kann nun die symbolische Aufladung der Konzepte und der Ort der Artikulation nachgewiesen werden? Methodisch empfiehlt sich als ein möglicher Zugang, diese Zusammenhänge anhand von Wörterbüchern und Enzyklopädien sichtbar zu machen: Das Medium des politischen Wörterbuchs bzw. der politischen Enzyklopädie ist bereits auf eine hegemoniale Artikulationspraxis in einem historischen Kontext angelegt. Die Besetzung von Begriffen und Konzepten erscheint hier als eine symbolische Praxis, in der Bedeutungen und Beziehungen angelagert werden, die sich von alternativen Deutungen abgrenzen.⁵ Auf diese Weise manifestiert sich der von einer Position im politischen Raum erhobene Anspruch auf Deutungsmacht in einem sich abschließenden Referenzsystem. Dabei sind für diese mediale Manifestation die weit verbreiteten allgemeinen Wörterbücher und Enzyklopädien jedoch nur bedingt geeignet, da sie weitestgehend die sedimentierten Bedeutungen wiedergeben, nicht aber die spannungsreichen Auseinandersetzungen um die Deutungsmacht. Viel besser eignen sich dagegen die explizit als politisches Projekt aufgelegten Werke, da diesen zumeist die Spuren des Deutungs-

5 Vergleichbare, wenn auch nicht deckungsgleiche Ansätze bewegen sich im Spannungsfeld von hermeneutischen und poststrukturalistischen Entwürfen: so z.B. das weite Feld der Diskursanalyse, die Begriffsgeschichte im Sinne Reinhart Kosellecks oder die Ideengeschichte der Cambridge School. Vgl. auch die instruktiven Antrittsvorlesungen im Collège de France von Foucault (1971), Bourdieu (1982) und Rosanvallon (2003), deren gemeinsamer Bezugspunkt die Verhandlung von politischen Wissensordnungen ist.

kampfes tief eingepägt sind. Die dort erläuterten Begriffe verweisen auf die symbolische Präsenz antagonistischer Hegemoniekämpfe – wobei es nicht etwa die Begriffe wären, denen eine Subjektqualität oder ein ontologischer Status zukäme. Vielmehr handelt es sich um mediale Manifestationen eines den politischen Raum strukturierenden symbolischen Systems, das sich dadurch als System konstituiert, dass alle Beiträge mit dem Signifikanten „Nation“ eine abwesende Totalität zu repräsentieren suchen.

Der Beitrag untersucht so die historische Genese der Nation in Frankreich anhand der Diskurse, welche darüber sprechen, was die Nation ist. Dabei wird im Folgenden nur der Prozess der Deutungszuschreibung und Artikulation im neunzehnten Jahrhundert nach der Revolution bis zu den ersten Krisen der republikanischen Staatsnation in der III. Republik analysiert – eine Krisenhaftigkeit, die paradoxerweise zugleich den Erfolg der Nation anzeigt. Die Skizze erfolgt anhand einer knappen Auswahl von Quellen, die jedoch präzise Auskunft über die Artikulationen geben, welche von unterschiedlichen Positionen im politischen Raum hervorgebracht wurden.

3. Hegemoniale Artikulation: Die Nation im 19. Jahrhundert im Medium politischer Sprache

Das „Dictionnaire de l’Académie“ verzeichnet in seinen fünf Auflagen bis zur Französischen Revolution von 1789 nur eine spärliche Definition dessen, was unter Nation verstanden werden soll (Le Guern 1996).⁶ Erst die sechste Auflage von 1835 berücksichtigt die Entwicklung der Revolution. Interessant sind hier weniger die Definitionen selbst, sondern vor allem die umfangreiche Ausweitung der kontextuellen Beispielformen von „Nation“ und „national“, die durch ihre wachsenden Bedeutungshorizonte und Äquivalenzmöglichkeiten eine zunehmende politische Aufladung der Nation als ein Ordnungskonzept anzeigen. So verbindet man mit Nation vor allem „les droits, les libertés, les lois, la constitution, le gouvernement d’une nation“. Bis zur siebten Auflage von 1879 ergibt sich hier keine Veränderung mehr. Die Nation ist damit durch die Revolution zu einem zentralen Ordnungsmodell geworden und zeigt bereits die Kapazität des nationalen Diskurses an, eine umfassende Verweisungskette von äquivalenten Verknüpfungen aufzubauen. Hinter der konsensorientierten Definition des „Dictionnaire de l’Académie“ verbirgt sich jedoch ein langwieriger und hochgradig politisch aufgeladener Konflikt um die Hoheit zur Deutung der Nation. Trotz der ge-

6 Wenn hier von einem Sollen gesprochen wird, dann bezieht sich dies auf den normativen Charakter des Akademiewörterbuches, das einen einheitlichen Gebrauch nur vorschreibt, diesen aber selbst nicht einlösen kann. Einen normativen Anspruch erheben auch die nachfolgenden, konfliktiv-politisch gehaltenen Werke – im politischen Gebrauch der Konzepte gewinnt jedoch die pragmatische Dimension an Gewicht, so dass hier nicht mehr von bloß normativen Quellen gesprochen werden kann.

sicherten Bilanz der Revolution bleibt daher die Frage nach der Repräsentation der Nation und nach dem der Nation angemessenen Regierungssystem ungeklärt.

Während also die Nation auf der ersten Ebene hegemonialer Ordnung als etabliert betrachtet werden kann, so treten die hegemonialen Kämpfe zweiter Ebene um die inhaltliche Besetzung der Nation in den Vordergrund. In den politisch und polemisch ausgerichteten Wörterbüchern dieser Zeit kommt dies klar zum Ausdruck. Im „Dictionnaire critique du langage politique“ von 1842 wird die Nation so gleichgesetzt mit der Monarchie und vor allen anderen Deutungsversuchen in Schutz genommen. Die einzig nationale Regierung ist die monarchische Regierung (Bailleul 1842). Das Adjektiv „national“, durch die demokratisch gesinnten Republikaner mit dem Titel ihres gleichnamigen Journals „Le National“ besetzt, wird eben diesem Lager auf das Heftigste abgesprochen. Unter dem Stichwort „national“ heißt es daher nach einer radikalen Kritik an der Demokratie als Herrschaftsform: „il n’y a et il n’y aura jamais, pour la sécurité, pour la liberté, pour la prospérité de tous, que le gouvernement monarchique, le seul qui puisse être vraiment NATIONAL“ (Bailleul 1842: 527). Mit der groß angelegten Tirade gegen die Demokratie geht auch die radikale Ablehnung der Republik einher. Dazu heißt es unter dem Stichwort „République“: „Après les épreuves qu’a subies la France en 1793 et en 1794, nous ne concevons même pas comment on ose prononcer ce mot“ (Bailleul 1842: 666).

Diese defensiv ausgerichtete Position des Monarchismus unter Louis-Philippe gerät gegen Ende des Juli-Regimes immer stärker unter den Druck demokratischer Forderung nach einer Öffnung des Wahlrechts für breitere Schichten der Gesellschaft. Der negativ-aggressive Grundton der Artikel bei Bailleul ist daher kein Zufall, denn er zeigt deutlich die Verunsicherung an, die gegenüber den republikanischen Strömungen im Kampf um die symbolische Deutungshoheit besteht. Die Bedrohung der Monarchie wird übertragen auf die Nation, welche kategorisch abgeschottet wird gegen die Verbindung mit der republikanischen Regierungsform sowie der demokratischen Organisation politischer Prozesse und gesellschaftlicher Strukturen. Während also die Nation hier grundsätzlich als Ordnungsbegriff akzeptiert und damit auch in ihrer Geltung bestätigt wird, so zeigt sich der grundsätzliche Antagonismus zwischen der Nation als Republik und der Nation als Monarchie, welcher die beiden hegemonialen Strategien des neunzehnten Jahrhunderts begleitet.

Eine auf exklusive Deutungshoheit ausgerichtete Strategie wird ebenso von den linken Republikanern vertreten. Deren Interpretationsstrategie spiegelt sich repräsentativ im ebenfalls 1842 erschienenen „Dictionnaire politique“ wider (Duclerc/Pagnerre 1842). Hier wird die *Souveraineté nationale* als politisches Grundprinzip artikuliert – nicht nur als Prinzip der demokratischen Republik, deren Unterstützung wiederum das gemeinsame Bekenntnis aller an diesem Dictionnaire Beteiligten ausmacht, sondern auch als fundamentales und universales Prinzip der historischen Entwicklung insgesamt (Duclerc/Pagnerre 1842: IX).

Die Schöpfung der Nation wird dabei nicht der Revolution zuerkannt, sondern vielmehr als ein Resultat der Zentralisierung der Macht unter Ludwig XIV. beschrieben. Diese historistische Wendung erscheint auf den ersten Blick erstaunlich für die Republikaner, die sich selbst als die Erben der Tradition von 1789 und 1792 beschreiben. In der Französischen Revolution waren es ja gerade die Negationen der geschichtlichen Rechtfertigungsmuster und die Betonung des Neuen, welche die Nation als revolutionäres politisches Deutungsmuster ausgezeichnet hatten. Bei Sieyès lässt sich so ein Ahistorismus beobachten, der ganz auf einen Bruch mit der aristokratischen Legitimitätserzählung ausgerichtet ist. Der Dritte Stand wird so zum konkurrierenden Träger politischer Legitimität, die sich jedoch, im Gegensatz zur Legitimität des Adels, gerade nicht aus der Geschichte herleitet, sondern aus „Vernunft und Gerechtigkeit“ (Sieyès 1988: 36). Die Reartikulation von 1789 – nicht als Geburtsstunde, sondern als Sieg der Nation – spiegelt die Tendenz republikanischer Historiker der Epoche, die Revolution und ihre Errungenschaften als Ausdruck eines langen geschichtlichen Prozesses zu deuten.

Das republikanische Lager beginnt zu dieser Zeit mit der eigenen Verge-
schichtlichung – und das bedeutet in erster Linie die Ausarbeitung einer republikanischen Geschichte der Nation (Darriulat 2001: 127). Populäre Historiker wie Michelet, Quinet oder Laponneraye, aber auch aktive Politiker und Schriftsteller beginnen in den 30er und 40er Jahren des neunzehnten Jahrhunderts mit der historischen Aneignung der Französischen Revolution aus republikanischer Perspektive – ein Unternehmen, das nicht zuletzt der politischen Legitimierung der Gegenwartskämpfe diene. Letztere werden vor allem als Ende und Ergebnis einer langen geschichtlichen Kette von Auseinandersetzungen vorgestellt, die sich von den Kelten über Gallier, Römern und Franken bis in die Gegenwart zieht. Die Nation ist in dieser neuen Wahrnehmung weniger *creatio ex nihilo* wie noch bei Sieyès, sondern sie wird rehistorisiert zum Ausdruck einer langfristigen Entwicklungstendenz der französischen Gesellschaft, die mit 1789 nicht lediglich ihren Anfangspunkt, sondern bereits ihren ersten Gipfel erreicht hat. Der durch die Nation symbolisierte zeitliche Rahmen beginnt nun nicht mehr erst 1789. 1789 und, mehr noch, 1793 werden in dieser symbolischen Revision zu Momenten eines nationalen Traditionszusammenhangs, dessen Artikulationspotenzial ebenso weit in die Vergangenheit wie auch in die Zukunft reicht.

Diese Ausweitung des sinnstiftenden Potenzials der Nation kann aus der Perspektive hegemonialer Artikulation als ein Versuch gewertet werden, die Verweisungsketten, also die Herstellung von Äquivalenzen zeitlich zu verlängern und damit weiter zu stabilisieren. Die Nation als ein Bedeutung stiftender politischer Signifikant gewinnt eine zunehmende Reichweite, in dem ihm jetzt auch die vorrevolutionäre Vergangenheit zugeschlagen wird: Diese Vergangenheit, welche zuvor als opake, vornationale Zeitschicht verstanden werden musste, lichtet sich in dem Maße, wie die in ihr enthaltenen Bruchstücke und Motive aus der Sinn und Identität stiftenden Gewalt des Alten Regimes zunehmend in eine

Äquivalenzbeziehung zur Nation gestellt und damit ihrer Differenz beraubt werden. Mit dieser erweiterten Reichweite der Nation setzt sich zugleich das fort, was bei Laclau als Entleerung eines politischen Signifikanten beschrieben wird, und zwar im Sinne einer „pure cancellation of all difference“ (Laclau 1996: 38), einer Logik, in der alle Bedeutungsdifferenzen in Äquivalenzketten aufgelöst werden. Indem die Nation zum historisch hegemonialen Bewegungsprinzip aufsteigt, gibt es keine Geschichtlichkeit außerhalb der Nation mehr.⁷

Die Demokratisierung von Politik und Gesellschaft im Sinn einer Egalisierung stellt dabei das Prinzip dieser national verstandenen Entwicklung dar. Die Revolution bedeutet für die Nation insbesondere den Bruch mit der Monarchie, also den Zeitpunkt, an dem der Nation aus der Perspektive der Republikaner eine innere Differenz eingeschrieben wird, die seitdem konstitutiv für ihr richtiges Verständnis zu gelten hat. Mit der 1789 erreichten Stufe ihrer Entwicklung schließt die Nation die monarchische Herrschaftsordnung aus. Die Revolution stellt in dieser Hinsicht einen Scheitelpunkt dar. Aufgrund der weitgehenden revolutionären Gleichsetzung von Nation mit dem Volk kann die Nation nur noch die Gestalt einer demokratischen Republik annehmen. Diese nach der Restauration diskursiv gefestigte antimonarchische Identität von Demokratie, Republik, Volk und Nation gehört im Vorfeld der Julirevolution von 1830 zu den Grundpositionen der Republikaner und wird auch im „Dictionnaire politique“ vertreten.⁸ Mit diesen Fusionsversuchen soll die Nation von jeder monarchischen Konnotation gereinigt werden und vollkommen in der Synthese mit der Republik aufgehen.

Die Nation erscheint bei den Republikanern bis 1848 daher als Ordnungsmodell, das durch eine enge Identifikation mit anderen diskursiv artikulierten Momenten inhaltlich und politisch aufgeladen wird: Soziales Äquivalent der Nation ist das Volk, politische Organisationsform und sozial gestaltendes Prinzip ist die Demokratie, welche nur als Republik Sinn ergibt und als Monarchie unmöglich erscheint. Grundlage jeder Herrschaft ist die Gesellschaft, die gegenüber dem Staat Inhaberin aller Souveränitätsrechte ist. Wichtigster Inhalt der Demokratie ist die Gleichheit, die ihren Ausdruck insbesondere im allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht findet. Das Problem eines nationalen Partikularismus wird aufgehoben in der Hoffnung auf die Weltrepublik, in der die Menschheit als einzige, universale Nation endlich vereint sein wird. Gleichzeitig fördert diese Perspektive die missionarische Rolle Frankreichs als im Entstehen begriffene Kolonialmacht (Darriulat 2001: Teil VI).

7 Um diesen Zusammenhang zu veranschaulichen sei auf ein populärhistorisches Werk vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts verwiesen, welches die Kulmination dieses nationalisierten Geschichtsverständnisses gut darstellt: In seiner für den Gebrauch in der Grundschule gedachten „Kleinen Geschichte der französischen Zivilisation von den Ursprüngen bis auf unsere Tage“ beginnt die französisch-nationale Entwicklungsgeschichte im ersten Kapitel mit den prähistorischen Vorläufern der Gallier und mit dem Bild eines – französischen? – Mammuts. Vgl. Rambaud (1890: 3).

8 Siehe die Einträge „Démocratie“, „Nation“, „Souveraineté“, „Souveraineté du peuple“ bei Duclerc/Pagnerre (1842).

Im Zuge der 1848er Revolution gerät die Nation endgültig in den Sog eines republikanischen Universalismus. Sie erscheint in diesem Zusammenhang nur als eine Zwischenstufe der Emanzipation, deren Inhalt die gesamte Zivilisation der Menschheit und deren Endziel die Weltrepublik ist. Frankreich verkörpert dabei die Rolle einer Avantgarde-Nation, die selbst bereits vom universalen Gedanken durchdrungen ist. Nach 1848 verstärkte sich diese Strömung insbesondere bei den Sozialisten. Allerdings schlägt diese radikale Ausweitung der nationalen Sinnstiftung auf die Menschheit als Kollektivsubjekt bald in ihr Gegenteil um: Zwischen Nation und Menschheit reißt die Herstellung von Äquivalenz ab und an ihre Stelle tritt eine Differenz, welche sowohl aus der Perspektive der Nation als auch des menschheitlichen Universalismus zur Stabilisierung des eigenen Ordnungsanspruches dienen soll.

Der Diskurs des radikalen Universalismus bestreitet den hegemonialen Geltungsanspruch der Nation auf der *ersten* Ebene und sprengt die Verbindung der Nation mit dem universalen Emanzipationsgedanken. Die Nation verkörpert nun nicht mehr das dynamische Symbol des Universalen, sondern wird zum bloßen Zeichen einer konkreten Partikularität. Im „Dictionnaire rationnel“ (de Potter 1859) wird so der Universalismus der Linken radikalisiert und die Kritik an der Partikularität von Nation, Patrie und auch der Volkssouveränität begründet. Nur die Souveränität der Vernunft ermöglicht eine rationalisierte Gesellschaft, die *société universelle*. Der Patriotismus, als blinder Fanatismus und Ursache von Kriegen beschrieben, wird abgelöst von der *patrie universelle*. Die Republik ist in dieser Perspektive nicht besser als die Monarchie, da beide auf monopolisierter Gewalt beruhen und sich lediglich an unterschiedlichen Prinzipien orientieren. Durch die Herrschaft der Vernunft wird diese bloß ideologische Herrschaft aufgehoben und durch das absolute Wissen und die absolute Gerechtigkeit ersetzt. Die Nation ist hier nur ein Ersatzgott, ein Idol, das der Aufklärung der Gesellschaft entgegensteht. Nur durch ihre Überwindung wird es möglich, die Vielheit der Nationen durch eine einzige menschliche Nation zu ersetzen. Erst dann kann an die Stelle der durch einzelne Nationen monopolisierten Gewalt die Herrschaft des absoluten Rechts der Menschheit treten. Die neue Gesellschaft wird möglich, indem der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie schließlich zur Anarchie führen wird. So wird die alte Ordnung beseitigt, und es entsteht Platz für die neue sozialistische Ordnung, die ausschließlich auf der Grundlage der Sozialwissenschaft beruhen wird.

Wie reagiert nun der nationale Diskurs auf diese Bestreitung des hegemonialen Anspruches? Die Nation, so wie sie die Republikaner artikuliert hatten, gerät erheblich unter Druck – und dies von zwei Seiten gleichzeitig. Mit der Gründung der ersten Internationalen 1864 wird die Nation auf Seiten der französischen Linken endgültig zu einem problematischen Konzept. Der Internationalismus marxistischer Prägung kritisiert Staat und Nation als partikulare Formen der Unterdrückung des Proletariats. Damit wird die republikanische Deutungshoheit in Frage gestellt, die in der Nation eine emanzipatorische, weil demokratische und revo-

lutionäre Kategorie erblickte. Auf der anderen Seite jedoch stellt sich dieser marxistisch inspirierten Kritik an der Nation bereits zu Beginn der 60er Jahre die Tendenz entgegen, die Nation als solidarisch-romantischen Rückzugsraum gegen die zunehmenden Entfremdungseffekte des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Anspruch zu nehmen. Wirkmächtigster Vertreter dieser Richtung ist Proudhon. Während der internationalistische Sozialismus in Frankreich eher minoritär geblieben ist, war die Synthese von Sozialismus und Nation vor dem Hintergrund der rousseauistischen Tradition weit erfolgreicher. Dies bedeutet erneut eine Ausdehnung der Äquivalenzkette um den Begriff der Nation, denn wo sich im bürgerlichen Nationenverständnis die auf der Nation fußende Gleichheit nur auf die individuellen Rechte bezog, ist es mit der Synthese von Sozialismus und Nation nun auch die soziale Gleichheit und damit ein Großteil der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit, die über die Nation politisch sinnstiftend erschlossen werden soll. Für den späten Proudhon waren es die lokalen und regionalen Lebens- und Produktionsgemeinschaften, welche die wahren Nationen darstellen. In ihnen erkannte Proudhon die Basis einer direktdemokratischen Organisation, die nicht auf die unterdrückende Existenz eines Staates angewiesen ist. Sie stehen im Gegensatz zur unitarischen Nation, in der mit Hilfe eines zentralistischen Staatsapparates die regionalen Unterschiede und damit auch die Autonomiepotenziale vernichtet werden. Diese Ansätze zur Verbindung von Sozialismus und Nation sollten in der III. Republik schließlich zu einer Krise des nationalen Republikanismus führen, in der die Verbindung der Nation mit Demokratie und Menschenrechten ernsthaft in Frage gestellt wurde.

Nach 1848 entspannt sich der Antagonismus zwischen den demokratischen Republikanern und den monarchiefreundlichen Liberalen. Im „Dictionnaire général de la politique“ von 1863/64, das sich programmatisch zur Mäßigung, zur Freiheit und zum Fortschritt bekennt, kann im Gegensatz zur Periode vor 1848 kein radikaler Konflikt zwischen Republik und Monarchie mehr ausgemacht werden (Block 1863). Im Vordergrund steht in dieser Periode der langsamen Liberalisierung des zweiten Kaiserreiches unter Napoleon III. vielmehr die Frage nach der Existenz und der Beachtung der individuellen Grundrechte. In dieser Hinsicht ist es belanglos, ob diese Grundrechte unter der Staatsform der Republik oder der Staatsform der konstitutionellen Monarchie garantiert werden – die Gefahr, dass Grundrechte und Grundfreiheiten beeinträchtigt werden, besteht aus liberaler Sicht unter beiden Staatsformen gleichermaßen. Aus Sicht der Liberalen gilt es daher, die Verbindung der Nation mit den Grundrechten zu stärken und zu erweitern. Dieser Reartikulationsversuch bestreitet so unterschwellig die republikanische Hegemonie der Nation und leitet eine Verschiebung ein, von der Nation als realpräsenes Volk hin zur Nation als Repräsentativkörperschaft, welche symbolisch für die Garantie von Freiheitsrechten und nicht für politische Partizipation des Volkes steht. Hinsichtlich der Volkssouveränität und der Demokratie besteht daher von Seiten der Liberalen eine Skepsis bezüglich der Vereinbarkeit mit der Garantie der Grundrechte. Eine mögliche Zustimmung zu einer

republikanischen Staatsform ist aus diesem Grund an Vorbehalte geknüpft: Diese betreffen insbesondere die Frage des universellen Wahlrechts, welches als nicht zwingend mit der Nation verbunden abgewertet wird.

Auf den weitgehend synonymen Gebrauch von Nation und Volk bei den Republikanern weist dagegen Emile Littré in seinem „Dictionnaire de la langue française“ hin, jedoch nicht ohne den Zusatz, dass Nation ursprünglich die Herkunft und Abstammung einer Gemeinschaft bezeichne, während Volk die Gemeinschaft in ihren politischen Verhältnissen meine (Littré 1863-1875: Stichwort „Nation“). Als Positivist zieht Littré außerdem für die Nation die Erklärungsmerkmale von gemeinsamer Rasse und gemeinsamem Interesse heran. Während der letzte Punkt ein durchaus liberales Merkmal darstellt, verweist die Erwähnung der Rasse bereits auf einen aufkommenden Diskurs, der sich zum Ende des Jahrhunderts noch tiefgehender politisieren sollte – wenn auch mit geringeren Konsequenzen in Frankreich als in Deutschland (Giesen 1999: 285, 300, 311; Nicolet 1994: 193).

Der vielleicht wirkmächtigste Begriff der republikanischen Nation in der III. Republik wurde jedoch von Ernest Renan formuliert, der ebenso wie die republikanischen Historiker der 1830er und 1840er Jahre die Tradition und die geschichtliche Evolution mit einbezieht. Damit wird die republikanische Nation, die noch in der Französischen Revolution als neues politisches Subjekt verstanden wurde, endgültig selber zum festen Traditionshintergrund. Mit der Nation als republikanischer Tradition sind die Leitideen der Revolution der unmittelbaren Verfügbarkeit entzogen und sind dauerhaft in den Sinnhorizont der Nation eingeschrieben: Als konstitutive Momente können sie nicht mehr ohne Weiteres aus der hegemonial artikulierten Äquivalenzkette der Nation ausgeklammert werden.

Dabei geht Renan zunächst über eine Differenzierung vor und erörtert die Frage, was den französischen Begriff der Nation vom deutschen Begriff der Nation unterscheidet. Dazu stellt er eine Negativliste derjenigen Elemente auf, die für sich genommen nicht in der Lage sind, als Kriterium für die Existenz einer Nation zu fungieren. An erster Stelle dieser Liste steht für Renan das Konzept der Rasse, das er als antizivilisatorischen Regress einstuft (Renan 1922). Neben der Sprache und der Religion werden auch die gemeinsamen Interessen oder geographische Argumente für die Bestimmung der Nation ausgeschlossen (Renan 1922: 300, 303). Gegen diese „materialistischen“ Reduktionen stellt Renan die Nation als Idee des gemeinsamen Erbes und der gemeinsamen Zukunft: „Une nation est un principe spirituel, résultant des complications profondes de l’histoire, une famille spirituelle, non un groupe déterminé par la configuration du sol“ (Renan 1922: 305). Renan kann somit die Nation in den 80er Jahren des neunzehnten Jahrhunderts bereits als traditionsbildenden Träger von Leitideen betrachten, ohne ihn statisch auf die Vergangenheit zu reduzieren. Der konsensuelle Aspekt der revolutionären Nation, ihre Gründung auf den Willen aller, wird nicht in Frage gestellt, sondern in der bekannten Formel vom „plébiscite de tous les jours“ zum Ausdruck gebracht (Renan 1922: 307). Renans Begriff der Nation gibt sich somit als Erbe der rousseauistischen Tradition Frankreichs, der sich ins-

besondere vom deutschen Begriff der Kulturnation und seiner aufkommenden Biologisierung im völkischen Diskurs absetzt. Auch wenn dieser Begriff der französischen Nation einen breiten Konsens im republikanischen Lager widerspiegelt, so übergeht er doch einen wichtigen Aspekt der III. Republik und der in ihr dominierenden Vorstellung von der Nation. Dieser Aspekt bezieht sich auf das paradoxe Verhältnis zu Deutschland nach der Niederlage von 1870 und der Annexion von Elsass-Lothringen. Einerseits wurde hier – auch von Seiten der Republikaner – der Revanchismus geschürt;⁹ andererseits jedoch rief die Stärke des vereinten Deutschlands auch eine gewisse Bewunderung für die Dynamik dieser Nation hervor, durch die man sich herausgefordert fühlte (Digeon 1992). Die Betonung des konsensuellen Aspektes der Nation in der III. Republik im Allgemeinen und bei Renan im Besonderen beruht daher nicht zuletzt auf dem Problem der von Deutschland 1871 annektierten Gebiete. Das Deutsche Reich stützte sich zur Rechtfertigung der Annexion vor allem auf kulturelle und sprachliche Aspekte, welche die Zugehörigkeit von Elsass-Lothringen zu Deutschland im Einklang mit der spezifischen Codierung der deutschen Nation bekräftigen sollten. Gegen diese Legitimation bot von französischer Seite vor allem die Betonung des Vertragsaspektes und der Zustimmung eine Chance, da sie vor dem Hintergrund der Stimmung in den annektierten Gebieten durchaus Erfolg versprach. Paradoxerweise war es aber gerade dieser Begriff der republikanischen, auf Volkssouveränität und Demokratie beruhenden Nation, der durch die Niederlage in eine Krise geführt wurde und der so einen antirepublikanischen Nationalismus hervorbrachte (Sternhell 1997: 97).

Im aufkommenden Nationalismus der III. Republik wird diese Akzentverschiebung deutlich. Die Verwirklichung der Republik 1870 und in den Folgejahren ist keineswegs die Beendigung des Kampfes um das der Nation angemessene Regierungssystem. Im politischen und sozialen Vokabular zwischen 1869 und 1872 kommt so zum Ausdruck, dass der republikanischen Anbindung der Nation an das „Volk“ eine wirkungsmächtige Identifikation der Nation mit „la France“ gegenübersteht (Dubois 1962). Hier deutet sich eine weitere Verschiebung der diskursiven Deutungshoheit über die Nation an. Um 1871 können so bereits die international ausgerichteten Sozialisten als „antinational“ und „antifranzösisch“ aus der Nation ausgeschlossen werden. Umgekehrt wird den Zeitschriften der Linken aus den eigenen Reihen vorgeworfen, das Adjektiv „national“ im Titel zu belassen.¹⁰ Während also auf Seiten der Linken die Differenzen zur Nation zunehmen, bezieht sich das Kennzeichen „national“ zu diesem Zeitpunkt schon auf liberale oder konservative Antisozialisten, die damit das in der Nation präsenste Legitimitätspotential abrufen können und zugleich den politischen Gegnern die Deutungshoheit streitig machen. Mit dieser Betonung der Differenz anstelle der Äquivalenz droht jedoch die Nation an Deutungs Offenheit einzubüßen, und auch

9 Dazu anhand von Schulbüchern Mougnotte (1996).

10 So die Titel *L'Opinion nationale*, *L'Avenir national* und *Le National*.

die Hegemonie erster Ebene wird dadurch bedroht: Je mehr sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums die Nation als eine exklusive Logik durchsetzt, desto stärker werden die auf breite Inklusion setzenden Bemühungen auf der linken Seite, die Nation durch einen neuen Universalismus zu ersetzen und damit den hegemonialen Signifikanten „Nation“ ganz aufzugeben.

Die Verschiebung des Nationenbegriffs von links nach rechts erfolgt jedoch über mehrere Stufen. Während zunächst soziokulturell tief verankerte republikanisch-nationalistische Vereinigungen in der Reaktion auf die Niederlage von 1870 den Begriff der Nation von der linken Mitte nach rechts rücken, verbleiben sie dennoch im Rahmen eines republikanischen Konsenses – auch wenn über die Form der Republik und die Weise ihrer Verwirklichung tiefgreifende Differenzen bestehen und der Republikanismus auf dieser Ebene mit zunehmender Deutungsmächtigkeit immer weiter entleert wird. Erst in einer zweiten Stufe um die Jahrhundertwende erfolgt eine antirepublikanische Radikalisierung der Nation. Bei Charles Maurras und der *Action française* ist es, genau wie bei den Monarchisten des neunzehnten Jahrhunderts, die Verbindung zwischen Nation und Republik, die gekappt werden soll. Dieser zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg entstandene antirepublikanische, traditionalistische bis reaktionäre Nationalismus, der für eine neue Schließung der Nation kämpft, repräsentiert neben einem jakobinisch-republikanischen Nationalismus die zweite deutungskulturelle Ausprägung der Nation in der III. Republik. Hier wird sichtbar, dass der im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts artikulierte Zusammenhang von Nation und Republik nicht unauflösbar ist und die Nation auch in einen grundlegend anderen Artikulationskontext gestellt werden kann.

Das republikanische Regime stellt für Maurras die Herrschaft von Minderheiten über die eigentliche Nation dar. Diese Minderheiten sind die Feinde Frankreichs, die mit ausländischen Mächten zusammenarbeiten. Die Republik ist nach Maurras ein „gouvernement d'une oligarchie, oligarchie étrangère ou demi-étrangère, formée de juifs, de protestants, de franc-maçons et de métèques, unis par les liens de la religion, du sang et de l'or contre tout ce qui est national, c'est-à-dire héréditaire et traditionnel en France“ (Maurras 1933: Stichwort „République“). Dieses Regierungssystem der republikanischen Oligarchie ist Ergebnis und Ausdruck einer falschen Auffassung davon, welche Verfassung angemessen für Frankreich sei. Die republikanische Verfassung entspringt dem rationalistischen Konstruktivismus der Aufklärung und der Revolution – und diese beiden wiederum verstoßen eklatant gegen die von der Natur gegebene politische und soziale Ordnung der Nation. Maurras greift hier bis in die Terminologie hinein die reaktionäre, antirevolutionäre Position von Joseph de Maistre auf, wenn er die Verfassungen von der Revolution bis zur III. Republik als Verstoß gegen die ursprüngliche und natürliche Ordnung verwirft. Dem Begriff der Tradition wohnt in diesem Diskurs die Tendenz einer Naturalisierung inne: Tradition ist nicht beliebig fortschreibbar, sondern sie enthält einen natürlichen Wesenskern, der den potenziellen Inhalt der Tradition auf das mit der „Natur“ verträgliche ein-

schränkt. Der Versuch der Französischen Revolution, eine neue Ordnung zu begründen, wird so als Abfall von der Natur der Ordnung Frankreichs gedeutet. Die Geschichte nach 1789 spielt für die Traditionsbildung keine Rolle mehr, die Revolution gehört nicht zum nationalen Erbe Frankreichs und kann nur als Negation wahrgenommen werden. Die Verschränkung von Tradition und Natur mischt sich hier mit einer organistischer-biologischer Rhetorik, die insbesondere gegen die vernunftrechtliche und aufklärerische Vorstellung von einer Rationalität durch Verschriftlichung gerichtet ist.

Die Nation ist bei Maurras ein Kollektiv jenseits der Individuen. Als Ausdruck eines konkreten Ordnungsdenkens steht sie im Gegensatz zu den jakobinischen Egalitätsidealen für eine hierarchische Struktur des politischen und sozialen Gemeinwesens, in dem weder das Individuum noch die Masse im Mittelpunkt steht, sondern die Herrschaftsbeziehung zwischen Monarch und Untertanen, gefestigt durch die katholische Staatsreligion. Diese Unterordnung des Individuums geschieht hier nicht mehr im Sinne einer sozialpolitisch gedachten Solidarität, sondern sie beruht auf einer naturalisierten Ordnung. Der reaktionäre Nationalismus der *Action française* setzt sich so durch gesteigerte Radikalisierung von seinem jakobinischen Pendant ab, den er als oberflächlich und inkonsequent bezeichnet. Nur der integrale Nationalismus erkennt die Tiefendimension, die die Nation zu einem allumfassenden organischen Körper macht (Maurras 1933: Stichwort „Nationalisme intégral“). Im Gegensatz zur republikanischen Nation, die lediglich die Regierung von Minderheiten bedeutet, verwirklicht der integrale Nationalismus das Wohl der gesamten, der wahren Nation und nimmt dabei die radikalsten Elemente des Jakobinismus in sich auf.¹¹ Die dem jakobinischen Republikanismus zunächst bestrittene Universalität, die durch ein konkretes Partikulares ersetzt werden sollte, kehrt in diesem Diskurs also wieder zurück und wird auf der Grundlage eines Naturbegriffes neu artikuliert, der durch seine vermeintliche Absolutheit jeglicher Relativität enthoben ist.

Die Distanz zum jakobinischen Nationalismus kommt jedoch bei allen Ähnlichkeiten der Rhetorik nicht nur darin zum Ausdruck, dass die Monarchie als einzig wahre nationale Regierungsform das Ziel des integralen Nationalismus ist (Maurras 1933: Stichwort „Monarchie“). Diese Distanz wird auch deutlich im Begriff des Volkes. Volk ist hier weder die Gesamtheit der wahlberechtigten Bürger wie im demokratischen Republikanismus, noch die immerhin zur plebiszitären Akklamation befähigte Masse wie in der bonapartistischen Demokratie oder dem Nationalismus eines Barrès oder Boulangers. Das Volk steht in der Tradition des reaktionären Monarchismus vielmehr für die Gesamtheit der Untertanen. Der Volksbegriff wird so aus dem diskursiven Kontext des demokratischen Republikanismus herausgebrochen und wieder in Beziehung gesetzt zu

11 Hier werden gewissermaßen die politischen Ziele der Gegenrevolution in die hegemoniale Form des Jakobinismus gegossen. Maurras proklamiert daher: „Nous ne sommes pas un parti. Nous sommes le salut public“ (Maurras 1933: Stichwort „Nationalisme intégral“).

seinen älteren Konnotationen, in denen ihm jegliche Subjektqualität abgesprochen wird. Damit geht der integrale Nationalismus auch hier hinter die Revolution zurück und macht die seitdem aufgebauten hegemonialen Subjektpositionen durch eine alternative Deutung streitig.

Dasselbe gilt für die Nation, denn auch sie wird nur als Objekt, nicht jedoch als politisch handelndes oder zumindest Einfluss ausübendes Subjekt betrachtet. Gleichbedeutend mit dem Begriff der Nation gebraucht Maurras den Begriff „la France éternelle“, der die eigentliche Legitimationsgrundlage des integralen Nationalismus darstellt. In ihm sind die Franzosen aller Epochen einbezogen, gleichzeitig wird der Begriff jedoch auch als demokratiekritisches Argument benutzt. Denn das „salut public“ erstreckt sich nicht nur auf eine Generation, sondern auf alle Generationen, insbesondere die vergangenen. Eine demokratische Willensbildung kann vor diesem Traditionshintergrund daher nicht mehr Legitimität in Anspruch nehmen als eine monarchische Entscheidung. Hauptaufgabe der Politik ist es, die Tradition zur Geltung zu bringen.

Dennoch ist es auch bei Maurras die Nation, die als zentraler Ordnungsentwurf reklamiert wird. Der jakobinisch-plebiszitäre Nationalismus, der die Position von Maurras vorbereitete, aber eben auch eine Differenz zu ihr bildete, kann als ein Versuch konservativer Schichten betrachtet werden, sich entgegen einer als hegemonial empfundenen linksrepublikanischen Deutungsmacht einen Platz in der Nation zu erobern. Dieser Versuch führte letztendlich zu einer republikanischen Integration dieser Gruppen (Rudelle 1982). Dagegen hat sich der Diskurs um den reaktionären Nationalismus nach der Dreyfuss-Affäre mit Maurras und der Action française jedoch weiter radikalisiert und die extreme Rechte dauerhaft aus dem republikanischen Konsens ausgeschlossen. In der Auseinandersetzung um die Durchsetzung und Verstetigung ihrer Geltungsansprüche behielt die Koppelung der Nation an die Republik und mehr noch an die inzwischen als Tradition begriffenen Prinzipien von 1789 somit die Oberhand.

4. Die Nation als leerer Signifikant

Die Nation hat sich in Frankreich als hegemonialer Ordnungsdiskurs erwiesen. Dies war das langfristige Resultat der Revolution. Entgegen der Erzählung einer linear verlaufenden Erfolgsgeschichte handelt es sich jedoch um einen auf Dauer gestellten Konflikt gegensätzlicher Deutungen, während dessen Verlauf von unterschiedlichen Positionen aus der Versuch gemacht wurde, die Nation als Feldzeichen im politischen Kampf zu führen. Zunächst wird der Diskurs der Nation geprägt von einer Grundkonkurrenz: Es scheint, als ob die Republikaner erfolgreich die Nation dem monarchischen Diskurs entwunden haben und durch die revolutionäre Neuartikulation für sich besetzen konnten. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts wird diese Hegemonie auf mehreren Ebenen gefestigt. In der III. Republik zeigt sich jedoch, dass der umfassende und identitätsmächtige Er-

folg der Nation nur um den Preis einer weiteren Leerung gelingt. Den linken Republikanern entgleitet so die Deutungsmacht und die Nation wird mehr und mehr zum übergreifenden Signifikanten, der von jeder politischen Position aus in Anspruch genommen werden kann. Die hegemonialen Mechanismen verlagern sich mit dieser wachsenden Universalisierung auf die internen Konflikte um die Deutungshoheit der Nation. Aus dem Kampf um die Hegemonie erster Ebene wird so ein Kampf um die Hegemonie zweiter Ebene, womit sich die Nation umgekehrt in der Ordnungskonkurrenz symbolischer Einheitssemantiken durchgesetzt hat. Die Frage, ob es im Verlauf dieses Prozesses zu einer völligen Entleerung kommt, ist jedoch nicht einfach zu beantworten. In den Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit der Nation haben der Bezug auf die Menschenrechte und die Demokratie meist überwogen – wenngleich diese Momente immer auch als Differenz artikuliert werden konnten, wie im Diskurs des Kolonialismus und im Nationalismus des Ersten Weltkrieges. Die imaginäre Bedeutung der Nation steht so in einem Spannungsverhältnis und ist, mit den Worten von Cornelius Castoriadis (1990: 85), „ebenso leer wie überdeterminiert“.

Die Nation schiebt sich in diesem Prozess der Überdeterminierung zunehmend über die pluralen Artikulationsversuche der gesellschaftlichen Positionen, ohne dabei eine feste Bindung mit einem partikularen Subjekt eingehen zu können. Die im symbolischen Diskurs der Nation sich ankündigende Schließung der Gemeinschaft, das Zu-sich-selbst-Kommen des universalen politischen Kollektivsubjektes bleibt so lediglich eine auf Dauer gestellte Verheißung, deren Realisierung in der Konkurrenz pluraler Interpretationen permanent aufgeschoben werden muss. Vor dem Hintergrund der Analyse historischer Semantiken kann die Nation in Frankreich daher im Sinne Laclaus als ein leerer Signifikant bezeichnet werden, „a signifier without a signified“ (Laclau 1996: 36). Der hegemoniale Mechanismus operiert in den Versuchen partikularer Bewegungen, die abwesende Totalität, die Leerstelle, auf die der leere Signifikant verweist, zu füllen und hegemonial zu besetzen. In dieser Hinsicht wird Politik erst möglich durch die Unmöglichkeit einer in sich abgeschlossenen gesellschaftlichen Totalität: Die aus dieser Konstellation entstehenden leeren Signifikanten, welche auf diese Abwesenheit verweisen, symbolisieren zugleich die aus dieser Offenheit und Deutungsbedürftigkeit heraus erwachsende politische Dynamik, den nicht stillstellbaren Prozess einer konkurrierenden Bedeutungsaufladung politischer Ordnungssymbole (Laclau 1996: 44).

Die Analyse zeigt also, dass die Nation keineswegs als objektive Größe verstanden werden kann, sondern dass es sich um eine diskursiv artikuliert hegemonale Formation handelt, die über den konkurrierenden Aufbau von Äquivalenzketten operiert. Die Deutungsmacht der nationalen Diskurse und die Reichweite der hergestellten Äquivalenz und Differenz lässt sich ablesen an dem Maße, wie sie die partikularen und verstreuten Elemente zu artikulieren vermögen und so in sich aufnehmen. Die langsame Transformation der republikanischen Nation von einem neuen Subjekt ohne Vergangene hin zu einer umfassenden

und traditionsgebundenen Ordnung zeigt, welchen Erfolg die hegemoniale Artikulation der Nation durch den Republikanismus im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts errungen hat. Der jakobinische Nationalismus in der III. Republik, der hier nur gestreift werden konnte, zeigt jedoch die Konsequenzen, welche die erfolgreiche Ausweitung der politischen Bedeutung des Signifikanten „Nation“ hatte: Als national können so nicht nur die positiv artikulierten Inhalte geltend gemacht werden, sondern konstitutiv für die Nation ist eben auch die antagonistische Abgrenzung gegenüber der Negativität eines diskursiven Außen, ohne die eine abschließende Identitätskonstruktion unmöglich ist. Dass diese Schließung im Zuge weiterer Radikalisierung auch im Inneren des Kollektivs reproduziert werden kann, wurde bei Maurras deutlich.

Weitgehend außer Acht gelassen wurde in dieser Skizze die Rolle des Staates bei der Formierung der Nation. Die Hegemonialisierung der Nation läuft so nicht zuletzt über die Hegemonialisierung des staatlichen Monopols symbolischer Gewaltsamkeit. Erst der dauerhafte Zugriff auf die staatlichen Institutionen der Bildung und Sozialisierung – allen voran die Schulen, das höhere Bildungswesen und die Armee – erlauben die wirkungsmächtige Verknüpfung lokal verstreuter Elemente zu einem System umfassender Äquivalenz (Rosanvallon 1990; Weber 1976). Umgekehrt wird zugleich die hegemoniale Artikulation der Nation durch den Staat zur Voraussetzung seiner eigenen Legitimität. Dieser Zusammenhang lässt sich in den staats- und verfassungsrechtlichen Diskursen ablesen, die ebenfalls in der III. Republik um eine Juridifizierung der republikanischen Geltungsansprüche bemüht sind und über das Modell der Staatsnation eine dauerhafte Synthese zwischen staatlichen Institutionen und der Nation festschreiben wollen (Schulz 2004: 157-184).

Die Auflösung des eingangs angesprochenen jakobinischen Geltungszusammenhanges eines personalisierten, einheitlich wollenden Kollektivsubjektes blieb auch für die Nation nicht folgenlos. Globalisierung und Europäisierung haben sich in den letzten dreißig Jahren als erfolgreich konkurrierende Artikulationsrahmen erwiesen, welche die Nation als symbolische Ressource in Frankreich deutlich abgeschwächt haben. Auch hier wäre eine hegemonietheoretische Untersuchung ein angemessener Rahmen, um die verschachtelte symbolische Tektonik sichtbar zu machen, die in diesen Transformationsprozessen wirksam ist. Die Analyse der französischen Nation, ihre wechselnden hegemonialen Konstellationen und der paradoxe Charakter divergierender Interpretationsversuche verweist am Ende auf das für die politische Moderne grundlegende Moment der Unabgeschlossenheit, welches nicht zuletzt eine der zentralen Möglichkeitsbedingungen der demokratischen Ordnung darstellt: „As society changes over time this process of identification will be always precarious and reversible and, as the identification is no longer automatic, different projects or wills will try to hegemonize the empty signifiers of the absent community. The recognition of the constitutive nature of this gap and its political institutionalization is the starting point of modern democracy“ (Laclau 1996: 46).

Literaturverzeichnis

- Anderson, Benedict (1998): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Berlin: Ullstein.
- Bailleul, Jacques-Charles (1842): *Dictionnaire critique du langage politique, Gouvernemental, civil, administratif et judiciaire de notre époque*. Paris: Renard.
- Block, Maurice (Hg.) (1863): *Dictionnaire général de la politique, par Maurice Block, avec la collaboration d'hommes d'État, de publicistes et d'écrivains de tous les pays*. Zwei Bände. Paris: O. Lorenz.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Leçon sur la leçon*. Paris: Les Éditions de Minuit.
- Castoriadis, Cornelius (1990): „Das Gebot der Revolution“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 54-88.
- Darriulat, Philippe (2001): *Les patriotes. La gauche républicaine et la nation 1830-1870*. Paris: Édition du Seuil.
- de Potter, Louis Joseph Antoine (1859): *Dictionnaire rationnel des mots les plus usités en sciences, en philosophie, en politique, en morale et en religion avec leur signification déterminée et leur rapport aux questions d'ordre sociale*. Bruxelles et Leipzig: A. Schnée.
- Digeon, Claude (1992): *La crise allemande de la pensée française, 1870-1914*. 2. Auflage. Paris: Presses universitaires de France.
- Dubois, Jean (1962): *Le vocabulaire politique et social en France de 1869 à 1872. A travers les oeuvres des écrivains, les revues et les journaux*. Paris: Larousse.
- Duclerc, Eugène; Pagnerre (Hg.) (1842): *Dictionnaire politique. Encyclopédie du langage et de la science politiques*. Paris: Éditions Pagnerre.
- Foucault, Michel (1971): *L'ordre du discours*. Paris: Gallimard.
- Giesen, Bernhard (1993): *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Giesen, Bernhard (1999): *Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation 2*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Laclau, Ernesto (Hg.) (1994): *The Making of Political Identities*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Le Guern, Michel (1996): „Le mot ‚Nation‘ dans les six premières éditions du Dictionnaire de l'Académie“, in: Sylvianne Rémi-Giraud; Pierre Rétaf (Hg.): *Les mots de la nation*. Lyon: Presses universitaires de Lyon, 161-168.
- Littré, Émil (1863-1875): *Dictionnaire de la langue française*. Paris: L. Hachette.
- Maurras, Charles (1933): *Dictionnaire politique. Etabli par les soins de Pierre Charodon*. Bd. 3. Paris: Cité des Livres.
- Mougniotte, Alain (1996): „‚État‘, ‚nation‘, ‚patrie‘ dans les manuels d'instruction civique vers 1880“, in: Sylvianne Rémi-Giraud; Pierre Rétaf (Hg.): *Les mots de la nation*. Lyon: Presses universitaires de Lyon, 305-313.
- Nicolet, Claude (1994): *L'idée républicaine en France (1789-1924)*. Paris: Gallimard.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt ‚Soziale Marktwirtschaft‘*. Bielefeld: transcript.

- Rimbaud, Alfred (1890): *Petite histoire de la civilisation française. Des origines jusqu'à nos jours*. Paris: A. Colin.
- Rehberg, Karl-Siegbert (1994): „Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen“, in: Gerhard Göhler (Hg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*. Baden-Baden: Nomos, 47-84.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2001): „Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien – Eine Einführung in systematischer Absicht“, in: Gert Melville (Hg.): *Institutionalität und Symbolisierung*. Köln u.a.: Böhlau, 3-49.
- Renan, Ernest (1922): „Qu'est-ce qu'une nation?“, in: ders.: *Discours et Conférences*. 7. Auflage. Paris: Calmann-Lévy, 277-310.
- Rosanvallon, Pierre (1990): *L'État en France de 1789 à nos jours*. Paris: Éditions du Seuil.
- Rosanvallon, Pierre (2003): *Pour une histoire conceptuelle du politique*. Paris: Éditions du Seuil.
- Rudelle, Odile (1982): *La République absolue. Aux origines de l'instabilité constitutionnelle de la France républicaine 1870-1889*. Paris: Publications de la Sorbonne.
- Schulz, Daniel (2003): „Republikanismus und demokratische Ästhetik. Zur symbolischen Repräsentation der Republik in Frankreich“, in: Hans Vorländer (Hg.): *Zur Ästhetik der Demokratie. Formen politischer Selbstdarstellung*. Stuttgart: DVA, 73-94.
- Schulz, Daniel (2004): *Verfassung und Nation. Formen politischer Institutionalisation in Deutschland und Frankreich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sieyès, Emmanuel Joseph (1988): *Was ist der Dritte Stand?* Hg. v. Otto Dann. Essen: Reimar Hobbing.
- Sternhell, Zeev (1997): *La droite révolutionnaire 1885-1914. Les origines françaises du fascisme*. Paris: Gallimard.
- Weber, Eugen (1976): *Peasants into Frenchmen*. Stanford: Stanford University Press.

Autorinnen und Autoren

JOHANNES ANGERMÜLLER, geb. 1973, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Universität Magdeburg. Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Methode der Diskursanalyse, intellektuelle und politische Diskurse, vergleichende Kulturforschung, soziolog. und polit. Theorie. Jüngere Publikationen u.a.: *Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich*, Bielefeld: transcript, 2007. Webpage: www.johannes-angermueller.de.

CORNELIA BRUELL, geb. 1977, Mag. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Arbeitsschwerpunkte: Europäische Öffentlichkeit, Europäische Identität, Politische Theorie und Philosophie. Jüngere Publikationen: „EU à venir – Die Europäische Identität aus poststrukturalistischer Perspektive“, in: Matthias Belafi und Markus Krienke (Hg.), *Identitäten in Europa*, Wiesbaden: DUV, 2007; „Constructing a Collective Political Identity in the European Union – A Language Philosophical Approach“, in: Francis Snyder (Hg.): *Designing the European Union*, Bruxelles: Bruylant, 2007.

ALEX DEMIROVIĆ, geb. 1952, Dr. phil., ist Privatdozent für Politikwissenschaft und politische Soziologie an der Universität Frankfurt und lehrt z.Zt. an der TU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorie, kritische Gesellschaftstheorie, Intellektuelle. Jüngere Publikationen u.a.: *Der nonkonformistische Intellektuelle*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1999; *Demokratie in der Wirtschaft*, Westfälisches Dampfboot: Münster, 2007; *Nicos Poulantzas – Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*, 2. Auflage, Westfälisches Dampfboot: Münster, 2007.

ANDREAS HETZEL, geb. 1965, Dr. phil., ist Mitarbeiter am Institut für Philosophie der TU Darmstadt sowie Lehrbeauftragter für Philosophie an der Universität Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Sozial- und Kulturphilosophie, klassische Rhe-

torik, Sprachphilosophie und politische Theorie. Jüngere Publikationen u.a.: *Unbestimmtheitssignaturen der Technik* (hg. mit Gerhard Gamm), Bielefeld: transcript, 2005; *Die unendliche Aufgabe. Perspektiven und Kritik der Demokratietheorie* (hg. mit Reinhard Heil), Bielefeld: transcript, 2006.

ERNESTO LACLAU, geb. 1935, Prof., PhD, ist Professor für Politische Theorie an der University of Essex und hält mehrere Gastprofessuren in verschiedenen Ländern. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie, Hegemonietheorie. Jüngere Publikationen u.a.: *On Populist Reason*, London, New York: Verso, 2005; *Contingency, Hegemony, Universality*, London, New York: Verso, 2000 (zusammen mit Judith Butler und Slavoj Žižek).

OLIVER MARCHART, geb. 1968, Prof. Dr. phil, PhD, hält eine SNF-Förderungsprofessur am Soziologischen Seminar der Universität Luzern und arbeitet im Schnittfeld von politischer Theorie, Diskursanalyse, Kultur- und Medienwissenschaft. Jüngere Publikationen u.a.: *Post-foundational Political Thought: Political Difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau*, Edinburgh: Edinburgh University Press, 2007; *Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie*, hg. mit Rupert Weinzierl, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2006; *Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung*, Wien: Turia+Kant, 2005; *Laclau: A Critical Reader*, hg. mit Simon Critchley, London, New York: Routledge, 2004.

CHANTAL MOUFFE, geb. 1943, Prof. Dr., ist Professorin für Politische Theorie an der University of Westminster und hält mehrere Gastprofessuren in verschiedenen Ländern. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie, Demokratietheorie. Jüngere Publikationen u.a.: *Über das Politische*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2007; *The Democratic Paradox*, London, New York: Verso, 2000.

MARTIN NONHOFF, geb. 1970, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen sowie am SFB 597 „Staatlichkeit im Wandel“. Arbeitsschwerpunkte: Diskurstheorie und -analyse, Politische Theorie und Ideengeschichte, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Jüngere Publikationen u.a.: *Politischer Diskurs und Hegemonie*, Bielefeld: transcript, 2006; „Politische Ideengeschichte und politische Hegemonie. Anmerkungen zum ‚Battle of the Books‘ an den amerikanischen Colleges“, in: Harald Bluhm; Jürgen Gebhardt: *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert*. Baden-Baden: Nomos, 2006.

DANIEL SCHULZ, geb. 1973, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, TU Dresden; Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie, Ideengeschichte, politische Kultur, Verfassungstheorie, Frankreich. Jüngere Publikationen u.a.: *Verfassung und Nation*, Wiesbaden: VS-Verlag, 2004; „Die politische Theorie symbolischer Macht: Pierre Bour-

dieu“, in: André Brodocz, Gary S. Schaal (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart II*, 2. Auflage, Opladen u.a.: Barbara Budrich, 2006.

URS STÄHELI, geb. 1966, Prof., PhD., ist Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel. Arbeitsschwerpunkte: Soziologische Theorie und Kulturtheorie (insbesondere Differenztheorien), Kulturen der Ökonomie (Cultural Economy), Analytiken des Populären, historische Soziologie. Jüngere Publikationen u.a.: *Spektakuläre Spekulation. Das Populäre der Ökonomie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2007; *Sinnzusammenbrüche. Eine dekonstruktive Lektüre von Niklas Luhmanns Systemtheorie*, Weilerswist: Velbrück, 2000.

STEFANIE WÖHL, geb. 1973, Dr. phil., ist Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorie, Politik der Geschlechterverhältnisse, feministische Gesellschaftstheorie, Europäische Integration. Jüngere Publikationen u.a.: *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik*, Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 2007; Staat und Geschlechterverhältnisse im Anschluss an Antonio Gramsci, in: Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescano (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Politik und Zivilgesellschaft im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden: Nomos, 2007.

Edition Moderne Postmoderne

Iris Därmann,
Harald Lemke (Hg.)
Die Tischgesellschaft
Philosophische und
kulturwissenschaftliche
Annäherungen
Dezember 2007, ca. 220 Seiten,
kart., ca. 24,80 €,
ISBN: 978-3-89942-694-6

Emanuel Alloa,
Alice Lagaay (Hg.)
Nicht(s) sagen
Strategien der Sprachabwen-
dung im 20. Jahrhundert
Dezember 2007, ca. 200 Seiten,
kart., ca. 22,80 €,
ISBN: 978-3-89942-828-5

Martin Nonhoff (Hg.)
**Diskurs – radikale
Demokratie – Hegemonie**
Zum politischen Denken
von Ernesto Laclau und
Chantal Mouffe
Dezember 2007, 250 Seiten,
kart., 25,80 €,
ISBN: 978-3-89942-494-2

Dirk Quadflieg
Differenz und Raum
Zwischen Hegel, Wittgenstein
und Derrida
November 2007, 362 Seiten,
kart., 32,80 €,
ISBN: 978-3-89942-812-4

Judith Siegmund
Die Evidenz der Kunst
Künstlerisches Handeln als
ästhetische Kommunikation
Oktober 2007, 258 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 978-3-89942-788-2

Fabian Goppelsröder
Zwischen Sagen und Zeigen
Wittgensteins Weg von
der literarischen zur
dichtenden Philosophie
Oktober 2007, 168 Seiten,
kart., 18,80 €,
ISBN: 978-3-89942-764-6

Harald Lemke
Die Kunst des Essens
Eine Ästhetik des
kulinarischen Geschmacks
September 2007, 220 Seiten,
kart., 20,80 €,
ISBN: 978-3-89942-686-1

Jens Szczepanski
Subjektivität und Ästhetik
Gegendiskurse zur Metaphysik
des Subjekts im ästhetischen
Denken bei Schlegel, Nietzsche
und de Man
August 2007, 242 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 978-3-89942-709-7

Ludger Schwarte (Hg.)
Auszug aus dem Lager
Zur Überwindung des
modernen Raumparadigmas
in der politischen Philosophie
Juli 2007, 318 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 31,80 €,
ISBN: 978-3-89942-550-5

Steffen K. Herrmann,
Sybille Krämer,
Hannes Kuch (Hg.)
Verletzende Worte
Die Grammatik
sprachlicher Missachtung
Juli 2007, 372 Seiten,
kart., 30,80 €,
ISBN: 978-3-89942-565-9

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

Edition Moderne Postmoderne

Andreas Niederberger,
Markus Wolf (Hg.)
**Politische Philosophie
und Dekonstruktion**
Beiträge zur politischen
Theorie im Anschluss
an Jacques Derrida

Juni 2007, 186 Seiten,
kart., 19,80 €,
ISBN: 978-3-89942-545-1

Daniel C. Henrich
**Zwischen Bewusstseins-
philosophie und Naturalismus**
Zu den metaphysischen
Implikationen der Diskursethik
von Jürgen Habermas

März 2007, 246 Seiten,
kart., 25,80 €,
ISBN: 978-3-89942-620-5

Alice Pechriggl
Chiasmen
Antike Philosophie von Platon
zu Sappho – von Sappho zu uns
2006, 188 Seiten,
kart., 20,80 €,
ISBN: 978-3-89942-536-9

Reinhard Heil,
Andreas Hetzel (Hg.)
Die unendliche Aufgabe
Kritik und Perspektiven
der Demokratietheorie
2006, 288 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 978-3-89942-332-7

Jens Badura (Hg.)
Mondialisierungen
»Globalisierung« im Lichte
transdisziplinärer Reflexionen
2006, 318 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 978-3-89942-364-8

Ulrike Ramming
Mit den Worten rechnen
Ansätze zu einem
philosophischen Medienbegriff
2006, 252 Seiten,
kart., 26,80 €,
ISBN: 978-3-89942-443-0

Stefan Blank
**Verständigung
und Versprechen**
Sozialität bei Habermas
und Derrida
2006, 232 Seiten,
kart., 26,80 €,
ISBN: 978-3-89942-456-0

Peter Janich (Hg.)
Wissenschaft und Leben
Philosophische
Begründungsprobleme
in Auseinandersetzung
mit Hugo Dingler
2006, 274 Seiten,
kart., 26,80 €,
ISBN: 978-3-89942-475-1

Tobias Blanke
**Das Böse in der
politischen Theorie**
Die Furcht vor der Freiheit bei
Kant, Hegel und vielen anderen
2006, 232 Seiten,
kart., 25,80 €,
ISBN: 978-3-89942-465-2

Johann S. Ach,
Arnd Pollmann (Hg.)
no body is perfect
Baumaßnahmen am
menschlichen Körper.
Bioethische und
ästhetische Aufrisse
2006, 358 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 978-3-89942-427-0

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

